



OSTALBKREIS



GESCHÄFTSBERICHT

DES OSTALBKREISES 2012 – 2013



OSTALBKREIS

GESCHÄFTSBERICHT DES OSTALBKREISES 2012 – 2013

VORWORT	6
KREISPOLITIK	8
Der Kreistag	8
Kommunalaufsicht	11
WAHLEN	12
Bundestagswahlen	12
Bürgermeisterwahlen	13
DER LANDKREIS ALS ARBEITGEBER	15
INFORMATION UND KOMMUNIKATION	22
GEBÄUDEMANAGEMENT	23
ENERGIE- UND KLIMASCHUTZBERATUNG	26
KREISARCHIV UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	28
FINANZEN	38
Haushalt des Ostalbkreises	38
Controlling	40
Rechnungsprüfung	41
WIRTSCHAFTS- UND EU-STRUKTURFÖRDERUNG	42
Zahlen – Daten – Fakten	42
Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) und EU-Strukturförderung	44
LEADER-Aktionsgruppe Brenzregion	49
Breitband	51
Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb	53
Kontaktstelle Frau und Beruf	59
SOZIALE SICHERUNG	61
Soziales	61
Jugend und Familie	63
Integration und Versorgung	67
Jobcenter	70
Beratung, Planung, Prävention	73
Koordinationsstelle Prävention	75
Pflegestützpunkt Ostalbkreis/Altenhilfefachberatung/Behindertenkoordination	77
Suchtbeauftragter	79
Geschäftsstelle Europäischer Sozialfonds (ESF)	81
JUGENDARBEIT	83
GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU	86

BILDUNG	88
Bildungsregion Ostalb	88
Schulen und Bildung	90
KUNST UND KULTUR	94
GESUNDHEITSWESEN	98
Dienstleistungen des Gesundheitsdezernats	98
Ostalb-Klinikum Aalen	107
St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen	110
Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd	115
SICHERHEIT UND ORDNUNG	121
BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ	126
VETERINÄRWESEN UND LEBENSMITTELÜBERWACHUNG	127
VERMESSUNG UND GEOINFORMATION	134
STRASSEN UND VERKEHR	139
Straßenbau	139
Straßenverkehr	142
NAHVERKEHR	147
TOURISMUS	149
BAURECHT UND NATURSCHUTZ	153
Naturschutz	153
Baurecht	157
UMWELT UND GEWERBEAUF SICHT	159
Immissionsschutz	159
Gewerbeaufsicht	161
FLURNEUORDNUNG UND LANDENTWICKLUNG	164
WASSERWIRTSCHAFT	166
WALD UND FORSTWIRTSCHAFT	170
LANDWIRTSCHAFT	174
ABFALLWIRTSCHAFT	176



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich freue mich, Ihnen den Geschäftsbericht des Ostalbkreises für die Jahre 2012 und 2013 vorlegen zu können. Nach einer guten wirtschaftlichen Entwicklung konnten wir bis Ende des vergangenen Jahres wieder eine nahezu historisch niedrige Arbeitslosenquote von 3,4 Prozent erreichen. Dank der sehr guten Steuerkraft der Kommunen erhielten wir trotz einer Senkung der Kreisumlage im Jahr 2013 ein deutliches Plus bei der Kreisumlage. Dies ermöglichte es uns, im Jahr 2013, dem 40-jährigen Bestehen des Ostalbkreises, unsere Investitionstätigkeit vor allem an den Kliniken, den Beruflichen Schulzentren und den Kreisstraßen fortzusetzen. Ganz im Sinne der Generationengerechtigkeit konnten wir trotz vielfältiger Investitionen unseren Schuldenstand Ende 2013 auf rund 33 Millionen Euro weiter senken. Die deutliche konjunkturelle Erholung nach den vergangenen Krisenjahren spiegelte sich in der Expansion von Weltmarktführern im Ostalbkreis wider, die hier ihre Entwicklungs-, Produktions- und Logistikzentren eingerichtet haben. Auch die mittelständischen Unternehmen und das Dienstleistungsgewerbe konnten auf eine gute Auftragslage blicken; das regionale Handwerk florierte.

Damit Industrie und Handwerk im Ostalbkreis auch in Zukunft über einen qualifizierten Berufsnachwuchs verfügen können, haben wir uns gemeinsam mit dem Landkreis Heidenheim, Partnern aus der Wirtschaft, der Agentur für Arbeit, den Hochschulen und weiteren Verbänden zu einem Netzwerk – der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg – zusammengeschlossen. Mit diesem Schulterschluss wollen wir Strategien entwickeln, wie Fachkräfte an

regionale Unternehmen gebunden werden können. Wesentlicher Baustein ist die Fachkräftekampagne „Erstaunliches Ostwürttemberg“, die seit Mitte des Jahres 2013 mit interessanten und teils überraschenden Fakten sowie frechen Slogans für die Region wirbt. Die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende – kurz Hartz IV genannt – haben wir zum Jahresbeginn 2012 als Optionskommune übernommen. Unser Ziel ist es, mit einer durchdachten Arbeitsmarkt- und Eingliederungsstrategie so viele langzeitarbeitslose Menschen wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren – wir wollen Beschäftigung anstelle von Arbeitslosigkeit finanzieren!

Angesichts der zunehmenden Überalterung unserer Gesellschaft bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang haben wir uns in den vergangenen Jahren auch den Herausforderungen der Zukunft gestellt und ein Kreisentwicklungskonzept initiiert. In Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg entstand so eine Standortanalyse des Ostalbkreises, die uns erneut aufgezeigt hat, wie wichtig eine leistungsfähige Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr und Breitband oder auch ein attraktives Schul- und Hochschulangebot ist. Die zentralen Erkenntnisse aus dieser Standortanalyse dienen uns als Basis für unsere Teilnahme beim RegioWIN-Wettbewerb des Landes Baden-Württemberg und insgesamt der strategischen Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Strukturförderung. In Sachen Breitbandinfrastruktur werden wir vom Land Baden-Württemberg in Form eines Modellprojektes unterstützt, welches es uns ermöglichte, eine kreisweite Netzplanung in Angriff zu nehmen. Alle 42 Städte und Gemeinden des Ostalbkreises sind darin einbezogen.

Unsere drei Klinik-Eigenbetriebe und die Vernetzung unseres stationären Versorgungsangebotes mit den ambulanten Dienstleistern waren ein weiterer Aufgabenschwerpunkt. Im Frühjahr 2012 nahm das Zentrum für Altersmedizin auf dem Campus des Aalener Ostalb-Klinikums seine Tätigkeit auf und schloss so die Versorgungslücke, die durch die Schließung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der Samariterstiftung in Aalen entstanden war. Ende 2013 konnten wir am Ostalb-Klinikum die Einweihung der neuen Frauenklinik nach knapp zweijähriger Bauzeit feiern. An der Ellwanger St. Anna-Virngrund-Klinik haben wir die Planungen für ein Parkhaus abschließen können, das die langjährige problematische Parksituation lösen wird. Nach wie vor Dauerbrenner ist das Thema Krankenhausfinanzierung, denn trotz eines vom Bund im Sommer 2013 bewilligten, zweistufigen Versorgungszuschlags steht die Finanzierung der Kliniken auch weiterhin auf tönernen Füßen und bleibt defizitär.

Für den Neubau einer Mensa am Beruflichen Schulzentrum Schwäbisch Gmünd und für An- und Umbaumaßnahmen der Klosterschule in Schwäbisch Gmünd wurden Architektenwettbewerbe durchgeführt. Auf der Grundlage des „1. Bildungsberichtes für den Ostalbkreis“ wurde außerdem die Schulentwicklungsplanung für die drei Beruflichen Schulzentren fortgeschrieben und vom Kreistag verabschiedet. Parallel wurde ein Konzept durch das bei der Landkreisverwaltung angesiedelte Bildungsbüro erarbeitet, um den Übergang Schule-Beruf/Studium regional zu koordinieren. Im Rahmen eines Modellprojektes mit der Stadt Schwäbisch Gmünd weiten wir nun unser bisheriges „ProjektZUKUNFT“ aus auf Haupt-, Werkreal-, Gemeinschafts- und Realschulen.

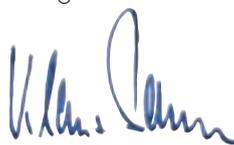
Große Flexibilität verlangt uns die Unterbringung von Flüchtlingen ab. Längst sind unsere vorhandenen Raumkapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften belegt, und wir sind laufend auf der Suche nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten. Im Jahr 2013 haben wir rund 450 Flüchtlinge neu aufgenommen, weshalb es aufgrund der Knappheit von Wohnraum erforderlich war, in Aalen und Ellwangen Containerlösungen zu schaffen. Ein besonderes Ereignis, das die Stadt Schwä-

bisch Gmünd, aber auch die gesamte Region gefeiert hat, war die Eröffnung des Einhorn-tunnels im Zuge der B 29 Ende November 2013. Mit der Verkehrsfreigabe wurde die Innenstadt Schwäbisch Gmünds spürbar entlastet, und der Ostalbkreis rückt dadurch näher an die Wirtschaftsregion Stuttgart. Weil die B 29 die Lebensader des Ostalbkreises in West-Ost-Richtung schlechthin ist, gilt es nun, die bisherigen politischen Zusagen von Bund und Land einzufordern und für den unmittelbaren Weiterbau der Ortsumfahrung in Mögglingen einzustehen. Hohe öffentliche Aufmerksamkeit genoss nach 40 Jahren auch die Wiedereinführung des Kfz-Kennzeichens „GD“, das wir nun gleichberechtigt neben „AA“ ausgeben.

Ein zentrales Thema, das uns in den vergangenen zwei Jahren intensiv beschäftigt hat, war die Energiewende, die nach der Bundestagswahl im September vergangenen Jahres durch die Große Koalition neue Weichenstellungen erfahren hat. Vor allem im Bereich der Energieerzeugung durch Windkraft haben die Festlegungen im Koalitionsvertrag spürbaren Einfluss auf den Ostalbkreis und die Zahl neuer Windenergieanlagen, die entstehen können.

Allen Herausforderungen und Aufgaben, die in den vergangenen zwei Jahren anstanden, zum Trotz wurde uns zum Jahresende 2013 offiziell bestätigt, dass hier im Ostalbkreis bundesweit die glücklichsten Menschen leben. Dies bescheinigt eine Infratest-Erhebung im Auftrag der ARD. Dass wir als Landkreis im Verbund mit der in den vergangenen 40 Jahren stark zusammengewachsenen kommunalen Familie viel Positives für die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises erreichen konnten, können Sie diesem Geschäftsbericht entnehmen. Wir haben wiederum die aus unserer Sicht wichtigsten Projekte und Ereignisse aus dem Kreistag, dessen Ausschüssen und den Geschäftsbereichen unserer Landkreisverwaltung zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und grüße Sie herzlichst!



Ihr Klaus Pavel, Landrat des Ostalbkreises

DER KREISTAG

Der derzeit amtierende Kreistag wurde am 7. Juni 2009 gewählt. Die Anzahl der Kreisräte richtet sich nach der Einwohnerzahl des Landkreises und beträgt derzeit 76.

Ausschuss für Bildung und Finanzen	24 Mitglieder
Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung	16 Mitglieder
Ausschuss für Arbeit und Grundsicherung (neu seit 1. Januar 2012)	17 Mitglieder
Krankenhausausschuss	16 Mitglieder
Sozialausschuss	27 Mitglieder
Jugendhilfeausschuss	26 Mitglieder
Stiftungsausschuss	8 Mitglieder

Ausschüsse des Kreistags

Der Kreistag hat im Ostalbkreis folgende Ausschüsse gebildet:

Im Sozialausschuss sind neben den 17 stimmberechtigten Kreistagsmitgliedern zehn beratende Mitglieder von verschiedenen sozialen Institutionen im Landkreis vertreten. Im Jugendhilfeausschuss sind neben sechs Kreisrätinnen und Kreisräten neun weitere stimmberechtigte Mitglieder (in der Jugendhilfe erfahrene Personen) und elf beratende Mitglieder von verschiedenen Institutionen vertreten. Das Verhältnis der Parteien und Wählervereinigungen in den Ausschüssen richtet sich grundsätzlich nach ihrer Stärke im Kreistag.

Aus der Arbeit des Kreistags

Bei der Landratswahl am 19. Juni 2012 wurde der Amtsinhaber, Klaus Pavel, der als alleiniger Bewerber zur Wahl stand, wiedergewählt. Er erhielt bereits im 1. Wahlgang 71 Stimmen und damit eine Zustimmung von 97,26 Prozent. Zwei der abgegebenen Stimmzettel waren ungültig. Von den wahlberechtigten 75 Kreisrätinnen und Kreisräten waren insgesamt 73 anwesend. Landrat Klaus Pavel wurde durch Regierungspräsident Johannes Schmalzl im September 2012 vereidigt und verpflichtet. Innenminister Reinhold Gall hielt die Festrede zu diesem feierlichen Ereignis. Der Bereich Bil-

dung war inhaltlich sowie baulich ein großes Thema in der Kreispolitik. Aufgrund des ersten Bildungsberichts und der ersten Bildungskonferenz wurde im Juli 2012 ein handlungs- und aufgabenorientiertes Zukunftskonzept für die Bildungsregion Ostalb beschlossen. Auf dieser Grundlage verabschiedete der Kreistag im Herbst 2013 das Schulentwicklungskonzept des Ostalbkreises. Dieses hat zum Ziel, die Zukunft der drei Standorte der Beruflichen Schulzentren in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen zu sichern unter Berücksichtigung der rückläufigen Schülerzahlen und der Tendenz zum Besuch von privaten Schulen oder Berufsschulen außerhalb des Kreises. Zumindest für die Jugendlichen im ersten Ausbildungsjahr soll ein wohnortnahes berufliches Bildungsangebot zur Verfügung gestellt, die Übergänge von der Schule in den Beruf sollen verbessert, Kompetenzzentren geschaffen und die berufliche Weiterbildung ausgebaut werden.

Zur baulichen Weiterentwicklung des Schulstandortes Schwäbisch Gmünd wurde im Herbst 2012 eine Neukonzeption verabschiedet. Durch die Konzentration der Standorte und die Realisierung einer Mensa soll der Standort Schwäbisch Gmünd in seiner Stärke erhalten werden. Nach Durchführung eines Architektenwettbewerbs und Vorstellung der Ergebnisse beschloss der Kreistag die bauliche Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd mit geplanten Baukosten von 3.090.000 Euro. Darin enthalten ist sowohl der Neubau der Mensa als auch die Integration der Leiterplattenschule und die Erweiterung von Theorieräumen. Ebenso entschied sich der Kreistag nach der Durchführung eines Architektenwettbewerbs für An- und Umbaumaßnahmen an der Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd mit geplanten Baukosten von 3.616.000 Euro. Das öffentliche Ausschreibungsverfahren für beide Maßnahmen kann somit begonnen werden. Die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge steigt stetig an. Die Flüchtlingsunterbringung war deshalb in den Jahren 2012 und

2013 zentrales Thema im Ostalbkreis. Allein im Jahr 2012 hatte der Ostalbkreis insgesamt 250 Flüchtlinge aufgenommen, davon ab Oktober 142 Asylbewerber und Folgeantragsteller. Bis zum Jahresende 2013 wurden rund 560 Plätze zur Flüchtlingsunterbringung benötigt, bis Ende 2014 wird der Bedarf auf voraussichtlich 700 Wohnheimplätze anwachsen. Die Unterbringung stellte sich aufgrund steigender Zugangszahlen und der anhaltend hohen Belegung der aktuell betriebenen Wohnheime als äußerst schwierig dar. Die Suche nach neuen Unterbringungsstandorten und -modellen gestaltete sich komplex und schwierig. Landrat Pavel startete mehrmals Aufrufe an die Bevölkerung, dem Landkreis mögliche Unterkunftsgebäude zur Verfügung zu stellen. Aufgrund geringer Resonanz hierauf erstellte der Ostalbkreis in Aalen und Ellwangen Unterkünfte für Flüchtlinge in Modulbauweise. Am 18. November 2013 bezogen die ersten 19 Flüchtlinge ihre Zimmer in Aalen. Die Flüchtlingsunterbringung in Neresheim-Elchingen wurde nach anfänglichen Schwierigkeiten zum Vorzeigeprojekt für die Integration von Flüchtlingen im Ostalbkreis.

Der größte Etat im Haushaltsplan ist nach wie vor der Sozial- und Jugendhilfehaushalt. In diesem Bereich wurden in den Jahren 2012 und 2013 zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Die Konzeption zur Schulsozialarbeit im Ostalbkreis wurde im Frühjahr 2012 überarbeitet und fortgeschrieben. Nach intensiven Vorberatungen stimmte der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Bildung und Finanzen in verschiedenen Sitzungen – vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln des Landes – zu, das Kontingent an Schulsozialarbeiterstellen von bisher 18 Stellen (Sommer 2012) auf 28,6 zu erhöhen.

Im November 2013 wurde in Bopfingen eine Außenstelle der Erziehungs- und Familienberatungsstelle eingerichtet. Zunächst werden an einem halben Tag in der Woche Beratungen in der Außenstelle in der Klinik am Ipf angeboten.

Das Jobcenter Ostalbkreis präsentierte Ende 2012 ein Jahr nach der Übernahme in die kommunale Trägerschaft den ersten Geschäftsbericht. Anhand der Rechnungsergebnisse belegte Thomas Koch, Leiter des Jobcenters, dass man im ersten Jahr unter Regie des Ost-

albkreises in allen Bereichen besser abgeschnitten habe als geplant.

Der Sozialausschuss legte fest, auf welche Schwerpunkte aus dem Sozialbericht der Landkreis zukünftig den Fokus legen sollte. Die Bekämpfung von Armut stellt nach wie vor eine große gesellschaftspolitische Herausforderung dar. Aufgrund der Diskussionen wurde ein Bildungs- und Sozialforum initiiert, welches im März 2014 stattfinden wird.

Dr. Ulrich Bürger, Landesjugendamt, stellte in der gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses im Herbst 2013 seine landesweite Analyse der Jugendhilfe vor und bewertete die Jugendhilfe im Ostalbkreis im Vergleich zu den 34 anderen Landkreisen Baden-Württembergs. Dr. Bürger bescheinigte dem Ostalbkreis eine hervorragende Arbeit.

Mit Blick auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang wurde in den vergangenen Monaten ein Kreisentwicklungskonzept initiiert, mit dem Ziel die heterogenen Teilräume innerhalb des Kreises intelligent zu vernetzen, die erforderliche Mobilität sicherzustellen und auch den Anforderungen des digitalen Zeitalters durch ausreichende Breitbandversorgung gerecht zu werden. Für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur hatte der Kreistag im Juli 2012 die Ausschreibung einer kreisweiten Netzplanung beschlossen. Im Herbst 2013 konnte die Masterplanung zum Breitbandausbau des Ostalbkreises vergeben werden. Nach Vorstellung der Trends und Zwischenergebnisse aus der Standortstudie des Ostalbkreises durch Experten der Universität Augsburg im Sommer 2013 beteiligte sich der Ostalbkreis mit einem regionalen Strategiekonzept an der ersten Phase des Wettbewerbs RegioWIN (Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit) des Landes Baden-Württemberg im Rahmen der EU-Strukturförderung 2014 bis 2020.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Arbeit des Kreistags war das Thema Regenerative Energien und Klimaschutz. Der Ostalbkreis setzte sich zum Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien am externen Strombezug der Kreisgebäude schrittweise bis zum Jahr 2016 auf 100 Prozent zu erhöhen. Der jährliche Ener-

giebericht hat in den Sitzungen des Kreistags seinen festen Platz und zeigte 2013 unter anderem den bereits guten Stand des Ostalbkreises bei den regenerativen Energien auf. Mit dem anstehenden deutlichen Zubau von Windenergieanlagen wird sich der Anteil erneuerbarer Energieträger in den nächsten Jahren voraussichtlich weiterhin dynamisch entwickeln.

Wie in den Vorjahren war das Krankenhauswesen im Kreis ein wichtiger Aufgabenschwerpunkt. Im März 2012 beschloss der Kreistag die Übernahme des eigenverantwortlichen Betriebes der Erwachsenenpsychiatrie an der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen durch das Zentrum für Psychiatrie, Klinikum Schloss Winnenden. Außerdem sprach sich der Kreistag für die Errichtung eines Isolierbereichs für stark immungeschwächte Krebspatienten am Stauferklinikum Mutlangen aus. Dies wurde mit einem Förderfestbetrag durch das Land Baden Württemberg unterstützt. Die Sanierung der Fassade des Bettenhauses Süd am Stauferklinikum stand im Mittelpunkt, die mit einer Kombination aus Putz und Aluminium verkleidet wird. Das neue Zentrum für Altersmedizin entstand am Ostalb-Klinikum Aalen. Dieses wurde am 3. Februar 2012 feierlich eingeweiht. Außerdem konnte im November 2013 der Neubau der Frauenklinik mit einem Investitionsvolumen von 23 Millionen Euro seiner Bestimmung übergeben werden. Im Zuge der Verständigung des baden-württembergischen und des bayerischen Landkreistags wurde ein gemeinsamer Appell für eine kostengerechte Krankenhausfinanzierung erarbeitet. Dieser Appell und zahlreiche andere Aktionen haben zu einer Reaktion der Bundesregierung geführt. Da der Versorgungszuschlag von einem Prozent pro Fall nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ darstellt, muss weiterhin für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung gekämpft werden.

Im Oktober 2012 konnte das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz mit allen Auswirkungen im Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung vorgestellt werden, welches am 1. Juni 2012 in Kraft trat. Die GOA leistete sehr erfolgreiche Arbeit. Seit Jahren konnten 2013 erstmals alle Fehlbeträge aus dem Bereich Haus- und Gewerbemüll abgedeckt werden. Nachdem das Jahr 2012 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden konnte, wer-

den die Abfallgebühren nach einer Senkung im Jahr 2012 im Jahr 2014 erneut gesenkt. Der Bereich Straßenbau ist zentrales Thema im Ostalbkreis. Wichtige Maßnahmen konnten in den Jahren 2012 und 2013 umgesetzt werden. Nach Beauftragung des Regierungspräsidiums Stuttgart, den Unfallschwerpunkt am Weilermer Kreuz bei Rainau-Dalkingen zu entschärfen, wurde dieser in nur dreiwöchiger Bauzeit im Oktober 2012 durch einen Kreisverkehr beseitigt.

Das erste Teilstück der L 1158 Heuchlingen – Mögglingen wurde im Sommer 2013 saniert. Die Verkehrsfreigabe erfolgte gemeinsam mit Verkehrsminister Winfried Hermann am 31. Oktober 2013.

Wenige Tage später konnte der lang erhoffte Schwäbisch Gmünder Einhorntunnel fertig gestellt und am 25. November 2013 eröffnet werden. Am 25. Februar 2013 wurde das von vielen Bürgern lang ersehnte GD-Kennzeichen wieder eingeführt.

Aufgrund des Rekordwinters 2012/2013 musste der Kreis für Räum- und Streukosten 5,192 Millionen Euro und somit 4,212 Millionen Euro mehr gegenüber dem Vorjahr ausgeben. Im Winter 2012/2013 wurden 14.375 Tonnen Streusalz (dreimal soviel wie im Vorjahr) benötigt, die Straßenmeistereien und Fremdfirmen waren insgesamt 21.820 Stunden für die Verkehrssicherheit im Einsatz.

Die ÖPNV-Angebote konnten in den vergangenen Monaten ebenfalls erweitert werden. Die Anschluss Semester-Regelung oder Übergangsregelungen zwischen Ostalb-Mobil und dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) sowie dem Heidenheimer Tarifverbund (HTV), durch welche bestehende Tariflücken zwischen Lorch-Waldhausen und Plüderhausen sowie in Richtung Heidenheim geschlossen werden, sollen den ÖPNV im Ostalbkreis attraktiver gestalten.

Durch die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans sollen der Rahmen und die Ziele für die Gestaltung und Entwicklung des ÖPNV im Ostalbkreis in den nächsten Jahren festgelegt werden. Nach dem grundsätzlichen Beschluss des Ausschusses für Umweltschutz und Kreisentwicklung im Herbst 2013 befindet sich der Entwurf des Nahverkehrsplans

im Anhörungsverfahren bei den beteiligten Behörden und Unternehmen. Nach Beendigung des offiziellen Anhörungsverfahrens wird

der Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung den Nahverkehrsplan voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 verabschieden.

KOMMUNALAUF SICHT

Der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht ist als Untere Verwaltungsbehörde für 39 kreisangehörige Städte und Gemeinden – ohne die Großen Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd – zuständig. Weiter unterstehen dieser Aufsicht fünf Gemeindeverwaltungsverbände, zwölf Zweckverbände sowie zahlreiche Verbände nach dem Wasserverbandsrecht.

Kommunal Finanzen – zufriedenstellendes Niveau

Die Haushaltsjahre 2012 und 2013 waren durch eine gute Konjunktorentwicklung geprägt, was für die Städte und Gemeinden mit stabilen Einnahmen aus Gewerbesteuer und kommunalem Finanzausgleich verbunden war. 2012 war für die kommunalen Kassen ein positives Jahr. Die Jahresrechnungen des Haushaltsjahres 2012 belegten, dass die kommunalen Haushalte wesentlich besser abschlossen als in den Haushaltsplänen prognostiziert. Auch 2013 war diese positive Entwicklung zu verzeichnen. Trotz des insgesamt positiven kommunalen Finanzierungssaldos schieben die Städte und Gemeinden im Ostalbkreis dennoch einen erheblichen Investitionsbedarf vor sich her. Viele verfügten auch in den insgesamt guten Jahren 2012 und 2013 noch nicht über eine ausreichende Investitionskraft aus laufenden Mitteln. Einige Kommunen mussten sich ihre positiven Finanzierungssalden zweifellos durch geringe Investitionen erkaufen.

Einen Aufgabenschwerpunkt für die Kommunen in den Jahren 2012 und 2013 bildete der Ausbau der Kleinkindbetreuung, aber auch die Erhaltung und Sanierung der bestehenden Infrastruktur, in die stark investiert wurde. Dies umso mehr, als der Einbruch der Steuereinnahmen der Jahre 2009 und 2010 den bestehenden Investitionsstau spürbar vergrößert hatte.

Ausgleichstock – wichtige Säule für kommunale Investitionen

Ausgleichstock 2012 und 2013 im Ostalbkreis ohne Große Kreisstädte Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd in Tausend Euro

Jahr	Zahl der geförder-ten Maß-nahmen	Gesamt-kosten	Bewilligte Investitions-hilfen Aus-gleichstock	Komplemen-tärförderung (ELR, ZFeu, GVFG, ...)	öffentliche Förderung gesamt	öffentliche Förderung in v. H.
2012	24	12.645	5.335	1.435	6.770	53,54%
2013	24	19.736	5.325	3.749	9.074	45,98%

Die Mittel des Ausgleichstocks sollen gezielt leistungsschwachen Gemeinden mit erheblichem Rückstand in der Ausstattung mit notwendigen kommunalen Einrichtungen zugute kommen. Als eine Kernaufgabe sieht der Geschäftsbereich Kommunalaufsicht die Unterstützung der Kommunen bei der Antragsstellung von Investitionshilfen des kommunalen Ausgleichstocks. Ein wirkungsvolles Instrument, um insbesondere finanzschwache Kommunen in die Lage zu versetzen, eine sowohl notwendige als auch attraktive Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und auch zu erhalten. Die Förderung durch den Ausgleichstock, die bei der Mittelbewilligung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Einzelfall entsprechend gewichtet, bildete bei der Investitionstätigkeit vieler Kommunen eine unverzichtbare Voraussetzung.

Gefördert wurden dadurch wiederum wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie die Sanierung von Gemeinde- und Mehrzweckhallen, die Sanierung schadhafter Gemeindeverbindungsstraßen, die Schaffung von Dorfgemeinschaftshäusern oder auch der Bau bzw. die Sanierung von Sportplätzen, Schulgebäuden, Kindertagesstätten, Feuerwehrgerätehäusern oder Rathäusern.

WAHLEN IM OSTALBKREIS

In den beiden Berichtsjahren fanden zahlreiche Wahlen statt. Primär ist im September 2013 die Bundestagswahl zu nennen. Außerdem wurden in 2012 insgesamt neun und in 2013 weitere zehn Bürgermeisterwahlen durchgeführt. Bei der Bundestagswahl

war das Team des Geschäftsbereichs Kommunalaufsicht als koordinierende, organisierende und auch als durchführende Kreiswahlbehörde aktiv, bei den Bürgermeisterwahlen als Wahlprüfungsbehörde.

BUNDESTAGSWAHL 2013

Am 22. September 2013 wurden die Mitglieder des neuen Bundestags gewählt – in insgesamt 299 Wahlkreisen bundesweit, davon 38 Wahlkreisen in Baden-Württemberg. Bei der Kommunalaufsicht des Ostalbkreises liefen die Fäden für zwei Bundestagswahlkreise zusammen. Zum einen der Wahlkreis 269 Backnang-Schwäbisch Gmünd mit 34 Städten und Gemeinden und zum anderen der Wahlkreis 270 Aalen-Heidenheim mit 32 Kommunen. Rund 398.000 Wählerinnen und Wähler in diesen beiden Wahlkreisen, davon rund 230.000 im Ostalbkreis, waren wahlberechtigt und aufgerufen, über die zukünftige Entwicklung Deutschlands mitzubestimmen. Für die beiden Wahlkreise wurde unter Leitung von Landrat Klaus Pavel in seiner Funktion als Kreiswahlleiter ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet, der im Vorfeld der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge und nach der Wahl über die Feststellung der endgültigen Wahlkreisergebnisse zu entscheiden hatte.



In der Folge wurden für die rund 175.000 Wahlberechtigten in den Kommunen des Wahlkreises 269 und für die rund 223.000 Wahlberechtigten in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises 270 die Stimmzettel gedruckt und an die Bürgermeisterämter verteilt. Die Vorbereitung als auch die Durchführung der Wahl am Wahltag selbst liefen reibungslos.

Grafik: Dr. Bernhard Hildebrand

Gewählte Abgeordnete im Wahlkreis 269 und 270

Im Ergebnis der Wahl vertreten folgende gewählte Abgeordnete die Wahlkreise 269 und 270 und damit auch den Ostalbkreis im 18. Deutschen Bundestag, dessen Legislaturperiode von 2013 bis 2017 läuft:



Norbert Barthle (CDU)
WK 269 Direktmandat



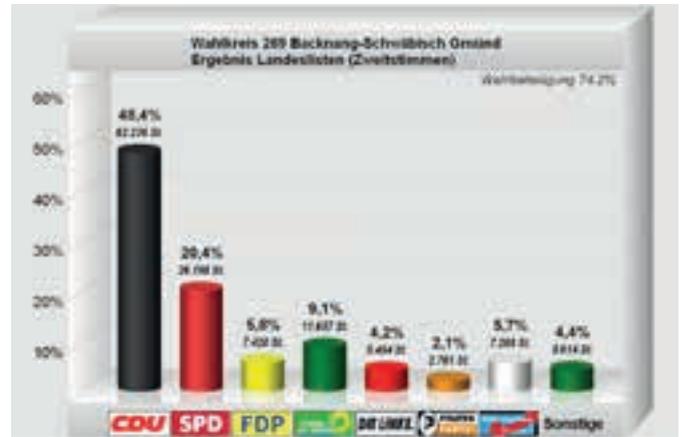
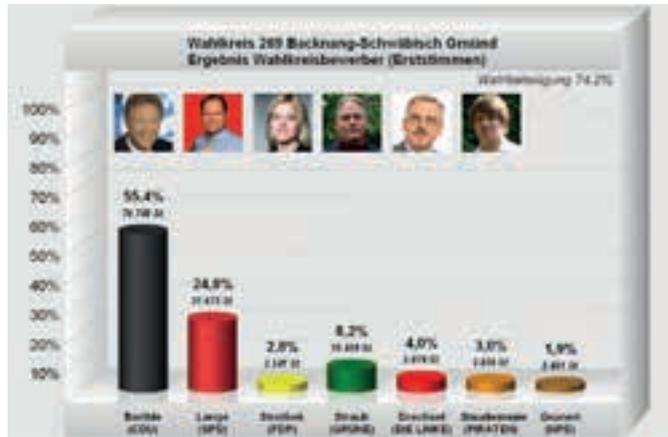
Christian Lange (SPD)
WK 269 Landesliste



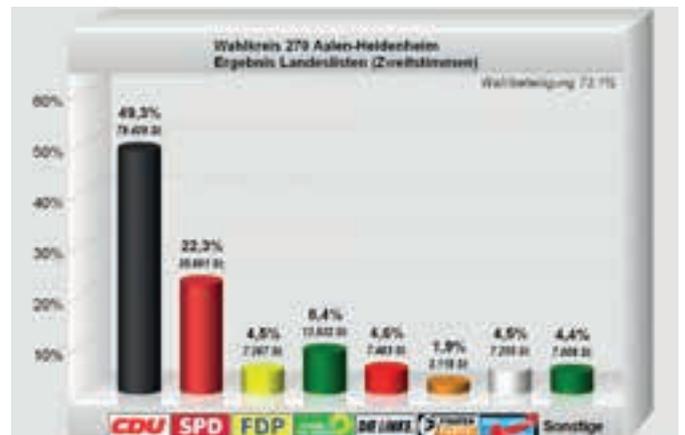
Roderich Kiesewetter (CDU)
WK 270 Direktmandat

Die Ergebnisse in den Wahlkreisen

Wahlkreis 269 Backnang-Schwäbisch Gmünd



Wahlkreis 270 Aalen-Heidenheim



BÜRGERMEISTERWAHLEN

In den Jahren 2012 und 2013 fanden in den Städten und Gemeinden des Ostalbkreises insgesamt zehn Bürgermeisterwahlen statt.

Davon:

- im Jahr 2012: 2 Wahlen
- im Jahr 2013: 8 Wahlen

2012 wurden wiedergewählt



Karl Bühler



Werner Jekel

am 12. Februar 2012
Karl Bühler, Lorch
mit 76,0 % der abgegebenen Stimmen

am 23. September 2012
Werner Jekel, Schechingen
mit 87,4 % der abgegebenen Stimmen

2013 wurden erstmals gewählt



Christoph Konle



Thilo Rentschler

am 3. Februar 2013
Christoph Konle, Rainau
 mit 56,5 % der abgegebenen Stimmen

am 21. Juli 2013
Thilo Rentschler, Aalen
 mit 60,6 % der abgegebenen Stimmen

2013 wurden wiedergewählt



Wolfgang Hofer



Thomas Kuhn

am 17. März 2013
Wolfgang Hofer, Essingen
 mit 93,1 % der abgegebenen Stimmen

am 9. Juni 2013
Thomas Kuhn, Bartholomä
 mit 90,3 % der abgegebenen Stimmen



Raimund Müller



Ralf Leinberger

am 22. September 2013
Raimund Müller, Jagstzell
 mit 67,5 % der abgegebenen Stimmen

am 27. Oktober 2013
Ralf Leinberger, Stödtlen
 mit 89,0 % der abgegebenen Stimmen



Dr. Gunter Bühler



Willi Feige

am 10. November 2013
Dr. Gunter Bühler, Bopfingen
 mit 90,7 % der abgegebenen Stimmen

am 1. Dezember 2013
Willi Feige, Kirchheim am Ries
 mit 88,5 % der abgegebenen Stimmen

AUSBILDUNG BEIM OSTALBKREIS

Das Landratsamt Ostalbkreis bietet jungen Menschen in insgesamt zehn Berufsfeldern die Möglichkeit einer qualifizierten Ausbildung. Neben den klassischen Verwaltungsberufen wie „Fachangestellte Bürokommunikation“ und „Beamte im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst“ gehören auch gewerblich-technische Berufe wie Forstwirt, Straßenwärter und Vermessungstechniker zur Ausbildungspalette des Ostalbkreises. Der soziale Bereich wird durch die Möglichkeit eines Studiums zum Bachelor of Arts (Studienbereich Sozialwesen) abgedeckt. Stark nachgefragt sind auch die Ausbildungsplätze im Berufsbild „Fachinformatiker Systemintegration“. In diesem Beruf bildet das Landratsamt Ostalbkreis im 3-jährigen Rhythmus aus. Ebenfalls möglich ist die Ausbildung zum Informatikkaufmann. Neuland hat der Ostalbkreis mit der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes zum Jugend- und Heimerzieher betreten.

Um den Nachwuchsproblemen im gehobenen Dienst gegenzusteuern, hat sich die Landkreisverwaltung entschieden, für das sogenannte Einführungspraktikum, welches dem eigentlichen Studium Public Management vorangestellt ist, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Nach der Einstellung von zwei Verwaltungspraktikanten im Herbst 2011 wurde aufgrund der guten Erfahrungen die Zahl der Ausbildungsplätze in diesem Berufsfeld auf sechs erhöht und soll sich auch zukünftig in diesem Rahmen bewegen. Das Landratsamt ist zudem zuständige Stelle für die Organisation und Durchführung des Unterrichts für die Verwaltungspraktikanten (vormals Dienst-

zeitbegleitender Unterricht – DZU, jetzt Einführungslehrgang – EL).

Um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen im sozialen Bereich zu sammeln, bietet das Landratsamt bereits seit mehreren Jahren die Möglichkeit, ein Freiwilliges Soziales Jahr zu absolvieren. Seit 2013 bietet das Landratsamt zudem in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz Aalen die Möglichkeit, einen Bundesfreiwilligendienst abzuleisten. Nach Anerkennung der Einsatzstellen (Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd, Jagsttalschule Westhausen, Heideschule Mutlangen und Schlossschule Wasseralfingen) durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BaFzA) konnten insgesamt 27 Stellen im Bundesfreiwilligendienst bereitgestellt und besetzt werden. Die vertragliche Abwicklung und die Erstattungen durch das Bundesamt erfolgen in Kooperation mit dem DRK Aalen. Dem Landratsamt obliegt die Anleitung und Betreuung der jungen Menschen. Die Erfahrungen mit den jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr und im Bundesfreiwilligendienst sind laut den Schulleitungen äußerst positiv, und nach Wegfall des Zivildienstes können so Lücken bei der Betreuung der Schulkinder geschlossen werden.

Als öffentlicher Ausbildungsbetrieb genießt das Landratsamt einen sehr guten Ruf. So erreichen die Auszubildenden des Landratsamtes zum Ende der Ausbildung regelmäßig hervorragende Ergebnisse. Jedes Jahr beendet im Durchschnitt ein Drittel der Auszubildenden



die Ausbildung mit einem Preis oder einer Be-
 lobung. Beim Landratsamt wird mit großem
 Engagement eine qualifizierte fachliche Aus-
 bildung durch speziell geschulte Ausbildungs-
 beauftragte geboten. Ferner ist die Landkreis-
 verwaltung bemüht, den Auszubildenden nicht
 nur die berufsspezifischen Kenntnisse sondern
 auch soziale Fähigkeiten zu vermitteln. So be-
 steht seit sechs Jahren eine Kooperation mit
 dem Rabenhof Ellwangen: Auszubildende in
 Verwaltungsberufen absolvieren dort auf frei-
 williger Basis ein Praktikum und arbeiten Hand
 in Hand mit Menschen mit Behinderung zu-
 sammen. Ferner werden in Zusammenarbeit
 mit der AOK Aalen regelmäßig sogenannte
 „Azubitage“ durchgeführt. Bei diesen ganz-
 tägigen Veranstaltungen werden den Auszu-
 bildenden Kenntnisse und Fertigkeiten zur Be-
 wältigung des Berufsalltags im Hinblick auf

die gesundheitlichen Belange vermittelt. Neu
 in das interne Schulungsangebot aufgenom-
 men wurde ferner ein „Knigge“-Seminar spe-
 ziell für Auszubildende.

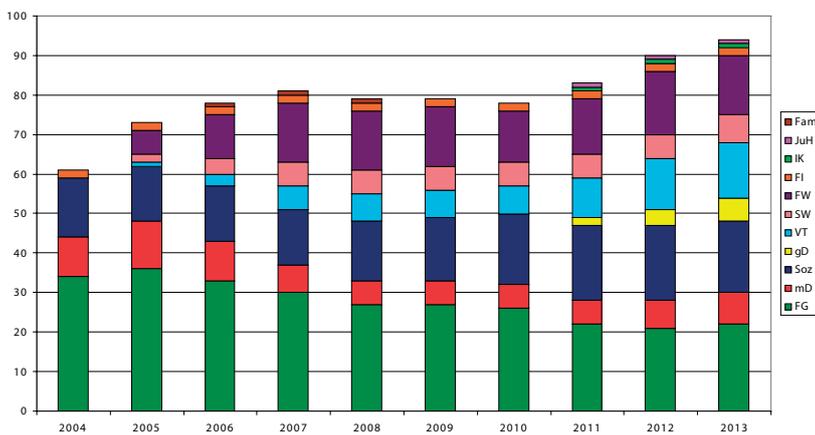
Als besonders wichtig werden Seminare zur
 interkulturellen Sensibilisierung erachtet. Hin-
 tergrund ist, dass der Anteil an Menschen mit
 Migrationshintergrund sowohl bei den Kun-
 den der Landkreisverwaltung als auch bei
 den Beschäftigten und Auszubildenden selbst
 stetig zunimmt.

Zudem beteiligt sich das Landratsamt ab
 Herbst 2013 zum zweiten Mal an dem Me-
 dienprojekt „AzubiQ“ in Kooperation mit
 der Schwäbischen Post. Hier sind drei Azu-
 bis der Landkreisverwaltung gefordert, ihre
 Kenntnisse zu allgemein bildenden Themen
 unter Beweis zu stellen. Im Rahmen dieses
 Projektes erhalten die Auszubildenden für
 die Dauer eines Jahres kostenlos eine Tages-
 zeitung zur Verfügung gestellt und müssen im
 Gegenzug bei verschiedenen Tests zur All-
 gemeinbildung gegeneinander antreten. In-
 teressante Besichtigungen sind im Rahmen
 dieses Projektes möglich: So unter anderem
 eine Führung und Besichtigung des Hohenlo-
 her Druckzentrums in Crailsheim.

Die Ausbildungsmöglichkeiten beim Land-
 ratsamt Ostalbkreis wurden auf verschie-
 densten Ausbildungsmessen vorgestellt, um
 so möglichst viele qualifizierte Bewerber zu
 gewinnen. Ferner bietet das Landratsamt die
 Möglichkeit für Schüler, sogenannte „Schnup-
 perpraktika“ zur Berufserkundung zu absol-
 vieren. Im Gegensatz zu den sinkenden
 Schülerzahlen an den Schulen sind bei den
 Bewerberzahlen der Landkreisverwaltung
 keine großen Rückgänge zu verzeichnen. In-
 besondere die Berufe in der Verwaltung sind
 stark nachgefragt.

Zusammenfassend kann festgehalten wer-
 den, dass das Landratsamt den Großteil der
 eigenen Mitarbeiter selbst ausbildet und da-
 mit sehr gute Erfahrungen macht. Eine Viel-
 zahl ehemaliger Auszubildenden haben heute
 verantwortungsvolle Positionen in der Land-
 kreisverwaltung bezogen, so unter anderem
 in den Sekretariaten der Geschäftsbereichs-
 leitungen und bei den Dezernenten.

Entwicklung der Ausbildungsberufe in den letzten 10 Jahren



FG - Fachangestellte für Bürokommunikation, mD - Beamte mittlerer Dienst, Soz - Sozialpädagogen, gD - Beamte gehobener Dienst, VT - Vermessungstechniker, SW - Straßenwärter, FW - Forstwirte, FI - Fachinformatiker, IK - Informatikkaufmann, JuH - Jugend- und Heimerzieher, Fami - Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste

Beim Landratsamt sind derzeit 92 Auszubildende in folgenden Berufen beschäftigt:

Fachangestellte für Bürokommunikation	22
Beamte im mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst	8
Bachelor of Arts (Studienbereich Public Management)	6
Bachelor of Arts (Studienbereich Sozialwesen)	18
Fachinformatiker Systemintegration	2
Informatikkaufmann	1
Vermessungstechniker	14
Straßenwärter	6
Forstwirte	15
Jugend- und Heimerzieher	1

FORTBILDUNGEN

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

Die Landkreisverwaltung bietet bereits seit Jahren sehr erfolgreiche, vielfältige Fortbildungsmöglichkeiten und Gesundheitsaktionen an.



Die Damen der Pilates-Betriebsportgruppe mit Landrat Klaus Pavel und den Dezernenten „beim Training“

Hierzu finden in regelmäßigen Abständen Bewegungs-, Ernährungs- und sonstige Kurse sowie die Blutspendeaktionen und Gripeschutzimpfungen statt. Die Kurse sind immer gut besucht. Im Jahr 2012 wurden 13 und im Jahr 2013 15 derartige Kurse sowie Blutspendeaktionen und Gripeschutzimpfungen angeboten.

FORTBILDUNG

Im Bereich Fortbildung wurden auch in den Jahren 2012 und 2013 Seminare zu den unterschiedlichsten Themen für die Beschäftigten angeboten. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Fortbildungen:

- **Schriftliche Kommunikation – Grundlagen – empfängerorientiert, präzise, zeitgemäß**
(Zielgruppe: Sekretariate)
- **Umgang mit Menschen in Ausnahmesituationen**
(5 Seminare/Zielgruppe: interessierte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter)
- **Büroeffizienz und Zeitmanagement**
(Zielgruppe: Sekretariate)
- **Resilienz**
(2 Seminare/Zielgruppe: Führungskräfte + interessierte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter)

- **Knigge im Job**

(2 Seminare/Zielgruppe: Auszubildende und interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)

- **Professionell vorbereiten und organisieren – Besprechungen, Konferenzen, Veranstaltungen und Präsentationen**

(Zielgruppe: Sekretariate)

- **Selbstverteidigungskurs**

Von den Beschäftigten der Landkreisverwaltung wurden diese Fortbildungsangebote sehr gut angenommen. Auch die Rückmeldungen waren stets positiv. Um möglichst vielen interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Teilnahme an einem bestimmten Seminar zu ermöglichen, wurden einige auch mehrmals angeboten. Für das Jahr 2014 sind wieder Fortbildungen geplant, insbesondere ein spezielles Qualifizierungsprogramm für Nachwuchsführungskräfte sowie ein Trainee für Führungskräfte.

PRÄVENTIONSWORKSHOPS DER POLIZEIDIREKTION AALEN

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung haben im Rahmen ihrer täglichen Arbeit vielfältige Kundenkontakte. Die Landkreisverwaltung legt hierbei größten Wert auf eine gute, professionelle und freundliche Behandlung der an sie herangetragenen Anliegen. In aller Regel wird diese offene, partnerschaftliche Haltung von den Kunden honoriert und sie fühlen sich gut beraten. Leider ist aber auch zunehmend festzustellen, dass die Gewaltbereitschaft in öffentlichen Einrichtungen zunimmt. Immer öfter kommt es zu Beleidigungen, Beschimpfungen oder auch Bedrohungen der Beschäftigten. Die Landkreisverwaltung hat die Möglichkeit, zum Schutz ihrer Beschäftigten gegen besonders auffällige Kunden Hausverbote zu verhängen. Diese Maßnahme kann allerdings immer nur das letzte Mittel darstellen. Daher war es notwendig, bereits im Vorfeld Strategien zu entwickeln, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Verhalten in Extremfällen

fit zu machen. Hierzu gehören neben den regelmäßigen Schulungsangeboten „Umgang mit schwierigen Kunden“ seit dem Jahr 2013 Workshops, die die Polizeidirektion Aalen zusammen mit dem Geschäftsbereich Personal und Organisation durchführt. Die Polizeidirektion hat im Jahr 2013 sechs Präventionsveranstaltungen angeboten, in denen besonders auf die Belange von Behörden mit Publikumsverkehr eingegangen wurde. Helmut Sailer,

Hans-Jürgen Landgraf und Jörg Erdstein gaben in diesen Workshops Verhaltensempfehlungen und informierten über Möglichkeiten, um am Arbeitsplatz schwierige Situationen zu meistern. Die Veranstaltungen finden grundsätzlich in den Räumen der Polizei statt. Im Jahr 2013 wurden 365 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung geschult. Auf Grund der großen Nachfrage wird dieses Angebot auch im Jahr 2014 fortgeführt.

LEISTUNGSORIENTIERTE BEZAHLUNG (LOB)

Für das Jahr 2008 wurden für die Tarifbeschäftigten in der Landkreisverwaltung gemäß den Vorgaben von § 18 TVöD auf der Basis einer systematischen Leistungsbewertung erstmals Leistungsprämien ausbezahlt. Nunmehr wurde in den Jahren 2012 und 2013 bereits die vierte bzw. fünfte „Bewertungsrunde“ abgeschlossen. Betrag der für das Jahr 2008 zur Verfügung stehende Betrag noch 210.000 Euro (1 % der Bruttojahresentgelte), so stieg dieser bis zum Jahr 2013 auf 2 % der Bruttojahresentgelte und damit auf mehr als das Doppelte an.

Beim Landratsamt Ostalbkreis erhielten für das Jahr 2012 insgesamt 1.101 TVöD-Beschäftigte (83 %) eine Prämie. Die ausbezahlten Prämien schwankten je nach konkreter Leistungsbewertung bei 100 % Beschäftigungsumfang aktuell von ca. 150 Euro bis ca. 1.500 Euro. Mit der LOB ist zwingend das Führen jährlicher Mitarbeitergespräche verknüpft. Im Rahmen dieser Mitarbeitergespräche ziehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung zusammen mit ihren Vorgesetzten Bilanz über die Arbeit des vergangenen Jahres, analysieren Verbesserungspotentiale

und vereinbaren für die Zukunft konkrete Maßnahmen zur individuellen, persönlichen Weiterentwicklung sowie konkrete Arbeitsziele für die Zukunft. Gerade diese jährlichen Gespräche stoßen bei den Beteiligten auf eine überaus breite Zustimmung: 82 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten das Mitarbeitergespräch für wichtig, während sogar 98 % der Vorgesetzten diese Meinung vertreten. 60 % der Vorgesetzten halten die jetzige LOB und das Mitarbeitergespräch für geeignete Instrumente der (qualitativen) Personalentwicklung. Auf dieser breiten Zustimmung wurden ab dem Jahr 2013 die Mitarbeitergespräche auch auf die Beamtinnen und Beamten der Landkreisverwaltung ausgedehnt. Das von der Landkreisverwaltung selbst konzipierte und umgesetzte LOB-System hat sich in den letzten fünf Jahren sehr gut bewährt. Es ist äußerst wirtschaftlich, da die komplette Abwicklung (EDV-Auswertung, Schulungen, Weiterentwicklung) in Eigenregie erfolgt. Alle Rechte am System liegen beim Landkreis. Die Erfahrungen machen deutlich, dass es in der Landkreisverwaltung gut verankert ist und sowohl von den Vorgesetzten als auch den Mitarbeitern in hohem Maße akzeptiert wird.

NEUE UNTERBRINGUNGSKONZEPTION FÜR DIE LANDKREISVERWALTUNG

Die Landkreisverwaltung ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie mehrere verwaltungsstrukturelle Maßnahmen, wie die in mehreren Etappen erfolgte Sozialhilfe-Rückdelegation (2002, 2003 und 2005), die Verwaltungsstruktur-Reform (2005) sowie die Übernahme des Jobcenters in kommunale Trägerschaft (2011). Betrug im Jahr 2002 die Gesamtzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Landratsamt Ostalbkreis noch 1.052 Personen, so ist diese Zahl auf aktuell 1.765 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den 22 Gebäuden der Landkreisverwaltung angestiegen (712 männlich und 1053 weiblich, Frauenquote 60%). In Teilzeit arbeiten 623 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit beträgt die Teilzeitquote 35,3% (aktuelle Zahlen jeweils Stand 22. April 2013).

Allein von 2009 bis 2013 hat die Anzahl der Arbeitsplätze im Bürobereich in Aalen und Schwäbisch Gmünd um 34 Plätze (entspricht einem reinen Büroflächenbedarf von ca. 700 m²) zugenommen, trotz der Einrichtung von Heimarbeitsplätzen sowie gemeinsamer Arbeitsplatznutzung durch Teilzeitkräfte. Verantwortlich hierfür sind neben der stetigen Zunahme der Fallzahlen insbesondere im sozialen Bereich die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Erfordernisse der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Ergebnis benötigt die Landkreisverwaltung kurz- und mittelfristig bis zum Jahr 2020 weitere Raumressourcen. Daher wurde im Mai 2013 ein Konzept zur räumlichen Neuorganisation der Landkreisverwaltung verabschiedet, das bis Frühjahr 2014 zunächst 134 Umzüge vorsieht und aus folgenden Kernpunkten besteht:

Im Landratsamt Aalen werden die jeweils zu einem Dezernat gehörenden Geschäftsbereiche so weit wie möglich stockwerksweise zusammengefasst:



Unterbringung des GB Information und Kommunikation im „Quadrat I“ in Aalen



Arbeitsplätze des GB Information und Kommunikation im „Quadrat I“ in Aalen

- 4.OG:** Bereich Landrat,
Dezernat I, Dezernat II
- 3. OG:** Dezernat IV, Dezernat VII,
Rechnungsprüfung
- 2. OG:** Dezernat V, Dezernat III
- 1. OG:** Dezernat V
- EG:** Zulassung- und Führerscheinbehörde,
Kreismedienzentrum (wie bisher)
Kinderbetreuung (neu)

Im 2. OG wird die Schuldnerberatung (bisher Bahnhofstraße 50, Aalen) in unmittelbarer Nähe zum Geschäftsbereich Soziales integriert.

Im 3. OG wird der Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht zusammengeführt (Sachgebiet Gewerbeaufsicht bisher in Schwäbisch Gmünd). Durch diese (auch räumlich) enge Zusammenarbeit ergeben sich in hohem Maße Synergien. Auch die Bürger-/Kundenfreundlichkeit der Landkreisverwaltung wird dadurch verbessert. Im EG ist im Jahr 2014 die Einrichtung einer Kinderbetreuung geplant. In Schwäbisch Gmünd wird der Geschäftsbereich Sicherheit und Ordnung (8 Arbeitsplätze, bisher Gebäude Haußmannstraße 29)

künftig im Gebäude Oberbetringer Straße 166 untergebracht. Dadurch können zum einen für den Geschäftsbereich Jugend und Familie im Gebäude Haußmannstraße dringend benötigte Räume bereitgestellt werden. Zum anderen können im Gebäude Oberbetringer Straße sowohl für die Kunden als auch für die Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Sicherheit und Ordnung optimale Bedingungen geschaffen werden.

Um die notwendigen Änderungen in Aalen umsetzen zu können, wurde ab Oktober 2013 im Gebäude „Quadrat I“ in Aalen, Gartenstraße 97 im 3. OG eine Bürofläche von 650 m² für die Geschäftsbereiche Information und Kommunikation (IuK) sowie Gebäudemanagement angemietet. Beide Geschäftsbereiche sind interne Servicedienstleister für die gesamte Landkreisverwaltung an allen Standorten im Landkreis, so dass eine Unterbringung nicht zwingend im Landratsamtsgebäude in Aalen erforderlich ist. Auf das Dienstleistungsangebot für die Bürger und Kunden ergeben sich hierdurch keine Auswirkungen. Die hohe Servicequalität der Landkreisverwaltung bleibt voll gewährleistet.

PERSONALENTWICKLUNG

Demografischer Wandel beeinflusst Personalmanagement

Der demografische Wandel wird künftig die Personalbewirtschaftung und insbesondere die Rekrutierung von Fachkräften maßgeblich beeinflussen.

Die stringenten Regelungen des Tarif- und Beamtenrechts beinhalten dabei noch zusätzliche Hemmnisse für die Einstellung von qualifiziertem und motiviertem Personal.

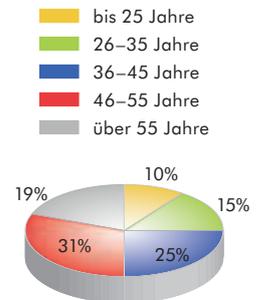
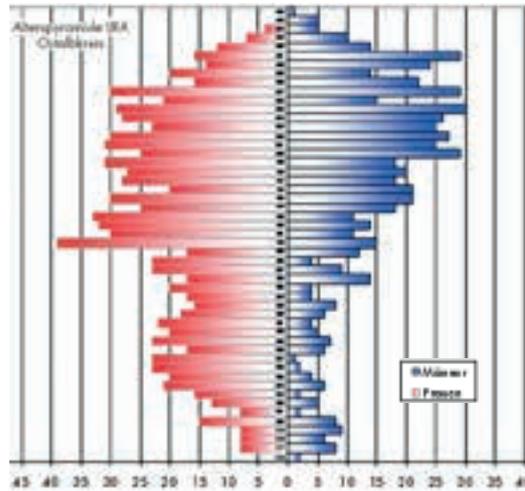
Der Blick auf die Alterspyramide der Landkreisverwaltung zeigt deutlich den Überhang der weiblichen Mitarbeiter gegenüber den männlichen Beschäftigten. Auch ist erkennbar, dass bei den jüngeren Nachwuchskräften ein deutlicher Frauen-Überhang gegeben ist. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Anteil der Frauen in Führungsfunktionen in den kommenden Jahren zunehmen wird.

Das Durchschnittsalter der Kreisbeschäftigten lag im Jahr 2013 bei rund 44 Jahren. Die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bis zum Renteneintritt nur noch 20 Jahre oder weniger zu arbeiten. Dies zeigt die Alterstrukturanalyse (siehe rechts oben)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Teilzeitbeschäftigung – Kinderbetreuung

Für die Landkreisverwaltung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Hinblick auf den demografischen Wandel ein sehr wichtiges und aktuelles Thema. Teilzeit- und Heimarbeitsplätze werden soweit möglich angeboten. Eine Teilzeitquote von fast 33 % oder 585 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt im Landesdurchschnitt.

So gibt es bereits seit vielen Jahren flexible Arbeitszeitregelungen, um Beruf und Familie bestmöglich und individuell in Einklang zu bringen. Dies betrifft in erster Linie die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit. Der hohe Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen ist an der genannten Teilzeitquote der Landkreisverwaltung ablesbar. In den meisten Fällen hat die Redu-



zierung des Beschäftigungsumfangs familiäre Gründe (Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen). Es gibt jedoch auch Fälle, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst ihren Beschäftigungsumfang reduzieren möchten und damit auch ein geringeres Einkommen in Kauf nehmen, um mehr Zeit für persönliche Angelegenheiten zu haben. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die Gewinnung von Fachkräften wird der Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen zunehmen. Nur durch Teilzeitarbeit oder die Bereitstellung von Heimarbeitsplätzen wird es in der Zukunft gelingen, weibliches Arbeitskräftepotential stärker als bisher auszuschöpfen.

Um insbesondere eigenen Beschäftigten eine frühzeitige Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, wird ab dem Jahr 2014 am Standort Aalen eine betriebliche Kinderbetreuung für Kinder zwischen dem vollendeten 1. Lebensjahr und dem vollendeten 3. Lebensjahr bzw. bis zum Eintritt in den Kindergarten eingerichtet. Die Eröffnung ist zur Jahresmitte 2014 geplant. Die Kinderbetreuung wird dabei als Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen gem. § 22 Abs.1 SGB VIII, § 1 Abs. 7 Kindertagesbetreuungsgesetz i. V. m. der VwV Kindertagespflege als sogenannte Tiger-Gruppe erfolgen. Die Betreuung erfolgt durch ausgebildete Tagespflegepersonen (TPP). Zu Beginn wird von einer wöchentlichen Öffnungszeit von 25 Stunden/Woche ausgegangen.

AUFRÄUMTAGE IN DER KREISVERWALTUNG



Kinderbesuchstag am 29. Oktober 2013

Darüber hinaus gibt es im Bereich der Personalentwicklung bei der Landkreisverwaltung weitere Maßnahmen, welche der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegenkommen. Dazu zählen z. B. Fortbildungsangebote während der familiären Beurlaubung, Zugang zum Extranet von zu Hause, der Informationstag für Beurlaubte, Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen zum Wiedereinstieg nach einer längeren Familienphase, Beratungsangebote bei Pflegefällen etc.).

Ein weiterer Baustein ist der Kinderbesuchstag, der jährlich in den Herbstferien im Ostalbkreis- haus stattfindet, zuletzt im Oktober 2013. 40 Kinder haben die Gelegenheit genutzt, den Arbeitsplatz ihrer Eltern kennen zu lernen und an verschiedenen Aktivitäten teil zu nehmen. Auch mit dieser alljährlichen Aktion soll die familienfreundliche Ausrichtung des Arbeitgebers Landratsamt Ostalbkreis untermauert werden. Für die teilnehmenden Kinder ist es immer ein spannendes Erlebnis, den Arbeitsplatz der Mama oder des Papas zu besuchen.

Am 22. Februar 2013 und am 27. September 2013 fanden im Landratsamt in Aalen (Ostalbkreis- haus) sowie in Schwäbisch Gmünd an den Standorten Oberbettringer Straße (Hardt) und Benzholzstraße (Jobcenter) mit großem Erfolg die ersten Aufräumtage der Landkreisverwaltung statt. An diesen Tagen waren die Gebäude für die Kundinnen und Kunden geschlossen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entrümpelten, putzten und wienerten mit großem Engagement ihre Büros und trennten sich von großen Mengen an nicht mehr benötigtem Papier, Pflanzen und Elektro-/Metallschrott. An zentralen Orten in den Gebäuden standen außerdem Eimer, Lappen und Putzmittel bereit, um den Büros nach erfolgreichem Ausmisten wieder den „letzten Schliff“ geben zu können. Komplettiert wurde der Aufräumtag in Aalen mit einer nicht vorher angekündigten Evakuierungsübung des kompletten Gebäudes.

Die Ergebnisse der beiden Aufräumtage können sich wirklich sehen lassen: Neben rund 4,5 Tonnen datenschutzgerecht entsorgtem Papier fiel rund eine weitere Tonne Metallschrott an. Rund 200 kg Rest- und Biomüll wanderten außerdem in die Entsorgungscontainer der GOA.

| EINFÜHRUNG DER E-AKTE



Aufräumtage in der Kreisverwaltung

Die Geschäftsbereiche Information und Kommunikation sowie Personal und Organisation haben in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter die elektronische Akte (e-Akte) in allen Jobcenter-Standorten eingeführt. Im Zuge der Umsetzung dieses Projektes wird Schritt für Schritt die bisher praktizierte Papiersachbearbeitung durch die elektronische Sachbearbeitung am PC abgelöst. Die technische Umsetzung erfolgt zusammen mit der Firma OPTIMAL SYSTEMS, Konstanz. Es ist geplant, das Dokumentenmanagementsystem (DMS) der Firma OPTIMAL SYSTEMS sukzessive auch in anderen Geschäftsbereichen der Landkreisverwaltung einzuführen. Die Federführung dieses Projektes übernehmen die Geschäftsbereiche Personal und Organisation sowie Information und Kommunikation. Die Vorteile des DMS bzw. der e-Akte liegen in verbesserten Verfahrensabläufen und dem völligen Verzicht auf Papier.

LIEGENSCHAFTSVERWALTUNG UND ENERGIEMANAGEMENT

Zum Verantwortungsbereich des Geschäftsbereichs Gebäudemanagement gehören neben den kreiseigenen oder angemieteten Liegenschaften, in denen die allgemeine Verwaltung des Ostalbkreises untergebracht ist, auch drei Berufliche Schulzentren und vier Sonderschulen sowie Forst-Außenstellen, Straßenmeistereien und Schülerwohnheime. Zum Jahresbeginn 2012 wurden vier Geschäftsstellen des Jobcenters Ostalbkreis in den Gebäudebestand der Landkreisverwaltung integriert. Durch die ansteigenden Flüchtlingszahlen wurden in den vergangenen beiden Jahren Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber in der Verantwortung des Ostalbkreises neu errichtet oder ausgebaut. Der Geschäftsbereich ist für die Wahrnehmung sämtlicher gebäuderelevanter Aufgaben bei diesen Objekten verantwortlich.

Vorbereitung von Investitions- und Baumaßnahmen

Im Mittelpunkt der Arbeit des technischen Gebäudemanagements stand in den Jahren 2012 und 2013 die Entwicklung von Sanierungskonzeptionen für die Landratsämter in Aalen und Schwäbisch Gmünd (Haußmannstraße 29). Die energetische Dach- und Fassadensanierung am Landratsamt Schwäbisch Gmünd hat bereits im Oktober 2013 begonnen und wird im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Beim Landratsamt in Aalen ist in den nächsten Jahren eine schrittweise Sanierung des Verwaltungsgebäudes mit einem Gesamtkostenvolumen von rund vier Millionen Euro geplant. Einen weiteren wesentlichen Aufgabenschwerpunkt bildete die Weiterentwicklung des Schulstandortes Schwäbisch Gmünd. So wurde ein Wettbewerbsverfahren zum Neubau der Mensa am Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd durchgeführt. Ebenso wurde ein Wettbewerb zur An- und Umbaumaßnahme an der Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd abgeschlossen. Die bauliche Umsetzung wird jeweils in den kommenden Jahren stattfinden.

Energiebericht der Landkreisverwaltung

Mit dem jährlichen Energiebericht informiert die Landkreisverwaltung umfassend über den Energieverbrauch der Liegenschaften des Ostalbkreises. Außerdem werden durchgeführte Sanierungsmaßnahmen sowie Energieeinsparmaßnahmen ausführlich dargestellt. Der Energiebericht 2012 informiert auch über den Einsatz von erneuerbaren Energien bei den Kreisliegenschaften. Mit einem Anteil von 31,4 % an erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung und der Aufstockung des Ökostromanteils auf 53 % verfügt der Ostalbkreis bereits über eine vorbildliche und nachhaltige Energieversorgung. Von Seiten des Kreistags wurden die vielfältigen Maßnahmen der Landkreisverwaltung im Bereich der Energieeinsparung (z. B. LED-Beleuchtung) bzw. des Einsatzes erneuerbarer Energien (Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlagen) sehr positiv beurteilt.

Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlage an der Heideschule Mutlangen

Bereits im Jahr 2011 hat das Gebäudemanagement eine Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlage (PV-EVA) auf dem Nebengebäude des Ostalbkreishauses in Betrieb genommen und im Jahr 2012 auf insgesamt 17 kW Nennleistung erweitert.

Im Januar 2013 hat die zweite landkreiseigene PV-EVA bei der Heideschule Mutlangen erstmals Strom direkt vor Ort erzeugt: Die Überdachung einer Terrasse wurde an der Heideschule in Mutlangen mit der umweltfreundlichen Erzeugung von Solarstrom verbunden. Die „Solarveranda“ besteht aus einer Holzbaukonstruktion und semitransparenten Photovoltaikmodulen, die Strom erzeugen und gleichzeitig als Sonnenschutz für die Werkstatträume der Heideschule dienen. Die Besonderheit der Solarstromanlage besteht darin, dass der erzeugte Strom sofort in der Schule durch den gleichzeitigen und höheren Strombedarf verbraucht werden kann. Neben der umweltfreundlichen und im Betrieb CO₂-

Photovoltaik-Eigenverbrauchsanlage an der Heideschule Mutlangen



freien Stromerzeugung wird dadurch auch das Stromnetz weniger belastet. Die Photovoltaikanlage besteht aus 66 semitransparenten Photovoltaikmodulen mit einer Leistung von jeweils 150 Watt. Die Gesamtleistung beträgt somit 9,9 kW. Die Besonderheit der semitransparenten Module besteht darin, dass bei diesen die photovoltaischen Zellen zwischen zwei Glasplatten einlaminiert und deshalb lichtdurchlässig sind. Diese Art der Photovoltaikmodule führt nicht zu einer kompletten Verschattung und kann dennoch als Sonnenschutz für die südlichen Schulräume dienen.

Neue Wärmeversorgung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd

Am 15. Mai 2012 hat der Kreistag beschlossen, die künftige Wärmeversorgung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd durch zwei neue Erdgaskessel, ein Erdgas-Blockheizkraftwerk sowie eine Holzpellettheizung sicherzustellen.

Die Kombination aus effizienten Erdgaskesseln, einem leistungsstarken Erdgas-Blockheizkraftwerk mit hoher Eigenstromnutzung und einer umweltfreundlichen Holzpellettheizung stellt sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen die beste Gesamtlösung für das Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd dar.

Neue Wärmeversorgung am KBSZ Schwäbisch Gmünd



Neben der Installation der neuen Wärmeenergieerzeugungsanlagen wird auch der gesamte Heizverteiler saniert und mit neuen energieeffizienten Pumpen ausgestattet. Die gesamte Wärme- und Eigenstromerzeugung wird in die vorhandene Gebäudeleittechnik eingebunden und bedarfsgerecht durch den Hausmeisterdienst gesteuert. Als begleitende Maßnahme wird ein interaktives Schaubild auf die momentane Leistung der Heizanlage im Flurbereich hinweisen. Die Baukosten betragen rund 1 Mio. Euro. In der Förderperiode 2012 des Landesprogramms Klimaschutz-Plus wurde für die Maßnahme ein Gesamtzuschuss von 171.000 Euro bewilligt, der sich auf das Erdgas-Blockheizkraftwerk (82.200 Euro), die Holzpellettheizung (85.800 Euro) und die Visualisierung der Energieerzeugung (3.000 Euro) aufteilt.

Das Förderprogramm Klimaschutz-Plus orientiert sich an der Reduzierung der schädlichen Treibhausgasemissionen. Mit der neuen Heizanlage wird der CO₂-Ausstoß von derzeit 1.766 Tonnen pro Jahr um 657 Tonnen (-37 %) auf nur noch 1.109 Tonnen CO₂ pro Jahr reduziert. Am 29. November 2013 konnte nach einer Bauzeit von sechs Monaten die neue Heizanlage im Rahmen einer Sitzung des Umweltausschusses offiziell in Betrieb genommen werden.

EKO – ENERGIEKOMPETENZOSTALB E.V. ENERGIE- UND KLIMASCHUTZBERATUNG DES OSTALBKREISES



Landrat Klaus Pavel (4. v. r.) nimmt an der Informationsveranstaltung der Kreishandwerkerschaft zum Tag des Handwerks 2012 im EKO-Energieberatungszentrum in Böbingen teil.

Ein zentraler Baustein der Klimaschutzaktivitäten des Ostalbkreises ist das nachhaltige Engagement des Landkreises im EnergiekompetenzOstalb e.V. (EKO), dem Energieberatungszentrum des Ostalbkreises in Böbingen. Dieses wurde 2004 mit Unterstützung des Landes und der EU implementiert und steht seitdem allen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Kommunen als kompetente Anlaufstelle für die Themenfelder Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien rund ums Haus, bei Neubau und Sanierung zur Verfügung. Im Jahr 2010 hat der Landkreis die Trägerschaft des EKO übernommen. 2013 hat der Kreistag des Ostalbkreises diesen Beschluss einstimmig bekräftigt und somit eindeutig die Wichtigkeit dieses unabhängigen und neutralen Beratungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis im Hinblick auf den Klimaschutz herausgestellt.

In den Jahren 2012 und 2013 hat sich die Beratungsarbeit des EKO-Energieberatungszentrums nachhaltig gefestigt. Die Bürgerinnen und Bürger des Ostalbkreises nutzten das Beratungsangebot des EKO zum einen direkt im Energiekompetenzzentrum in Böbingen, andererseits fanden sie auch kompetente haupt- und ehrenamtliche Energieberater in den neun weiteren Beratungsstützpunkten der Städte und Gemeinden Aalen, Abtsgmünd, Bopfingen, Ellwangen, Hüttlingen, Lorch, Neresheim,

Oberkochen und Schwäbisch Gmünd. Bedarfswise wurde ergänzend auch noch in Gschwend und Unterschneidheim beraten.

Komplettiert wurde das Beratungsangebot des EKO durch die Vor-Ort-Präsenz mit Informationsständen auf vielen Messen und Leistungsschauen im Ostalbkreis. Als Beispiele seien hier der Kalte Markt in Ellwangen, die Infotage-Energie in Aalen, die Handwerkermesse Schwäbisch Gmünd, die Gewerbeausstellung Unterschneidheim, die Messe „Aalenschafft Zukunft“ und die Ipfmesse in Bopfingen sowie die beiden Immobilienmessen in Aalen und Schwäbisch Gmünd genannt.

Somit erhielten in 2012 und 2013 jährlich jeweils mehr als 1.250 ratsuchende Bürgerinnen und Bürger aus dem Ostalbkreis wertvolle und orientierende Informationen zur Energieeinsparung im Alltag, für die Planung ihres Neu- oder Umbaus sowie zur Modernisierung ihres bestehenden Heizungssystems. Im EKO-Energieberatungszentrum in Böbingen fanden diese anhand zahlreicher Demonstrationsobjekte zudem einen Überblick zu aktuellen Techniken, Trends und Fördermöglichkeiten sowie zur Leistungsfähigkeit der regionalen Handwerker, Architekten und Planer.

Parallel zu den Beratungsleistungen wirkte das EKO in 2012 maßgeblich an der Ausarbeitung des Integrierten Klimaschutzkon-



zeptes für den Ostalbkreis mit, welches am 9. Oktober 2012 in den Kreistag eingebracht wurde. Die Machbarkeit des Klimaschutzziels des Ostalbkreises, dass bis zum Jahr 2025 in den Städten und Gemeinden des Ostalbkreises die Hälfte des gesamten Energie- und Wärmebedarfs über regenerative Energien gedeckt werden soll, wurde bestätigt.

Das erarbeitete Klimaschutzkonzept ging dabei auf die originären Wirkungsbereiche des Landkreises ein. Es schlug Empfehlungen für Handlungsoptionen des Ostalbkreises in einem ausgearbeitetem Maßnahmenkatalog vor. Dieser wird nun über die politischen Gremien priorisiert und in Umsetzungsschritte eingeteilt. Den Kommunen des Ostalbkreises soll das ausgearbeitete Klimaschutzkonzept an Hand der vorhandenen Datenerhebungen ermöglichen, eigene stadt- bzw. gemeindegenspezifische Klimaschutzkonzepte entwickeln zu können.

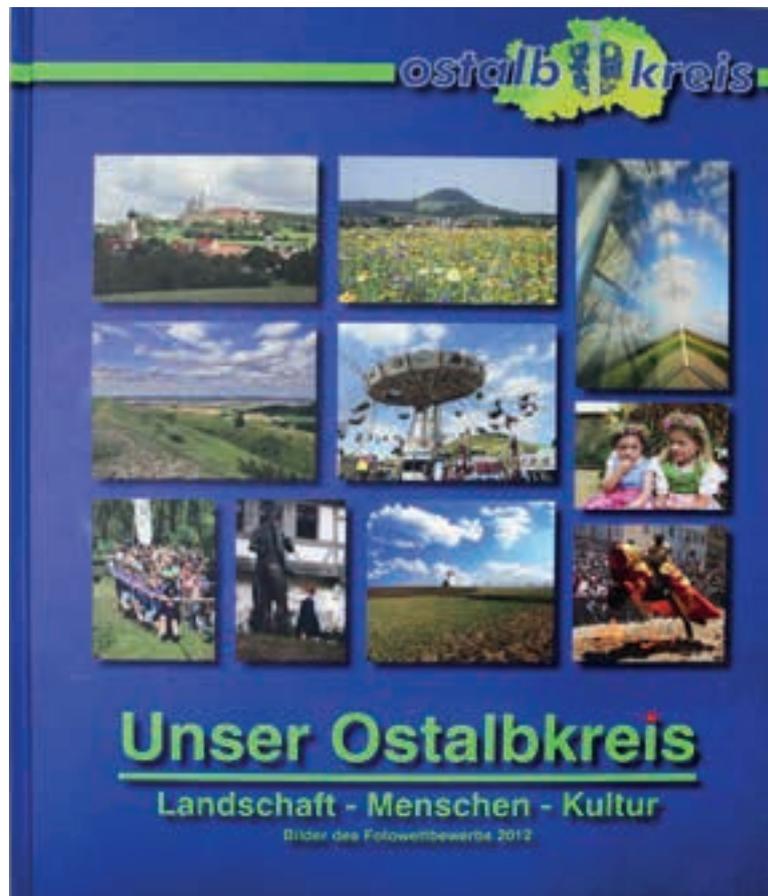
In beiden Jahren bildete das jährliche Klimaforum Ostalb, welches gemeinsam mit dem EUROPoint Ostalb organisiert wird, den Jahresabschluss der Veranstaltungreihen des EKO. In 2012 sprach Prof. Martina Hofmann von der Hochschule Aalen über den machbaren Einsatz von Erneuerbaren Energien im Ostalbkreis und 2013 führte der Zukunftsforscher Prof. Franz-Josef Radermacher aus Ulm zum Ansatz der Klimaneutralität aus.



Landesumweltminister Franz Untersteller informiert sich am 21.4.2012 zusammen mit dem Aalener Oberbürgermeister a. D. Martin Gerlach im Rahmen der Messe „Aalen schafft Zukunft“ über das kreisweite Beratungsangebot des EKO – Energiekompetenz-Ostalb.

(v.l.n.r. vorne: OB a.D. Martin Gerlach, Umweltminister Franz Untersteller, EKO-Geschäftsführer Ralf Bodamer und EKO-Energieberater Peter Hörmann)

FOTOWETTBEWERB „UNSER OSTALBKREIS: LANDSCHAFT – MENSCHEN – KULTUR“



Vor großem Publikum präsentierte Landrat Klaus Pavel am 22. November 2012 im Großen Sitzungssaal des Aalener Landratsamts den zweiten Bildband des Ostalbkreises mit dem Titel „Landschaft – Menschen – Kultur“. 2008 hatte das Landratsamt unter dem Motto „Unser Ostalbkreis: Ansichten – Momente – Einblicke“ zum ersten Mal zu einem Fotowettbewerb aufgerufen, der bei der Bevölkerung auf riesige Resonanz gestoßen war. Die schönsten Bilder fanden Eingang in einen gleichnamigen Bildband, der schon bald nach seinem Erscheinen vergriffen war. Im Herbst 2011 wurde deshalb ein weiterer Fotowettbewerb ausgelobt, an dem sich wiederum 147 Fotografinnen und Fotografen mit 3.303 eingereichten Bildern beteiligten. Die Schwerpunktthemen lagen auf den Bereichen Stadt – Land – Fluss, Weltkulturerbe Limes – auf den Spuren der Römer, Menschen – Brauchtum

– Messen – Märkte sowie Freizeitgestaltung und (sportliche) Aktivitäten. Eine Jury unter Vorsitz des Landrats mit Bildredakteur Oliver Giers von der Schwäbischen Post, Fotograf Thomas Siedler von den Aalener Nachrichten, der Pressesprecherin des Landratsamts Susanne Dieterle, dem Verwaltungsdezernenten Klaus Wolf, KSK-Pressesprecher Holger Kreuttner und Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand hatte die schwierige Aufgabe zu lösen, unter all den Aufnahmen 195 Bilder auszuwählen, die Eingang in den Bildband gefunden haben. Aus den 195 Siegerbildern wurden wiederum 21 Fotos mit einem Sonderpreis ausgezeichnet, die von den meisten Jurymitgliedern aus allen Einsendungen ausgewählt worden waren.

Der Bildband ist im Buchhandel zum Preis von 19,90 Euro erhältlich.

INVENTARISIERUNG DER KLEINDENKMALE ABGESCHLOSSEN



den nach einer Auftaktveranstaltung im März 2010 im Aalener Landratsamt unter der Leitung des Landesdenkmalamtes die sogenannten Kleindenkmale wie z. B. Feldkreuze, Bildstöcke, Sühnekreuze und auch Brunnen und Wegkapellen in Baden-Württemberg erfasst und inventarisiert. Die Koordination für den Ostalbkreis lag bei Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand, der für die ehrenamtlichen Mitarbeiter vor Ort beratend und unterstützend tätig war. Inzwischen sind alle Gemarkungen im Kreis bearbeitet und abgeschlossen, die Abgabe der Daten ins Kreisarchiv ist erfolgt. Von dort wurden die gesammelten Informationen an das Landesdenkmalamt weitergeleitet, wo sie aufbereitet und vereinheitlicht wurden. Seit Ende 2013 steht das fertige Inventar zur Verfügung, das im Kreisarchiv des Ostalbkreises aufbewahrt wird.

Auf Initiative des Schwäbischen Heimatbundes und des Schwäbischen Albvereins wur-

LANDRATSAMT OSTALBKREIS „GEFÄLLT MIR“



Seit 14. August 2012 ist der Ostalbkreis mit einem eigenen Profil auf Facebook präsent. Pressemitteilungen, Veranstaltungen und weitere aktuelle Informationen werden damit zusätzlich zu den regionalen und überregionalen Printmedien, Radio- und Fernsehsendern

sowie der Homepage www.ostalbkreis.de und Twitter über ein weiteres soziales Netzwerk verbreitet. Angesichts der ständig zunehmenden Bedeutung von Social Media ist derzeit eine Ostalbkreis-App und ein YouTube-Kanal in Planung.

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG „60 JAHRE BADEN-WÜRTTEMBERG“ AM 25. APRIL 2012 IM AALENER LANDRATSAMT



Bild 1: V. l. n. r.:
Alt-Landrat Dr. Gustav
Wabro, Kreisrätin
Ursula Barth, Landrat
Klaus Pavel und Werner
Debler, ehemaliger
Direktor des Schwä-
bisch Gmünder Real-
schulseminars mit dem
neuen Bildband

Wir feiern in die Zukunft rein – unter diesem Motto feierte das Land Baden-Württemberg den 60. Jahrestag seiner Gründung am 25. April 1952. Auch der Ostalbkreis beging das Jubiläum mit einer Festveranstaltung für seine Bürgerinnen und Bürger und einer großen Ausstellung im Landratsamt in Aalen. Aufgelegt wurde außerdem ein Bildband, der die 1950er-Jahre im Ostalbkreis wieder aufleben lässt.

Bild 2: Alt-Landrat
Dr. Gustav Wabro im
Interview mit dem SWR-
Fernsehen

Am Festabend stimmte der Männergesangsverein Röthardt e. V. die Gäste mit Schlagern aus den 1950er-Jahren ein. Ein von Landrat Klaus Pavel moderiertes Gespräch mit Zeitzeugen, darunter Landrat a. D. Dr. h. c. Gustav Wabro, führte die Besucher ebenso zurück

Bild 3: Showtanz-
einlage der Tanz-
schule
Brigitte Rühl

in die Lebenswelt der 50er wie Showtanz-
einlagen der Tanzschule Brigitte Rühl und der
Tanzschul-Formation „Grease“.

Eine Tanzvorführung von WoMansWork lei-
tete zur Eröffnung der Ausstellung über, die
unter Federführung des Kreisarchivs durch
die Geschäftsbereiche des Landratsamtes
erarbeitet worden war. Die Ausstellung stellt
die 50er Jahre im Ostalbkreis sowie die Ent-
wicklungen der letzten 60 Jahre ausführlich
dar. In den Medien fand die Ausstellung ein
großes Echo bis hin zu einem Bericht in der
Landesschau.

Neben der Ausstellung ist ein Bildband mit
dem Titel „Die 50er-Jahre im Ostalbkreis“ ent-
standen, der auf 112 Seiten in 270 teils farbi-
gen Bildern aus den 50er-Jahren die Ostalb in
ihrer ganzen Vielfalt zeigt – angefangen vom
Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden
über die Infrastruktur und das Alltagsleben bis
hin zum Familienalbum der Menschen. Dabei
zeigt sich, wie grundlegend die 50er-Jahre
für den heutigen Wohlstand waren und wie
groß die Aufbauleistung unserer Mütter und
Väter, unserer Großmütter und Großväter
damals war. Neu und einzigartig aber sind
die Bilder aus dem Leben der Menschen der
50er-Jahre, die von vielen Bürgerinnen und
Bürgern zur Verfügung gestellt wurden.



EMPFANG ANLÄSSLICH DES 80. GEBURTSTAGS VON GRÜNDUNGSLANDRAT GUSTAV WABRO



v. r.: Georg Brunnhuber, Oberbürgermeister Richard Arnold (Schwäbisch Gmünd), Dr. h. c. Gustav Wabro, Ministerpräsident a. D. Lothar Späth, Landrat Klaus Pavel, Bürgermeister Wolf-Dietrich Fehrenbacher (Aalen) und Carl Trinkl (Kreis-sparkasse Ostalb)

Zu einem Empfang im Aalener Kreishaus anlässlich des 80. Geburtstags von Alt-Landrat Dr. h. c. Gustav Wabro am 14. Mai 2013 war eine große Gratulantenschar gekommen. Als prominentesten Gast konnten Landrat Klaus Pavel und Gustav Wabro den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth begrüßen. Zu den musikalischen Klängen der Polizeikapelle Aalen, deren Förderverein Wabro lange Zeit vorstand, fanden sich Peter Hauk, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, der stellvertretende Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg Winfried Mack, der ehemalige Minister im Staatsministerium und Minister für Europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer, der ehemalige Landtagsvizepräsident Dr. Alfred Geisel, der ehemalige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Dr. Dieter Schulte, der ehemalige Staatssekretär Dr. Eugen Volz und Dr. Lorenz Menz, ehemals Staatssekretär im Staatsministerium ein. Landrat Klaus Pavel konnte auch den ehemaligen Aalener Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten und jetzigen Sonderbeauftragten der DB AG Georg Brunnhuber, der zu Wabros langjährigen und intensivsten Begleitern zählt, und Wabros Nachfolger im Amt des Landrats, Dr. Diethelm Winter, begrüßen. Stellvertretend für die kommunale Familie im Ostalbkreis waren die Oberbür-

germeister der drei Großen Kreisstädte Gerlach, Hilsenbek und Arnold und Bürgermeister weiterer Kommunen anwesend. Die Dekane Dr. Pius Angstenberger und Ralf Drescher sowie der Künstlerpfarrer Monsignore Sieger Köder und der Neresheimer Prior-Administrator Albert Knebel vertraten die Kirchen. Zu Ehren Wabros waren auch Landgerichtspräsident Friedrich Unkel und der ehemalige Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 30 in Ellwangen, Generalleutnant a. D. Jan Oerding gekommen. Stellvertretend für die Wirtschaft begrüßte Pavel Dr. Dieter Kress von der Firma Mapal, Dr. Hans-Jörg Rieger von der Firma RUD, Berndt-Ulrich Scholz vom gleichnamigen Unternehmen und Dr. Hermann Gerlinger von der Firma Zeiss.

In seiner Festansprache erinnerte Landrat Pavel daran, dass Gustav Wabro seinen 80. Geburtstag genau im vierzigsten Jahr des Bestehens des Ostalbkreises feiern könne. „Mit Ihrer Anwesenheit drücken Sie heute die überaus hohe Wertschätzung aus, die wir alle Gustav Wabro entgegenbringen und dem wir heute von Herzen zu seinem 80. Geburtstag gratulieren!“, so Pavel. Wabro war 1970 zum Landrat des damaligen Kreises Aalen gewählt worden. Im Zuge der Kreisreform wurde er 1973 der erste Landrat für den gesamten Ostalbkreis. Pavel bescheinigte Wabro eine

herausragende Integrationsleistung, bei der es galt, behutsam und unter Rücksichtnahme auf bestehende Empfindlichkeiten zu agieren. Im neuen Ostalbkreis sei dann eine eindrucksvolle und intensive Investitionsphase angebrochen – ob im Krankenhausbereich, bei den Beruflichen und den Sonderschulen oder im Kreisstraßenbau. Vor allem im Berufsschulwesen seien Strukturen geschaffen worden, um die der Ostalbkreis im ganzen Land beneidet worden sei. Im Mittelpunkt stand dabei von Anfang an die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Ostalbkreis und die Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Besonders hervor hob Pavel die Bürgernähe

Wabros und die damit verbundene Dezentralität der Landkreiseinrichtungen. Wabros Vorstellung lautete „Wir müssen die Einrichtungen zu den Menschen bringen und nicht die Menschen zu den Einrichtungen“. Wabros Engagement habe außerdem der Hochschule für Wirtschaft und Technik Aalen, der Landwirtschaft und den Belangen des ländlichen Raumes gegolten. Mit aller Kraft habe sich Wabro zudem für die Infrastrukturmaßnahme des Ostalbkreises schlechthin eingesetzt, nämlich den Anschluss an das Europäische Fernstraßennetz mit der durchgängigen Autobahn A 7.

40 JAHRE OSTALBKREIS – DAS JUBILÄUMSJAHR 2013

Das Jahr 2013 stand ganz im Zeichen des 40-jährigen Jubiläums des Ostalbkreises. Unter Federführung des Geschäftsbereichs Personal und Organisation entstand ein interessantes, spannendes und kreatives Veranstaltungsprogramm mit zahlreichen einmaligen Sonderveranstaltungen, Vorträgen und Besichtigungen. Andere, wiederkehrende Termine wie die Kindersportgala des Sportkreises Ostalb oder das Adventskonzert sowie besondere Highlights wie der Bahntag Ostalb oder die Einweihung der Frauenklinik am Ostalb-Klinikum Aalen wurden zusätzlich in die Veranstaltungsreihe integriert. Höhepunkt des Jubiläumsjahres war das Bürgerfest am 16. Juni 2013 im und rund um das Landratsamt in Aalen.

Die folgenden Veranstaltungen geben einen kleinen Überblick über die vielfältigen Aktionen des Jahres 2013:

Vortragsreihe „Kennen Sie den Ostalbkreis?“

Die Vortragsreihe „Kennen Sie den Ostalbkreis“ stellte in neun Vorträgen und einer Po-

diumsdiskussion verteilt über das ganze Jahr 2013 die Landschaft und Geschichte des Ostalbkreises erstmals ausführlich vor. Namhafte Experten aus dem Landkreis referierten den neuesten Forschungsstand zu Geologie, Landschaftsgeschichte, Vor- und Frühgeschichte, Mittelalter, Neuzeit und Württembergischer Geschichte. Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand, dem auch die Gesamtleitung oblag, hatte dabei das Kapitel Vor- und Frühgeschichte übernommen. Den Schlusspunkt bildete eine Podiumsdiskussion mit Landrat Klaus Pavel, die sich mit den Zukunftsperspektiven des Ostalbkreises beschäftigte. Besonders erfreulich war die Resonanz auf die Vortragsreihe mit insgesamt über 600 Teilnehmern.

Führungen durch das Landratsamt Aalen

Am 12. März, 22. Oktober und 5. November wurden Führungen durch das Landratsamt Aalen angeboten. Nach einem Kurzvortrag über die Aufgaben des Landkreises und die Organisation des Landratsamtes durch Martin Brandt, den Organisationschef der Landkreisverwaltung, wurden von den Besuchergruppen

verschiedene Bereiche der Kreisverwaltung näher unter die Lupe genommen: Das Forstdezernat, die Beratungsstelle für Jugend und Familie, die Kfz-Zulassungsstelle, das Kreismedienzentrum und das Kreisarchiv. Landrat Klaus Pavel empfing die Bürgerinnen und Bürger in seinem Büro und schilderte ihnen seinen Arbeitstag. Er begleitete die Gruppe auch in den Großen Sitzungssaal und informierte über die Arbeit des Kreistags.

Kennt Ihr den Ostalbkreis? – Ein Angebot für Schulklassen

Im Jubiläumsjahr waren auch Schulklassen unter dem Motto „Kennt Ihr den Ostalbkreis?“ ins Landratsamt eingeladen. Die Klassenstufe 9 der Bohlschule Aalen, die Klasse 9a von Sankt Gertrudis Ellwangen sowie die Klassenstufe 8 des Katholischen Freien Gymnasiums Abtsgmünd nahmen dieses Angebot wahr. Landrat Klaus Pavel und Doris Neher vom Geschäftsbereich Personal und Organisation, Ausbildungsleiterin Ursula Winkler sowie Sonja Schneider von der Geschäftsstelle Kreistag begrüßten die Schulklassen und stellten sich den Fragen der interessierten Schülerinnen und Schülern: „Welche Städte und Gemeinden bilden den Ostalbkreis?“, „Wie wird der Ostalbkreis „regiert“?“, „Welche Aufgaben erfüllt der Landkreis und wie werden sie finanziert?“, „Wie funktioniert die Landkreisverwaltung?“. Nach einer Frühstückspause und der Möglichkeit, sich am Ausbildungsstand zu informieren, fanden Hausführungen zu interessanten Stationen wie der Führerscheinstelle, den Geschäftsbereichen Beratung, Planung, Prävention sowie Jugend und Familie statt. Ein Besuch des Kreisarchivs rundete den Besuch ab. Außerdem referierte Kreisbiologe Dr. Paul Elser zum Thema Naturschutz vor den Jugendlichen des Katholischen Freien Gymnasiums Abtsgmünd. Die Gleichstellungsbeauftragte der Landkreisverwaltung, Ingrid Krumm, diskutierte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauenquote und Frauenschutzeinrichtungen mit den Schülerinnen von St. Gertrudis.



Bild 1: Vortrag: Vor- und Frühgeschichte des Ostalbkreises
 Bild 2: Podiumsdiskussion: Zukunftsperspektiven des Ostalbkreises
 Bild 3: Landrat Klaus Pavel im Gespräch über die Zukunftsperspektiven des Ostalbkreises mit Prof. Cristina Salerno, Rektorin der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd, Prof. Dr. Astrid Beckmann, Rektorin der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und Prof. Dr. Gerhard Schneider, Hochschule für Technik und Wirtschaft Aalen

Auf „Entdeckungsreise“ durch den Ostalbkreis

Unter dem Motto „Warum denn in die Ferne schweifen, wo doch das Gute liegt so nah?“ wurden in Kooperation mit den Busunternehmen Beck und Schubert, Schuster und Mack-Kurz eintägige Bustouren zu besonders interessanten Zielen im Ostalbkreis angeboten. Am 25. Juni startete eine Gruppe mit 25 Ausflüglern in Neresheim mit Ziel Schwäbisch Gmünd. Dort erhielten sie vom Geschäftsführer der Landesgartenschau-Gesellschaft, Manfred Maile, eine exklusive Führung über das zukünftige Gartenschau-Gelände. Bei einem Rundgang durch den Stadtgarten, am Josefsbach entlang, wurden die laufenden Baumaßnahmen betrachtet. Nach einer Kaffeepause in der Innenstadt fuhr die Gruppe

trat die Reisegruppe den Heimweg an.

Am Beginn der Sommerferien machte sich ein Bus aus Ellwangen auf den Weg zum Kloster Lorch. Die Gruppe, darunter auch viele Kinder, wurde in der Stauferfalknerei von der Eule Oscar begrüßt. Eine spannende Vorführung mit den verschiedensten Greifvögeln faszinierte nicht nur die Kinder und bescherte so manch einem eine hautnahe Begegnung mit den faszinierenden Tieren. Im Anschluss ging es mit einer Führung durch die Klosteranlage mit dem Stauferrundbild weiter. Nach der Mittagspause fuhr die Ausflügler nach Wetzgau zu den Heilpflanzengärten von Weleda. Für die Kinder gab es extra eine spannende und altersgerechte Führung. Diese waren fasziniert von den verschiedenen Pflanzenarten und den unterschiedlichen Anbauweisen und stellten sehr interessierte Fragen. Höhepunkt war der Besuch des blühenden Feldes der Ringelblume. Nach einer Stärkung traten die 25 Ausflügler erschöpft und mit vielen neuen Eindrücken die Heimreise durch den schönen Ostalbkreis an.



Besichtigungen bei Straßenmeistereien und Busunternehmen

Im Frühjahr boten die Straßenmeistereien Aalen und Schwäbisch Gmünd eine Besichtigung ihres Betriebshofes an. Die Leiter Eugen Burger, Aalen, und Manfred Lang, Schwäbisch Gmünd, stellten die Aufgaben und den Zuständigkeitsbereich der Straßenmeistereien vor. Die Besucherinnen und Besucher erfuhren auf diese Weise, dass im Winter 2012/2013 von der Straßenmeisterei Aalen 142.000 Kilometer geräumt und gestreut und dabei 4.500 Tonnen Salz und 352 Tonnen Calciumchlorid-Lösung im Wert von 1,5 Millionen Euro ausgebracht wurden. Anschließend konnten die Werkzeuge der Straßenmeisterei wie Schneepflüge, Unimogs und Kehrmaschinen besichtigt werden. Zweite Station des Nachmittags waren die Busbetriebshöfe der OVA in Aalen und von Stadtbus Abt Schwäbisch Gmünd, die zusammen mit anderen Unternehmen und der Deutschen Bahn den Öffentlichen Personennahverkehr und die Schülerbeförderung im Ostalbkreis sicherstellen. Bei der OVA Aalen zeigten Geschäftsführer Peter Rau und Werkstattleiter Alfred Mörtl den Fuhrpark und erläuterte die Anstrengungen



zum Weleda Erlebniszentrum nach Wetzgau. Dort wurden eindrucksvoll die biologisch-dynamische Anbauweise sowie die Herstellungsmethoden der pflanzlichen Rohstoffe erläutert. Nach einem Vesper und diversen Einkäufen



Führung über das zukünftige Gartenschaugelände in Schwäbisch Gmünd



Greifvogelvorführung



Besichtigung der Straßenmeisterei Aalen

des Unternehmens in punkto Umweltschutz. So wird künstliche Harnsäure als alternativer Kraftstoff zur Verringerung des Schadstoffausstoßes eingesetzt und das Wasser der Buswaschanlage gereinigt und wiederverwendet. Am besten gefiel den Besuchern die Rundfahrt in einem Oldtimerbus.

Der Höhepunkt des Jubiläumsjahres: Das Bürgerfest

Bei wunderschönem Sommerwetter feierte der Ostalbkreis am 16. Juni 2013 im und rund um das Landratsamt Aalen das Bürgerfest. Den Auftakt bildete der ökumenische Gottesdienst, der von den beiden Dekanen Dr. Pius Angstenberger und Ralf Drescher zelebriert wurde. Die St.-Michael-Chorknaben und der Posau-

nenchor des CVJM Schwäbisch Gmünd umrahmten die Feier musikalisch. Landrat Klaus Pavel eröffnete anschließend das Fest offiziell, wobei er insbesondere den „Gründungslandrat“ des Ostalbkreises, Dr. h. c. Gustav Wabro, Gäste aus der Partnerregion Ravenna sowie frühere und amtierende Bundes- und Landtagsabgeordnete, Kreisräte und Bürgermeister willkommen hieß.

Die Geschäftsbereiche der Landkreisverwaltung präsentierten anschaulich im Gebäude und auf dem Freigelände auf vielfältige und kreative Art ihre Aufgaben. So konnten die Besucher beispielsweise auf einem Wasserspritzfahrrad in die Pedale treten, einen virtuellen Flug über den Ostalbkreis in 3D unternehmen oder einen Rauschbrillenparcours absolvieren. Für die Kinder gab es ebenfalls ein vielfältiges Angebot: Auf sie warteten der „Orkan-Alarm“, zu bepflanzende Blumentöpfe und natürlich die „Gmünder Grüße“, die an Ort und Stelle bemalt werden konnten. Im Innenhof gab es einen Schminkstand und verschiedene Bastelangebote. Außerdem wurde auf der Hüpfburg nach Herzenslust getobt.

Im Freigelände präsentierten viele Städte und Gemeinden ihre Vorzüge und hatten manches Schmankerl zu bieten. Die Stauer aus Schwäbisch Gmünd eroberten die Stuttgarter Straße und zelebrierten mittelalterliches Lagerleben. Die Anbieter beim Markt der Regionen sowie der Schützenverein Buch sorgten ausgezeichnet für das leibliche Wohl der Gäste. Das Kreissenorenblasorchester umrahmte das Mittagessen musikalisch.

Auf der Showbühne am Kocher folgte ein Highlight dem nächsten: Ostalbhurgler, Staufergaukler, DSDS-Kids Gewinner 2012 Marco Kappel, die 70er-Jahre-Modeschau des Tanzstudios Vera Braun, „WoMansWork“, der Musikverein Stöttlen sowie der Rallyefahrer Uwe Nittel.

Am Schluss dieser rundum gelungenen Premiere eines Bürgerfestes tanzte Landrat Klaus Pavel mit Dezernenten und Geschäftsbereichsleitern sowie der „Macherin“ des Bürgerfestes, Stephanie Benz vom Geschäftsbereich Personal und Organisation, gemeinsam mit den Akteurinnen des Tanzstudios Vera Braun auf der Bühne.



Impressionen vom Bürgerfest rund um das Aalener Landratsamt am 16. Juni 2013.



Ausstellung „40 Jahre Ostalbkreis“

Die anlässlich des Bürgerfests vorgestellte Ausstellung behandelte erstmals die Geschichte des Kreises und seiner Rechtsvorgänger, der Landkreise und Oberämter. Unter dem Titel „Ämter – Kreise – Regionen“ wurden die letzten 210 Jahre der Heimatgeschichte ausführlich beleuchtet. Ein besonderer Schwerpunkt bildete dabei die Entstehung des Ostalbkreises und die Vorgeschichte der Kreisreform zum 1. Januar 1973.

Interessant war auch der Ansatz der Ausstellung: Sie entstand quasi als Zwei-Generationen-Projekt in Zusammenarbeit von Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand und Stefan Jenninger vom Geschäftsbereich Personal und Organisation, der besonders den Blickwinkel der jungen Generation der unter 30-jährigen vertrat.

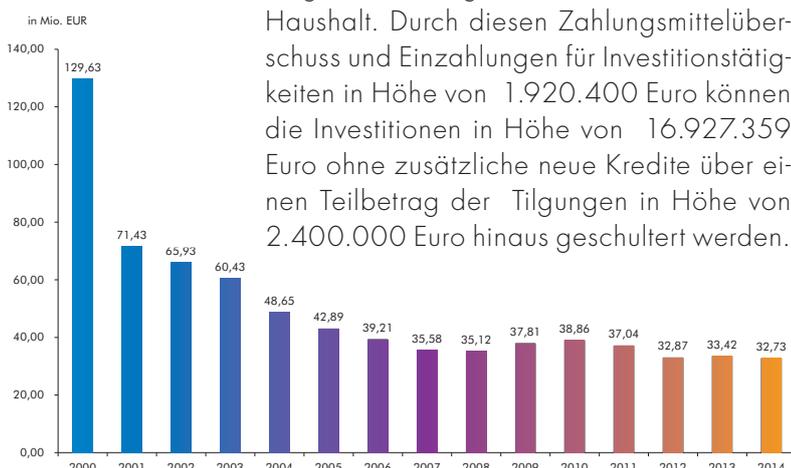
Die Ausstellung wurde danach auch noch im Rathaus in Bopfingen gezeigt, weitere Ausstellungsorte sind im Gespräch und in Planung.

HAUSHALT DES OSTALBKREISES

Nach der Umstellung der Haushaltsführung von der Kameralistik auf die Doppik hat der Kreishaushalt 2014 wieder die volle Aussagekraft mit den Vorgängerhaushaltsplänen erreicht. In der kommunalen doppelischen Haushaltsführung erfolgt die Darstellung in einem Ergebnis- und einem Finanzhaushalt mit den Positionen Aufwand und Ertrag. Kernstück des Haushaltsplans sind definierte Produkte, die sämtliche Verwaltungsleistungen darstellen, die innerhalb eines Geschäftsbereiches erbracht werden. Dieser Ansatz soll ermöglichen, die Leistungen der Verwaltung unter den Gesichtspunkten Mengen, Kosten, Zeit und Qualität zu betrachten und Ergebnisse für die Steuerung der Verwaltungshandlung bereit zu stellen.

Das Volumen des Gesamthaushalts des Ostalbkreises für das Jahr 2014 beträgt rund 595,7 Mio. Euro. Der Gesamtergebnishaushalt 2014 weist ordentliche Erträge in Höhe von 357.090.249 Euro sowie Gesamtaufwendungen in Höhe von 350.060.655 Euro aus. Aufgrund größter Sparanstrengungen konnte damit der Ergebnishaushalt mit einem veranschlagten Gesamtergebnis in Höhe von 7.029.594 Euro abgeschlossen werden. Mit dem Ergebnis des Ergebnishaushaltes und durch die erwirtschafteten Abschreibungen in Höhe von 11.343.277 Euro, die Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen in Höhe von 2.452.904 Euro, wurde ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 17.211.052 Euro erreicht. Dies entspricht der Zuführung zum Vermögenshaushalt im kameralen Haushalt. Durch diesen Zahlungsmittelüberschuss und Einzahlungen für Investitionstätigkeiten in Höhe von 1.920.400 Euro können die Investitionen in Höhe von 16.927.359 Euro ohne zusätzliche neue Kredite über einen Teilbetrag der Tilgungen in Höhe von 2.400.000 Euro hinaus geschultert werden.

Äußere Verschuldung
des Ostalbkreises
jeweils zum 31.12.



Der Ostalbkreis kann seine Verschuldung sogar um rund 2.192.728 Euro senken. Das Volumen der Wirtschaftspläne der Kliniken beträgt 215.966.175 Euro.

Mit Augenmaß sollen das Machbare realisiert und die neuen Zuständigkeiten und Herausforderungen gemeistert werden. Durch eine weiterhin hohe Investitionstätigkeit werden regionale Konjunkturimpulse gesetzt. Wichtige Schwerpunkte sind die Investitionen in den Klinik-Eigenbetrieben, den Kreisberufsschulzentren und Verwaltungsgebäuden und bei den Kreisstraßen:

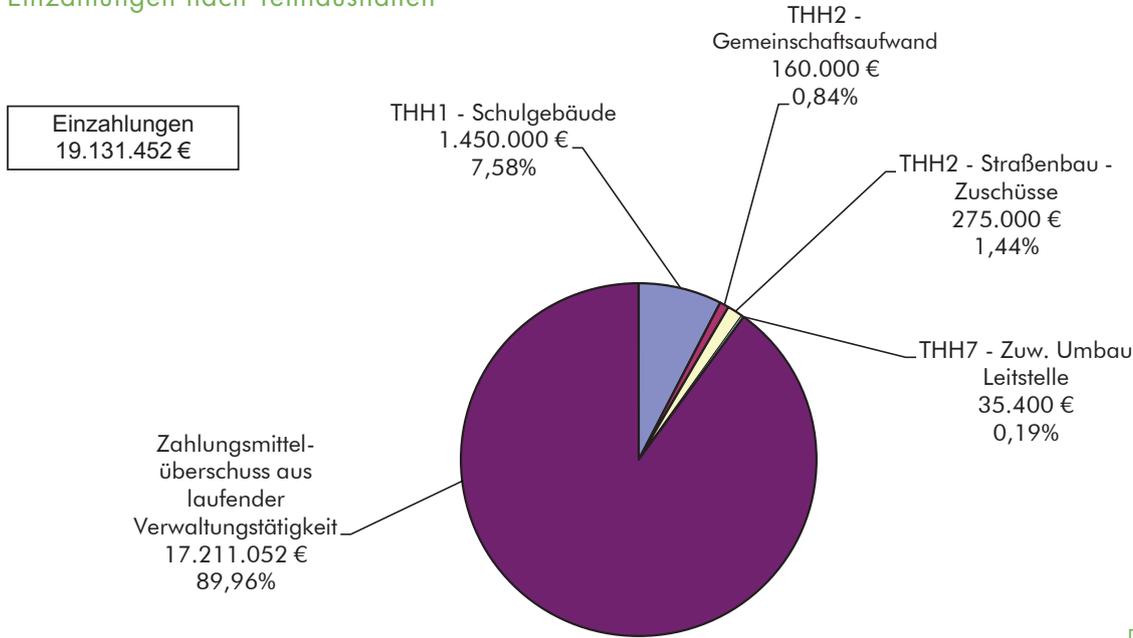
- Investitionsfördermaßnahmen an Kliniken 4.670.000 Euro
- Erwerb von beweglichem Vermögen (Schulen und Bildung) 1.103.759 Euro
- Baumaßnahmen an Schul- und Verwaltungsgebäuden 6.209.000 Euro
- Baumaßnahmen/Sonst. Investitionsausgaben an Kreisstraßen 4.825.650 Euro

Hinzu kommen neue umfassende Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung und der Kinder- und Jugendhilfe. Allein die Transferleistungen für die Sozial- und Jugendhilfeleistungen sowie für die Arbeitslosenhilfe einschließlich der Kosten der Unterkunft und Heizung nehmen mit aktuell 190.787.270 Euro Aufwendungen 54,5% der gesamten ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ein. Der Ostalbkreis als Optionskommune hat seit 1. Januar 2012 die Gesamtverantwortung für den Bereich Hartz IV übernommen. Sämtliche Leistungen im Bereich Hartz IV von der Grundsicherung bis zu den Kosten für Unterkunft und Heizung werden seither durch das Jobcenter des Ostalbkreises ausbezahlt. Dieses neue Aufgabenfeld schlägt sich mit brutto rund 69,82 Mio. Euro im Kreishaushalt nieder.

Der Kreisumlagehebesatz wurde vom Kreistag gegenüber dem Vorjahr unverändert mit 34,0% beschlossen. Das Aufkommen beträgt 121.425.410 Euro und liegt damit um 3.221.257 Euro unter dem des Jahres 2013. Trotz dieser Senkung ist der Finanzhaushalt ausgeglichen, so dass keine Rücklagenentnahme erforderlich wurde.

Gesamtfinanzhaushalt 2014

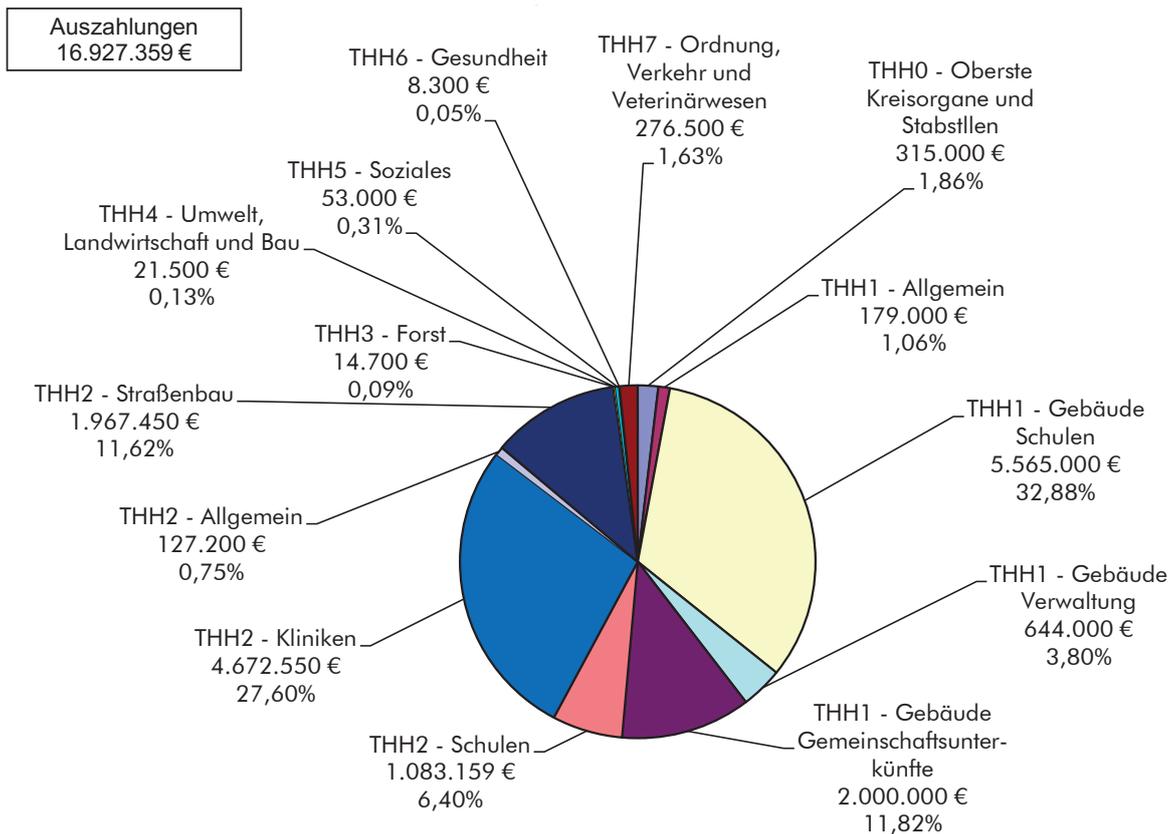
Einzahlungen nach Teilhaushalten



Diese Grafiken zeigen die finanziellen Schwerpunkte innerhalb des gesamten Aufgabenspektrums der Landkreisverwaltung auf.

Gesamtfinanzhaushalt 2014

Auszahlungen nach Teilhaushalten



Der Geschäftsbereich Controlling und Beteiligungsmanagement wurde im April 2012 neu gegründet und als eigenständiger Geschäftsbereich dem Dezernat II angegliedert. Zentrale Aufgabe ist es, die Führungskräfte der Landkreisverwaltung bei ihren Planungs-, Steuerungs- und Kontrolltätigkeiten zu unterstützen und somit für mehr Entscheidungs- und Kontrolltätigkeiten zu unterstützen und somit für mehr Entscheidungs- und Kontrolltätigkeiten zu sorgen. Neben der Erstellung eines monatlichen Berichtswesens für die gesamte Landkreisverwaltung werden Benchmarking-Projekte durchgeführt, Wirtschaftlichkeitsanalysen erstellt und das Sozialcontrolling weiterentwickelt.

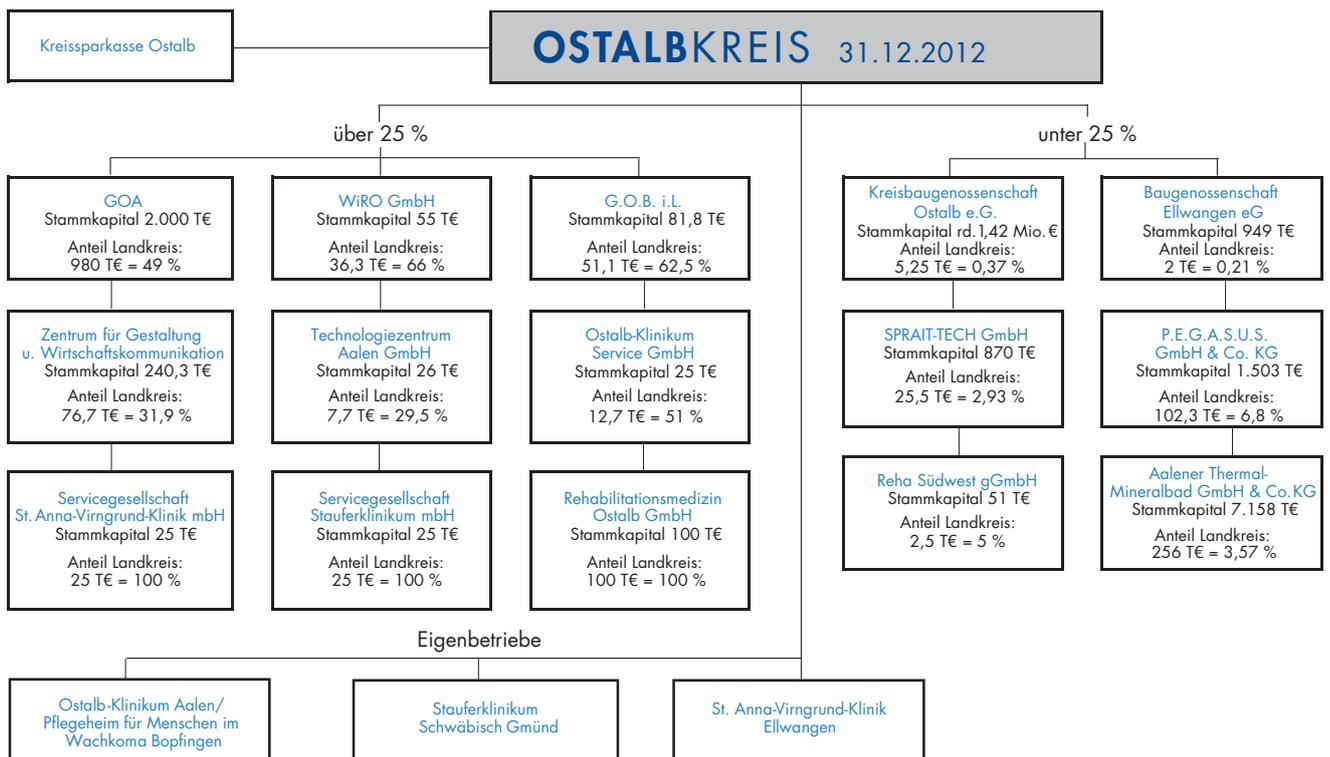
Beteiligungsmanagement

Viele Aufgaben des Landkreises werden in nicht unerheblichem Umfang von Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetrieben oder auch Zweckverbänden und Vereinen außerhalb der Kernverwaltung wahrgenommen. Mit der Ausgliederung werden die Aufgabenbereiche aus den Strukturen der Kommune herausgelöst und Entscheidungen unmittelbar von den jeweiligen Geschäftsorganen wahr-

genommen. Ein erfolgreiches Arbeiten dieser Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Ostalbkreis, den Mitgesellschaftern und den Beteiligungsunternehmen, da die öffentlichen Interessen mit den unternehmerischen Einzelinteressen in Einklang gebracht werden müssen.

Aus diesen Gründen wurde im Zusammenhang mit der Einführung des Controllings eine zentrale Beteiligungsverwaltung innerhalb der Landkreisverwaltung gegründet. Diese überwacht und koordiniert für den Ostalbkreis als Gesellschafter die sich aus den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag, den Geschäftsordnungen und der erlassenen Beteiligungsrichtlinie ergebenden Rechte und Pflichten des Ostalbkreises und ihrer Beteiligungsgesellschaften.

Weitere Informationen zu den Beteiligungen des Landkreises können dem jährlich erscheinenden Beteiligungsbericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen der Landkreis unmittelbar oder mit mehr als 50 Prozent mittelbar beteiligt ist, entnommen werden.



RECHNUNGSPRÜFUNG

Örtliche Prüfung

Das Aufgabengebiet der Rechnungsprüfung ist sehr vielseitig und spiegelt den Kreishaushalt einschließlich der Eigenbetriebe wider. Auch in den Jahren 2012 und 2013 hat der Geschäftsbereich Rechnungsprüfung des Ostalbkreises die Jahresrechnungen des Landkreises, die Jahresabschlüsse der Krankenhaus-Eigenbetriebe sowie der Hospitalstiftung zum Hl. Geist in Ellwangen vor der Feststellung durch den Kreistag sachlich, rechnerisch und förmlich überprüft. Weitere Tätigkeiten waren die regelmäßigen Kassenprüfungen bei der Kreiskasse, den Sonderkassen sowie zahlreichen Zahlstellen und Handvorschuss-Kassen. Dem Geschäftsbereich obliegen außerdem die Prüfung des Nachweises der Vermögensbestände und Vorräte des Landkreises und seiner Eigenbetriebe sowie die Prüfung laufender Kassenvorgänge.

Schwerpunktprüfung in den Jahren 2012 und 2013

Zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung werden während des gesamten Jahres die Vorgänge der Verwaltung begleitend und nachgehend geprüft. Die verschiedenen Abteilungen des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung (Allgemeine Finanz-, Krankenhaus-, Personal-, Sozial- und Jugendhilfe-, Bau- und Überörtliche Prüfung) bilden bei der Auswahl der Prüfungsgebiete wechselnde Schwerpunkte.

Neben der Prüfung abgeschlossener Vorgänge ist die begleitende Prüfung ein weiteres Tätigkeitsfeld des Geschäftsbereichs Rechnungsprüfung. Dies umfasst in hohem Maße die Beratung der Fachbereiche und Klinik-Eigenbetriebe bei schwierigen und komplexen Fragestellungen. Die Rechnungsprüfung hat außerdem mitgewirkt bei der Einführung

der Kommunalen Doppik in der Landkreisverwaltung, insbesondere der Bewertung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens.

So wurden in den Jahren 2012 und 2013 u.a. folgende Prüfungen durchgeführt:

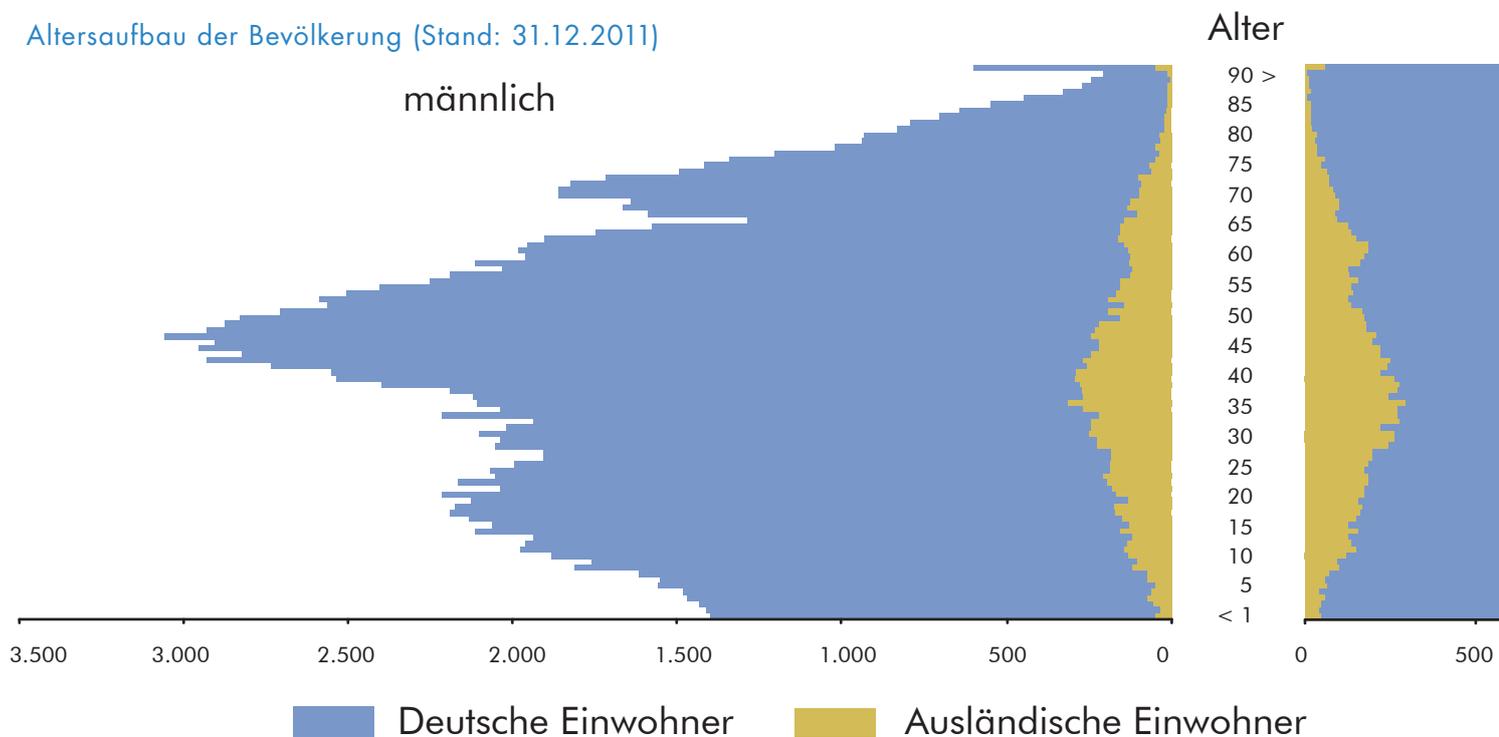
- Prüfung der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII
- Prüfung der Leistungen für Interdisziplinäre Frühförderung (IFF) im Rahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII
- Prüfung der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII
- Einzelfallprüfungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, insbesondere Betreutes Jugendwohnen, Sozialpädagogische Familienhilfe sowie Zuständigkeit und Kostenerstattung
- Verwendungsnachweise
- Chefarzt- und Poolabrechnungen
- Stellenbewertung im Landratsamt Ostalbkreis und den Klinik-Eigenbetrieben
- Vergaben
- Architekten- und Ingenieurverträge
- Miet-, Kauf- und Kooperationsverträge
- Prüfung von Straßenbaumaßnahmen
- Prüfung von Schlussabrechnungen von Investitionsmaßnahmen der Klinik-Eigenbetriebe und der Allgemeinen Verwaltung

Überörtliche Prüfung

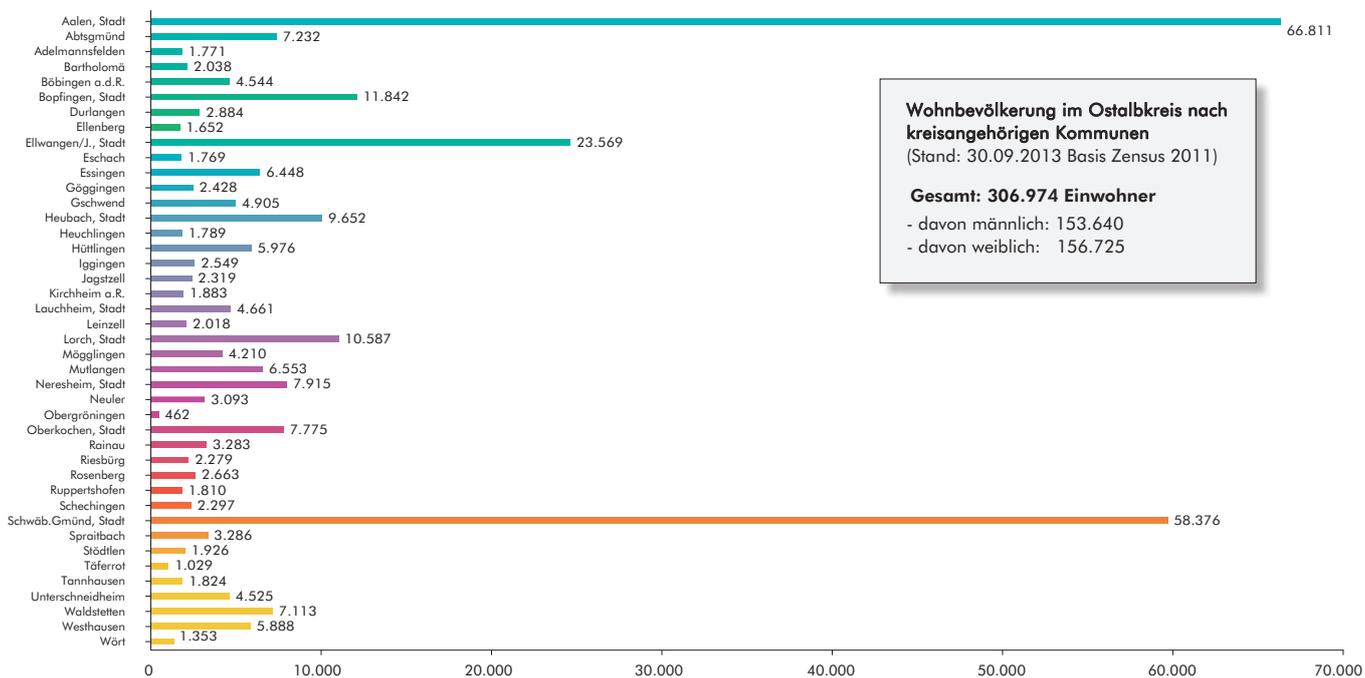
Daneben ist der Geschäftsbereich auch zuständig für die überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der 23 Gemeinden des Ostalbkreises unter 4.000 Einwohnern, von vier Verwaltungs- und Zweckverbänden, einer Stiftung sowie von zahlreichen Wasser- und Bodenverbänden.

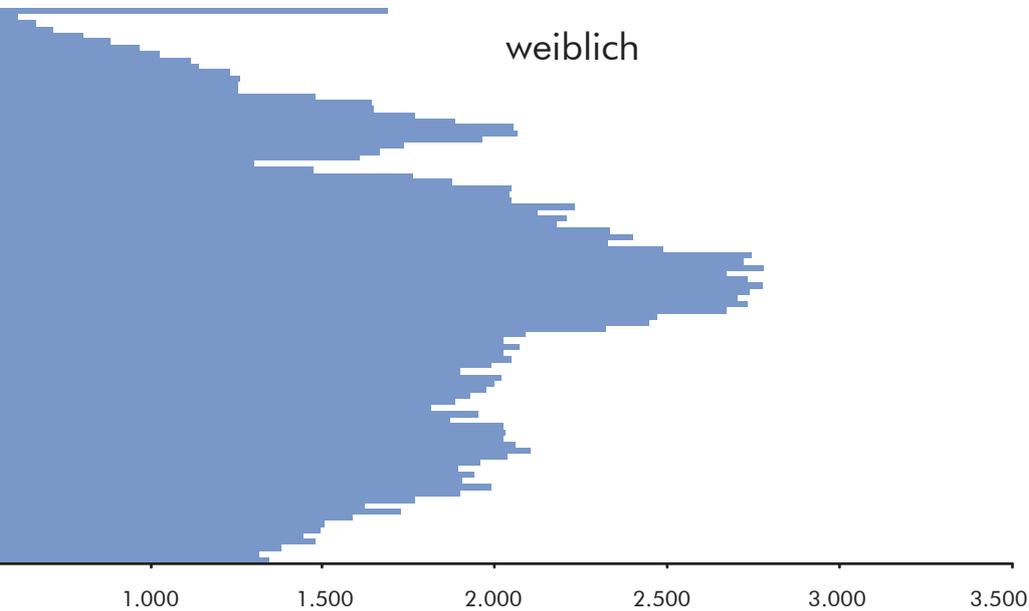
ZAHLEN – DATEN – FAKTEN

Altersaufbau der Bevölkerung (Stand: 31.12.2011)



Wohnbevölkerung





Gewerbe und Industrie

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stand: 30.06.2012)	109.150
• davon in der Land- und Forstwirtschaft	0,42 %
• im Produzierenden Gewerbe	49,30 %
• Handel, Gastgewerbe und Verkehr	16,81 %
• sonstige Dienstleistungen	33,42 %
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe pro 1.000 Einwohner	176
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich pro 1.000 Einwohner	179
Betriebe (Stand: 01.01.2013)	
Handels- und Genossenschaftsregister sowie Kleingewerbe	19.794
Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Betriebe	3.945
Wirtschaftskraft	
Steuerkraftsumme 2011 je Einwohner	928
Bruttowertschöpfung 2011 je Erwerbstätiger	62.022
Ungebundene Kaufkraft 2009 je Einwohner	15.110

ENTWICKLUNGSPROGRAMM LÄNDLICHER RAUM (ELR) UND EU-STRUKTURFÖRDERUNG

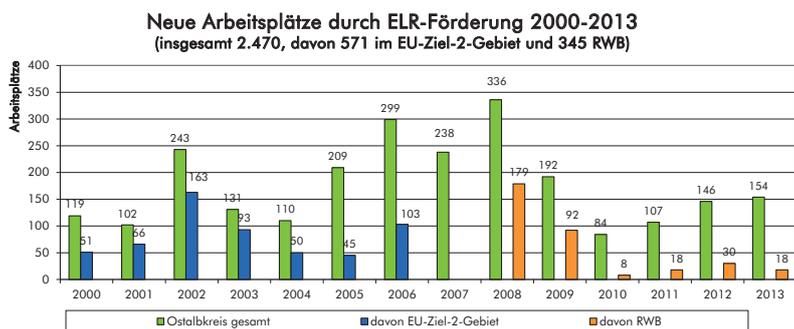
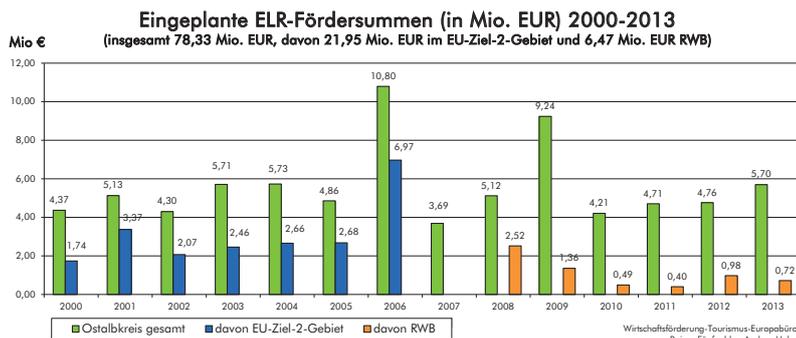
Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum als zentrales Förderinstrument stellt nach wie vor eines der bedeutendsten Konjunkturprogramme für kleine und mittlere Betriebe im ländlichen Raum dar.

legt. Den Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskomponenten der einzelnen Projekte wird weiterhin sehr viel Bedeutung zugemessen. Mit den Förderschwerpunkten

- Arbeiten,
- Grundversorgung,
- Gemeinschaftseinrichtungen und
- Wohnen

werden durch das ELR zentrale Aufgabenfelder staatlicher Struktur- und gemeindlicher Entwicklungspolitik gefördert. Damit wird den Gemeinden die Möglichkeit geboten, Strukturentwicklung aus einem Guss zu betreiben.

Die ELR-Programmjahre 2012 und 2013 schließen an das hohe Antrags- und Förderniveau der vorangehenden Jahre im Ostalbkreis an. Die sehr gute Förderbilanz für den Ostalbkreis im ELR konnte im Programmjahr 2012 mit 4,76 Mio. EUR und im Programmjahr 2013 mit 5,70 Mio. EUR eingeleiteter Fördermittel erneut gesteigert werden. Der Ostalbkreis nahm damit auch in den Programmjahren 2012 und 2013 einen Spitzenplatz im landesweiten Ranking der ELR-Förderung ein. Insgesamt 99 Förderanträge wurden im Jahr 2012 und 106 Anträge im Jahr 2013 über die Wirtschaftsförderung im Landratsamt an das Regierungspräsidium Stuttgart weitergeleitet. Bei Umsetzung aller eingeleiteten Maßnahmen können insgesamt über 300 neue Arbeitsplätze entstehen. Insgesamt flossen in den Jahren 2000 bis 2013 rund 73,33 Mio. EUR in den Ostalbkreis und lösten ein Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 668 Mio. EUR aus. 2.470 Arbeitsplätze und rund 400 Ausbildungsplätze konnten so durch die Unterstützung aus dem ELR als bedeutendstes Konjunkturprogramm für kleine und mittlere Betriebe im ländlichen Raum geschaffen werden.



Mit dem ELR unterstützt das Land Baden-Württemberg die integrierte Strukturentwicklung ländlich geprägter Orte. Durch strukturverbessernde Maßnahmen sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen erhalten und fortentwickelt, der Abwanderung entgegengewirkt und der landwirtschaftliche Strukturwandel abgefedert werden. Dabei wird besonders auf einen sorgsam Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen geachtet.

Vorrangig werden solche Maßnahmen gefördert, die zu einer Strukturverbesserung des Ortes in seiner Gesamtheit führen. Dabei wird besonderer Wert auf die Stärkung der Ortskerne, die Umnutzung bestehender Gebäude sowie die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ge-

Zuschüsse gibt es für die Reaktivierung von Bestandsimmobilien, Grunderwerb, Baumaßnahmen und auch Maschineninvestitionen. Für besonders innovative und umweltorientierte Maßnahmen bestand bis Ende 2013 die Möglichkeit einer Kofinanzierung durch

die Europäische Union aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) im Rahmen der EU-Strukturförderung im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (RWB). Seit Beginn der aktiven Förderphase im Jahr 2008 konnten bislang Zuschüsse in Höhe von rund 6,47 Mio. EUR für RWB-Projekte von Firmen in den Ostalbkreis fließen. Der Zuschuss setzt sich je zur Hälfte aus EU- und Landesmitteln zusammen. Mit Ablauf des Programmjahres 2013 endet diese Strukturförderphase. Für den Zeitraum 2014 – 2020 erfolgt mit der neuen Förderlinie im ELR „Spitze auf dem Land! – Technologieführer für Baden-Württemberg“ eine Neuausrichtung der EFRE-Förderung im ELR.

Die Vergabe der Europäischen EFRE-Mittel erfolgt jedoch nicht allein unternehmensorientiert sondern verstärkt auch themenbezogen und in Form von Wettbewerben um die besten Ideen. Deshalb wurde vom Land das Modell EU-Leuchtturmprojekte (EULE) ausgeschrieben. An diesem Wettbewerb hatten sich im Schwerpunkt „Nachhaltige Stadt- und Kommunalentwicklung“ zwei Kommunalverbände aus dem Ostalbkreis erfolgreich beteiligt und stellen nun zwei von insgesamt sechs Leuchttürmen in Baden-Württemberg.

Ziel des geplanten „Innovationszentrum Ostwürttemberg“ an der Hochschule Aalen ist die Einrichtung eines „Inkubators“ für Start-Ups auf dem Campus, um Unternehmensgründungen und Unternehmensexpansionen häufiger, schneller, sicherer und dauerhafter zu machen. Am 1. August 2012 ist Geschäftsführer Gerhard Subek offiziell als Innovationsmanager gestartet. Im Herbst 2014 wird das Innovationszentrum bezugsfertig sein.

In Schwäbisch Gmünd wird ein Forschungs- und Qualifizierungszentrum „eule gmünder wissenschaftswerkstatt“ errichtet. Das Vorhaben beinhaltet den Aufbau und die dauerhafte Etablierung eines schulartenübergreifenden, interdisziplinären Schülerforschungszentrums. Die Schwerpunkte sollen im Bereich der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) liegen. Neue Kursangebote insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten sollen entwickelt werden, um der unterdurchschnittlichen Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung entgegen zu wir-

ken. Die „EULE“ entsteht am ehemaligen Güterbahnhof und wird zur Landesgartenschau 2014 eröffnet.

Unter Federführung der regionalen Wirtschaftsförderung WiRO in enger Abstimmung mit den Wirtschaftsförderern der Landkreise Heidenheim, Schwäbisch Hall und Ostalbkreis wurde außerdem ein erfolgreicher Förderantrag im Landescluster Forst und Holz gestellt. Mit EU-Mitteln werden nun die regionalen Potenziale der Branche untersucht und Handlungsempfehlungen abgeleitet, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken.

Neuausrichtung der EU-Strukturförderung 2014 bis 2020

Die aktuelle EU-Programmperiode läuft 2013 aus. Die thematische und räumliche Ausrichtung der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 wird bereits seit 2011 intensiv auf EU- und Landesebene diskutiert. Das Land steht dabei dem Gespräch mit der kommunalen Ebene sehr aufgeschlossen gegenüber und ist gerne bereit, lokale und regionale Projektüberlegungen zu diskutieren um eine zielorientierte europäische Regionalstrategie fortzuführen. Das Land verfolgt dabei ein integriertes Konzept für den ländlichen Raum und für die Städte. Der Ostalbkreis hat sich in den Konsultationsprozess intensiv eingebracht. Es zeigt sich, dass die EU-Kommission eine größere Sichtbarkeit und mehr Ergebnisorientierung bei Projekten verlangt. An Baden-Württemberg als innovativstes Land hat sie daher besonders hohe Erwartungen.

Das EFRE-Programm des Landes ist in der Förderperiode 2014 – 2020 darauf ausgerichtet, sichtbare Beiträge zu zentralen Zielen des Landes und der EU-Strategie 2020, einer Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, zu leisten. Dabei konzentriert es sich auf die Stärken des Landes und unterstützt gezielt die Themen Forschung und Innovation sowie Verminderung der CO₂-Emissionen. Das Operationelle Programm steht daher unter dem Leitmotiv „Innovation und Energiewende“. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Verwaltungsbehörde), das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirt-

schaft sowie das Staatsministerium erarbeiten das Programm gemeinsam und setzen es gemeinsam um.

Das Programm des Landes konzentriert sich dabei auf die zwei Prioritätenachsen:

- „Stärkung von Forschung, Technologischer Entwicklung und Innovation“,
- „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“.

Es soll über eine „themenspezifische Fachpolitik“ sowie über eine „zukunftsfähige Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“ umgesetzt werden. Zu letzterer wurde am 24. Februar 2013 der Wettbewerb RegioWIN (Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit) ausgeschrieben, der im Land und für den Ostalbkreis eine zentrale Rolle spielt. Maßstab für die Vergabe von Fördermitteln ist die Qualität und die Schlüssigkeit von Strategien und Projekten.

Der Wettbewerb RegioWIN soll dazu beitragen, dass die Verbesserung der Standortfaktoren in den funktionalen Räumen und Wirtschaftsstandorten des Landes als struktur- und regionalpolitische Daueraufgabe systematisch verfolgt wird. RegioWIN ist ein wesentliches programmatisches Element der EFRE-Strategie des Landes für die Förderperiode 2014 bis 2020. Für diese Förderperiode verfolgt die EU-Kommission mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“. Damit verbunden ist die Stärkung der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung, die Beteiligung von lokalen Akteur/-innen an der Planung von Projekten sowie die Umsetzung im Rahmen von integrierten territorialen Strategien. Die regionalen Akteur/-innen sind aufgefordert, ihre Raumschaft auf der Grundlage von Innovationsstrategien zur intelligenten regionalen Spezialisierung weiter zu entwickeln, um anknüpfend an identifizierten Stärken ihre Zukunftsfähigkeit zu verbessern.

[Quelle: Website zu RegioWIN – www.regiowin.eu]

Der Wettbewerb RegioWIN gliedert sich in zwei Phasen. In der ersten Wettbewerbsphase erarbeiten die regionalen Akteur/-innen

„Regionale Strategiekonzepte“. Durch einen beteiligungsorientierten Ansatz wird eine gemeinsame Verständigung über die Stärken und Chancen des jeweiligen Raumes erreicht, die in geeignete Strategien mit einer gemeinsamen Zielsetzung für ein regionales Innovationsprofil mündet.



In der zweiten Wettbewerbsphase konkretisieren die Akteur/-innen die Strategiekonzepte zu „Regionalen Entwicklungskonzepten“ und entwickeln zuvor dargestellte Leuchtturmprojekte zu unmittelbar umsetzungsreifen Projekten weiter. Diese können bei erfolgreicher Wettbewerbsteilnahme und Bewertung einer unabhängigen Jury aus Mitteln des Landes und der Europäischen Union gefördert werden. Die Beteiligung der EU kann dabei zwischen 100.000 EUR bis maximal 5 Mio. EUR pro Projekt liegen.

Koordiniert durch die Stabsstelle Wirtschaftsförderung – Tourismus – Europabüro der Landkreisverwaltung hat sich im Ostalbkreis am 4. April 2013 und 13. Juni 2013 eine Initiativgruppe zu ersten Sondierungsgesprächen getroffen. Der Initiativgruppe gehörten neben der Landkreisverwaltung Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der IHK Ostwürttemberg, der Kommunen, der Kreishandwerkerschaft und der WiRO an. Im Rahmen dieser Gespräche wurde eine Stakeholderanalyse durchgeführt und die Einladung zum KreisentwicklungDialog „Demografie & Wirtschaft“ am 29. Juni 2013 im Ostalbkreishaus koordiniert. Bei dieser Veranstaltung wurden in moderierten Workshops zu den Themen „Bewältigung des demografischen und sozialen Wandels“, „Bildung, Forschung, Innovation“ und „Wirtschaft, Energie und Ressourcen“ wichtige Impulse und Handlungsansätze für

Die Teilnehmer des Workshops Wirtschaft, Energie und Ressourcen im Gespräch



Teilraumkonferenz in der Schranne in Bopfingen

die Durch- und Fortführung des RegioWIN-Prozesses erarbeitet. Es wurde dabei auch als Empfehlung festgelegt,

- dass der gesamte Ostalbkreis einen funktionalen Raum für RegioWIN abbilden soll,
- dass die Landkreisverwaltung als Lead-Partner im Wettbewerbsverfahren fungiert und die Geschäftsstelle bei der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro angesiedelt wird,
- dass eine Steuerungsgruppe unter Vorsitz von Landrat Klaus Pavel eingerichtet wird.

- **Teilraum Bopfingen** (Bopfingen, Kirchheim, Lauchheim, Neresheim, Riesbürg, Stödtlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen) am 16. September 2013 in der Schranne in Bopfingen und
- **Teilraum Schwäbisch Gmünd** (Bartholomä, Böbingen, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Möggingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten) am 20. September 2013 im Bürgersaal in Iggingen.

Erste Trends und Zwischenergebnisse aus den Workshops wurden in der Sitzung des Kreistags am 23.7.2013 vorgestellt.

Um diese auch lokal in den einzelnen Raumschaften des Landkreises zu diskutieren, wurden folgende Teilraumkonferenzen durchgeführt:

- **Teilraum Aalen** (Aalen, Abtsgmünd, Essingen, Hüttlingen, Oberkochen) am 10. September 2013 im Foyer der Limeshalle in Hüttlingen,
- **Teilraum Ellwangen** (Adelmannsfelden, Ellenberg, Ellwangen, Jagstzell, Neuler, Rainau, Rosenberg, Westhausen, Wört) am 11. September 2013 im Palais Adelman in Ellwangen,

Die Ergebnisse aus den Workshops vom 29. Juni 2013 und aus den vier Teilraumkonferenzen wurden zusammengefasst und ausgewertet und wurden dem Regionalen Strategiekonzept des Ostalbkreises zu Grunde gelegt.

Ein weiterer Schritt für die Teilnahme am Wettbewerb RegioWIN war die Bildung einer Steuerungsgruppe. Die Steuerungsgruppe, bestehend aus 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wurde am 26. September 2013 im Ostalbkreishaus konstituiert. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe unterstützen den Landkreis bei der Bewerbung am RegioWIN-Wettbewerb.

Das Regionale Strategiekonzept des Ostalbkreises unter dem Titel „NIO – Nachhaltige

Innovationen im Ostalbkreis – Zukunftsideen für Menschen und ihre Umwelt“ wurde fristgerecht zum 31. Oktober 2013 beim Land eingereicht. Die Prämierung der erfolgreichen Strategiekonzepte, die die zweite Runde des Wettbewerbs RegioWIN erreichen, fand am 16. Januar 2014 durch die beteiligten Fachministerien des Landes im Forum der Handwerkskammer in Stuttgart statt. Das Konzept des Ostalbkreises gehört zu den prämierten Beiträgen.

Kreisentwicklung

Nachdem für die Kommunen und Landkreise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine der zentralen Herausforderungen die Gestaltung des demografischen Wandels mit vielschichtigen Auswirkungen und Handlungserfordernissen vor allem im ländlichen Raum ist, wurde im Rahmen einer programmatischen Zukunftsorientierung von der Verwaltungsspitze und den Akteuren der Kreispolitik angeregt, ein Kreisentwicklungskonzept mit integrierten und ressortübergreifenden Denk- und Handlungsweisen unter kommunaler und bürgerschaftlicher Beteiligung in einem dynamischen Prozess auf den Weg zu bringen.

Mit Beschluss des Kreistags vom 24. Juli 2012 wurde ein breit angelegtes Kreisentwicklungskonzept auf den Weg gebracht, das auch wesentlich den RegioWIN-Prozess im Ostalbkreis befruchtet hat. Der Lehrstuhl für Humangeographie und Geoinformatik der Universität Augsburg wurde in Kooperation mit dem Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH (INIFES) mit einer Studie Standortanalyse und Kreisentwicklung im Ostalbkreis beauftragt. Der Entwurf der Studie einschließlich einer Wanderungsmotivforschung wurde am 12. November 2013 intensiv im Kreistag diskutiert. Anregungen und Ergänzungen aus der Diskussion werden in die Endfassung eingearbeitet. Im weiteren Verlauf sollen die identifizierten Handlungsfelder (Forschungsinfrastruktur, Hochschullandschaft, Informelle Strukturen, Netzwerke und Cluster, Ausbau und Stärkung teilraumspezifischer Potentiale, Aus- und Weiterbildung, Weiblicher Arbeitsmarkt, Integration, Aktivierung von Gründerpotential, Produktionsnahe Dienstleistungen, Fachkräfte, Imageverbesserung und Standortmarketing, Alternde Erwerbspersonen, Gesundheitswirtschaft, Unternehmensnachfolge, Bürgerschaftliches Engagement) zielorientiert mit konkreten Handlungsaufträgen hinterlegt werden. An den bisherigen Prozess soll sich außerdem eine vertiefende Bürgerbefragung und Jugendkonferenzen anschließen.



Die Mitglieder der Steuerungsgruppe RegioWIN bei ihrer Konstituierung am 26. September 2013



Landrat Klaus Pavel erhält von Minister Alexander Bonde die Prämierungs-Urkunde



LEADER ist die Abkürzung für „Liasion entre actions de developement de l'economie rurale“, was soviel bedeutet wie „Verbindung von Handlungen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“. An diesem europäischen Förderprogramm, das in der Förderperiode 2007–2013 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) und vom Land Baden-Württemberg kofinanziert wurde, ist der Ostalbkreis mit Teilbereichen bereits zum zweiten Mal in der Förderkulisse Brenzregion, zusammen mit dem Alb-Donau-Kreis und dem Landkreis Heidenheim vertreten. 13 Kommunen und rund 75.000 Einwohner aus dem Ostalbkreis gehören zur Kulisse. Thematisch widmet sich die Brenzregion folgenden vier Themenbereichen:

- Stärkung des sanften Tourismus
- Förderung der Vermarktung regionaler Produkte
- Erhalt des natürlichen Erbes und
- Verbesserung der Lebensqualität.

Im Rahmen von LEADER standen dem Land für die Förderperiode 2007–2013 EU-Mittel in Höhe von rund 30 Mio. EUR zur Verfügung. Die eingesetzten EU-Mittel müssen im Rahmen der nationalen Kofinanzierung von Mitteln des Landes und der Kommunen oder privater Investoren aufgebracht werden. Seitens des Landes werden dafür insbesondere Fördermittel aus dem „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) bereitgestellt. Daneben können auch Projekte im Rahmen der Landschaftspflegerichtlinie gefördert werden.

Durch den positiven Beschluss der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) konnten im Ostalbkreis in den Jahren 2012 und 2013 zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht und zum Teil bereits umgesetzt werden.

Dazu gehören beispielsweise folgende Maßnahmen:

- Barrierefreier Ausbau des Besucherbergwerks Tiefer Stollen sowie ein Audio-guidesystem für das Führungsangebot, Stadt Aalen

- Wanderwegebeschilderung im Gesamtgebiet der Stadt Neresheim
- Anpassung der Infrastruktur an die demographischen Veränderungen (innovative und konzeptionelle Maßnahmen) sowie Gymwelt – Mehrgenerationen-Fitness-Parcours, Gemeinde Bartholomä
- Radwegprojekte in Bartholomä, Bopfingen und Jagstzell
- Herstellung eines Gesundheits- und Mehrgenerationenspielplatzes, Gemeinde Jagstzell
- Konzept zur integrierten Zukunftsentwicklung sowie Errichtung einer Mehrgenerationenanlage im Klostersgarten, Gemeinde Kirchheim a. R.
- Erweiterung eines Landgasthofs
- Musikprojekt „Bandsland“, Stadt Bopfingen



Das Projekt „Bandsland“ wurde vom Land Baden-Württemberg beim Wettbewerb „Gemeinsam stark sein 2013“ der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume und der Bundesländer ins Rennen geschickt. Bundesweit wurden Projekte mit innovativen Ideen oder Maßnahmen gesucht, die zeigen, wie junge Menschen in die Prozesse der Regionalentwicklung eingebunden werden können. Das Bopfinger Projekt ging erfolgreich aus dem Wettbewerb hervor und wurde auf der Internationalen Grünen Woche 2014 in Berlin prämiert.

Die letzte LEADER-Sitzung der Förderperiode fand am 19. November 2013 in Königsbrunn-Zang statt. In dieser Sitzung konnten auch letztmals Projekte für eine Förderung beschlossen werden.

Seit Beginn der Förderperiode im Jahr 2008 konnten LEADER-Fördermittel der EU und des Landes von über 2,5 Mio. EUR für 31 Projekte im Ostalbkreis eingeplant werden. Insgesamt wurden in über 80 Projekten rund 7,8 Mio. EUR Fördermittel von EU und Land gebunden, was die Brenzregion zu einer der erfolgreichsten Kulissen in der Förderperiode 2007 bis 2013 gemacht hat.

Neuausrichtung der LEADER-Förderung 2014 bis 2020

Auch im Bereich LEADER kommt es für die Förderperiode 2014 bis 2020 zu neuen Wettbewerbsverfahren um Förderkulissen. Eine Fortführung der bestehenden Zusammensetzung der Brenzregion ist aufgrund der neuen Vorgaben des Landes nicht möglich, wonach für die LEADER-Förderperiode 2014 bis 2020 eine Einwohnerobergrenze von maximal 120.000

Einwohnern pro Kulisse gilt. Der Ostalbkreis geht daher mit drei neuen Kulissenkombinationen und neuen Partnerlandkreisen ins Wettbewerbsverfahren des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

- **Jagstregion**
(Landkreis Schwäbisch Hall, Ostalbkreis)
- **Schwäbischer Wald**
(Rems-Murr-Kreis, Landkreis Schwäbisch Hall, Landkreis Heilbronn, Ostalbkreis),
- **Stauferland**
(Landkreis Göppingen, Ostalbkreis)

Die offizielle Ausschreibung des Verfahrens wird voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2014 erfolgen. Dennoch wurden aufgrund der bereits vom Land kommunizierten hohen Anforderung hinsichtlich des Entwicklungskonzeptes, des Aktionsplans, der Organisationsform des Regionalmanagements sowie der geforderten umfassenden Bürgerbeteiligung schon in 2013 externe Beratungsbüros zur Unterstützung bei der Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte verpflichtet. Von den 29 Kulissen, die in Baden-Württemberg ihr Interesse an einer Bewerbung signalisiert haben, werden vermutlich nur knapp die Hälfte zum Zug kommen. Von den zu erwartenden 85 Mio. EUR, die in den kommenden sieben Jahren insgesamt für die LEADER-Aktionsgruppen zur Verfügung stehen sollen, kommen 33 Mio. EUR direkt aus dem EU-Haushalt, der größere Teil vom Land. Das Programm LEADER gehört zur zweiten Säule der EU-Agrarpolitik. Über die erste Säule kommen die Direktzahlungen an die Landwirte, über die zweite die allgemeinen Fördermittel für den ländlichen Raum, die von den Mitgliedsstaaten mitfinanziert werden müssen.

BREITBAND

Breitband ist ein Standort- und Wettbewerbsfaktor für Unternehmen, Haushalte und öffentliche Institutionen, es ist die Grundlage für wirtschaftliches Handeln und zunehmend auch für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Vor allem in ländlich geprägten, flächenhaften Landkreisen wie dem Ostalbkreis stellt der Aufbau einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Bei der Verbesserung der Breitbandinfrastruktur im Ostalbkreis hat die Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro der Landkreisverwaltung eine koordinierende Funktion übernommen. Seit 2009 konnten 25 Kommunen in mehr als 70 Förderanträgen unterstützt werden, bei denen es sowohl um Leerrohrverlegungen und Mitverlegungen als auch um Zuschüsse an Netzbetreiber oder modellhafte Vorhaben ging. So konnten Ausbaumaßnahmen angestoßen werden, deren Gesamtinvestitionskosten bei 5,9 Mio. Euro liegen. Das bislang bewilligte Fördervolumen beläuft sich auf rund 2,8 Mio. Euro. Und mehr als 70 km Leerrohre wurden und werden durch diese Projekte verlegt, zum Teil bereits mit eingezogener Glasfaser.

Der Zugang zum Internet erfolgt im Ostalbkreis über verschiedenste Netzbetreiber und Technologien, wobei die tatsächlich möglichen Übertragungsgeschwindigkeiten räumlich stark divergieren. Einige Gebiete im Ostalbkreis stellen nach wie vor „weiße Flecken“ dar, in denen die aktuell definierte Grundversorgung von 2 Mbit/s nicht gegeben ist. Manche Kommunen haben nach wie vor das Problem keinen Netzbetreiber für die selbst geschaffene passive Infrastruktur zu finden. Diesem Problem wird derzeit durch eine fortgesetzte und noch intensivere interkommunale Zusammenarbeit mit dem Ziel, den Ostalbkreis flächendeckend mit einem Höchstgeschwindigkeitsnetz zu erschließen, begegnet.

In seiner Sitzung vom 24. Juli 2012 hat der Kreistag die Landkreisverwaltung beauftragt

- eine Beobachtungs-, Informations- und Koordinierungsfunktion bei der Entwicklung der Breitbandinfrastruktur zu übernehmen,
- eine kreisweite Netzplanung auszuschreiben sowie
- einen Förderantrag für eine kreisweite Netzplanung beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu stellen.

Dafür bietet die Breitbandinitiative II des Landes optimale Rahmenbedingungen. Durch die hervorragende Zusammenarbeit aller 42 Städte und Gemeinden mit dem Landkreis und der Unterstützung durch den Kreistag ist es gelungen, die für ein solches NGA-Netz (Next generation access) notwendige Planung als Modellprojekt vom Land Baden-Württemberg anerkannt und gefördert zu bekommen.



Als Voraussetzung für den Förderantrag sowie zur Vorbereitung der europaweiten Ausschreibung wurde von der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation im Herbst/Winter 2012 eine umfangreiche Markt- und Bestandsanalyse durchgeführt. Die angeforderten Infrastrukturdaten der Telekommunikationsanbieter wurden im Rahmen von

Auftaktbesprechung
zum Start der kreisweiten
Netzplanung am
18. Dezember 2013

Vor-Ort-Gesprächen in sämtlichen Kommunen des Ostalbkreises verifiziert und aktualisiert sowie geplante Erschließungsmaßnahmen und unterversorgte Gebiete erfasst und durch den Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation in ein Geoinformationssystem (GIS) übertragen. Dieses GIS bildet nun die Arbeitsgrundlage für die Planung des Höchstgeschwindigkeitsnetzes. Im Rahmen der Marktanalyse wurden mehr als 10.000 Selbstständige, Gewerbetreibende, Landwirte etc. befragt.

Die kreisweite Planung wurde wegen des innovativen Charakters einer über die Backbone-Planung hinausgehenden FTTC und FTTB-Planung für rund 70.000 Gebäude im Januar 2013 als Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg anerkannt.

Parallel dazu hat die Landkreisverwaltung in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und der Arbeitsgruppe Breitband, zu der Vertreter der Stadtwerke der Großen Kreisstädte gehören, das Leistungsverzeichnis für die europaweite Ausschreibung erarbeitet. Diese wurde am 26. März 2013 im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Nach einem mehrstufigen und intensiven Auswahlverfahren wurde die Tele-Kabel-Ingeni-

eurgesellschaft mbH (TKI) aus Chemnitz mit der Planung beauftragt. Das erste Abstimmungsgespräch zwischen TKI und der Arbeitsgruppe Breitband fand unter Beteiligung eines Vertreters der Landesanstalt für Kommunikation am 18. Dezember 2013 im Landratsamt in Aalen statt. Erste Planungsergebnisse werden im Frühjahr 2014 vorliegen. Der gesamte Ostalbkreis soll bis Ende 2014 beplant sein. Dann soll eine über den Backbone hinausgehende Feinplanung eines FTTB-Netzes (Fiber to the building) zeigen, wie Glasfaserkabel optimal innerhalb der Kommunen verlegt werden können und dabei bereits bestehende Infrastrukturen und Planungen berücksichtigt werden. Kurzfristig sollen so alle noch bestehenden weißen Flecken in der Breitbandversorgung geschlossen und alle Bereiche mit nachgewiesenem erhöhten Bandbreitenbedarf, wie z. B. Gewerbegebiete, versorgt werden. Mittel- bis längerfristig soll Glasfaser als zukunftsweisende Telekommunikationsinfrastruktur bis möglichst an jedes Gebäude geführt werden. Parallel dazu gilt es für den Landkreis und seine Kommunen, geeignete Strukturen für das Management der Netzinfrastruktur und den späteren Netzbetrieb zu erarbeiten. Der Ostalbkreis ist daher auch dem Verein „Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum“ beigetreten, der am 16. September 2013 in Ulm gegründet wurde.

EUROPAINFORMATIONSZENTRUM EUROPOINT OSTALB



Seit Anfang 2009 gibt es im Ostalbkreis das Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb, das zum Europe Direct-Netzwerk der Europäischen Kommission gehört und damit zu den wichtigsten Instrumenten der EU-Kommission, über das sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen bieten und den Europäischen Organen Rückmeldungen geben kann. Im September 2012 hat die Europäische Kommission über ihre Vertretung in Deutschland die Informationszentren im Rahmen des „EUROPE DIRECT-Informationsnetzes“ für den Zeitraum 2013–2017 neu ausgeschrieben. Der Ostalbkreis hat sich erneut erfolgreich für die Einrichtung eines solchen Zentrums im Kreishaus in Aalen unter dem Namen „EUROPoint Ostalb“ beworben.

Der EUROPoint Ostalb ist eines von insgesamt sieben Zentren in Baden-Württemberg Bundesweit besteht das Netzwerk aus 55, europaweit aus rund 480 Zentren. Der Aktionsradius des EUROPoint Ostalb ist nicht nur auf den Ostalbkreis begrenzt, sondern erstreckt sich auf die gesamte Region Ostwürttemberg und angrenzende Gebiete. Der EUROPoint Ostalb befindet sich in der Trägerschaft des Landratsamts Ostalbkreis und wird von der Europäischen Kommission kofinanziert.

Um möglichst viel Publikum zu erreichen, befindet sich der Präsentationsbereich des EUROPoint Ostalb mit Broschürenbereich, Posteraushang, öffentlichem Internetzugang zu den Europaseiten und einer Informationswand im Erdgeschoss des Landratsamts in Aalen und ist barrierefrei zugänglich. Der EUROPoint Ostalb ist zudem in Facebook präsent. Darüber hinaus steht das Team des EUROPoint in den Räumen der Stabsstelle Wirtschaftsförderung-Tourismus-Europabüro als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Auf der Homepage des EUROPoint Ostalb unter www.europoint-ostalb.de sind Informationen zur Arbeit des Netzwerks, Hinweise zu Veranstaltungen und europäischen Wettbewerben, interessante

Links und Kontakte sowie aktuelle politische Entwicklungen der EU abrufbar.

In den Jahren 2012 und 2013 wurden viele Aktionen, Veranstaltungen und Beratungen



durchgeführt und zahlreiche Bürgeranfragen beantwortet. Dabei kooperiert der EUROPoint – je nach Thema – auch mit unterschiedlichen Veranstaltungspartnern und orientiert sich an den Kommunikationsprioritäten der EU-Kommission. Besonders hervorzuheben sind die nachfolgend dargestellten Aktivitäten:

EU-Notruftag

Der EUROPoint Ostalb war in die Organisation und Durchführung des Präventionstages „Aktion junge Fahrer“ eingebunden, der am 13. März 2012 im Berufsschulzentrum in Schwäbisch Gmünd stattfand. In Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Deutschen Roten Kreuz und weiteren Partnern veranstaltete der EUROPoint Ostalb ein EU-Notruf-Quiz zum europaweit einheitlichen Notruf 112 und war mit einem Infostand vertreten. Nicht nur am Stand konnten die Schülerinnen und Schüler am Quiz teilnehmen; auch auf der Homepage des EUROPoint wurden die Fragen eingestellt und durch vertiefende Informationen ergänzt. Die Gewinner konnten sich über ein Fahrsicherheitstraining und über einen Rucksack im Europa-Design freuen.

Über die Kofinanzierungszusage der EU-Kommission freuen sich Landrat Klaus Pavel und die Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn



v.l.n.r.: Dr. Christof Morawitz, Oberbürgermeister Karl Hilsenbek, Joachim Umbach und Dr. Dirk Solte in der Diskussion „Finanz- und Staatsschuldenkrise“

Diskussionsabend „Finanz- und Staatsschuldenkrise – Wendepunkt für Europa?“

Am 21. Mai 2012 fand im Speratushaus in Ellwangen ein Diskussionsabend zum Thema „Finanz- und Staatsschuldenkrise: Wendepunkt für Europa?“ statt. Initiiert wurde dieser Abend vom EUROPoint Ostalb in Zusammenarbeit mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg sowie der Stadt Ellwangen. Nach einem Einführungsvortrag von Dr. Dirk Solte vom Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung Ulm stellten sich Oberbürgermeister Karl Hilsenbek (Stadt Ellwangen), Dr. Christof Morawitz (Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ostalb) sowie Dr. Dirk Solte der öffentlichen Diskussion und standen dem Publikum für Fragen zur Verfügung. Moderiert wurde die Veranstaltung vom Mediendirektor der Schwäbischen Zeitung, Joachim Umbach. Im Anschluss an die Diskussions- und Fragerunde wurde von den Besuchern die Möglichkeit noch intensiv genutzt, mit den Referenten persönlich ins Gespräch zu kommen. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch einen Beratungs- und Broschürenstand des EUROPoint Ostalb.

Wege ins Ausland

Am 12. Juni 2012 hat der EUROPoint Ostalb alle Interessierten zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Wege ins Ausland“ ins Landratsamt eingeladen. Auf dem Programm standen verschiedene Vorträge und Erfahrungsberichte. So referierten Studenten der Hochschule Aalen über ihr ERASMUS-gefördertes Auslandssemester in Schweden. Der DRK-Kreisverband Aalen e. V. informierte das Publikum über die Möglichkeiten internationaler Freiwilligendienste beim Deutschen Roten Kreuz mit Entsendungen nach Litauen, Slowenien und der Tschechischen Republik, Frankreich, Ungarn und Italien. BBQ Berufliche Bildung gGmbH stellte die Initiative „Go for Europe – Auslandspraktika für Auszubildende“ vor, das durch das EU-Programm LEONARDO DA VINCI unterstützt wird. Dadurch konnten auch drei Auszubildende des Landratsamtes Ostalbkreis 2011 ein Auslandspraktikum machen, über das sie den Zuhörern berichteten. Die Voraussetzungen und Bewerbungsverfahren für Schüleraustausch und Freiwilligentätigkeit zeigte abschließend AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. auf. An Messeständen und dem Informationsstand des EUROPoint Ostalb hatten die rund 70 an-

wesenden Schüler, Auszubildenden, Ausbilder, Lehrer und Studierenden anschließend die Möglichkeit, mit den Referenten ins Gespräch zu kommen, das Gehörte weiter zu vertiefen sowie Broschüren mit nach Hause zu nehmen. Flankierend hierzu wurde im Ostalbkreishaus vom 1.–29. Juni 2012 die Eurodesk-Ausstellung „Wege ins Ausland“ präsentiert, bei der auf zwölf Themenbannern verschiedene Programmarten für Auslandsaufenthalte vorgestellt wurden.

20. Jubiläum des Europäischen Binnenmarktes – Vortrags- und Diskussionsabend

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Europäischen Binnenmarktes veranstalteten das Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb und die IHK Ostwürttemberg mit Unterstützung der Europäischen Union am Dienstag, 16. Oktober 2012, einen Vortrags- und Diskussionsabend im Aalener Landratsamt. Im Rahmen der Binnenmarktwoche vom 15. bis 20. Oktober 2012 wurde europaweit an die Errungenschaften von 20 Jahren EU-Binnenmarkt erinnert, wurden neue Initiativen präsentiert sowie die Erwartungen über die Zukunft des Binnenmarktes diskutiert. Auch in Ostwürttemberg als Region mitten in Europa konnten sich Bürger, Unternehmen und Europaakteure an diesem Austausch beteiligen. Der frühere Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus, referierte zum Thema „Europa ist unsere Zukunft – welche Zukunft haben der Euro und der Binnenmarkt?“. In der anschließenden Podiumsdiskussion, die vom Mediendirektor der Schwäbischen Zeitung, Joachim Umbach moderiert wurde, bestand Gelegenheit, Fragen zu stellen. Es diskutierten der Europaabgeordnete Michael Theurer, Finanzminister a. D. Gerhard Stratthaus, IHK-Hauptgeschäftsführer Klaus Moser, André Schulze-Wethmar vom Europäischen Verbraucherzentrum in Kehl und PD Dr. Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim.

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Europäischen Binnenmarktes präsentierte der EUROPoint Ostalb außerdem im Landratsamt in Aalen vom 25. Oktober bis 19. November 2012 eine Ausstellung der Europäischen Kommission zum EU-Binnenmarkt. Auf zehn



Das Interesse der Besucher an Informationsmaterial war groß (oben)



Ausstellung „Wege ins Ausland“ (links)



Interessierte Zuhörer beim Vortrag von Finanzminister a. D. Gerhard Stratthaus

Info-Säulen wurden die Errungenschaften und Vorteile des Binnenmarktes anschaulich dargestellt. Das Themenspektrum umfasste unter anderem „Neue Chancen für Dienstleister“, „Wachstum und stabile Preise“, „Sicherheit und Umweltschutz“ oder „Der Euro und der Binnenmarkt“.

Fotowettbewerb Europakalender

Das Jahr 2013 wurde von der EU-Kommission zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ ausgerufen. Der EUROPoint Ostalb hat dies zum Anlass genommen, einen Europakalender von „Bürgern für Bürger“ heraus-



Dr. Jürgen Rademacher bei seinem Vortrag



Die Gewinner des Fotowettbewerbs präsentieren den Europakalender

5. Klimaforum Ostalb

Am 20. November 2013 fand bereits zum fünften Mal das Klimaforum Ostalb im Landratsamt in Aalen als Kooperationsveranstaltung des EUROPoint Ostalb mit dem Energiekompetenz Ostalb e. V. statt.

In diesem Jahr konnte Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Universität Ulm, Institut für Datenbanken und Künstliche Intelligenz sowie Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung mit dem Vortrag „Klimaneutralität – ein Weg für Deutschland und Europa?“ als Gastredner gewonnen werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Christina Schwarz, Klimaradio von Radio 7, diskutierten von der HTW Aalen Prof. Dr.-Ing. Martina Hofmann, von den Stadtwerken Schwäbisch Gmünd GmbH, Dr. Sascha Meßmer und der Geschäftsführer der Papierfabrik Palm GmbH & Co. KG, Dr. Wolfgang Palm. Mehr als 200 Teilnehmer aus der regionalen Wirtschaft, aus Politik und Bürgerschaft im Ostalbkreis waren vertreten und es wurde vertiefend auf die einzelnen Themenfelder eingegangen. Fragen aus dem Publikum und anschließende Gespräche im Rahmen eines Imbisses rundeten die Veranstaltung ab.

zugeben. Dieser sollte die Bürgerinnen und Bürger während des ganzen Jahres über ihre Rechte in der EU informieren sowie Informationen und Impressionen zur EU verbinden. Die abgedruckten Bilder sind aus einem Fotowettbewerb hervorgegangen, bei dem der EUROPoint Ostalb im Sommer 2012 nach den schönsten Urlaubsmotiven von Landschaften, Orten und Bauwerken aus ganz Europa gesucht hat. Der Wettbewerb ist mit rund 300 eingesendeten Bildern auf großes Interesse gestoßen. Der Kalender zeigt, wie vielfältig und bunt Europa ist und macht Lust darauf, die Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten der EU selbst zu entdecken. Darüber hinaus enthält jedes Kalenderblatt auch nützliche Informationen und Tipps zu den EU-Bürgerrechten oder zu Verbraucherschutzthemen. Der Kalender wurde in einer Auflage von 1.000 Stück produziert und am 22. November 2012 im Landratsamt in Aalen von Landrat Klaus Pavel und der Leiterin des EUROPoint Ostalb, Andrea Hahn, der Öffentlichkeit präsentiert. Als Anerkennung für die gelungenen Fotobeiträge erhielten die prämierten Teilnehmer neben dem ersten Kalenderexemplar einen Europa-Rucksack mit Infomaterial rund um die EU sowie den neuen Ostalbkreis-Bildband.

KONTAKTA 2013 – Verbrauchermesse in Ostwürttemberg

Vom 6. März 2013 bis 10. März 2013 fand die größte Verbrauchermesse in der Region Ostwürttemberg, die KONTAKTA in Heidenheim, statt. Der EUROPoint Ostalb beteiligte sich daran in der Halle der Region. Broschüren am Messestand gaben Informationen zu verschiedenen europäischen Themen. Glück und Wissen kleiner und großer Europäer war am Europa-Quizrad gefragt. Anregung und Kritik konnte in einer Meinungsumfrage sowie beim Bürgergespräch mit der EU-Abgeordneten Dr. Inge Gräßle am 9. März 2013 geäußert werden. Über die Website sowie die Facebookseite des EUROPoint Ostalb konnten im Vorfeld Fragen an die EU-Abgeordnete gestellt werden, ebenso war dies auch vor Ort am Messestand möglich. Es kam zu einem lebhaften Dialog, bei dem verschiedene europäische Belange angesprochen wurden.

Bild 1: Mit Live-Kommentaren erweckte Ingo Espenschied Geschichte zum Leben

Bild 2: Bürgergespräch mit der Europaabgeordneten Dr. Inge Gräßle

60. Europäischer Schülerwettbewerb

Bereits zum 60. Mal wurde in diesem Jahr bundesweit der Europäische Schülerwettbewerb

ausgeschrieben. Im Rahmen der Europawoche fand die Preisverleihung am 2. Mai 2013 in der Stadthalle in Heubach statt. Im Ostalbkreis haben sich wieder viele Schülerinnen und Schüler mit einem Beitrag beworben. Der EUROPoint Ostalb beteiligte sich mit einem Broschürenstand an der Veranstaltung. Leitthema des Wettbewerbs war in diesem Jahr das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger“. 813 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Wettbewerb, und das Abschneiden der Ostalsteilnehmer war auch dieses Mal wieder beeindruckend: 24 Schülerinnen und Schüler aus dem Kreis erhielten von der Jury des Europäischen Wettbewerbs einen Bundespreis, 42 Preisträger wurden mit einem Landespreis ausgezeichnet. Weitere 92 Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden auf Vorschlag des Landesausschusses mit einem sogenannten „Kreispreis“ ausgezeichnet.

Zum Auftakt der Preisverleihung wurde ein Europa-Baum gepflanzt. Die Europawoche, der Europatag und der Europäische Wettbewerb sollen dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sich nicht nur als Betroffene des europäischen Einigungsprozesses wahrnehmen, sondern – wieder – Beteiligte werden. Die Europawoche ist eine gute Gelegenheit, dies ins Bewusstsein zu rufen.

Live-Multimediaschau „50 Jahre Élysée-Vertrag“ im Landratsamt in Aalen

Die Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch Konrad Adenauer und General Charles de Gaulle jährte sich am 22. Januar 2013 zum 50. Mal. Diesem Ereignis sind Frieden, Wohlstand und der Erfolg der europäischen Einigung maßgeblich mit zu verdanken. Aus diesem Grund fand am 13. Mai 2013 im Landratsamt in Aalen eine Geschichtsstunde der besonderen Art statt.

Nach einer Begrüßung durch Landrat Klaus Pavel startete der Produzent und Diplom-Politologe Ingo Espenschied eine einzigartige Zeitreise. Mit seiner 70-minütigen Live-Multimedia-Präsentation „50 Jahre Élysée-Vertrag“ im eigens entwickelten Doku-Life-Format wurden die Zuschauer und Zuhörer durch die wechselhafte Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen geführt. Es wurde eine spannende Verbindung zwischen leben-



digem Live-Kommentar, historischen Fotos, Animationen, Karikaturen, Zeitzeugen-Interviews und originalen Wochenschauberichten geschaffen.

Nach der Präsentation gab es die Möglichkeit zur Besichtigung einer Ausstellung des EUROPoint Ostalb, die sich mit Karikaturen aus verschiedenen Jahrzehnten zum Thema „Deutsch-Französische Beziehungen“ beschäftigte. Die Ausstellung konnte vom 13. bis 24. Mai 2013 im Landratsamt in Aalen besichtigt werden.

2. landkreisübergreifender EU-Azubi-Gipfel

„Mehr europäisches Wir-Gefühl“ und „Mehr junge Menschen, die sich für Europa auch in den Organen und Institutionen der EU einsetzen“. Diese und weitere Wünsche an Europa haben rund 70 Auszubildende aus den Landkreisen Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis und Rems-Murr-Kreis zum Abschluss des 2. landkreisübergreifenden EU-Azubi-Gipfels am 11. November 2013 im Landratsamt in Aalen formuliert. Einen Tag lang hatten sie sich im Rahmen von zwei Planspielen in die Rollen von Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, des Rates der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Zentralbank versetzt. Das Planspiel „Power-Play im Euroraum“ beleuchtete dabei die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU, während „Festung Europa?“ sich mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik auseinandersetzte.

Landrat Klaus Pavel begrüßte die Gipfel-Teilnehmer im Großen Sitzungssaal des Landratsamts und betonte die zunehmende Bedeutung von Europa auf die Kreis- und Kommunalpo-

litik. Gerade junge Menschen könnten von den Errungenschaften der EU profitieren und die sich bietenden Möglichkeiten in Ausbildung, Beruf aber auch Freizeit nutzen. Umso wichtiger sei aber auch die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und das sich Einbringen. Er sagte zu, die Ergebnisse des Gipfels über den EUROPoint Ostalb an die entsprechenden Stellen in der EU weiterzuleiten.

Im Anschluss stand die Europaabgeordnete Heide Rühle für Fragen rund um Europa zur Verfügung. Die Auszubildenden hatten sich gut vorbereitet und nutzten diese Möglichkeit intensiv. Der Themenbogen spannte sich von den Amtssprachen der EU über die EU-Erweiterung, die Staatsverschuldung, die Rolle des EU-Parlaments und die Situation von Flüchtlingen und Zuwanderern bis hin zur Frage der Frauenquote und der 2014 anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament.

Durch die Planspiele wurden die Auszubildenden von Georg Schwedt (CIVIC-Institut für internationale Bildung), Wolfgang Berger und Robby Geyer (beide Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg LpB) sowie Laura Reiter, Danijel Paric und Benedikt Sand (Juniorteam Europa und freie Mitarbeiter der LpB) geführt.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Europainformationszentrum EUROPoint Ostalb, das mit seinem umfangreichen Broschürenangebot eine optimale Ergänzung zum „Gipfeltreffen“ bot. Nach dem 1. landkreisübergreifenden EU-Azubi-Gipfel 2012 in Göppingen und dem diesjährigen in Aalen (Ostalbkreis) wird der Gipfel 2014 im Rems-Murr-Kreis stattfinden.

Landrat Klaus Pavel begrüßt die Teilnehmer zum 2. EU-Azubi-Gipfel



Die Kontaktstelle Frau und Beruf Ostwürttemberg ist als Teil eines Landesprogramms des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft mit insgesamt zehn Standorten in Baden-Württemberg mit je einer Geschäftsstelle seit 2007 bei den Wirtschaftsförderungen der beiden Landkreise Ostalbkreis und Heidenheim angesiedelt. Als einzige Einrichtung in der Region bietet sie Angebote ausschließlich für Frauen an. Insbesondere die neutrale und individuelle Orientierungsberatung nutzen die Frauen, um sich niederschwellig und in einem vertraulichen Rahmen über ihre beruflichen Wege und Möglichkeiten zu informieren. Dieses Beratungsangebot zu allen Fragen der Berufswegplanung, vom Wiedereinstieg über die berufliche Umorientierung bis hin zur Existenzgründung findet in allen fünf Großen Kreisstädten regelmäßig statt und hat sich in der Region fest etabliert.

Neben der Beratungsarbeit erstrecken sich die Tätigkeitsfelder der Kontaktstelle Frau und Beruf auf die Initiierung von Veranstaltungen wie Vorträge, Workshops und Informationsveranstaltungen und der Kooperation mit Partnern der Region. So hat sich die bereits gute Zusammenarbeit mit der IHK Ostwürttemberg, dem Regionalbüro des Netzwerkes für berufliche Fortbildung Ostwürttemberg, der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und den Gleichstellungsbeauftragten der Städte und des Landkreises auch in den letzten Jahren weiterhin gefestigt.

In den Jahren 2012 und 2013 wurden wieder unterschiedliche Themen aufgegriffen. In Vorträgen ging es u. a. um Zeitmanagement in der „25-Stunden-Frau“, weibliche Kommunikationsmuster in „Klartext reden“ und um hilfreiche Strategien beim „Verhandeln – Nachgeben – Durchsetzen“. Zahlreiche Frauen nutzten diese Angebote, um sich sowohl für ihre beruflichen Anforderungen als auch für die Herausforderung der Vereinbarkeit Familie und Beruf zu stärken.

Für Frauen, die sich intensiver mit ihrer Rückkehr ins Erwerbsleben beschäftigen wollen,



und für gründungsinteressierte Frauen gab es Angebote in den jeweiligen Workshop-Reihen „Wiedereinstieg“ und „Existenzgründung“, auch diese in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Einrichtungen der Region. So beteiligten sich u. a. die Kreissparkasse Ostalb und die Stadtwerke Schwäbisch Gmünd an der Reihe Wiedereinstieg, um den Frauen Tipps aus der Praxis mit auf den Weg zu geben. Für die Existenzgründerinnen standen die IHK Ostwürttemberg und das Finanzamt Aalen den Frauen Rede und Antwort.

Dass sich die Kontaktstelle Frau und Beruf auch immer am „Puls der Zeit“ bewegt, zeigt sich daran, dass auf Bedarfe des aktuellen Arbeitsmarktes kurzfristig reagiert wird. So wurde 2013 in Zusammenarbeit mit den drei Schulen im Ostalbkreis eine Informationsver-

Bild 1: „Klartext reden!“ lautete der Vortrag von Regina Schulz am 10. Oktober 2013 im Rahmen der FrauenWirtschaftstage im Aalener Landratsamt

Bild 2: Umfassende Informationen zu den verschiedenen Ausbildungsformen zur Erzieherin gab es am 23.1.13 vom Institut für Soziale Berufe St. Loreto Schwäbisch Gmünd, der Justus-von-Liebig-Schule Aalen und der DAA Aalen im Landratsamt Schwäbisch Gmünd

anstellung für die Ausbildung zur Erzieherin speziell für Wiedereinsteigerinnen angeboten.

Eine Besonderheit gab es im Jahr 2012, als das Jahresthema der Kontaktstellen Frau und Beruf „Frauen und Innovation“ in das 60-jährige Landesjubiläum Baden-Württemberg eingebunden wurde. In einem ganztägigen Workshop hatten Frauen die Möglichkeit, ihre Ideen im Hinblick auf deren Umsetzung weiterzuentwickeln. „Ideen hätt' ich schon - jetzt schreit ich zur Tat“, so das Motto des Tages. Die Atmosphäre des Veranstaltungsortes, das Weleda Erlebniszentrum, bot die perfekte Grundlage, um an diesem Motto zu arbeiten.

Um an den verschiedenen Facetten, die das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt, mitzuwirken, beteiligt sich die

Kontaktstelle Frau und Beruf in unterschiedlichen Netzwerken der Region wie z. B. Ausbildung in Teilzeit, Frauen und Arbeitsmarkt und dem Unternehmensnetzwerk Family-NET. Außerdem bringt sie ihr Expertinnenwissen in der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg mit ein und gibt ihre Erfahrungen über das schlummernde Potenzial der gut ausgebildeten Frauen weiter.

Das vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft geförderte Landesprogramm wurde auf dessen Auftrag im Jahr 2012 von der Prognos AG evaluiert. Die Evaluation wurde an allen Standorten durchgeführt und bescheinigte eine durchweg gute Arbeit. Aufbauend auf diesem positiven Ergebnis knüpfen die beiden Geschäftsstellenleiterinnen an der guten und nachhaltigen Arbeit mit und für die Frauen auch weiter an.

Am 2.7.12 im Weleda Erlebniszentrum gaben die erfahrenen Gründerinnen Petra Ulrich, bandys shoes und Bettina Burchard, lemonfish ihre Erfahrungen an die Teilnehmerinnen weiter



Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen

Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen bedeutet insbesondere die Sicherung des Lebensunterhalts für Personen, die mit ihrem Einkommen und Vermögen diesen Lebensunterhalt nicht bestreiten können und die Übernahme von Krankenhilfekosten, wenn diese Personen keinen Versicherungsschutz haben. Die Leistungen zum Lebensunterhalt sind die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder aus gesundheitlichen Gründen auf Dauer nicht erwerbsfähig sind, sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt für Personen, die jünger als 65 sind und noch nicht auf Dauer erwerbsfähig.

Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Bezug von Wohngeld oder Kinderzuschlag oder Leistungen zum Lebensunterhalt

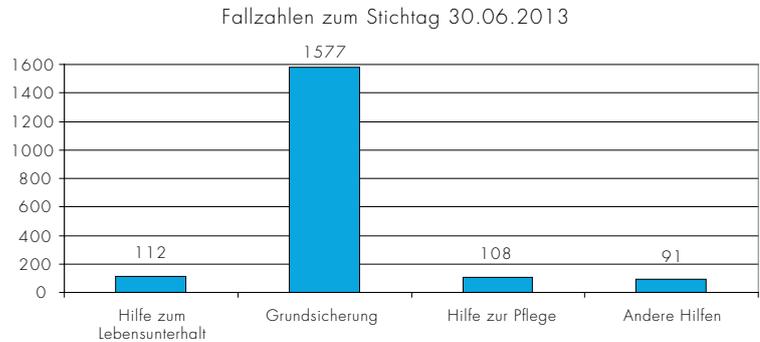
Seit 2011 können Schülern Leistungen für Schulausflüge und Klassenfahrten, für Schulbedarf, für Schülerbeförderungskosten, für Lernförderung, für den Zuschuss für Mittagessen und Kindern und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres Leistungen zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben gewährt werden.

Wohngeld

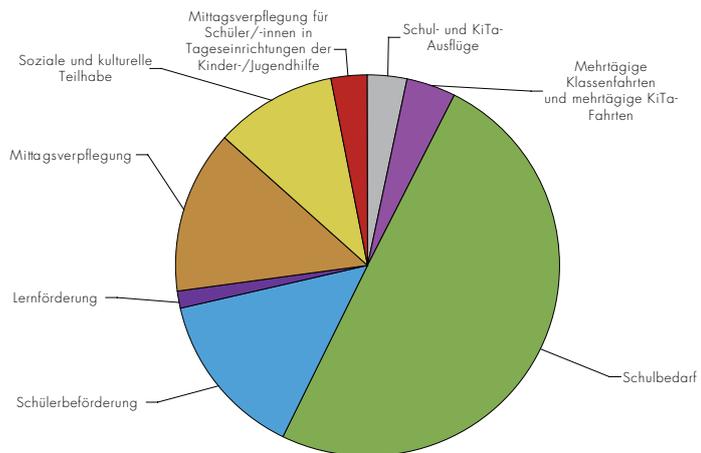
Wohngeld erhalten Mieter von Wohnraum oder Nutzer von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Die Leistung soll Haushalten, deren Einkommen nicht ausreicht, um selbst eine angemessene Wohnung finanzieren zu können, eine Unterstützung zukommen lassen.

Die Kosten für Wohngeld und Lastenzuschuss tragen Bund und Land.

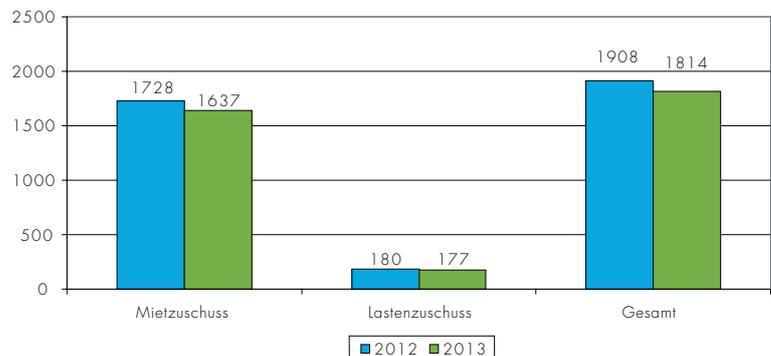
Der Aufwand für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird vom Bund zu 75% erstattet. In 2014 werden die Erstattungen zu 100% erfolgen



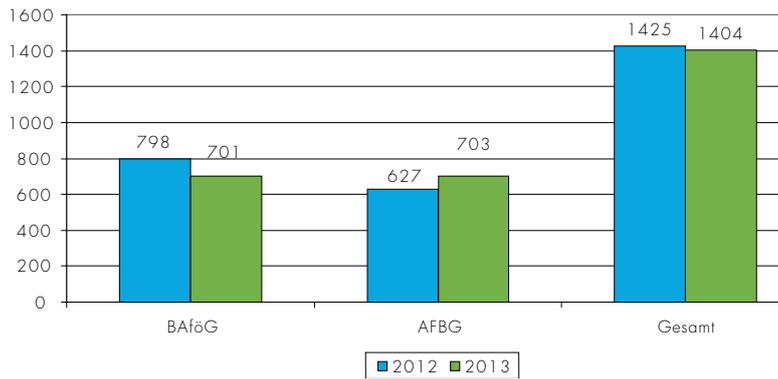
Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Bezug von Wohngeld oder Kinderzuschlag oder Leistungen zum Lebensunterhalt im zweiten Halbjahr 2013



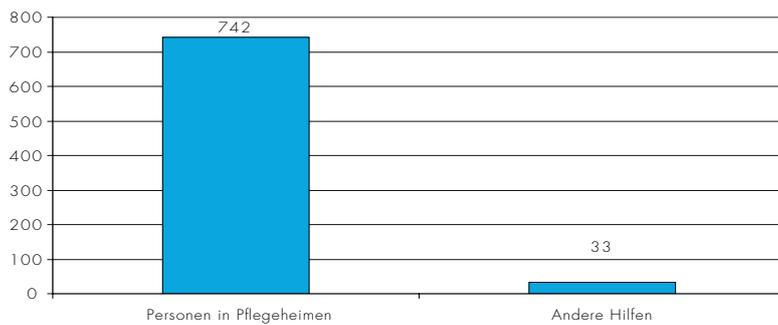
In den Jahren 2012 und 2013 wurden Wohngeld bzw. Lastenzuschuss mit folgenden Fallzahlen gewährt:



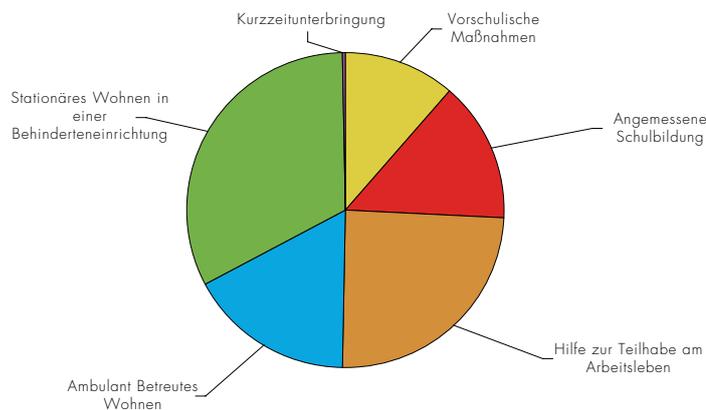
In 2012 und 2013 wurden diese Leistungen im Bereich Ausbildungsförderung mit folgenden Fallzahlen bewilligt:



Die Fallzahlen zum Stichtag 30.06.2013 für Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege in Einrichtungen



Die Fallzahlen zum Stichtag 30.06.2013 bezogen auf die Haupthilfe für Eingliederung für Menschen mit Behinderungen



Ausbildungsförderung

Der Ostalbkreis ist zuständig für die Gewährung von SchülerbafoG und für Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Meister-BaföG).

Schüler-BaföG wird an bedürftige Schüler gewährt, in der Regel ab der 10. Klasse weiterführender allgemein bildender Schulen, Schülern von Fachschulklassen und Schülern an Abend-schulen. Meister-BaföG können Handwerker und Fachkräfte erhalten, die sich zu Technikern, Handwerks- oder Industriemeistern, Fachkauf-leuten oder Betriebswirten weiterqualifizieren wollen. Voraussetzung für beide Leistungen ist, dass die wirtschaftliche Situation der Berechtig-ten die maßgeblichen Einkommensgrenzen und Vermögensgrenzen nicht übersteigt.

Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege in Einrichtun-gen

Personen, die in Pflegeheimen oder vergleich-baren Einrichtungen leben und die Kosten der Einrichtung nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen oder aus den Leistungen der Pflegever-sicherung finanzieren können, erhalten von der Sozialhilfe die Restkosten des Heimaufenthalts. Im Ostalbkreis werden 1.999 Plätze in Pflegehei-men angeboten. Beim Landratsamt Ostalbkreis wird für aktuell 780 Personen ein Teil der Unterbringungskosten im Pflegeheim übernommen.

Eingliederung für Menschen mit Behinderungen

Seit 1. Januar 2005 ist der Ostalbkreis für die gesamte Eingliederungshilfe des Sozialhilferechts für Menschen mit Behinderungen zuständig. Die Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem So-zialhilferecht sind insbesondere:

- Vorschulische Maßnahmen wie Frühförde-rung und heilpädagogische Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen
- Hilfen zu einer angemessenen Schulbil-dung
- Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben, z. B. in einer Werkstatt für behinderte Menschen
- Ambulant Betreutes Wohnen im eigenen Wohnraum bzw. bei Gastfamilien
- Stationäres Wohnen in einer Behinderteneinrichtung
- Kurzzeitunterbringung zur Entlastung von Angehörigen oder bei deren Verhinderung

Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren und Jugendgerichtshilfe

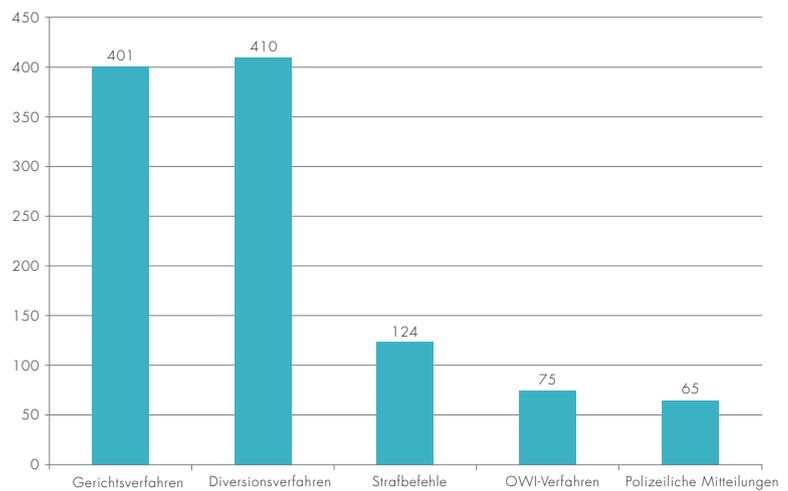
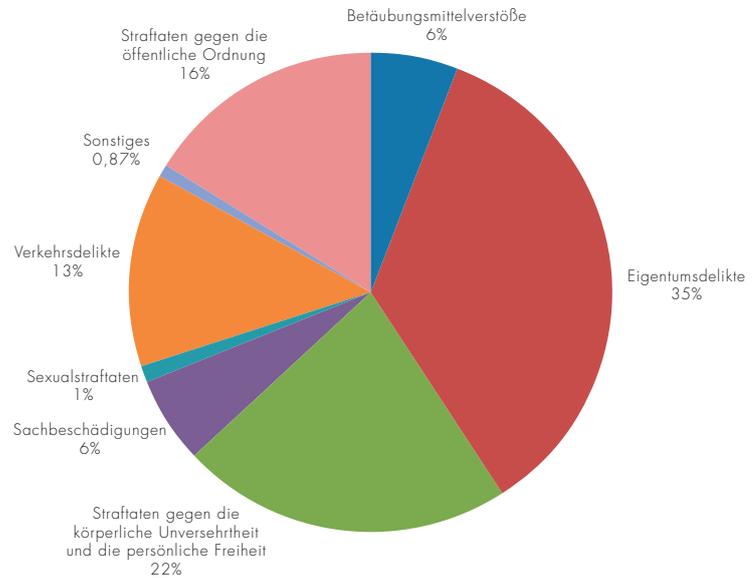
Aufgabe der Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren ist die Mitwirkung im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz. Sie ist in erster Linie Hilfeleistung für junge Menschen, die mit Strafrechtsnormen in Konflikt geraten sind. Die Jugendgerichtshilfe soll im Strafverfahren die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte zur Geltung bringen.

Deliktverteilung und Fallzahlen im Jahr 2012 im Ostalbkreis:

Am 14. Juni 2012 hat der Bundestag den Gesetzentwurf zur Erweiterung der jugendgerichtlichen Handlungsmöglichkeiten beschlossen. Dieser sieht unter anderem die Einführung des Warnschussarrests – also die Koppelung einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe und eines Jugendarrests bis zu vier Wochen – und die Erhöhung des Höchstmaßes der Jugendstrafe von zehn auf fünfzehn Jahre für Mord bei Heranwachsenden vor. Im Ostalbkreis erfolgt die Umsetzung des Warnschussarrests als weitere Reaktionsmöglichkeit auf delinquentes Verhalten junger Menschen seit Herbst 2013. Die Erfahrungen in der Praxis werden zeigen, ob das neue Instrument die erhoffte erzieherische Wirksamkeit erreicht.

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Seit dem 1. August 2013 hat jedes Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. In den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses – zuletzt am 18. Juni 2013 – wurden seit 2006 jährlich jeweils der Bestand und der ermittelte Bedarf festgestellt und Ausbaustufen beschlossen. In diesem Zeitraum wurden im Ostalbkreis rund 1.900 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren neu geschaffen und von den Städten und Gemeinden ein weiterer Ausbau von 520 Plät-



zen geplant. Nach deren Einschätzung kann der zum 1. August 2013 in Kraft getretene Rechtsanspruch zumindest im Laufe des Jahres 2013 erfüllt werden.

Als einer der wenigen Landkreise in Baden-Württemberg hat der Ostalbkreis alle Empfehlungen zur Attraktivitätssteigerung und Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege, die von einer vom Landesjugendhilfeausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe erarbeitet wurden, umgesetzt: Die Harmonisierung der Kostenbeteiligung der Eltern, die Anhebung des Stundensatzes für Tagespflegepersonen, die Verbesserung des Fachkräfteschlüssels und die Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern. Der qualitätsorientierte und bedarfsgerechte

Ausbau der Kindertagespflege im Ostalbkreis ist weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Innovationsfähigkeit des Landkreises. Familienfreundlichkeit und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote sind für Kommunen ein bedeutender Wirtschafts- und maßgeblicher Standortfaktor. Damit der durch den Gesetzgeber angestrebte quantitative Ausbau der Tagespflege, ihr Einbezug in die kommunale Bedarfsplanung und ihre Professionalisierung durch umfassende Qualifizierung realisiert werden können, bedarf es einer entsprechenden Infrastruktur unter Wahrung der fachlichen und gesetzlichen Anforderungen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte beschlossen der Sozialausschuss und der Jugendhilfeausschuss in einer gemeinsamen Sitzung am 14. Oktober 2013, Modelle der Festanstellung von Tagespflegepersonen umzusetzen. Die Kindertagespflege soll mit diesem Element als dritte Säule zum Ausbau der Kleinkindbetreuung wesentlich gestärkt werden.

Unterhaltsvorschuss

Zum Ende des Jahres 2013 werden für 980 Kinder unter 12 Jahren Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Form von Vorschuss- und Ausfallleistungen erbracht.

In 2.300 Fällen werden Rückgriffsmaßnahmen zur Geltendmachung der auf das Land Baden-Württemberg übergegangenen Unterhaltsansprüche betrieben.

Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 1.877.831 Euro und die Einnahmen auf 826.413 Euro. In diesem Betrag sind die Ansprüche nach § 7 UVG (beigetriebene Forderungen gegenüber dem unterhaltspflichtigen Elternteil) und die Rückforderungen nach § 5 UVG (realisierte Rückforderungen von zu Unrecht bezogenen Leistungen) enthalten. Sowohl an den Ausgaben als auch an den Einnahmen ist der Landkreis zu einem Drittel beteiligt. Für 2012 konnte eine im Regierungsbezirk Stuttgart an 1. Stelle stehende Rückgriffsquote von 44,80 % erwirtschaftet

werden. Im Vergleich mit den übrigen Unterhaltsvorschusskassen in ganz Baden-Württemberg nimmt der Ostalbkreis die 4. Stelle ein.

Wirtschaftliche Jugendhilfe

Hauptsächliche Änderung der letzten zwei Jahre war die Entwicklung in der Kindertagespflege. Hier ist vor allem die Neustrukturierung zur Entbürokratisierung zu nennen. Es ist erkennbar, dass diese Vereinfachung, der einkommensunabhängige Kostenbeitrag und auch der Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr zu einer erhöhten Inanspruchnahme der öffentlich geförderten Tagespflege führt.

JuFam – Fachzentrum frühe Hilfen für Mütter, Väter und Schwangere

JuFam kümmert sich um Schwangere, werdende Väter und Eltern mit Kindern in den ersten Lebensjahren. Zum Jahresanfang 2012 gegründet, wird hier die Bundesinitiative Frühe Hilfen, finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, umgesetzt.

JuFam sorgt sich um das Wohlbefinden von Kindern und ihren Eltern, sodass auch durch ihre Lebenssituation benachteiligte Kinder die Chance auf eine gute Entwicklung haben.

Um Schwangere und im Schwangerschaftskonflikt kümmern sich drei Sozialpädagoginnen von JuFam und beraten (auch anonym) in rechtlichen, sozialen, finanziellen und persönlichen Krisensituationen und im Schwangerschaftskonflikt mit Beratungsschein. Es werden auch finanzielle Hilfen vermittelt. Alle Eltern von Kindern in den ersten Lebensjahren erhalten bei Bedarf Informationen zu ihrer anspruchsvollen Aufgabe als Eltern, gegebenenfalls im Rahmen eines Beratungsgesprächs im häuslichen Umfeld durch einen Familienbesuch. Beim Besuch erhalten die Kinder ein Schmusetuch überreicht. Um die Beratungsqualität in diesem wichtigen Feld nicht dem



Zufall zu überlassen, wurden bereits acht lokal tätige Familienbesucherinnen im Rahmen einer Fortbildungsreihe zertifiziert.

Vier Familienkinderkrankenschwestern und eine freiberufliche Familienhebamme unterstützen Mütter und Väter im Ostalbkreis in Gesundheits- und Alltagsfragen, stehen als Lotsen zu passenden Angeboten zur Verfügung und beraten in Fragen der Kindesentwicklung. Unterstützt werden diese durch eine Familienbegleiterin.

Die Elternbildung ist im Ostalbkreis nicht mehr wegzudenken. Im Landesprogramm STÄRKE, das bei JuFam koordiniert und weiterentwickelt wird, arbeiteten zeitweise bis zu 50 Personen und Träger zusammen, um die Elternbildung in die Fläche des Ostalbkreises zu bringen. Fast 1.000 Eltern besuchten jährlich Elternbildungskurse, vor allem solche im Rahmen von PEKiP und Babymassage, und waren froh, dass sie die Kurse mit ihren Kindern zusammen besuchen konnten. Für Eltern in besonderer Lebenssituation, sei es Alleinerziehung, Migrationshintergrund oder gesundheitliche Beeinträchtigung, wurden in allen Regionen des Ostalbkreises auf deren Bedürfnisse zugeschnittene Elternbildungsangebote durchgeführt. Diese Angebote sollen Eltern helfen, deren besondere Lebenssituation so zu meistern, dass sie sich nicht nachteilig auf die Kindesentwicklung auswirkt. JuFam nimmt in den Frühen Hilfen im Ostalbkreis



die Koordination der Netzwerkarbeit in den Frühen Hilfen wahr und unterstützt die über 500 Kooperationspartner durch Information, Fortbildungs- und Kommunikationsangebote. In einem neuen Arbeitsbereich kümmert sich eine Sozialpädagogin um die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Strukturen in den Frühen Hilfen. Ehrenamtliches Engagement steht zwar zur Verfügung, viele Eltern erfahren aber von diesen Angeboten nichts.

Das Fachzentrum JuFam ist in seiner Organisationsform im Bundesgebiet einmalig und erreicht gerade durch die auf die Zielgruppe der Schwangeren und jungen Eltern zugeschnittenen Organisationsform große Synergieeffekte, die letztendlich den Schwangeren und jungen Eltern mit ihren Kindern im Ostalbkreis zugute kommen.

Im Rahmen einer Fortbildungsreihe wurden acht lokal tätige Familienbesucherinnen zertifiziert



Dieter Fischer (links) und Geschäftsbereichsleiterin Jugend und Familie Jutta Funk (Mitte) konnten Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Juni 2013 in Berlin über die erfolgreichen Maßnahmen im Bereich der frühen Hilfen im Ostalbkreis im persönlichen Gespräch informieren

Erziehungs- und Familienberatungsstelle

Lange Zeit war für die Familien im Bopfinger Raum der Weg in die Beratungsstelle des Landkreises mit langen Anfahrten und viel Zeitaufwand verbunden. Seit dem 31. Oktober 2013 bietet die Erziehungs- und Familienberatungsstelle und die Kontaktstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen eine Außensprechstunde in der Klinik am Ipf in der Jahnstraße an. Die Terminabsprache erfolgt telefonisch über das Sekretariat der Beratungsstelle. Die Beratungen werden von den psychologischen und heilpädagogischen Fachkräften durchgeführt.

Die Beratungsstelle bietet Kindern, Jugendlichen und Eltern Unterstützung:

- in allen Fragen rund um Erziehung wie Geschwisterstreit, Aggressionen, Ängste, Einschlafstörungen, Familienregeln, kindliche Entwicklung, Selbstständigkeit
- bei Schwierigkeiten für Kinder in neuen Lebenssituationen wie Kindergarten- oder Schuleintritt, Pubertät, erste Beziehungen, Auszug aus der Familie
- in Fragen der Partnerschaft von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden bis 21 Jahre

- bei Krisen in der Familie wie Konflikte, Trennung/Scheidung, Arbeitslosigkeit, psychische Erkrankung, Krankheit/Tod eines Elternteils, andere Lebenskrisen
- bei Problemen in Kindergarten oder Schule im Sozialverhalten, bei Konzentrations- und Leistungsstörungen, Schulverweigerung
- in allen Fragen rund um Verdacht und Aufdeckung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für die Betroffenen und ihre Angehörigen

Seit 2012 bietet die Beratungsstelle Eltern von Kindergartenkindern eine telefonische Beratung jeden Dienstag von 11:00 bis 12:00 Uhr oder von 16:00 bis 17:00 Uhr. Jugendliche können ohne Voranmeldung in die Offene Sprechstunde jeden Dienstag von 15:00 bis 17:00 Uhr kommen. Speziell für Grundschul Kinder werden nach Trennung und Scheidung der Eltern seit 2010 Kindergruppen angeboten. Seit 2012 gibt es KiB – (Kinder im Blick) Elternkurse, in denen Mütter und Väter getrennt lernen, mit den Folgen der Trennung für sich und ihre Kindern besser umzugehen.



V. l. n. r.: Astrid Hark-Thome, Leiterin der Erziehungs- und Familienberatungsstelle, Sozialdezernent Josef Rettenmaier, Landrat Klaus Pavel und der Bopfinger Bürgermeister Dr. Gunter Bühler

Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

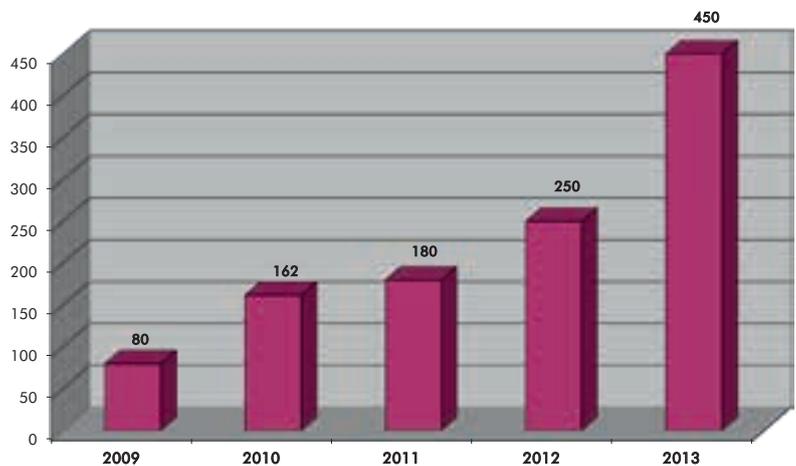
Die Zahl der dem Ostalbkreis zur Unterbringung zugewiesenen Flüchtlinge ist seit dem Jahr 2011 stark angestiegen. Wurden im Jahr 2012 durch den Landkreis 250 Asylbewerber und Asylfolgeantragsteller vom Land aufgenommen und in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, so waren es im Jahr 2013 bereits 450.

Zu Beginn des Jahres 2012 standen dem Ostalbkreis zwei große Flüchtlingswohnheime in Aalen und Schwäbisch Gmünd mit insgesamt 306 Plätzen zur Verfügung. Durch die anhaltend hohen Flüchtlingszugänge mussten kreisweit in den Jahren 2012 und 2013 weitere kleinere und mittelgroße Gemeinschaftsunterkünfte erschlossen, angemietet und hergerichtet werden. So entstand etwa auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft in Aalen in der Ulmer Straße zusätzlich eine Containermodulanlage und in der Aalener Kochertalstraße wurde ein Gebäude angemietet. Zusätzlicher Wohnraum konnte auch in Wasseralfingen und Oberkochen gewonnen werden.

Zum Jahresende 2013 stehen dem Ostalbkreis kreisweit somit insgesamt 660 Plätze in 14 Wohnheimen zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung.

Die Flüchtlinge kommen derzeit überwiegend aus verschiedenen afrikanischen und ehemaligen russischen Staaten sowie aus dem Irak, Afghanistan, Syrien und dem ehemaligen Jugoslawien. Die in den Gemeinschaftsunterkünften des Ostalbkreises untergebrachten Flüchtlinge erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die Höhe dieser zum Lebensunterhalt bestimmten Sozialleistungen lag von 1993 bis Juli 2012 ca. 40 % unterhalb der SGB II/XII-Regelsätze. Durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts wurde im Sommer 2012

Aufnahme von Flüchtlingen (Asylbewerber und Asylfolgeantragsteller) im Ostalbkreis vom 01.01.2009 - 31.12.2013



festgestellt, dass die Höhe der Leistungen verfassungswidrig ist. Aus diesem Grund erhalten Flüchtlinge seit August 2012 Leistungen in entsprechender Höhe der Regelsätze nach dem SGB II/XII. Wurden den Flüchtlingen bis Ende 2012 diese Leistungen monatlich in Form eines Taschengeldbetrages und mittels Abholscheinen für Ernährung und Bekleidung ausgezahlt, so erhalten die im Ostalbkreis wohnhaften Flüchtlinge seit Anfang 2013 ausschließlich Geldleistungen gewährt.

Insgesamt ist die Zahl der Flüchtlinge, die in den Städten und Gemeinden des Ostalbkreises wohnen und sozialhilfebedürftig sind, in den Jahren 2012 und 2013 gestiegen. So erhielten 2012 durchschnittlich 415 Personen kreisweit Leistungen nach dem AsylbLG. Diese Zahl stieg im Jahr 2013 auf durchschnittlich 655 Personen.

Die beim Geschäftsbereich Integration und Versorgung tätigen Sozialdienst-Mitarbeiter sind neben der sozialen Beratung und Betreuung der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte auch für die kommunal untergebrachten Flüchtlinge zuständig. Insgesamt werden derzeit kreisweit ca. 1.500 Flüchtlinge und Migranten in den Flüchtlingswohnheimen und in



Linke Reihe von oben nach unten:
Ulmer Straße in Aalen, Kochertal-
straße in Aalen, Taunusstraße in
Aalen-Wasseralfingen, Aalener
Straße in Oberkochen

Städten und Gemeinden betreut. Der Sozialdienst hat dabei die Aufgabe, die Flüchtlinge während ihres Aufenthaltes in Deutschland in allen Lebenslagen zu begleiten. Neben der Beratung tragen Angebote und Projekte für die Flüchtlinge dazu bei, dass ihr Tag sinnvoll gestaltet werden kann und sie sich fortbilden können. So werden u. a. Sprachkurse in Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und verschiedenen Sprachkursträgern angeboten sowie Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft geschaffen.

Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung (Sportangebote, Kinderferienprogramm, Vermittlung in Vereine) tragen ebenso zu einer geregelten Tagesstruktur bei wie die Einbindung und Beteiligung von Flüchtlingen an Projekten und Aktionen Dritter wie „Kicken gegen Rechts“ und „Tag des Flüchtlings“.

Das Zusammenleben von vielen Menschen unterschiedlichster Nationen auf engem Raum wie in den Gemeinschaftsunterkünften birgt viele Konflikte. Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz im Alltag durch verschiedene Projekte wie Streitschlichtung und interreligiöser Dialog unterstützt ein friedliches Zusammenleben der Bewohner.

Ausflug ins Naturatum Schwäbisch
Gmünd im Rahmen des Ferienprogrammes





Der neue Schwerbehindertenausweis

Schwerbehindertenrecht

Nachdem die Antragszahlen in den Jahren 2011 und 2012 leicht rückläufig waren, ist im Jahr 2013 ein Antragszuwachs zu verzeichnen. Insbesondere die Zahl der Erstanerkennungsverfahren ist zum Vorjahr um rund 13 % gestiegen. Die Zahl der schwerbehinderten Menschen hat sich im Ostalbkreis von 26.400 im Jahr 2011 auf 27.130 im Jahr 2012 erhöht. Bis zum Oktober 2013 ist die Zahl bereits auf 27.970 angestiegen. Dies ergibt eine Zunahme von knapp 3 %. Die Bestandsfälle aller Menschen im Ostalbkreis mit einem festgestellten Behindertengrad betragen zur Zeit 48.625.

Ab 1. Dezember 2013 erhalten schwerbehinderte Menschen in Baden-Württemberg den Schwerbehindertenausweis als Plastikkarte im Bankkartenformat. Das Beiblatt mit Wertmarke für die entgeltliche Beförderung im Nahverkehr ist bereits zum 1. Januar im neuen Format eingeführt worden. Somit wird künftig auch den schwerbehinderten Menschen eine benutzerfreundliche und zeitgemäße Identifikationskarte mit digitalisiertem Lichtbild ausgestellt. Neu sind die ertastbaren Kennzeichen auf dem Ausweis für blinde Menschen sowie der Hinweis auf die Schwerbehinderteneigenschaft in englischer Sprache. Dies trägt zur besseren Ausweisung im europäischen Ausland bei und leistet einen

wesentlichen Beitrag zu mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Schwerbehinderung.

Blindenhilfe

Zum Ende des Jahres 2013 erhielten 370 Menschen Leistungen nach dem Gesetz über die Landesblindenhilfe und dem Sozialgesetzbuch XII.

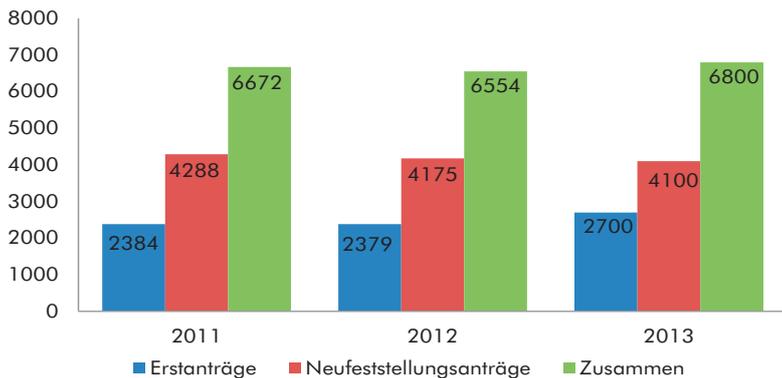
Soziales Entschädigungsgesetz

Wer einen Gesundheitsschaden erleidet, für dessen Folgen die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht, hat ein Recht auf soziale Entschädigung. Das Soziale Entschädigungsgesetz besteht im Wesentlichen aus dem Bundesversorgungsgesetz, dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und den Rehabilitierungsgesetzen.

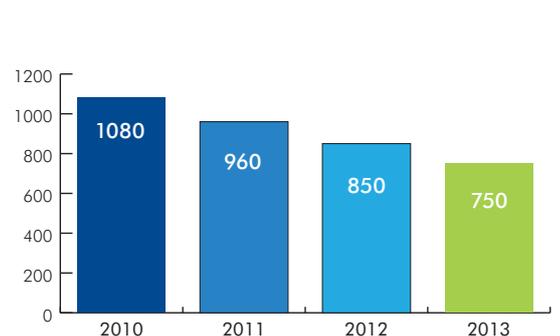
Anerkannte Versicherungsberechtigte nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (nur Rentenberechtigte)

Die rückläufigen Zahlen im Sozialen Entschädigungsrecht resultieren aus dem fortgeschrittenen Lebensalter der Kriegsbeschädigten und einer Abnahme der Antragszahlen von Gewaltopfern.

Antragszahlen zum Schwerbehinderten-Anerkennungsverfahren 2011 bis 2013



Anerkannte Versicherungsberechtigte nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (nur Rentenberechtigte)



JOBCENTER

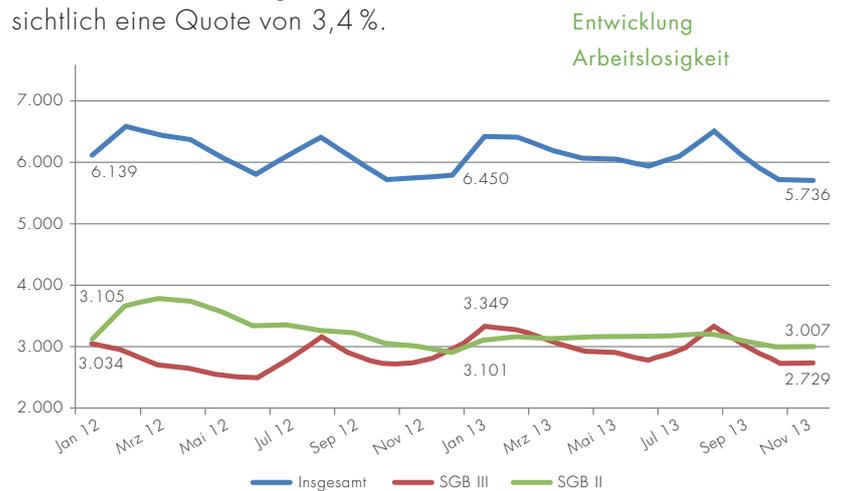
Das Jahr 2012 stand für das Jobcenter im Zeichen des Übergangs von der „gemeinsamen Einrichtung“ mit der Arbeitsagentur zur alleinigen Trägerschaft des Ostalbkreises.

Durch den Übergang in die kommunale Trägerschaft wurde das Jobcenter vom EDV- und Finanzsystem der Arbeitsagentur vollständig abgekoppelt. Neue EDV-Programme wurden eingeführt und viele Prozesse neu konzipiert. Dank dem großen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und optimaler Vorbereitung gelang der Übergang auf die neuen Systeme zum Jahreswechsel für die Hilfeberechtigten ohne Probleme. Prozesse, die normalerweise unauffällig und unterstützend im Hintergrund laufen sollten – wie EDV oder Finanzwesen – verursachten jedoch viel Zeit- und Kraftaufwand. So mussten die neuen EDV-Programme optimiert und an das Berichtswesen angepasst werden. Hunderte von Textvorlagen wurden neu erstellt und gespeichert. Erst zum Jahresende 2012 arbeiteten die Systeme weitgehend reibungslos. Im Laufe des Jahres 2013 wurden diese weiter optimiert. Die Aufnahme und Eingliederung des Jobcenters in das Landratsamt ist durch die fachliche Betreuung und Beratung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsbereiche im Landratsamt hervorragend gelungen.

Im Jahr 2013 standen weitere Herausforderungen an. Die Mittel für das Eingliederungsbudget wurden erneut gekürzt. Der Arbeitsmarkt zeigte sich nicht mehr so ganz ungetrübt. Ein erster Indikator dafür war, dass Zeitarbeitsfirmen weniger Stellen angeboten hatten. Immer mehr Neuantragsteller werden aufgrund sozialer Problemlagen wie z. B. Trennung hilfebedürftig, die zunächst aufgearbeitet werden müssen. Dies erforderte noch individuellere Strategien und Maßnahmen, damit diese Menschen wieder am Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Arbeitsmarktstatistik Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Mit dem Beginn des Kalenderjahres 2012 startete das Jobcenter Ostalbkreis mit 3.105 Arbeitslosen (Arbeitslosenquote von 1,9%). Insgesamt waren in den Rechtskreisen SGB II und SGB III (Arbeitslosengeld I) 6.139 Arbeitslose im Ostalbkreis erfasst. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote gesamt von 3,8%. Es war über das Jahr ein Rücklauf der Arbeitslosenzahlen zu beobachten, sodass mit Abschluss 2012 eine leicht gesunkene Quote von 1,8% (2.908 Arbeitslose) im Bereich des Jobcenters erreicht werden konnte, für den Ostalbkreis ergibt sich somit voraussichtlich eine Quote von 3,4%.



Neben den Bestandszahlen an Arbeitslosen sind für das Jobcenter Ostalbkreis die Zu- und Abgänge in und aus der Arbeitslosigkeit eine wichtige Größe. Sie spiegeln insbesondere das Arbeitsvolumen in der Leistungssachbearbeitung sowie in der Arbeitsvermittlung wieder. Im Durchschnitt waren es im Jahr 2012 monatlich rund 610 Zugänge und ca. 660 Abgänge.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen und der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften war vom Höchststand im Februar 2012 (5.484) permanent rückläufig, sodass im Dezember

2012 ein Wert von 5.066 Bedarfsgemeinschaften erreicht werden konnte. Im Verlauf des Kalenderjahres 2013 war ein leichter Anstieg zu verzeichnen, sodass die Zahl der Bedarfsgemeinschaft mit Abschluss des Jahres voraussichtlich auf 5.300 ansteigt. In den Bedarfsgemeinschaften leben durchschnittlich 6.800 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLB) sowie 2.900 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nef) wie z.B. Kinder unter 15 Jahren. Im statistischen Sinne sind aktuell 3.007 arbeitslos.

Erwerbstätige Leistungsempfänger – Aufstocker und Ergänzter

Als Aufstocker werden Arbeitslose bezeichnet, die Arbeitslosengeld I und zusätzlich aufstockend Arbeitslosengeld II beziehen, da sie trotz der Leistungszahlung noch als bedürftig gelten. Im Jobcenter Ostalbkreis gab es im September 2012 insgesamt 103 Personen, die diese Kriterien erfüllt haben. Personen, die trotz eines regelmäßigen Einkommens ergänzend zu ihrem Lohn Arbeitslosengeld II erhalten, sind so genannte Ergänzter. Hier waren im September 1.839 Frauen und Männer registriert, die trotz eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses oder als Selbstständige Leistungen vom Jobcenter bezogen haben.

Schwerpunkthemen Bereich Markt & Integration

In den Jahren 2012 und 2013 stand das Jobcenter Ostalbkreis vor der Herausforderung, dass auf dem Arbeitsmarkt vor allem Fachkräfte gesucht wurden, während der größte Teil der leistungsberechtigten Hilfeempfänger über keine Ausbildung verfügt, oft wenig Berufserfahrung hat und Brüche in der Erwerbsbiografie vorweist. Um der heimischen Wirtschaft die benötigten Fachkräfte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Hilfeberechtigten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen, war „Qualifizierung“ ein Schwerpunkthema im Jobcenter Ostalbkreis in den letzten beiden Jahren. So wur-

den alle arbeitssuchenden Hilfeberechtigten daraufhin überprüft, ob eine Weiterbildung oder Umschulung die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verbessern könnte. Bei den Bildungsträgern wurden niederschwellige, praxisnahe Fortbildungsangebote angeregt, wie z. B. die Metallgrundausbildung mit zusätzlichem Unterricht und sozialpädagogischer Betreuung. Bei zwei Bildungsmessen, die das Jobcenter in Aalen und Schwäbisch Gmünd organisiert hatte, konnten sich alle Weiterbildungswilligen ausführlich über die Angebote der zwölf regionalen Bildungsträger informieren. In der Folge wurden neben vielen Weiterbildungen auch Umschulungen, wie z. B. zum Industriemechaniker gefördert. Dabei wurde wenn möglich der Fokus auf betriebliche Ausbildungen gelegt, da dann die Chancen auf eine Anschlussbeschäftigung am größten sind.

Jüngere Ausbildungssuchende wurden zu den Ausbildungsmessen in Aalen, Schwäbisch Gmünd und im November 2013 auch in Ellwangen eingeladen, um sich direkt bei den Betrieben über ihren Traumberuf zu informieren. Auch das Jobcenter war jeweils mit einem Stand vor Ort, um aufkommende Fragen gleich beantworten zu können.

Der Firmenkundenservice des Jobcenters unterstützte auch diese Kunden bei der Suche nach Ausbildungs- oder Umschulungsplätzen durch seine guten Kontakte zu den regionalen Arbeitgebern.

Durch eine Vereinbarung mit der Agentur für Arbeit wurde es möglich, die in der Jobbörse der Arbeitsagentur gemeldeten freien Stellen direkt in das EDV-System des Jobcenters einzuspeisen. Dadurch können die Integrationsfachkräfte jetzt schneller aktuelle und passgenaue Vermittlungsvorschläge für ihre Kundinnen und Kunden ausstellen.

Ältere Arbeitslose wurden in der Maßnahme 50+ intensiv betreut und vermittelt. Hier konnte der Firmenkundenservice durch den direk-

ten Draht zu den Arbeitgebern häufig Vorbehalte gegenüber einer Beschäftigung Älterer abbauen.

Das Jobcenter arbeitete auch bei der Fachkräfteallianz Ostwürttemberg mit, in der u. a. Vertreter von Industrie, Handwerk, Arbeitsagentur und den Jobcentern Ostalbkreis und Heidenheim Strategien gegen den Fachkräftemangel entwickeln.

Darüber hinaus vernachlässigte das Jobcenter nicht seinen Auftrag, arbeitsmarktfremde Kundinnen und Kunden Schritt für Schritt an den Arbeitsmarkt heranzuführen. So konnten über das Landesarbeitsmarktprogramm 24 Menschen, die aufgrund ihrer Vermittlungshemmnisse keine Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten, in zweijährige, geförderte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Um ihnen den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern und ihnen bei Problemen zur Seite zu stehen, werden sie von einer Sozialpädagogin betreut. Die hier erworbene Berufserfahrung wird ihnen helfen, im Anschluss bessere Chancen auf eine ungeforderte Tätigkeit zu haben.

Noch nicht ausbildungsreife Jugendliche konnten in berufsvorbereitenden Maßnahmen ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen und auf eine Ausbildung oder Arbeitsaufnahme hinarbeiten.

Von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs), über aufsuchende Integrationsarbeit in Einzelbetreuung, verschiedenen vermittlungunterstützende Maßnahmen bis hin zum Bewerbertraining reicht das Spektrum der Maßnahmen, das den Integrationsfachkräften zur Verfügung steht.

Insgesamt wurden für Maßnahmen, die Vermittlungshemmnisse abbauen und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verbessern, im Jahr 2012 4 Mio. Euro einschließlich Sondermitteln aus dem Projekt Perspektive 50plus ausgegeben. In 2013 waren es 3,7 Mio. Euro.

Projekt elektronische Akte

Das Jobcenter Ostalbkreis hat in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Personal und Organisation im Jahr 2012 die Einführung der elektronischen Akte für das folgende Jahr projektiert. Neben dem Bezug eines neuen Jobcenter-Gebäudes Anfang 2014 in Schwäbisch Gmünd waren ausschlaggebende Gründe für die Einführung der elektronischen Akte der schnellere, standort- und abteilungsübergreifende Zugriff auf alle Akten, die Einsparung von Sachmitteln und Raumkosten, die Standardisierung von Prozessabläufen und der flexible Personaleinsatz. Start für die Umsetzung in der praktischen Anwendung der elektronischen Akte war am 21.10.2013.

Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder





Ausbau der Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren als ein wichtiger Baustein einer lebensweltorientierten Jugendhilfe etabliert. Sie trägt zur Stabilisierung des Schulerfolgs, zur Eingliederung in die Arbeitswelt und zur sozialen Integration bei. Das Leistungsspektrum der Schulsozialarbeit reicht von der Einzelhilfe und Beratung in individuellen Problemlagen über die sozialpädagogische Gruppenarbeit, Projekte und Arbeit mit Schulklassen, die inner-schulische und außerschulische Vernetzung und Gemeinwesenarbeit bis hin zu offenen Angeboten für alle Schülerinnen und Schüler.

Im Oktober 2000 wurde im Ostalbkreis die erste Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet. Im Laufe der folgenden zehn Jahre wuchs die Schulsozialarbeit auf 13,5 Vollzeitstellen an 18 allgemein bildenden Schulen bzw. Schulzentren an. Hinzu kamen zwei Stellen an den Beruflichen Schulzentren im Ostalbkreis.

Die Schulsozialarbeit wurde von Anfang an vom Ostalbkreis finanziell gefördert. Zudem wurde mit der im Juni 2008 vom Kreistag verabschiedeten Konzeption die Basis für die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung der Schulsozialarbeit im Ostalbkreis geschaffen. Zunehmend neue Anträge sowie der Wiedereinstieg des Landes Baden-Württemberg in die Förderung der Schulsozialarbeit ab dem Jahr 2012 machten eine Fortschreibung der Ostalbk-Konzeption erforderlich. In bewährter Abstimmung mit den Städten und Gemeinden als Schulträger, den Schulen, dem Staatlichen Schulamt, den freien Trägern der Schulsozialarbeit und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) hat die Sozialplanung des Ostalbkreises im April 2012 die überarbeitete Konzeption „Schulsozialarbeit im Ostalbkreis“ vorgelegt. Diese Konzeption wurde nach Vorberatung durch den Jugendhilfeausschuss im Mai 2012 vom Kreistag verabschiedet.

Die Konzeption enthält neben der Definition von Schulsozialarbeit eine Übersicht über die

rechtlichen Grundlagen, das Antragsverfahren und den Förderumfang. Sie beschreibt insbesondere die Bedarfskriterien und gibt Hinweise zur Vorbereitung für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit. Auf der Grundlage dieser Konzeption wurde die Schulsozialarbeit kontinuierlich ausgebaut. In den Jahren 2012 und 2013 wurden von den Kreisgremien insgesamt 13,65 neue Stellen bewilligt. Somit profitieren künftig 35 allgemein bildende Schulen und die drei Beruflichen Schulzentren von der Schulsozialarbeit im Umfang von 28,65 Vollzeitstellen. Träger der Schulsozialarbeit sind fünf Kommunen und sechs Träger der freien Jugendhilfe.

Zwischenbilanz zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Sozialbericht

Die Bekämpfung von Armut ist nach wie vor eine große gesellschaftspolitische Herausforderung. Auch im Ostalbkreis gibt es Menschen, die unter schwierigen Bedingungen leben, die zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen keinen Zugang finden oder unter Benachteiligungen leiden. Oft wirken mehrere gesellschaftliche und persönlich-biografische Faktoren zusammen und führen dazu, dass einzelne Personen oder Personengruppen geringere Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe haben als andere. Vor diesem Hintergrund wurde im September 2009 der „Sozialbericht Ostalbkreis – Analyse belasteter Lebenslagen und Handlungsempfehlungen“ vorgelegt. Dieser Sozialbericht konstatiert, dass eine wirksame Hilfe und Unterstützung voraussetzt, dass die Ursachen, die Teilhabe verhindern, möglichst klar benannt und in ihrer Wirkungsweise empirisch analysiert werden. Nur wer sich der Problematik von Armut, Ausgrenzung und belasteter Lebenslage stellt und ihr die erforderliche Aufmerksamkeit widmet, wird in der Lage sein, konstruktive Lösungen zu entwickeln und damit Teilhabe und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der Sozialbericht beschreibt und analysiert deshalb zentrale Probleme, stellt bestehende Hilfestrukturen einschließlich innovativer

Ansatzpunkte dar und zeigt den Bedarf der Weiterentwicklung auf.

Im Rahmen eines öffentlichen Forums im April 2010 haben sich rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Handlungsempfehlungen des Berichts auseinandergesetzt und Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet. Diese Vorschläge fanden Niederschlag in der Sozial- und Jugendhilfepolitik des Kreises. Die Mitglieder des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses waren sich einig, die Handlungsempfehlungen als wichtigen Begleiter für die anstehenden Zukunftsaufgaben des Ostalbkreises anzunehmen.

Im Rahmen einer Zwischenbilanz im März 2013 konnte erfreulicher Weise festgestellt werden, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen zwischenzeitlich umgesetzt wurden oder sich auf dem Weg der Umsetzung befinden. Aus der Fülle der Handlungsempfehlungen und des breiten Themenspektrums stehen aber auch noch etliche Vorschläge zur Umsetzung aus. Aus den Reihen des Sozialausschusses wurde daher ein zweites Sozialforum angeregt, um die Thematik weiter zu vertiefen und ggf. neue Maßnahmen zu entwickeln.

Neue Verträge für die Erziehungsberatung

Erziehungsberatungsstellen haben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die Aufgabe,

Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung zu unterstützen. Diese Aufgaben werden im Ostalbkreis schon seit vielen Jahren vom Landkreis in bewährter Partnerschaft mit Trägern der freien Jugendhilfe wahrgenommen. Träger der Erziehungsberatungsstellen sind in Aalen neben dem Ostalbkreis selbst die Diözese Rottenburg-Stuttgart zusammen mit dem Kreisdiakonieverband Ostalbkreis, in Schwäbisch Gmünd die Franz von Assisi Gesellschaft und in Ellwangen das Kinder- und Jugenddorf Marienpflege.

Das für die freien Träger in den vergangenen Jahren unbefriedigende Finanzierungssystem wurde durch das Sparpaket, das der Kreistag infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen hatte, noch verstärkt. Im Juli 2012 wurden deshalb Abstimmungsgespräche mit den Trägern der Erziehungsberatungsstellen aufgenommen, an deren Ende man sich auf eine neue Systematik zur Förderung der Erziehungsberatungsstellen durch den Ostalbkreis ab dem Jahr 2013 einigen konnte. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Verträge generell überprüft und aktualisiert. Am 17. Oktober 2013 konnten schließlich die neuen Verträge unterzeichnet werden. Damit wurde ein wichtiger Schritt für die künftige Arbeit der Erziehungsberatungsstellen vollzogen.



Unterzeichnung der Verträge im Aalener Landratsamt (v.l.n.r.): Hans-Dieter Beller, Geschäftsführer der Franz von Assisi Gesellschaft Schwäbisch Gmünd, Sozialplaner Martin Joklitschke, Landrat Klaus Pavel, Sozialdezernent Josef Rettenmaier, Dekan Dr. Pius Angstenberger für die Diözese Rottenburg-Stuttgart und Ralf Klein-Jung, Vorstand der Marienpflege Ellwangen

Ressourcenorientierte Gewaltprävention

Die Koordinationsstelle Prävention des Ostalbkreises konnte die letzten zwei Jahre mit vielen Partnern interessante Projekte zur Gewaltprävention auf den Weg bringen. Sie setzte sich dafür ein, dass Prävention im Sinne eines ressourcenorientierten Ansatzes langfristig, professionell und nachhaltig gestaltet wird.

Medienkompetenz

Ein wichtiger Schwerpunkt war das Thema Medienkompetenz. Erste Mentoren für die medienpädagogische Elternarbeit wurden im Ostalbkreis ausgebildet, die nun an den Schulen und den Kindergärten im Ostalbkreis einsatzfähig sind. Wichtige Themen waren dabei medienpädagogische Grundlagen, digitale Medien im Alltag von Kindern und Jugendlichen und Fragen, wie sich die Mediennutzung unter Jugendlichen entwickelt. Die Teilnehmer hatten dann in einer Praxisinsel die Möglichkeit, Medien selbst praxisnah zu erfahren. Ziel der Fortbildung war es, das Netzwerk „Medienkompetenz“ im Ostalbkreis auszubauen und mit Hilfe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Schule und Kindertagesstätten die Arbeit mit Medienkompetenz zu fördern.

Fortgesetzt wird das Angebot für die sozialpädagogische Familienhilfe im Ostalbkreis. Ziel dieser Fortbildung ist es, sozialpädagogische Familienhelfer zu befähigen, mit ihren zu betreuenden Familien das Thema „Mediennutzung“ zu diskutieren.

Themen der Fortbildung sind:

- Aufwachsen und Leben im Mediendschungel
- Geflimmer im Zimmer – Fernsehen in der Familie
- Computer im Kinderzimmer
- Internet und Handy im Alltag von Kindern und Jugendlichen

Im Anschluss nehmen die Fachkräfte der sozialpädagogischen Familienhilfe gemeinsam mit ihren zu betreuenden Familien an Workshops mit dem Titel „Dialog der Generationen“ teil:

- Fernsehen in der Familie
- Computerspiele spielen
- Internetnutzung der Familie
- Handys und Smartphones

Abgerundet wird das Netzwerk mit der Ausbildung von Medienscouts im Ostalbkreis und dem Angebot von regelmäßigen Elternabenden.

Respekt tut gut!

Respekt spielt in der Schule und im Alltag von Jugendlichen eine wichtige Rolle. Achtung, Höflichkeit und Wertschätzung, aber auch Ausdrücke wie „Missgeburt“ oder „du Opfer“ sind im Alltag auf dem Schulhof oder in der Freizeit bei vielen Jugendlichen immer wieder zu hören.

Respekt ist die Basis unserer Gesellschaft. Landrat Klaus Pavel und Hans-Dieter Beller, Geschäftsführer der Franz von Assisi Einrichtungen, unterstützen das Kooperationsprojekt tatkräftig. Im Vorwort zum Leitfaden „Respekt tut gut“ weisen sie auf die Wichtigkeit und Nachhaltigkeit hin, sich mit dem Thema Respekt zu befassen.

Wie und mit welchen Methoden man diesen alltäglichen Respektlosigkeiten begegnen kann, war Thema einer Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Koordinationsstelle Prävention des Ostalbkreises und der Schulsozialarbeit des Canisiushauses. Diese hat eine Handreichung mit verschiedenen handlungsorientierten Methoden und Übungen zur Arbeit mit und in Klassen erarbeitet. Dazu wurde auch ein Workshop im Landratsamt Aalen durchgeführt. Lehrkräfte sowie Schulsozialarbeiter konnten einzelne Methoden aus der Handreichung praktisch kennenlernen. Die Handreichung wird in den nächsten Jahren überarbeitet.



Tanz statt Gewalt

Eine neue und moderne Fortbildung zur Gewaltprävention fand im September 2013 im Ostalbkreis statt. An drei Terminen konnten sich Pädagogen, Lehrer und Schulsozialarbeiter ein Bild davon machen, was es heißt, das Thema Gewalt auch einmal anders anzugehen. Bewegung und Tanz sollen dabei helfen, Kinder unterschiedlichen Alters in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Mit Methoden aus der Tanzpädagogik sollen Bewegungsfähigkeit, Kreativität, Teamfähigkeit, Selbstbewusstsein und Körperbewusstsein gefördert werden. Die Rückmeldung der Teilnehmer war sehr positiv und eine wichtige Bereicherung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.



Besuch aus Japan

Ein ganz besonderes Highlight war der Besuch japanischer Professoren von der Universität Yamanashi. Landrat Klaus Pavel hieß die Gäste aus Japan herzlich willkommen. Das Interesse der japanischen Hochschuldelegation, die bereits zum zweiten Mal den Ostalbkreis besuchten, galt besonders dem Thema Gewaltprävention. Zwei Tage konnten die beiden japanischen Professoren für Schulpädagogik, Dr. Hiroyuki Fujii und Dr. Eiji Takahashi, am Vorzeigeprojekt des Ostalbkreises „Gewaltprävention und Waldpädagogik“ teilnehmen. In ihrem letzten

Schreiben baten sie um weitere Unterstützung ihrer Forschung an Schulen und deren Gewaltaufkommen.



Prävention und Bildung

Im November 2012 stellten Helmut Sailer von der Polizeidirektion Aalen und Andreas Schumschal vom Landratsamt Ostalbkreis ihre Präventionspartnerschaft auf einem Fachtag des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. vor. Bildung und Prävention haben vieles gemeinsam. Berufliche Schulen, Polizei und Sozialarbeit sollten eng zusammenwirken und präventiv arbeiten, um junge Menschen in der kritischen Phase des Erwachsenwerdens beim oftmals schwierigen Übergang ins Berufsleben zu unterstützen und lebenspraktisches Rüstzeug mit auf den Weg zu geben.

Netzwerk Fortbildung

Ein besonderer Schwerpunkt der letzten Jahre war die Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren sowie von Lehrern. Regelmäßige Fortbildungen am Staatlichen Schulamt für Didaktik und Lehrerbildung finden zu den Themen „Soziales Kompetenztraining und Gewaltprävention“, aber auch „Mobbing“ und „Waldpädagogik“ statt. Eine weitere interessante Fortbildung im St. Loreto in Schwäbisch Gmünd mit dem Thema „Möglichkeiten von Präventionsmaßnahmen im Heimbereich“ war gut besucht. Auch an der Landesanstalt für Entwicklung, der Landwirtschaft und der ländlichen Räume Schwäbisch Gmünd fand eine Fortbildung zu dem Thema „Die Jugend von heute – zukunftsorientierte Bildungsangebote der Fachschulen für Landwirtschaft“ statt.

Die erfolgreiche Fortbildung „Gewaltprävention“ mit unterschiedlichen pädagogischen Berufsgruppen bildet mittlerweile eine wich-

tige Säule in der Gewaltprävention im Ostalbkreis. Nicht nur Schulen aus dem Ostalbkreis, sondern auch aus den benachbarten Landkreisen nehmen diese Hilfestellung sehr gern an. Folgende wichtige Themen werden in der Fortbildung behandelt:

- Sexuelle Gewalt gegen Kinder im Grundschulalter
- Der sinnvolle Umgang mit Regeln, Konsequenzen und Auszeit
- Anti-Mobbing-Training für Klasse 5
- Schwierige Elterngespräche

Ein wichtiger Baustein ist die Fort- und Weiterbildung der Präventionsbeauftragten des Regierungspräsidiums Stuttgart. Viele Initiativen, Projekte und Programme zur Gewaltprävention mit bewährten Partnern aus der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit und von der Polizei haben dazu beigetragen, das Schulklima an den Schulen im Ostalbkreis zu verbessern. Gewalt vorzubeugen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe und ein Beitrag zur Schulentwicklung.

PFLEGESTÜTZPUNKT OSTALBKREIS/ ALTENHILFEFACHBERATUNG/ BEHINDERTENKOORDINATION

Im Rahmen des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes wurden am 1. Juli 2008 die gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau von Pflegestützpunkten in Baden-Württemberg beschlossen. Nach § 92 c SGB XI werden im Pflegestützpunkt Betroffene und deren Angehörige umfassend, unabhängig, neutral und kostenlos informiert. In enger Kooperation mit den Kranken- und Pflegekassen ist der Pflegestützpunkt ein wertvoller Baustein in der Versorgungslandschaft der Alten- und Behindertenhilfe geworden. Seit seiner Eröffnung im Juli 2010 erfährt der Pflegestützpunkt bei der Landkreisverwaltung stetig steigenden Zuspruch. Bis Juli 2013 fanden mit 3.591 Beratungskontakten über 2.500 Personen in den

Beratungsstellen des Pflegestützpunktes in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd Unterstützung und Hilfe. Besonders nachgefragt waren Informationen im Bereich „ambulante Betreuungsleistungen“. Diese Tatsache spiegelt den Wunsch der meisten älteren Menschen wider: So lange wie möglich Zuhause bleiben können. Damit trägt die Arbeit des Pflegestützpunktes wesentlich dazu bei, Heimeinweisungen hinauszuschieben oder gänzlich zu vermeiden.

Aufgrund dieser steigenden Nachfrage hat der Kreistag im Herbst 2012 beschlossen, eine weitere 50%-Personalstelle einzurichten. Mit Susanne Wanner wurde das bisherige Team um Petra Pachner und Sabine Rathgeb ergänzt. Damit wurde es möglich, an den drei Standorten des Pflegestützpunktes zusätzlich offene Sprechzeiten anzubieten.

Neben der umfangreichen Beratungsarbeit konnte sich der Pflegestützpunkt in den vergangenen zwei Jahren mit über 80 Vorträgen, Aktivitäten und Veranstaltungen im Ostalbkreis bekannter machen. Besonders erfolgreich waren beispielsweise Veranstaltungen wie z.B. „Betreuung Tag & Nacht – Unterstützung aus Osteuropa“ und „Pflege und Migration“.

Als Vertreterinnen von unterschiedlichen Trägern von Beratungsstellen haben sie eine neue Arbeitsgruppe gegründet (von rechts nach links): Petra Pachner, Andrea Voitl-Echslers, Heidi Kratochwille, Anna Ring, Irmgard Joas-Köder, Andrea Kuhn



Dass die Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege ein zentrales Thema der Zukunft ist, zeigt sich unter anderem daran, dass in den letzten beiden Jahren zahlreiche Unternehmen auf den Pflegestützpunkt zukamen. Aus diesem Anlass veranstaltete der Pflegestützpunkt zusammen mit „familynet“ und Südwestmetall einen Fachtag unter dem Motto „Wer heute das Alter nicht plant, sieht morgen alt aus“. Im Vortrag mit dem Titel „Pflegen ist nichts für Feiglinge – Stärken und Ressourcen gewinnen durch Pflegen“ referierte die Leiterin des Pflegestützpunktes, Petra Pachner, über die Situation von pflegenden Berufstätigen.

Um Impulse für die Weiterentwicklung der Versorgungslandschaft bei einer zunehmenden Anzahl demenziell erkrankter Menschen zu setzen, wurde 2012 unter der Federführung des Pflegestützpunktes die erste Arbeitsgemeinschaft Fachberatung Demenz gegründet. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, durch die Initiierung von Maßnahmen, die Öffentlichkeit für das Thema Demenz zu sensibilisieren.

Altenhilfefachberatung

Aus Anlass des „Europäischen Jahrs 2012 für aktives Altern und Solidarität der Generationen“ plante die Altenhilfefachberatung zusammen mit dem Sportkreis des Ostalbkreises und dem Kreissenorenrat Ostalb e.V. einen Fachtag unter dem Motto „Bewegtes Leben“. Dabei wurden unter anderem Vorträge zum Thema „Gesundheitsprävention durch Bewegung im Alter“ referiert. Die Resonanz war mit über 150 Teilnehmern in der TSV-Halle überwältigend. Ergebnis dieses Fachtages war die Erkenntnis, dass Menschen heute anders altern als frühere Generationen. Es verbleiben nicht nur längere Zeitspannen guter Gesundheit, auch die Gestaltungsspielräume sind ungleich größer geworden. Das eröffnet neue Möglichkeiten, Dinge zu tun, für die man in jüngeren Jahren keinen Platz und keine Zeit hatte. Um dieses spannende Thema weiter zu verfolgen, schloss sich im Jahr 2013 im Rahmen des 40-jährigen Jubiläums des Ostalbkreises eine weitere Veranstaltung unter dem Motto „Alter neu entdecken“ an.

Bei dieser Veranstaltung organisierten die Altenhilfefachberaterin Petra Pachner und der Kreissenorenrat Ostalb e. V. eine spannende

Veranstaltung mit Vortrag und Improvisationstheater. Prof. Dr. Francois Höpflinger vom Soziologischen Institut der Universität Zürich konnte an diesem Tag die neuesten Erkenntnisse über den Wandel des Alters und deren gesellschaftliche Folgen unterhaltsam präsentieren. Untermalt wurde diese Veranstaltung durch einen kulturellen Snack der besonderen Art: das „fast forward theatre“ aus Marburg.



Behindertenkoordination

In Baden-Württemberg leben rund 3.000 Kinder mit stark lebensverkürzenden Krankheiten, 350 sterben jährlich. Aus diesem Anlass findet alljährlich ein Tag der Kinderhospizarbeit statt. Unter der Schirmherrschaft von Landrat Klaus Pavel wurde am 9.2.2012 mit einer Veranstaltung diesem Tag gedacht. Bereits zum dritten Mal haben der Malteserhilfsdienst e. V., der Kinder- und Jugendhospizdienst Ostalb sowie die Behindertenkoordinatorin Petra Pachner hierzu eine Veranstaltung organisiert, diesmal unter dem Thema „Märchen in der Trauerbegleitung“. Zielsetzung der Veranstaltung 2012 war, das Thema „Kinder, Tod und Trauer“ verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Ebenso ist es inzwischen zu einer guten Tradition geworden, gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen im Ostalbkreis und der Behindertenkoordinatorin Petra Pachner alljährlich zusammen mit den Schlaggawäschern aus Oberkochen und den Wäschgölsen aus Waldstetten Faschingsveranstaltungen zu planen und durchzuführen. Diese Prunksitzungen werden von über 600 Menschen besucht und sind weit über die Landkreisgrenzen hinaus bekannt.

Prävention

Die Suchtprävention im Ostalbkreis wurde in den vergangenen Jahren vor neue Herausforderungen gestellt. Mit den „Neuen Medien“ und dem Pathologischen Glücksspiel gab es zum einen neue und zusätzliche Arbeitsfelder. Gleichzeitig wurde der Landkreis aber auch vor die Herausforderung gestellt, seine seit Jahrzehnten bewährten Strukturen auf Änderungen im schulischen Bereich anzupassen: Veranlasst durch die furchtbaren Geschehnisse in Winnenden hat das Land Baden-Württemberg eine Struktur von Präventionsbeauftragten geschaffen, welche sich umfassend mit allen Handlungsfeldern auseinandersetzen soll. Neben der Suchtprävention werden nun auch die Gewaltprävention sowie die Gesundheitsförderung vom Aufgabefeld der Präventionslehrer, die es an jeder Schule gibt, umfasst. Maßnahmen und Projekte der Suchtprävention sind also noch konkreter mit diesen Handlungsfeldern und den dort Aktiven abzustimmen. Gleichzeitig wurde seitens des Kultusministeriums verfügt, dass die übergeordnete Struktur der Präventionsbeauftragten für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamtes verantwortlich ist. Bislang auf den Ostalbkreis zugeschnittene Projekte und Strukturen müssen seither mit den Landkreisen Göppingen und Heidenheim abgestimmt werden.

Jugendschutz geht alle an

Das Langzeitprojekt, welches gemeinsam mit der Polizeidirektion Aalen und dem Kreisjugendring Ostalb umgesetzt wird, wurde auch in den Jahren 2012 und 2013 konzeptionell weiterentwickelt. Ziel war insbesondere, die Festsetzungen in der „Kooperationsvereinbarung Gestattungspraxis“, welche die Städte und Gemeinden beschlossen hatten, auf die Bedürfnisse des Alltags anzupassen. Gerade bei Stadtfesten bestehen nach Auffassung der Projektträger beste Möglichkeiten für eine vorbildliche Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Bei dieser Kooperationsvereinbarung geht es im Wesentlichen da-

rum, für den gesamten Landkreis einheitliche Regelungen für den nicht konzessionierten Bereich festzulegen. Nach Möglichkeit soll in jeder Stadt und jeder Gemeinde ein Fest nach den gleichen Standards zum Beispiel hinsichtlich des Jugendschutzes oder des Ausschanks von branntweinhaltigen Getränken organisiert werden. Auch im Hinblick auf Sicherheitsstandards, Anfangs- und Schlusszeiten und weitere Details sollten im Landkreis keine erheblichen Unterschiede mehr bestehen. Trotz allem soll die Regelung für außergewöhnliche Veranstaltungen noch genügend Spielraum lassen.

Im Rahmen dieses Projekts wurden im Ostalbkreis auch erstmals Testkäufe von Jugendlichen durchgeführt. Mit erschreckenden Ergebnissen: Den teilweise erst 16-jährigen Testkäufer war es sowohl in Supermärkten als auch Tankstellen, aber auch im Getränkehandel und sogar auf Stadtfesten ohne weiteres möglich, sich Hochprozentiges zu besorgen. Im Durchschnitt war jeder zweite Kaufversuch erfolgreich. Eine entsprechende Studie der Hochschule Aalen über das Kaufverhalten junger Menschen hat deutlich zu Tage gefördert, dass das Unrechtsbewusstsein bei einer großen Zahl von Verkaufsstellen noch deutlich ausbaufähig ist. Das Projekt soll auch nach der Strukturreform bei der Polizei durch das künftige Polizeipräsidium Aalen fortgesetzt werden.

„Neue Medien“ – Seminar für Elternbeiräte

Ein ganztägiges Seminar für Elternbeiräte bildete den Auftakt für eine intensive Auseinandersetzung der Suchtprävention im Ostalbkreis mit dem Aufgabenschwerpunkt „Neue Medien“. Der Fachtag sollte einerseits zu einer Versachlichung der Debatte beitragen, andererseits aber auch Präventionsprojekte an den Schulen zu diesem neuen Thema zur Diskussion stellen. Den teilnehmenden Elternbeiräten wurde dargelegt, dass trotz einer hohen Verfügbarkeit von Internet, Smartphones und Computer-Spielen der weitaus größte Teil

der jungen Menschen sehr verantwortungsbewusst mit diesen Medien umzugehen versteht. Notwendig ist auch eine geschlechtsdifferenzierte Betrachtung der Medien: Ist die Neigung für Computer-Spiele eher bei männlichen Jugendlichen vorhanden, sind die sozialen Netzwerke die Spielwiese für weibliche Jugendliche.

In dem Seminar wurde aber auch darauf hingewiesen, dass eine altersgerechte Nutzung der Neuen Medien weit mehr Chancen bietet als Gefahren. Hierzu ist ein klares Regelwerk, medienfreie Zeiten, aber auch das Einüben unproblematischer Nutzungsverhalten in der Familie zwingend von Nöten. Immer wieder wurde auf die Vorbildfunktion der Eltern hingewiesen. Präventionsprojekte werden insbesondere von den Suchtberatungsstellen, aber auch von der Polizeidirektion und dem Landratsamt direkt angeboten.

NEO – Netzwerk Essstörungen im Ostalbkreis

Die Arbeit des Netzwerks Essstörungen im Ostalbkreis wurde von Anfang an durch die Universitäten Ulm und Heidelberg wissenschaftlich begleitet. Nachdem das Ostalb-Projekt mit diesem multimodalen Setting therapeutisches Neuland betreten hatte, war natürlich von besonderem wissenschaftlichem Interesse, ob ein solcher Behandlungsverbund Einfluss auf die Ergebnisse der Therapie hat. Eine begleitende Studie sollte den Behandlungsverlauf der Patientinnen auf der Symptomebene dokumentieren sowie die Behandlungszufriedenheit untersuchen.

Für die Verantwortlichen des Netzwerks von der Klinik für Psychosomatik am OstalbKlinikum, die Beratungsstellen der Caritas, niedergelassene Therapeuten, Psychiater und die AOK-Ostwürttemberg kam das herausragende Ergebnis nicht überraschend. Bei einer hohen Behandlungszufriedenheit (82% sehr, 18% weitgehend zufrieden) konnte eine erhebliche Symptomverbesserung erreicht werden. So konnte beispielsweise nachgewiesen

werden, dass bei 60% der bulimischen Patientinnen keine Symptomatik mehr vorhanden war, bei weiteren 20% trat die Symptomatik seltener als einmal pro Woche auf. Eine parallele Untersuchung bei den Behandelern machte deutlich, dass auch hier eine wesentlich höhere Arbeitszufriedenheit vorhanden ist als bei der Arbeit außerhalb des Netzwerks: Behandlungserfolge können durch nahtlose Übergänge in andere Behandlungssysteme deutlich besser gesichert werden als ohne diese verbindliche Kooperation. Nachdem die integrierte Behandlung auch bei den Kosten besser abschneidet als die konventionelle Therapie besteht kein Zweifel daran, dass dieses Projekt fortgesetzt wird und nach Möglichkeit auch für adipöse Patienten weiterentwickelt werden soll.

Pathologisches Spielen

Pathologisches Glücksspiel nimmt neben den Essstörungen den breitesten Raum bei den nicht stoffgebundenen Suchtformen ein. Nachdem die Zahl der Spielhallen in den vergangenen Jahren um nahezu ein Drittel angestiegen ist, kommt diese Entwicklung für die Suchthilfe nicht überraschend. Das 2012 verabschiedete Landesglücksspielgesetz (LGlüG) soll dieser Entwicklung Einheit gebieten. Verschuldung, soziale Verelendung und Suchtverhalten sind nur einige der Problemfälle, die bei regelmäßigem Glücksspiel auftreten können. Nach aktuellen Studien zur Glücksspielsucht sind es insbesondere Geldspielautomaten, welche ein hohes Suchtpotenzial entfalten. Das Umwandeln von Geldguthaben in Spielpunkte, eine schnelle Spielabfolge und ein hoher Anteil von Fast-Gewinnen üben einen großen Reiz auf gefährdete Menschen aus.

Eine Aufgabe für die Ordnungsbehörden ist es, die strukturellen Festsetzungen, welche die Spielhallen betreffen, zu kontrollieren und einzufordern. Aufgabe für die Suchthilfe im Ostalbkreis war es, die im LGlüG vorgesehenen Schulungen für Beschäftigte in den Spielhallen zu organisieren und durchzuführen. Jeder Mitarbeiter einer Spielhalle muss



seit Juni 2013 den Nachweis über eine mindestens 14-stündige Schulung über Glücksspielsucht und den Umgang mit gefährdeten Spielern erbringen. Im Ostalbkreis hat diese Aufgabe die Kreisdiakonie übernommen, welche durch ihre langjährige Beratungs- und Behandlungstätigkeit für pathologische Glücksspieler die größte Erfahrung in diesem Arbeitsfeld aufzuweisen hatte. Gemeinsam mit dem Landratsamt hat deshalb die Kreisdiakonie drei Schulungsblöcke angeboten. Auf die Gefahren des Glücksspiels wurde aber auch durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen hingewiesen: Sowohl 2012 als auch 2013 beteiligte sich der Ostalbkreis an den landesweiten Projekten zum „Aktionstag Glücksspielsucht“.

Ambulante Rehabilitation Sucht

Unverzichtbarer Bestandteil der Behandlung von suchtkranken Menschen ist in der Zwischenzeit die ambulante Rehabilitation. War in der Vergangenheit die mehrmonatige stationäre Behandlung als Königsweg angesehen, ist heute akzeptiert, dass die Behandlungsformen individuell an die Krankheitsverläufe sowie die persönliche und soziale Situation der Betroffenen angepasst werden muss. Gleichzeitig ist bei vielen Suchtkranken, welche in stabilen sozialen Bezügen leben und gegebenenfalls auch einen Arbeitsplatz haben,

eine den Alltag begleitende ambulante Therapie erfolgversprechender als die Behandlung „unter der Käseglocke“.

Der Ostalbkreis bietet mit seinen freien Trägern der Suchtkrankenhilfe vielfältige Behandlungsmöglichkeiten an. Neben der Behandlung einer Alkoholabhängigkeit ist es ebenso möglich, pathologisches Glücksspiel oder auch die Abhängigkeit von illegalen Drogen ambulant zu behandeln. Dazu haben sich die freien Träger in Therapieverbänden zusammengeschlossen und kooperieren teilweise auch mit stationären Einrichtungen, um möglichst flexibel auf Krisen mit einer stationären Behandlung reagieren zu können. Der entscheidende Vorteil der ambulanten Therapie liegt darin, dass erlernte Verhaltensmuster umgehend im Alltag erprobt werden können. Die trügerische „Laborsituation“ einer stationären Einrichtung entfällt. Für die Zukunft wird angestrebt, diese Behandlungsform noch deutlich auszubauen. Hierzu ist allerdings eine bessere Kooperation mit den Hausärzten anzustreben: Erhebungen in einzelnen Praxen haben ergeben, dass ca. 15% der Patienten als alkoholgefährdet oder -krank eingestuft werden können. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Arzt und Suchtberatung könnte hier deutlich mehr Menschen in eine ambulante Behandlung bringen.



ARS-Fachtagung 2013
(ARS = Ambulante Rehabilitation Sucht)

GESCHÄFTSSTELLE EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (ESF)



Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) arbeitet die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der EU seit 1957 daran, den Menschen die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten zu bieten.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Die gegenwärtigen Ziele sind:

- hohes Beschäftigungsniveau
- Gleichberechtigung von Frauen und Männern
- nachhaltige Entwicklung sowie
- wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt

In der laufenden Förderperiode des Europäischen Sozialfonds 2007 bis 2013 stehen dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg rund 100 Mio. Euro an ESF-Mitteln zur Förderung von regionalen Projekten zur Verfügung. Dem Ostalbkreis stehen in diesem Zeitraum jährlich 400.000 Euro ESF-Mittel zur Verfügung. Aufgrund solider Haushaltsführung, effizientem Einsatz der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und unter Berücksichtigung von Rückflüssen in der laufenden Förderperiode wurde das Mittelkontingent des Ostalbkreises für das letzte ESF-Förderjahr in dieser Förderperiode um 20% aufgestockt werden. So steht dem Ostalbkreis in 2014 ein Mittelkontingent von 480.000 Euro ESF-Mittel zur Verfügung.

Die regionalen Arbeitskreise erarbeiten zur regionalisierten Umsetzung des operationellen Programms Arbeitsmarktstrategien. Die Arbeitsmarktstrategie wird für die Jahre 2009 bis 2011 und 2012 bis 2014 aufgestellt. Im und für den Ostalbkreis entscheidet der ESF-Arbeitskreis unter Vorsitz von Landrat Klaus Pavel über die Arbeitsmarktstrategie und darüber, welche Projektanträge ein

positives Votum erhalten. Die Mitglieder des Arbeitskreises setzten sich aus Vertretern der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, des Gewerkschaftsbunds, der Arbeitgeberverbände, der IHK, der Kreishandwerkerschaft, der Frauenbeauftragten, der freien Wohlfahrtspflege, der Berufsschulen, von Weiterbildungsträgern und der außerschulischen Jugendbildung zusammen. Die Geschäftsstelle und die Geschäftsführung des Arbeitskreises ist im Landratsamt in Aalen beim Sozialdezernat angegliedert.

Für 2014 wurde die Arbeitsmarktstrategie bei der regionalen ESF-Strategiesitzung im Frühjahr überprüft, überarbeitet und auf der Internetseite des Ostalbkreises veröffentlicht. Zur Vergabesitzung im Oktober 2013 lagen dem regionalen ESF-Arbeitskreis acht Projektanträge von unterschiedlichen Bildungsträgern und des Landkreises vor. Alle Anträge erhielten ein positives Votum. Die für das Jahr 2014 zur Verfügung stehenden Mittel von 480.000 Euro waren ausreichend für fünf Anträge, und ein Antrag konnte noch mit einer Restmittelfinanzierung bedacht werden. Somit wurden auch in 2014 die ESF-Mittel im Ostalbkreis komplett ausgeschöpft.

Der Regionale ESF ist eines der wenigen Instrumente, die den Bildungsträgern und dem Landkreis die Möglichkeit bieten, auf den aktuellen Arbeitsmarkt abgestimmte innovative und passgenaue Projekte zu verwirklichen. Deshalb hoffen alle Beteiligten, dass die Arbeitskreise in der nächsten Förderperiode mit den gleichen Mitteln ausgestattet werden. Die Planungen der Förderschwerpunkte und die Mittelausstattung für die nächsten Förderperiode 2013 bis 2020 werden derzeit in Brüssel diskutiert.



Konzept für Aus- und Fortbildung

Auf Anregung des Jugendhilfeausschusses verstärkte das Jugendreferat zusammen mit dem Kreisjugendring ab 2011 seine Bemühungen, seine Angebote für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Tätige dezentral möglichst kreisweit bekannt zu machen. Dazu wurde zunächst ein neues Fort- und Ausbildungskonzept für Ehrenamtliche entwickelt. Die Inhalte der Gruppenleiterseminare, die traditionell an Wochenenden oder ganzen Ferienwochen vermittelt werden, wurden überarbeitet und neu aufgeteilt. So konnten sie an mehreren Abenden in sieben verschiedenen kreisangehörigen Gemeinden angeboten werden. Trotz wechselhafter Resonanz konnten so insgesamt mehr als 50 Teilnehmer erreicht werden.

Sternfahrt

Die alljährliche „Sternfahrt“, der Aktionstag für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, fand 2012 auf dem Greutplatz in Aalen statt. Mehr als 400 Teilnehmer konnte dabei dank der Unterstützung von Jugendrotkreuz, Malteserjugend, Johanniterjugend, THW-Jugend, Feuerwehrjugend, Malteser-Rettungshundestaffel, Polizei und Bundeswehr ein tolles Programm unter dem Motto „Blaulichttag“ geboten werden. Ähnlich erfolgreich verlief diese Aktion auch im Folgejahr, die auf dem Rappenhof bei Gschwend stattfand.



Ferienprogramm

Mehr als 400 jugendliche Teilnehmer nahmen auch an den Sommerferienmaßnahmen des Kreisjugendrings in der Zimmerbergmühle und in Südingland teil. Dass sich die Kinder dabei rundum wohl fühlten, konnte bei ihrem Besuch auch die Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch feststellen. Die Kreispolitiker überzeugten sich außerdem bei der jährlichen Besuchsfahrt zusammen mit Landrat Klaus Pavel davon, dass auch bei der Kinderspielstadt des Stadtjugendrings Aalen sowie bei der Zeltfreizeit und der Tagesfreizeit des evangelischen Jugendwerks tolle Arbeit geleistet wird. Dabei standen die drei besuchten Freizeiten stellvertretend für die fast 150 verschiedenen Freizeitmaßnahmen, die Jahr für Jahr in den Ferien von Ehrenamtlichen im Ostalbkreis angeboten werden und bei denen mehr als 8.000 Kinder und Jugendliche betreut werden.

Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch zu Besuch bei der Zeltfreizeit an der Zimmerbergmühle



Aktionstag für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die „Sternfahrt“, 2012 auf dem Greutplatz in Aalen

40 Jahre Kreisjugendring Ostalb

Der Kreisjugendring Ostalb e.V. konnte schließlich am 5. Dezember 2012 seinen 40. Geburtstag mit einer ansprechenden Feier und zahlreichen Gästen im Ostalbkreishaus feiern. Trotz dieses Alters ist die Dachorganisation aller Jugendorganisationen des Landkreises immer noch jung geblieben und nach wie vor ein unverzichtbarer Partner des Jugendreferats.

Qualifizierungskurse Ehrenamt

Mit einem völlig neuen Fortbildungsangebot für 12- bis 15-Jährige zur möglichst frühen Grundqualifizierung fürs Ehrenamt in der Jugendarbeit wurde diese erfolgreiche Zusammenarbeit im Frühjahr 2013 fortgesetzt. Die Fortbildungsreihe Jugendarbeit vor Ort wurde inhaltlich noch einmal überarbeitet und mit den beiden Schwerpunkten Rechts- und Finanzierungsfragen im zweiten Halbjahr erneut mit wechselhafter Resonanz an weiteren fünf verschiedenen Orten durchgeführt. Für die Zukunft ist geplant, bei der Vorbereitung, Werbung und Durchführung der Reihe

noch stärker als bisher auf die vorhandenen Strukturen der eigenen Mitgliedsorganisationen zu setzen.

Jugend und Migration

Der Kreisjugendringvorstand vereinbarte in seinem jährlichen Abstimmungsgespräch mit Landrat Klaus Pavel für 2013, sich verstärkt mit dem Thema Jugendarbeit und Migration zu beschäftigen. Dazu nahm der gesamte ehrenamtliche Vorstand zunächst an einer Qualifizierungsmaßnahme zum Thema „interkulturelle Kompetenz“ teil, die in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Integration und Versorgung durchgeführt wurde. Danach wurde für ein Landesprojekt „Wir sind dabei! – Integration durch soziales Engagement“ ein Konzept mit dem Titel „Ostalbjugend gegen Rassismus“ entwickelt. Damit gelang es, die Zusage für eine Förderung von 16.000 Euro im Zeitraum von 1,5 Jahren zu erhalten. Der Start des Projekts musste zwar auf den September verlegt werden, konnte dann aber dank des Einsatzes einer aus den Landesmitteln finanzierten Honorarkraft zügig begonnen werden.

Jugendarbeit vor Ort

Info-Abende für Jugendgruppenleiter, Finanztreuer, Vereinsmitarbeiter und alle an der Jugendarbeit Interessierte. Jeweils Dienstag abends von 18:30 Uhr bis ca. 21:30 Uhr - keine Teilnahmemöglichkeit!

07.02.2012	06.03.2012	12.06.2012	03.07.2012	09.10.2012	06.11.2012	04.12.2012
Zukunft der Jugendarbeit im demographischen Wandel	Spiele, Methoden, Ideen & Anregungen	Organisation & Projektplanung	Natur & Abenteuer	Finanzierungsmöglichkeiten, Geldquellen & Fördertöpfe	Rechtliche Grundlagen, Gesetze, Kinder- & Jugendschutz	Öffentlichkeits- & Medienarbeit
Bürgersaal im Rathaus Stöttlen	Bürgersaal Jagetzell	Bürgerhaus Lorch	Rathaus Heuchlingen	Matheuß-Palm-Saal Neresheim	Vereinsheim der Gartenfreunde Oberkochen	Zehntscheuer Abtsgmünd

Neben den jeweiligen Schwerpunktthemen gibt es an jedem Abend zusätzlich aktuelle Infos über Ausschussmöglichkeiten, rechtliche Grundlagen, überregionale Veranstaltungen u.v.m.



Kicken gegen rechts

Mit dem mittlerweile zum dritten Male veranstalteten Hobbyfußballturnier „Kicken gegen Rechts“ wurde die erfolgreiche Antifaschismusarbeit fortgesetzt. Mit dem Verein Wider Vergessen – für Demokratie, dem Trägerverein ehemalige Synagoge Oberdorf, dem Landesverfassungsschutz, der Polizeidirektion Aalen und zahlreichen weiteren Vereinen und Verbänden konnte dabei auch ein tragfähiges Netzwerk gegen Rechts weiter entwickelt werden. Jugendreferat und Jugendring beteiligen sich schließlich auch seit diesem Jahr an dem landesweiten Projekt „Kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ und fungieren in diesem Rahmen als offizielle Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im Ostalbkreis.

Sozialmanagement an der Dualen Hochschule

Besonders erfreulich waren im Berichtszeitraum schließlich die Ergebnisse der Abschlussarbeiten der Studentinnen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg im Studiengang Sozialmanagement in Heidenheim, die ihre praktische Ausbildung im Jugendreferat absolvierten. In beiden Jahren wurde für die vorgelegten Bachelorarbeiten von den Dozenten die Traumnote 1,0 erteilt. Die Absolventin des Jahres 2013 erhielt außerdem den Preis für die beste Studentin des Fachbereichs.

ARBEIT AN DEN MILLENIUMSZIELEN DAUERT AN

In den Millenniumszielen der UN heißt es: „Die Gleichstellung von Frau und Mann ist ein Indikator für den Entwicklungsstand einer ganzen Gesellschaft, noch vor dem Bruttosozialprodukt, der Kindersterblichkeit und der Lebenserwartung.“ Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten werden häufig gefragt, ob denn Gleichstellung nicht schon längst erreicht ist und ob es überhaupt noch Handlungsbedarf gibt. Und ob!

In Deutschland prägen traditionelle Rollenvorstellungen die gesellschaftlichen Strukturen und das Leben von Frauen und Männern besonders hartnäckig, meist zuungunsten der Frauen. Ihr Vorsprung in der Bildung setzt sich im Berufsleben nicht fort. Der Arbeitsmarkt ist geteilt in schlechter bezahlte Frauen- und gutdotierte Männerberufe. In kaum einem anderen europäischen Land ist der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern so hoch wie in Deutschland. Mit entsprechend negativen Folgen für die Alterssicherung von Frauen.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gerechterer Verteilung der Familienpflichten, eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern, mehr weibliche Führungspositionen in Wirtschaft und Parlamenten, ein Leben ohne Gewalt und Diskriminierung – dies sind nur einige Beispiele des Arbeitsfeldes von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Baden-Württemberg brachte dazu eine Broschüre in Form einer Tasche heraus. In unterhaltsamer und anschaulicher Weise ist vieles eingepackt, wofür sich die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte täglich einsetzen. Im September 2013 wurde das „Täschle“ von den Frauenbeauftragten im Ostalbkreis der Öffentlichkeit präsentiert.



Kreisfrauenrat gegründet

Ein wichtiger Schritt, um die Gleichstellungspolitik im Ostalbkreis zu stärken, war die Gründung des Kreisfrauenrates am 11. Oktober 2013. Die rund 100 anwesenden Frauen aus dem ganzen Ostalbkreis setzen sich das Ziel, auf lokaler Ebene für mehr Chancengerechtigkeit einzutreten.

Frauen, sprechen wir über Geld

Die Frauenbeauftragten im Ostalbkreis thematisieren seit Jahren nicht nur das Auseinanderdriften des Einkommens und Vermögens zwischen Armen und Reichen sondern vor allem die großen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. In nahezu allen Lebensbereichen sind Frauen in viel stärkerem Maße von Armut betroffen als Männer. Im März 2013 organisierten die Gleichstellungsbeauftragten im Ostalbkreis zusammen mit vielen Kooperationspartnerinnen die Veranstaltungsreihe „Frauen, sprechen wir über Geld, Frauenarmut hat System.“ Ziel dieser Veranstaltungsreihe war, darauf hinzuweisen, dass Frauen ein hohes Armutsrisiko haben, insbesondere

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Ostalbkreises, Ingrid Krumm (2. v. l.) mit ihren Kolleginnen aus Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd

wenn sie in frauentypischen Berufen arbeiten, wenn sie in Teilzeit arbeiten oder wenn sie Kinder haben und für diese sorgen möchten. Auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Zielgruppen wurde das Thema Frauenarmut in den Mittelpunkt gestellt - nicht um Trostlosigkeit und Düsternis zu verbreiten, sondern um auf individueller Ebene und auf der politischen Ebene Wege und Lösungsansätze zu finden und zu diskutieren.

Frauen, machen wir Politik

Im Juli 2013 kam Gisela Ehrler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, zu einem Vortrag ins Ostalbkreishaus zum Thema „Frauen machen wir Politik“. Über 40 Frauen aus Vereinen, Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien waren gekommen, um zu diskutieren, wie Frauen wieder Lust auf Politik bekommen und wie im Ostalbkreis frauenpolitische Bündnisse fest verankert werden können. Staatsrätin Gisela Ehrler war beeindruckt vom politischen Gestaltungswillen der Ostälblerinnen.



Frauen, sprechen wir über Geld



BILDUNGSREGION OSTALB

Bildung leistet für die persönliche Entwicklung und die individuelle Entfaltung eines Menschen einen wichtigen Beitrag und nimmt darüber hinaus eine herausragende Stellung für den kulturellen und wirtschaftlichen Wohlstand einer Gesellschaft ein.

Infolgedessen war es dem Ostalbkreis ein zentrales Anliegen, sich im Rahmen des Impulsprogramms Bildungsregionen des Landes Baden-Württemberg zu einer Bildungsregion zu formieren. Das Ziel der seit Februar 2010 bestehenden Bildungsregion ist es, die Bildungsqualität unter Mitwirkung aller im Bildungsbereich tätigen Akteure weiterzuentwickeln und somit zu einem chancengerechten und erfolgversprechenden Bildungswesen in der Region beizutragen.

Auf der Grundlage des 1. Bildungsberichts für den Ostalbkreis wurde deshalb im Jahr 2012 unter Federführung des Bildungsbüros ein Handlungskonzept erarbeitet, welches die zentralen Ziele der Bildungsregion benennt sowie strategische Handlungsfelder, konkrete Umsetzungsprojekte und Empfehlungen zur Gestaltung der Bildungslandschaft im Ostalbkreis formuliert. Das Handlungskonzept versteht sich als aufgabenorientierter, mittel- bis langfristiger Zukunftsentwurf für den Ostalbkreis und ist grundsätzlich prozesshaft angelegt. D. h. das Konzept ist offen für weitere Vorhaben, die aus der Umsetzungspraxis – z. B. im Rahmen der Bildungskonferenzen – als auch durch die Initiative einzelner Schlüsselakteuren entstehen können.

Bildungsportal geht online

Verschiedene der im Handlungskonzept aufgeführten Projekte wurden inzwischen abgeschlossen. So ging Anfang des Jahres 2013 das Bildungsportal online, das das Ziel verfolgt, alle Bildungsinstitutionen und -angebote zu bündeln und der Bevölkerung bekannt zu machen. Als ein zentrales Themenfeld wurde das Übergangsmanagement identifiziert. Die Eckpunkte eines gelingenden Übergangsmanagement wurden mit verschiedenen Experten aus der Praxis diskutiert und der Schwerpunkt zunächst auf die Übergangsschwelle zwischen Schule und Beruf/Studium gelegt. Diese wichtige Stelle in der Lebensbiographie war zugleich Thema der zweiten Bildungskonferenz am 24. Oktober 2012. Daraufhin wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Bildungsbüro, der Stadt Schwäbisch Gmünd, dem Staatlichen Schulamt Göppingen und der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd auf der Grundlage des bereits erfolgreich laufenden Projekts „Zukunft“ ein Konzept zur Implementierung von Maßnahmen zur Stärkung des Übergangs von der Schule in den Beruf entwickelt (ZUKUNFTneu), das zunächst ab Januar 2014 im Rahmen einer Pilotierungsphase an sechs Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen der Stadt Schwäbisch Gmünd erprobt werden soll.



Analyse Kinder- und Jugendarbeit im Ostalbkreis

Weitere zentrale Projekte und Aufgaben des Bildungsbüros der Jahre 2012 und 2013 waren u. a. die Erarbeitung eines Studien-Designs zur Analyse der Kinder- und Jugendarbeit im Ostalbkreis in Zusammenarbeit mit dem Jugendreferat/Kreisjugendring, die Erarbeitung eines Konzepts zur Einrichtung von Sommerschulen in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring, Vertretern ausgewählter Schulen, der HTW Aalen und der Landkreisverwaltung, die Veröffentlichung von Handlungsempfehlungen zur intensiven Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, die Entwicklung eines Instruments zur Analyse von Sozialräumen im Ostalbkreis („Chancenindex“), die Initiierung und Moderation themenspezifischer Foren – z. B. Moderation der Arbeitsgruppe „Bildung“ im Rahmen des Aktionsprogramms Regionale Daseinsvorsorge Ostwürttemberg (MORO) – sowie die Durchführung der 3. Bildungskonferenz mit Kultusminister Andreas Stoch zum Thema „Regionale Schulentwicklung“ im Oktober 2013.

Die bisherige Entwicklung der Bildungsregion Ostalb zeichnet somit insgesamt betrachtet ein positives Bild eines längeren Gesamtprozesses. Neben der inhaltlichen Fortentwick-

lung wurden überdies Strukturen und Voraussetzungen geschaffen, um die regionalen Netzwerke weiter auf- beziehungsweise auszubauen. In diesem Zusammenhang bietet die konstruktive Zusammenarbeit des regionalen Bildungsbüros mit den in der Bildungsregion vertretenen Akteuren und Netzwerkpartnern weiterhin die Chance, bildungsrelevante Themen vor Ort zu entwickeln. Auch zukünftig will das im Jahr 2013 personell aufgestockte Team des Bildungsbüros an den erfolgreich umgesetzten Projekten anknüpfen und aufbauend auf den bisher entstandenen Netzwerken folgende Punkte weiter in den Fokus rücken:

1. Intensivierung des Kontakts mit Bildungseinrichtungen und Identifizierung von Good-Practice-Beispielen
2. Ausbau der Beratungsarbeit des Bildungsbüros für Kommunen und Bildungsträger
3. Initiierung und Koordination kreisweiter Bildungsprojekte (u. a. Regionales Übergangmanagement)
4. Erstellung regelmäßiger Bildungsberichte und gesonderter Analysen einzelner Bildungsbereiche (Bildungsmonitoring)
5. Weiterentwicklung/Ausbau des Bildungsportals

Das Team des Bildungsbüros v.l.n.r.: Sandra Ott, Hermine Nowotnick, Volker Zimmer und Anne Nitschke



Kultusminister Andreas Stoch im Gespräch mit Landrat Klaus Pavel bei der 3. Bildungskonferenz





Schulentwicklungsplanung

In seiner Funktion als Schulträger verfolgt der Ostalbkreis ständig die Entwicklungen im Bildungsbereich. Auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Bildungsberichtes des Ostalbkreises wurde in den Jahren 2012 und 2013 eine umfassende Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen erstellt. Hierbei war die vom statistischen Landesamt prognostizierte demografische Entwicklung eines Rückgangs der Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen um über 30% bis zum Jahr 2030 zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden die Schülerzahlen nicht nur von demografischen, sondern auch vor allem durch konjunkturelle Gegebenheiten und örtliche Besonderheiten beeinflusst. Rasch konnte festgestellt werden, dass die tatsächlichen Schülerzahlen der Beruflichen Schulen im Ostalbkreis zum Teil signifikante Abweichungen vom Landesdurchschnitt erkennen ließen. Es zeigte sich, dass die tatsächlichen Schülerzahlen höher lagen

als die vom statistischen Landesamt prognostizierten Zahlen. Weitere strukturelle Besonderheiten des Ostalbkreises als drittgrößter Landkreis in Baden Württemberg, wie zum Beispiel seine Lage im ländlichen Raum und seine Zentralität mit drei Großen Kreisstädten, sechs Städten und 33 Landgemeinden waren hierbei zu berücksichtigen.

In rund zweijähriger Arbeit wurde in enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der Beruflichen Schulen und unter Einbindung des Regierungspräsidiums Stuttgart, der IHK und den Kammern und Innungen das Schulentwicklungskonzept 2013 für die Beruflichen Schulen erarbeitet. Dieses Schulentwicklungskonzept reicht weit in die kommenden Jahre hinein und wurde vom Kreistag des Ostalbkreises am 5. November 2013 einstimmig beschlossen.

Das Schulentwicklungskonzept 2013 sieht insbesondere vor, dass



- sich die drei Beruflichen Schulzentren des Ostalbkreises in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd zu Kompetenz- und Bildungszentren weiter entwickeln,
- eine möglichst wohnortnahe Beschulung, insbesondere im dualen Bereich, erhalten bleibt,
- die Übergänge Schule – Beruf und Schule – Schule verbessert werden und
- der Ausbau von Angeboten zur Beruflichen Weiterbildung erfolgen soll.

Das Schulentwicklungskonzept 2013 ist auf der Internetseite des Ostalbkreises aufrufbar: www.ostalbkreis.de/sixcms/media.php/26/Schulentwicklungskonzept-OAK2013.pdf

An den drei Beruflichen Schulzentren des Ostalbkreises in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd qualifizieren sich in diesem Schuljahr über 11.000 Jugendliche entweder im Dualen System für einen Beruf oder streben in Vollzeit einen (höheren) Schulab-

schluss an. An den Beruflichen Schulzentren ist es den jungen Menschen möglich, alle Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur zu erwerben oder eine berufliche Ausbildung erlangen. Durch die Einrichtung der Berufsoberschule, Fachrichtung Sozialwesen (Sozialoberschule) an der Justus-von-Liebig-Schule Aalen im Jahr 2013 wurde das Angebot am Beruflichen Schulzentrum Aalen mit der bereits seit 2011 vorhandenen Technischen Oberschule und der Wirtschaftsoberschule komplettiert. Um die Vielzahl der schulischen Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote für Schülerinnen und Schüler kompakt aufzuzeigen, hat der Ostalbkreis im Dezember 2013 die Broschüre „Berufliche Schulen im Ostalbkreis – Vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur“ (www.beruflicheschulen.ostalbkreis.de) aufgelegt.



Impressionen von der Ausbildungs- und Studienplatzmesse 2013 im Kreisberufsschulzentrum Aalen



Bauliche Maßnahmen an Schulen des Kreises

In der Sitzung des Kreistags am 17. Dezember 2013 wurde die bauliche Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd und der Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd ab dem Jahr 2014 beschlossen. Das Berufliche Schulzentrum Schwäbisch Gmünd soll zwölf weitere Klassenräume und einen Mensaneubau erhalten. Durch den Neubau von Klassenräumen kann dann die Außenstelle „Leiterplattenschule“ in das Berufliche Schulzentrum auf dem Hardt integriert werden. Für die Klosterbergschule Schwäbisch Gmünd sollen die frei werdenden Räume der „Leiterplattenschule“ modernisiert werden. Weiter soll der erste Bauabschnitt der Klosterbergschule abgerissen und neu erstellt werden.

Ausbildungs- und Studienplatzmessen

Im Jahr 2013 veranstaltete der Ostalbkreis in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit im Kreisberufsschulzentrum Aalen bereits seine 16. Ausbildungs- und Studienplatzmesse. Zusätzlich zu der jährlichen Ausbildungsplatzmesse der Stadt Schwäbisch Gmünd wurde vom Ostalbkreis erstmalig in 2013 auch eine erfolgreiche Messe im Kreisberufsschulzentrum Ellwangen durchgeführt. Die Beruflichen Schulzentren öffnen gerne ihre Tore für Betriebe, Schulen, Bildungsträger, Hochschulen und viele interessierte junge Menschen und ihre Eltern. Die Ausbildungsmessen in Aalen und Ellwangen sind somit ein Beitrag dazu, dass junge Menschen in ihrer Heimatregion eine berufliche Zukunft finden. Sie möchten gleichzeitig die Unternehmen bei der Suche nach engagierten Mitarbeitern unterstützen und leisten damit einen Beitrag zur aktiven Wirtschaftsförderung in der Region und für die Region. Die Messe in Aalen verzeichnete mit über 5.000 Besuchern einen enormen Zuspruch. Auch die erste Messe in Ellwangen wurde mit über 3.000 Besuchern gleich zu einem vollen Erfolg.

Inklusionsprojekte

Zur inklusiven gesellschaftlichen Teilhabe wesentlich behinderter Menschen gibt es seit dem Jahre 2004 neue Konzepte, Angebote und Strukturen zur schulischen Vorbereitung auf das Berufs- und Erwachsenenleben. Als besonders wirksam hat sich dabei die „Berufsvorbereitende Einrichtung“ (BVE) zur zielgerichteten individuellen schulischen Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erwiesen. Zusammen mit seinen beiden Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung, der Klosterbergschule in Schwäbisch Gmünd und der Jagsttalschule Westhausen, hat der Ostalbkreis zwischen 2011 und 2013 nach und nach drei Berufsvorbereitende Einrichtungen mit den Standorten in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd eingerichtet. Ziel ist es, jungen Menschen mit wesentlichen Behinderungen entsprechend ihren Neigungen und Kompetenzen durch frühzeitige und umfassende Förderung inklusive Beschäftigungsverhältnisse am allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Erfreulicherweise ist dies mittlerweile bereits in mehreren Fällen gelungen. Neben den Berufsvorbereitenden Einrichtungen führen die Klosterbergschule und die Jagsttalschule zum Zwecke der inklusiven Beschulung insgesamt auch zehn Außenklassen, welche an allgemein bildenden Schulen in der Raumschaft Schwäbisch Gmünd angesiedelt sind.



MUSEEN IM OSTALBKREIS

Auch in den Jahren 2012 und 2013 ist die Museumslandschaft des Ostalbkreises weiter gewachsen. Gleich zu Beginn des Jahres 2012 wurde in Schwäbisch Gmünd das Campusmuseum auf dem Gelände des Universitätspark eingeweiht, das Schülerinnen und Schüler des Landesgymnasiums für Hochbegabte konzipiert und umgesetzt haben. Im Mai 2012 durfte sich die Stadt Schwäbisch Gmünd über eine weitere Museumseröffnung freuen: Nach über zwanzig Jahren der Sammlung und Planung konnte das Schwäbisch Gmünder Schulmuseum im Klösterle der Öffentlichkeit übergeben werden. Nicht zuletzt ist aus einer Vitrine im Igginger Rathaus inzwischen ein kleines Museum zur Geschichte des Ortes entstanden. Somit kann man sich im Ostalbkreis nun mit 52 Museen jede Woche des Jahres ein anderes Museum ansehen und viel über den Landkreis erfahren.

Internationaler Museumstag und Sommerferienprogramm sind beim Museumspublikum nach wie vor sehr beliebt. Mit Angeboten zum Museumstag in 18 Museen 2012 und in 16 Museen 2013 spielt der Ostalbkreis im Vergleich zu den übrigen Landkreisen Baden-Württembergs weiterhin ganz vorne mit. Das Ferienprogramm 2012 bot 122 Einzelveranstaltungen und 15 Ausstellungen an, 2013 waren es 122 Aktionen und 14 Ausstellungen. Die Museumswoche der Großen Kreisstädte Ostwürttembergs erfreute sich erneut großer Nachfrage.

Der Arbeitskreis Museen im Ostalbkreis ist seit nunmehr 14 Jahren aktiv und traf sich im Herbst 2013 im Goldbergmuseum in Goldburghausen zum 30. Mal zu einem Informationsforum. Ein weiteres Treffen war 2013 im Schwäbisch Gmünder Schulmuseum, und

2012 kam der Arbeitskreis im Land- und Technikmuseum in Zippingen und im Sieger Köder Zentrum in Rosenberg zusammen. Die Schulung für Museumsmitarbeiter war 2012 dem Thema „Notfallprävention“ gewidmet, in dem auf Risiken, deren Beseitigung und Präventionsarbeit im Vordergrund stand. Im Jahr 2013 beschäftigte sich der Arbeitskreis in der Schulung „Museum und Schule“ damit, wie eine Partnerschaft zwischen der Institution Museum und dem wichtigen Klientel der Schulen aussehen muss, wenn sie erfolgreich sein will.

Ein schöner Erfolg war die erneute Auszeichnung eines Museums mit dem Prädikat „Vorbildliches Heimatmuseum“, die von Arbeitskreis Heimatpflege im Regierungsbezirk Stuttgart vergeben wird. Im Jahr 2013 gehörte das Schwäbisch Gmünder Schulmuseum gleich ein Jahr nach seiner Eröffnung zu den Preisträgern. Das Härtsfeldmuseum Neresheim durfte sich 2005 und das Heimatmuseum Waldstetten 2009 über diese Anerkennung freuen. Der Ostalbkreis ist damit Spitzenreiter der Landkreise im Regierungsbezirk.

In Kooperation mit dem Limesmuseum Aalen fand 2013 das Caracalla-Jahr statt. Das Limestor konnte auf 1.800 Jahre seines Bestehens zurückblicken und war Teil der im Limesmuseum gezeigten Ausstellung „Caracalla – Kaiser, Tyrann, Feldherr“. Zahlreiche Veranstaltungen und erweiterte Öffnungszeiten haben das Jahr 2013 mit rund 11.500 Gästen zum erfolgreichsten seit Errichtung des Schutzhauses gemacht. Seit der Eröffnung am 24. Juli 2010 haben insgesamt knapp 37.000 Besucherinnen und Besucher das Limestor besichtigt.



Im Schulmuseum im Klösterle in Schwäbisch Gmünd wird Schulalltag der Vergangenheit lebendig vermittelt.



Höhepunkt des Caracalla-Jahres war der Feldzug auf den Spuren des Kaisers wie vor 1.800 Jahren und eine Herausforderung für alle Teilnehmer.

AUSSTELLUNGEN REGIONALER KÜNSTLER



hauer, Eckhard Dietz, Paul Groll, Hans Kloss und Georg Sternbacher ausgestellt. Mit speziellen Aktionen wie Künstlergesprächen und Führungen konnten auch neue und jüngere Besucher erreicht werden.

Darüber hinaus hat der Ostalbkreis eine Vielzahl bedeutender Künstler hervorgebracht, die nicht in der Ausstellung zu sehen waren. Aus diesem Grund wurde beschlossen, in den nächsten Jahren weitere Ausstellungen mit dem Titel RÜCK:SICHT im Ostalbkreis-haus zu zeigen.



Erstmals seit vielen Jahren wurde die Dienststelle in der Haußmannstraße Schwäbisch Gmünd wieder für Ausstellungen genutzt. Dadurch wird einem breiten Publikum Kunst zugänglich gemacht. Im Rahmen der Sanierung des Gebäudes wird das Aufhänge- und Beleuchtungssystem in den Gängen ergänzt. So können auch regelmäßig Ausstellungen der Kunststudenten der PH Schwäbisch Gmünd gezeigt werden.

Friendly Monsters – ein Integrationsprojekt

Oben: Künstlergespräche zur Ausstellung

Unten: Das Projekt „Friendly Monsters“ mit dem Künstler Joerg Schulze

In den Verwaltungsgebäuden in Aalen und Schwäbisch Gmünd präsentierte der Landkreis in jedem Jahr vielfältige Themenausstellungen sowie Werke der wichtigsten regionalen Künstler. Zum Jubiläum des Landkreises wurde eine Ausstellung zum Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre Kunst im Ostalbkreis konzipiert. Anhand ausgewählter Kunstwerke wurde die Entwicklung des Kunstschaffens im Ostalbkreis dargestellt. Werke aus den Jahren um 1973 wurden aktuellen Werken gegenübergestellt mit jeweils zwei Werken von 20 der wichtigsten Künstler. Unter anderem waren Werke von Alfred Bast, Sepp Baum-

Im Frühjahr und Sommer 2013 gestalteten Jugendliche unter professioneller künstlerischer Anleitung des Künstlers Joerg Schulze in dem Projekt „Friendly Monsters“ auf dem Hardt in Schwäbisch Gmünd kreative, vielfältig benutzbare Skulpturen. Es entstanden Ensembles aus überdimensional großen und leuchtend bunten Holzskulpturen. Joerg Schulze ist PlayArt-Künstler mit internationalem Renommee, der diese spielerische Kunstrichtung um den ausgeprägt sozial und jugendpädagogischen Aspekt erweitert hat und in dieser Komplexität der international einzige Betreiber dieses ganzheitlichen Kunst-Konzepts ist.

JUNGE PHILHARMONIE OSTWÜRTTEMBERG



Eine große Ehre für die Junge Philharmonie Ostwürttemberg waren die gemeinsamen Proben und Auftritte mit dem international bekannten Klavierduo Hans-Peter und Volker Stenzl im Frühjahr 2013. Aufgeführt wurden das „Konzert für 2 Klaviere und Orchester d-moll“ von Francis Poulenc, Maurice Ravel's „La Valse“, Ludwig van Beethovens „Sinfonie Nr. 2“ sowie seine „Overtüre zu Geschöpfe des Prometheus“. Unter der Leitung von Uwe Renz fand neben den Konzerten in der Region Ostwürttemberg auch ein besonderes Konzert in der Musikhochschule Stuttgart mit überregional bekannten Gästen aus Politik und Gesellschaft statt.

Im September 2013 trat die Junge Philharmonie Ostwürttemberg erstmals gemeinsam mit ihrem „Gegenstück“, dem Jungen Kammerchor Ostwürttemberg, auf. Eigens für das Zusammenspiel von Orchester und Chor wurde eine Komposition in Auftrag gegeben, die im Münster Schwäbisch Gmünd uraufgeführt wurde. Durch separate Darbietungen der Jungen Philharmonie Ostwürttemberg unter Lei-

tung von Chefdirigent Uwe Renz sowie des Jungen Kammerchors Ostwürttemberg unter Leitung von Thomas Baur wurde das Konzertprogramm ergänzt. Als Solisten überzeugten Ferdinand Frey mit dem „Konzert für Posaune und Orchester“ von Launy Grøndahl sowie Violinistin Annika Chen mit „Meditation de Thais“ von Jules Massenet.

Auch in diesem Jahr haben viele Musikerinnen und Musiker der Jungen Philharmonie Ostwürttemberg e.V. wieder erfolgreich an den Landes- und Bundeswettbewerben von „Jugend musiziert“ teilgenommen.



Zwischen der Provinz Ravenna/Italien und dem Ostalbkreis besteht seit 1992 eine offizielle Partnerschaft, deren 20-jähriges Bestehen 2012 gefeiert werden konnte. Mit einem breitgefächerten Jahresprogramm, das weit über die gegenseitigen Delegationsbesuche hinausging, wurde dieses Jubiläum auf offizieller Basis, insbesondere aber in der Begegnung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet. Um die starke Partnerschaft offiziell und symbolisch zu bekräftigen, unterzeichneten Landrat Klaus Pavel und Präsident Claudio Casadio einen erneuten Vertrag im Rahmen der Delegationsbesuche in Aalen und Ravenna.



Der Ostalbkreis hat bislang insgesamt neun Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in der Provinz Ravenna initiiert. Daraus haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche, vor allem aber feste Verbindungen zwischen Städten und Gemeinden entwickelt. Diese werden insbesondere durch die engen Verbindungen zwischen den Partnerschafts-

vereinen belebt. Durch regelmäßige Projekte und vielseitige Kontakte in den Bereichen Jugend, Schulen, Kultur, Sport, Wirtschaft, Soziales und Verwaltung werden diese weiter vertieft. Um das Netzwerk zwischen den Ehrenamtlichen auch über die Vereinsgrenzen hinaus zu stärken und Jugendliche vermehrt einzubinden, wurde in diesem Jahr die Onlineplattform www.ostalb-ravenna.net umgesetzt.

Zur Präsentation der Kreispartnerschaft beteiligt sich der Ostalbkreis traditionell an der international bekannten Blumenschau „Maggio in Fiore“, die jedes Jahr in Cervia, der Partnerstadt von Aalen, stattfindet. Auch im vergangenen Jahr gestalteten die neun Partnerkommunen aus dem Ostalbkreis einen Kreisverkehr mit Bepflanzung und individuell gefertigten Holzskulpturen zu den einzelnen Kommunen.

Eine Delegation aus der Provinz Ravenna, die zum 40-jährigen Bestehen des Ostalbkreises nach Aalen gekommen war, bedankte sich im Namen der Stadt Cervia für die langjährige Teilnahme des Landkreises an der Blumenschau. Im Rahmen des Bürgerfestes im Juni übergaben sie Landrat Klaus Pavel als Dank eine handgefertigte Keramikplatte zum „Maggio in Fiore 2013“.

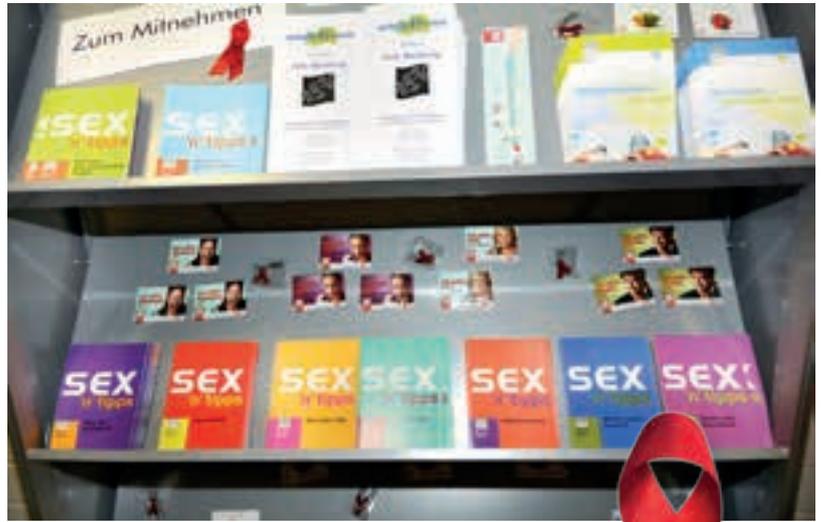


DIENSTLEISTUNGEN DES GESUNDHEITSDEZERNATS

AIDS – Rote Schleife zeigt die Solidarität mit HIV-positiven Menschen

Der Geschäftsbereich Gesundheit des Ostalbkreises berät in den Dienststellen in Aalen und Schwäbisch Gmünd das ganze Jahr über regelmäßig zu Fragen rund um AIDS und sexuell übertragbaren Erkrankungen. In beiden Dienststellen liegt unabhängig von den Sprechstundenzeiten Informationsmaterial zu HIV/AIDS und STI, auch mehrsprachig, aus und darf gerne mitgenommen werden. Anlässlich des jährlichen Aktionstages werden auch Info-Aktionen durchgeführt. Im Jahr 2013 wurden eine ganze Woche lang Beratung und kostenloser HIV-Test angeboten. In der Woche vom 2. bis 6. Dezember 2013 hatten alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich zum Thema HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen zu informieren sowie einen anonymen und kostenlosen HIV-Test durchführen zu lassen. Außerdem bestand die Gelegenheit, sich auf weitere sexuell übertragbare Erkrankungen wie z. B. Hepatitis B und Syphilis anonym, aber kostenpflichtig untersuchen zu lassen. Die Dienststellen des Gesundheitsamtes in Aalen und Schwäbisch Gmünd waren in dieser Woche durchgehend geöffnet. Die HIV-Testwoche wurde von der Bevölkerung sehr gut angenommen.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts in Berlin ist die Dynamik der weltweiten HIV-Epidemie erschreckend. Seit Beginn der Epidemie im Jahr 1982 gab es 94.000 HIV-Infizierte in Deutschland. Weltweit waren es 33 Millionen HIV-positive Menschen. Diese Krankheit hat bisher 28 Millionen Menschen das Leben gekostet. In Deutschland leben der-



zeit etwa 78.000 HIV-positive Menschen, darunter etwa 200 Kinder unter 15 Jahren. Etwa 63.000 Betroffene sind Männer, etwa 15.000 sind Frauen. Zwei Drittel der rund 78.000 HIV-positiven Menschen sind berufstätig. Aufgrund der guten Behandlungsmöglichkeiten haben Menschen mit HIV in Deutschland heutzutage eine annähernd normale Lebenserwartung. HIV-positiv bedeutet hier nicht dasselbe wie AIDS-krank. In Baden-Württemberg leben etwa 5.600 HIV-positive Männer, etwa 2.000 Frauen sind HIV-positiv. Informationen zum Thema bietet der Geschäftsbereich Gesundheit im Gesundheitsnetz des Ostalbkreises (www.gesundheitsnetz-ostalbkreis.de/Gesundheit/Infektionskrankheiten/AIDS) oder auf der Homepage des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) des Landes Baden-Württemberg unter www.gesundheitsamt-bw.de. Auf der ÖGD-Seite sind alle Informationen zur AIDS- und STI-Beratung auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Portugiesisch, Russisch, Türkisch und Spanisch vorhanden.





Alle Jahre wieder – die Einschuluntersuchung

2012 und 2013 wurde, wie auch in den Vorjahren, jeweils bei allen ca. 3.000 Kindern, die 2013 bzw. 2014 in die Schule kommen, die Einschuluntersuchung durchgeführt. Die Einschulungsuntersuchung ist eine Pflichtuntersuchung, die gesetzlich geregelt ist. Mit „neuen“ gesetzlichen Regelungen wurde die Einschuluntersuchung bei der Altersgruppe der mittleren Kindergartenkinder ermöglicht. Ziel war es, das letzte Kindergartenjahr, wenn nötig, zur gezielten Förderung einzelner Kinder nutzen zu können.

Die Krankenschwestern des Geschäftsbereichs Gesundheit führen eine Basisuntersuchung, das sogenannte „Screening“, zu Sehen, Hören, Körpergröße und -gewicht, Sprache, Motorik, Malentwicklung, Mengenerfassung und zum Verhalten durch, Impfbuch und

U-Heft werden eingesehen und dokumentiert, ggf. wird eine Impfberatung oder eine allgemeine Beratung durchgeführt, der freiwillige Elternfragebogen und Erzieherinnenfragebogen wird dazu herangezogen. Die erhobenen Daten werden elektronisch dokumentiert und im Landesgesundheitsamt landesweit ausgewertet. Zeigt das Screening unauffällige Ergebnisse, ist damit die Einschuluntersuchung beendet.

Ein Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Sprachentwicklung der Kinder: die Krankenschwestern führen dazu das Heidelberger Auditive Sprachscreening (HASE) durch. Wird hier ein auffälliger Befund erhoben, schließt sich ein zweiter ärztlicher Untersuchungsschritt an, eine Sprachentwicklungsuntersuchung (SETK 3-5) wird durchgeführt. Anhand des Ergebnisses dieser Sprachentwicklungsuntersuchung werden die Eltern hinsichtlich Sprachförderung oder Vorstellung ihres Kindes in der Sprachheilschule oder beim Kinderarzt beraten. Zudem bieten viele Kindergärten Programme zur intensiven Sprachförderung für die Kinder im letzten Kindergartenjahr, finanziert vom Land Baden-Württemberg, an, um gerade diesen Kindern einen guten Schulstart zu ermöglichen.

Der zweite Schritt der Einschuluntersuchung im letzten Kindergartenjahr bleibt, auch auf Grund begrenzter zeitlicher und personeller Ressourcen des Geschäftsbereichs Gesundheit, ausgewählten Kindern vorbehalten, bei denen schwerwiegende Befunde trotz durchgeführter Fördermaßnahmen weiterbestehen oder nach Absprache zwischen Eltern, Kindergarten und Schule eine erneute ärztliche Untersuchung im Geschäftsbereich Gesundheit als notwendig erachtet wird. Meist ist dies der Fall, wenn die Schulfähigkeit dieser Kinder zu klären ist.



Kommunale Gesundheitskonferenzen

Im Rahmen der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg wurden in den letzten Jahren Kommunale Gesundheitskonferenzen landesweit in vielen Kreisen etabliert. Hierbei sollen wichtige Themen der Gesundheitsförderung und der medizinischen Versorgung bearbeitet werden, um Verbesserungen für die gesundheitlichen Belange der Menschen sowohl durch präventive Angebote und Förderung des Gesundheitsbewusstseins als auch durch Verbesserungen in den Versorgungsstrukturen auf kommunaler Ebene zu erzielen.

Im Ostalbkreis wurde 2011 in diesem Sinn ebenfalls eine Kommunale Gesundheitskonferenz eingeführt. Bereits in den vergangenen Jahren waren im Kreis Gesundheitskonferenzen als Veranstaltungen für die Öffentlichkeit zu wichtigen Gesundheitsthemen veranstaltet worden. Auch im Bereich der Aufarbeitung der Problematik der ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes kann dem Ostalbkreis eine Vorreiterrolle zugesprochen werden, da hier wichtige Vorschläge erarbeitet wurden, die landesweit in die Planungen eingegangen sind.

Zur Aufarbeitung und Auswahl der Themen, die hier im Kreis im Zusammenhang mit der

Gesundheit wesentlich sind, wurde ein Leitungsgremium mit wichtigen Vertretern aus dem ambulanten und stationären medizinischen Versorgungsbereich unter Einbeziehung der Kostenträger etabliert. In den Sitzungen dieses Gremiums werden alle wesentlichen Punkte, die die Gesundheitskonferenz betreffen, diskutiert und Lösungen für die Probleme gesucht.

Am 16.4.2012 fand als erste Veranstaltung für die Öffentlichkeit die erste Kommunale Gesundheitskonferenz mit dem Thema „Ja zur Organspende“ statt. Die Veranstaltung war mit ca. 300 Besuchern sehr gut besucht. Durch Vorträge von Priv. Doz. Dr. Andreas Pregel, Chefarzt der Anästhesie-Abteilung der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen, Dekan Dr. Pius Angstenberger und Hartwig Gauder, Olympiasieger der Geher 1980, der mit einem Spenderherz wieder sportlich aktiv ist, wurde die medizinische und die ethische Sicht der Organspende beleuchtet und persönliche Erfahrungen eines Organempfängers geschildert. In der anschließenden Podiumsdiskussion, bei der sich außer den Referenten Frau Dr. med. Schleicher von der Deutschen Stiftung für Organspende und Herr Hoffmann als Empfänger eines Spenderherzens und ehemaliger Pfarrer beteiligten, wurde allen interessierten Bürgern die Möglichkeit gegeben, Fragen zu stellen, die kompetent beantwortet wurden.

In der zweiten Kommunalen Gesundheitskonferenz am 6.5.2013 wurden Probleme und Lösungsansätze der ärztlichen Versorgung im Kreis dargestellt. Nach einer Einführung durch Landrat Pavel, der die Problematik der ärztlichen Versorgung im Kreis durch die Schwierigkeiten der Ärzte, Praxisnachfolger zu gewinnen, und die bereits umgesetzten Konzepte zur Verbesserung, wie ein Ausbildungsprogramm für Allgemeinärzte und Maßnahmen zur Verbesserung der Notdienstsituation, aufzeigte, wurden von Dr. Fechner und Dr. jur. Hinz als Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Formen der ärztlichen Kooperation als Versorgungsform der Zukunft vorgestellt.

Anschließend berichteten die Vorsitzenden der Kreisärzteschaft Herr Gräter für Aalen und Dr. Bode für Schwäbisch Gmünd sowie Dr. Prengel von der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen über die in Schwäbisch Gmünd und Ellwangen bereits bestehenden, in Aalen geplanten Bereitschaftspraxen für die Versorgung am Wochenende. Für die zahlreichen Fragen aus der Bevölkerung und auch aus Fachkreisen standen wieder in der anschließenden Podiumsdiskussion die Referenten zur Verfügung sowie zusätzlich Vertreter der Kliniken. Das Interesse an der Problematik war groß, das Thema wird in den nächsten Jahren sicher weiter aktuell und wichtig bleiben. Die lebhafteste Diskussion mit Vorschlägen der Besucher war auch ein gutes Forum für eine Beteiligung der Bürger an den weiteren Prozessen zur Verbesserung der gesundheitsfördernden Strukturen des Kreises.

Impfungen

Der aktuelle Ausbruch von Kinderlähmung (Polio) in Syrien zeigt auf dramatische Weise die überragende Bedeutung von Impfungen zum Schutz vor Infektionskrankheiten. Syrien galt mehr als zehn Jahre als poliofrei. Durch die Bürgerkriegssituation hat sich die medizinische Versorgung in Syrien wesentlich verschlechtert. Die Polio-Impfquote ist in den vergangenen zwei Jahren deutlich gesunken. So konnten sich Polioviren wieder verbreiten. Bis Ende November 2013 wurden 17 Fälle von Kinderlähmung in Syrien bestätigt. Die Erkrankten waren meist jünger als zwei Jahre und nicht bzw. nicht vollständig geimpft. Es besteht ein ernst zu nehmendes Risiko, dass sich Polio auch in Deutschland wieder verbreitet. Infektionskrankheiten waren vor einigen Jahrzehnten in Deutschland noch sehr weit verbreitet und vor allem für Kinder eine Bedrohung. Erst mit umfassenden Impfprogrammen und verbesserten hygienischen Verhältnissen konnten ansteckende Erkrankungen wie Kinderlähmung eingedämmt werden. Impfungen gehören zu den wichtigsten und am sichersten vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen.



men. Durch Impfungen schützt man nicht nur sich selbst. Geimpfte verhindern die Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Diese sogenannte Herdenimmunität bietet anderen, die nicht oder noch nicht geimpft werden können, Schutz vor Ansteckung. Zum Aufbau eines Impfschutzes sind häufig mehrere Impfungen erforderlich (Grundimmunisierung). Bei einigen Impfungen hält der Schutz ein Leben lang, bei anderen wird durch wiederholtes Impfen (Auffrischungsimpfungen) „das Gedächtnis der Immunabwehr“ aufgefrischt.

Krankheiten, die nur Menschen betreffen, wie Pocken, Kinderlähmung oder Masern, können durch Impfungen ausgerottet werden. Bei Pocken ist uns dies durch intensive Impfprogramme gelungen. Die weltweite Ausrottung von Polio hat kurz vor dem Ziel durch den aktuellen Ausbruch in Syrien einen schweren Rückschlag erlitten. Bei der Masernelimination macht Deutschland seit Jahren keine wesentlichen Fortschritte. Während Nord- und Südamerika und Skandinavien masernfrei sind, kommt es in Deutschland aufgrund zu geringer Impfquoten immer wieder zu Ausbrüchen. Um die Weiterverbreitung von Infektionserkrankungen zu verhindern, sollten 95% der Bevölkerung entsprechend den Empfehlungen geimpft sein.



Bei der Wasserversorgungsgruppe Mutlangen werden Proben gezogen.

Der Geschäftsbereich Gesundheit des Ostalbkreises arbeitet deshalb seit langem intensiv daran, die Impfquoten zu verbessern. In der Schuleingangsuntersuchung werden alle Eltern, deren Kinder nicht nach den geltenden Empfehlungen der Ständigen Impfkommission geimpft sind, ausführlich zu Impfungen beraten. Bereits seit zehn Jahren läuft die sehr erfolgreiche Siebtklässler-Aktion. In Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten führt das Sachgebiet Jugendgesundheit eine Impfaufklärungsaktion speziell für die Kinder der 7. Klassen im Ostalbkreis durch. Ziel dieser Aktion ist es, über Impfungen zu informieren, die Durchimpfungsrate so zu erhöhen und die Inanspruchnahme der Jugendgesundheitsuntersuchung J1 bei Jugendlichen zu steigern. Jährlich werden Hunderte von zusätzlichen Impfungen und J1-Untersuchungen als Folge dieser Werbeaktion durch die Hausärzte durchgeführt.

Wasserqualität in den Badeseen des Ostalbkreises

Das Landschaftsbild des Ostalbkreises ist durch zahlreiche Natur- und Badeseen gekennzeichnet. Sie bieten Freizeitvergnügen für Jung und Alt. Die Kontrolle der Wasserqualität in diesen Badeseen ist in der Richtlinie 2006/7EG vorgeschrieben und wird vom Geschäftsbereich Gesundheit regelmäßig und gewissenhaft durchgeführt. Damit der Badespaß ungetrübt bleibt, startet die Beprobung bereits vier Wochen vor der Badesaison (Mai bis September). Die Wasserproben werden im Labor des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg in Stuttgart untersucht. Dabei hat sich herausgestellt, dass alle Badeseen im Ostalbkreis seit Jahren eine gleichbleibend gute bis sehr gute Wasserqualität aufweisen. Aufgrund dieser Tatsache durften die Untersuchungsabstände sogar verlängert werden – von 14-tägig auf 4-wöchentlich.

Sollten dennoch einmal die Gehalte der Verunreinigungen/Beeinträchtigungen über den festgelegten Grenzwerten liegen, werden umgehend Maßnahmen ergriffen. Dies beinhaltet z. B. weitere Untersuchungen und/oder Maßnahmen zur Beseitigung der Beeinträchtigung, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Geschäftsbereichen des Landratsamtes, der Polizei oder den Ortspolizeibehörden der Gemeinden.

Seit der Badesaison 2008 werden Informationen über die aktuelle Einstufung des Badegewässers, ein Abraten vom Baden oder gar ein förmliches Badeverbot mit Angabe von Gründen am betroffenen Badegewässer an leicht zugänglicher Stelle bekannt gegeben und aktiv verbreitet. Für jeden einzelnen Badensee können die aktuellen Badegewässerbefunde und deren Beurteilung durch das Landesgesundheitsamt – wie in den zurückliegenden Jahren – der Homepage des Gesundheitsnetzes Ostalbkreis entnommen werden.

Legionellen

Der Bundesrat hat der Änderungsverordnung der Neuen Trinkwasserverordnung mit weiteren Änderungen zugestimmt, so dass diese am 1. November 2011 in Kraft getreten ist. Sie soll die Qualität des Trinkwassers verbessern. Eine wesentliche Neuerung ist dabei die Untersuchung auf Legionellen. Legionellen sind Bakterien, die im Wasser vorkommen und sich bei Temperaturen von 30°C bis 45°C optimal vermehren können. Das Trinken von legionellenhaltigem Wasser ist unbedenklich. Erst durch das Einatmen bakterienhaltigen Wassers als Aerosol, z. B. beim Duschen, kann es zu einer Erkrankung kommen. Aus diesem Grund wurde die Thematik in der Neuen Trinkwasserverordnung aufgewertet.

Die Unternehmer oder sonstigen Inhaber einer Großanlage zur Trinkwassererwärmung haben systemische Untersuchungen durchzu-

führen, sofern das Wasser im Rahmen einer gewerblichen oder öffentlichen Tätigkeit abgegeben wird. Die Untersuchungspflicht besteht für Anlagen, die Duschen oder andere Einrichtungen haben, in denen es zu einer Verneblung des Wassers kommt. Wasserversorgungsanlagen, welche Wasser in einer gewerblichen Tätigkeit (z. B. Vermietung) abgeben, sind mindestens alle drei Jahre zu überprüfen. Im öffentlichen Bereich (z. B. an Schulen) muss dies jährlich durchgeführt werden. In Baden-Württemberg dürfen Trinkwasserproben nur durch Labore untersucht werden, die in einer Landesliste des Ministerium Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg aufgeführt sind. Diese Liste wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

Das Umweltbundesamt hat für die Thematik „Systemische Untersuchungen von Trinkwasser-Installationen auf Legionellen“ viele interessante Informationen. Hierbei werden Probleme bei der Auswahl der Probeentnahmestellen, die Durchführung der Beprobung oder die Erstellung einer Gefährdungsanalyse aufgegriffen. Für die Erstellung einer Gefährdungsanalyse ist der Unternehmer oder sonstige Inhaber einer Großanlage zur Trinkwassererwärmung verpflichtet, wenn der technische Maßnahmenwert für Legionellen überschritten ist. Dieser technische Maßnahmenwert liegt bei 100 KBE/100ml. Eine Meldepflicht gegenüber dem Geschäftsbereich Gesundheit besteht bei Überschreitung dieses Wertes, was bis Ende des Jahres 2013 190 Mal der Fall war. In einem Arbeitsblatt des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches, dem DVGW W551, sind weitere Informationen zu der Thematik Legionellen zu enthalten. Dort findet auch eine Bewertung der Legionellenkonzentrationen mit den dazugehörigen Maßnahmen statt. Bei hohen Kontaminationen muss ein Duschverbot verhängt werden und es müssen umgehend Maßnahmen zur Reduzierung der Legionellen eingeleitet werden. Solche Duschverbote wurden im Ostalbkreis bereits verhängt.



Ostalbkreis gründet Netzwerk zur Bekämpfung multiresistenter Erreger

Der Geschäftsbereich Gesundheit hat im Februar 2013 zusammen mit niedergelassenen Ärzten, Sozialstationen, Pflegeheimen und Krankenhäusern das „MRE-Netzwerk Ostalbkreis“ gegründet. „MRE“ steht für Multiresistente Erreger, deren Prävention und Bekämpfung nur durch eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit unter den Partnern im Gesundheitswesen gelingt.

Auch der Ostalbkreis ist von multiresistenten Erregern betroffen ist, allerdings nicht mehr als sonst in Baden-Württemberg oder Deutschland. Es sind dennoch gemeinsame Anstrengungen notwendig, um die bundesweit zu beobachtende schnelle und beunruhigende Zunahme von multiresistenten Erregern auch hier zu bekämpfen. Multiresistente Erreger verursachen nicht nur Kosten, sondern sie belasten alle Partner im Gesundheitswesen und natürlich vor allem die betroffenen Patienten.

Das MRE-Netzwerk hat unter der Koordination des Geschäftsbereichs Gesundheit seine Arbeit aufgenommen und praktische Handlungsempfehlungen für die jeweiligen Einzelbereiche erarbeitet. Ziel ist es, die Patienten

Auftakt MRE-Netzwerk Ostalbkreis im Großen Sitzungssaal am 27.02.2013. V. l.: Chefarzt Dr. Manfred Wiedemann vom Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd, Rainer M. Graeter, der Vorsitzende der Kreisärzteschaft Aalen, Hans Eberhardt, Pfleger am Klinikum Heidenheim und Dr. Klaus Walter, Gesundheitsdezernent des Ostalbkreises

zu schützen, indem multiresistente Erreger aufgespürt und – wenn notwendig – die Patienten einer konsequenten Sanierung zugeführt werden, sei es im Krankenhaus, im Pflegeheim oder beim Hausarzt. Dies kann nur gemeinsam mit allen Partnern im MRE-Netzwerk Ostalbkreis gelingen. Die Akteure des MRE-Netzwerks treffen sich vier mal im Jahr.

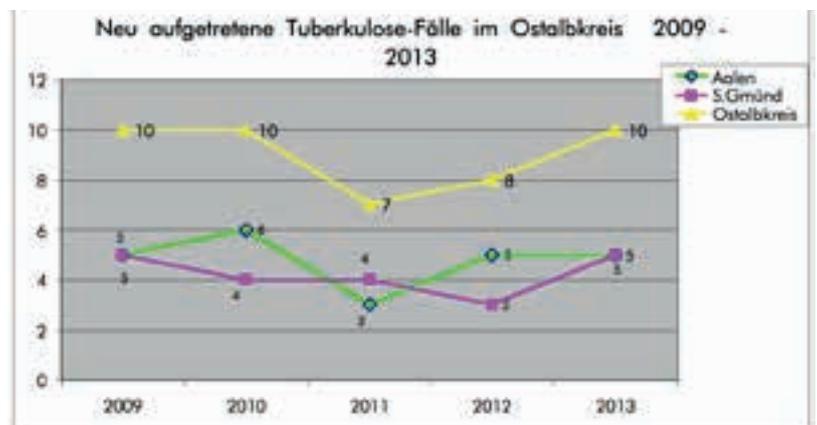
Vor der Gründungsveranstaltung wurde eine Befragung der Teilnehmer vorgenommen. Hieraus ließen sich die ersten Arbeitsaufträge an das MRE-Netzwerk ableiten. Folgende Themen wurden dabei genannt: Erstens die Verwendung eines einheitlicher Überleitbogens, der die Kommunikation zum Stand der Untersuchungen oder Sanierung zwischen den Einrichtungen verbessern wird, zweitens der Wunsch nach Anwendung einheitlicher Standards und Verfahrensanweisungen, drittens regelmäßige Schulungen und Fortbildungen sowie viertens der Aufbau einer verstärkten Kooperation und Kommunikation zwischen der ambulanten und der stationären medizinischen Versorgung, jeweils bezogen natürlich auf das Problem der multiresistenten Erreger. Der Geschäftsbereich Gesundheit organisiert die Sitzungen und lädt dazu ein, moderiert das MRE-Netzwerk Ostalbkreis und hilft so, das Vorgehen der Partner in Klinik, Pflege und ambulanter Versorgung zu koordinieren.

Tuberkulose ist auch im Ostalbkreis nicht ausgerottet

Die Tuberkulose ist bis heute neben Malaria und AIDS weltweit eine der drei häufigsten Infektionskrankheiten, und weltweit gehört die Tuberkulose immer noch zu den Erkrankungen, an denen Millionen Menschen jährlich sterben. Weltweite ist der Kampf gegen Tuberkulose dringender und aktueller denn je. Auch im Ostalbkreis gibt es jedes Jahr Krankheitsfälle an Tuberkulose. In den letzten drei Jahren wurde eine leichte Zunahme der gemeldeten Tuberkulose-Fälle beobachtet: Im Jahr 2013 wurden im Ostalbkreis zehn neue

Tuberkulose-Fälle gemeldet, fünf im Raum Aalen und fünf im Raum Schwäbisch Gmünd. Dies ist eine Zunahme um zwei Erkrankungen gegenüber 2012 (2011: sieben Fälle), darunter war auch im Jahr 2013 wieder eine Meldung einer sogenannten multiresistenten Tuberkulose-Erkrankung. In den letzten zehn Jahren erhielt der Geschäftsbereich Gesundheit acht Meldungen einer solchen multiresistenten Tuberkulose. Bei einer multiresistenten Tuberkulose handelt es sich um eine Form der Tuberkulose, die sehr ansteckend sein kann und der Tuberkuloseerreger gegen die zwei wichtigsten Antibiotika zur Behandlung der Tuberkulosekrankheit (Isoniazid und Rifampicin) resistent ist. Die Behandlung einer multiresistenten Tuberkulose ist außerordentlich kompliziert, langwierig und kostenintensiv.

2013 war bei 80% der gemeldeten Tuberkulosefälle im Ostalbkreis die Lunge betroffen, und es bestand bei allen diesen Fällen die Gefahr einer Weiterverbreitung der Erkrankung („offene Lungentuberkulose“). Experten gehen davon aus, dass eine an offener Tuberkulose erkrankte Person innerhalb eines Jahres ca. zehn bis 15 weitere Personen ansteckt. Anders als im Vorjahr erkrankten 2013 überwiegende Frauen als Männer. Unter den Neuerkrankten war auch diesmal erfreulicherweise kein Kind. Bei der einhei-



mischen Bevölkerung sind überwiegend ältere Menschen betroffen. Der Ausländeranteil

der Tuberkuloseerkrankten war im Vergleich zum Vorjahr höher und betrug 40% der TBC-Fälle (2012: 25%).

Die Ansteckung mit Tuberkulosebakterien erfolgt heute von Mensch zu Mensch praktisch nur noch über die Atemwege durch die sogenannte Tröpfcheninfektion. Der an einer offenen Tuberkulose Erkrankte gibt beim Sprechen, Husten und Niesen mit seinem Atem feinste Tröpfchen ab. Diese enthalten Tuberkulosebakterien und können beim Einatmen die Lunge des Gegenübers infizieren. Typische Krankheits Symptome einer Tuberkulose sind: Einschränkung des Allgemeinbefindens, Husten, Müdigkeit, Appetitlosigkeit, Nachtschweiß, Gewichtsabnahme und leichtes Fieber. Weil diese Symptome auch bei vielen anderen Erkrankungen auftreten wird oft erst sehr spät an eine Tuberkulose gedacht. Der Zeitraum von der Infektion bis zum Ausbruch der Krankheit, die sogenannte Inkubationszeit, liegt zwischen drei Monaten und mehreren Jahren.

Der Geschäftsbereich Gesundheit führt bei allen neu entdeckten Infektionen sogenannte Umgebungsuntersuchungen durch. Alle Kontaktpersonen werden auf Anzeichen der Tuberkulose untersucht. An beiden Standorten (Aalen und Schwäbisch Gmünd) ist die entsprechende Labor- und Röntgeneinrichtung im Haus vorhanden. Dies ist notwendig für die Diagnose und die weitere Kontrolle dieser Krankheit. Die Therapie der Tuberkulose findet bei niedergelassenen Ärzten statt. Im Jahr 2013 wurden 272 Kontaktpersonen im Gesundheitsamt Ostalbkreis im Rahmen einer Umgebungsuntersuchung untersucht, je nach Sachelage ein bis drei mal (2012: 166 Kontaktpersonen). Die durchgeführte Untersuchungszahl in der Tuberkulose-Abteilung im Jahr 2013 betrug 743 Untersuchungen (2012: 448 Untersuchungen). Die beim Gesundheitsamt im Rahmen einer Umgebungsuntersuchung durchgeführten Untersuchungen sind kostenfrei.



Zahngesundheit im Ostalbkreis

Die Bedeutung gesunder, schöner Zähne für das allgemeine Wohlbefinden und die soziale Anerkennung eines Menschen sind unumstritten. Durch Plaquekontrolle, eine zahn gesunde Ernährungsweise und Fluoridprophylaxe kann man einiges für die Gesunderhaltung der Zähne tun. Zur Förderung der Mundgesundheit bei Kindern und Jugendlichen kümmern sich im Ostalbkreis gemeinschaftlich die für die öffentliche Jugendzahn pflege zuständigen Stellen, der Geschäftsbereich Gesundheit und die Arbeitsgemeinschaft Zahn gesundheit. In Kindertageseinrichtungen und Schulen vorrangig in Gruppen als Gruppenprophylaxe mit risikogerechter Intensität werden Aufklärung über gesundheitsbewusstes Verhalten, klinische Untersuchungen und Zahnschmelzhärtung durch Fluoride durchgeführt.

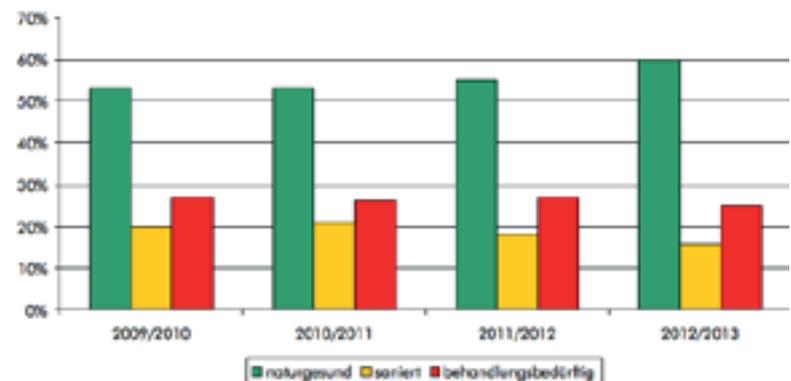
Für die zahnärztlichen Untersuchungen steht der Zahnärztin des Geschäftsbereichs Gesundheit seit April 2012 eine mobile Zahnkamera zur Verfügung. Deren Einsatz unterstützt eine effiziente Prophylaxearbeit. Sie ermöglicht, ein helles, scharfes und verzerrungsfreies Bild der untersuchten Gebisse auf einem Bildschirm darzustellen. Zum einen erhöhen diese optimierten Untersuchungsbedingungen die Sensitivität der Kariesdiagnostik, zum anderen können den Kindern ihre zahnärztlichen Befunde besser veranschaulicht werden. So werden kariöse Läsionen frühzeitig

erkannt und die Kinder für ihre Mundgesundheit sensibilisiert. Für jedes untersuchte Kind wird der Kamerakopf mit einer neuen Einwegschutzfolie versehen.

Über 10.000 Kinder wurden seither mit der Zahnkamera schon untersucht, darunter der jeweilige Einschulungsjahrgang und jährlich alle Förderschüler. Der Anteil naturgesunder Gesamtbisse bei den Erstklässlern der Grundschulen hat sich im jährlichen Vergleich über einen Zeitraum von vier Jahren kontinuierlich gesteigert und lag im Schuljahr 2012/13 bei 60%. Berücksichtigt man auch die Förderschüler der Eingangsklassen, die zu 48% naturgesunde Zähne haben, so erhält man für die gesamte Altersstufe der 6- bis 7-Jährigen auf der Ostalb einen Wert von 59% naturgesunder Gebisse. 2009 lag dieser Anteil bundesweit bei 53,9% (42,7% – 62,3%). Um das von der WHO und der Bundeszahnärztekammer für das Jahr 2020 deklarierte Ziel von „Kariesfreiheit bei 80%“ zu erreichen, müssen aber noch große Anstrengungen unternommen werden.

Kariesprävalenz (Gesamtbiss) in der 1. Klasse Grundschule im jährlichen Vergleich über einen Zeitraum von vier Jahren

Im Ostalbkreis wurde in den vergangenen Jahren in allen Sonderschulen sowie in einigen Grundschulen eine Fluoridprophylaxe auf Kosten der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit angeboten. Eine Fluoridprophylaxe in Form von Fluoridgel bürsteten die Schülerinnen und Schüler unter Aufsicht von Lehrkräften ein. Eine Fluoridprophylaxe in Form von Fluoridlack wurde bei ca. 1.000 Kindern einmal jährlich auf das Gebiss durch die Zahnärztin des Geschäftsbereichs Gesundheit aufgetragen. Die kariesreduzierende Wirkung von Fluoridlack oder Fluoridgel in der Gruppenprophylaxe wurde in mehreren Übersichtsartikeln bzw. Metaanalysen aufgezeigt. Die Anwendung von Fluoriden gilt als die stärkste Säule der Kariesprophylaxe.



Für die Jahre 2012 und 2013 wurde auch jeweils ein Mundgesundheitsbericht erstellt, 2012 vom Geschäftsbereich Gesundheit und 2013 gemeinschaftlich vom Geschäftsbereich Gesundheit und der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit. Gedruckte Exemplare wurden an Schulen und an der Gruppenprophylaxe beteiligte Partner vor Ort geschickt. Eine Online-Version ist im Gesundheitsnetz zu finden. In den Berichten werden die Vorgehensweise bei den gruppenprophylaktischen Maßnahmen aufgezeigt und die Ergebnisse der zahnärztlichen Untersuchungen sowie der Umfang der präventiven Maßnahmen beschrieben.

Als Klinikum der Zentralversorgung deckt das Ostalb-Klinikum das komplette Spektrum der Akutversorgung ab. Es ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Ulm und bietet neben einer qualitativ hochwertigen Rundumversorgung der Bevölkerung in der Raumschaft Aalen auch viele spezielle medizinische Angebote von überregionaler Bedeutung auf Top-Niveau. Zum Ostalb-Klinikum gehört auch das Bildungszentrum Gesundheit und Pflege (Aus- und Weiterbildungsstätte für die Bereiche Kinderkrankenpflege, Krankenpflege, Operationstechnische Assistenz sowie Intensivpflege/Anästhesie). In der ehemaligen Klinik am Ipf in Bopfingen betreibt das Ostalb-Klinikum eine Spezialpflegeeinrichtung für Menschen im Wachkoma. Für patientenferne Dienste wurde für den Eigenbetrieb Ostalb-Klinikum eine Service GmbH gegründet, an der der Ostalbkreis zu 51% und die Firma KDS, Kempten, zu 49% beteiligt sind.

Zertifikat als minimal-invasives Zentrum

Die chirurgische Klinik I wurde im Januar 2012 als zweite Klinik in Baden-Württemberg, neben dem Klinikum in Heidelberg, mit dem Titel minimal invasives Centrum (Zentrum für Schlüssellochchirurgie) ausgezeichnet. Als Referenzzentrum bietet das Team um Chefarzt Prof. Marco Siech nicht nur eine hochqualifizierte Patientenversorgung an, sondern nimmt eine Vorreiterrolle in Sachen Schlüssellochoperationen ein. Im Ostalb-Klinikum werden auch hoch komplexe und schwierige Eingriffe an der Bauchspeicheldrüse und an der Leber wenn möglich minimal-invasiv und somit patientenschonend vorgenommen.



Einweihung des Zentrums für Altersmedizin Anfang Februar 2012 konnte nach einer Rekordbauzeit von nur zehn Monaten das Zentrum für Altersmedizin am Ostalb-Klinikum Aalen eröffnet werden. So konnte die entstandene Versorgungslücke im Ostalbkreis, die durch die Schließung der Samariterstiftung entstanden war, schnellstmöglich geschlossen werden. Dass Bedarf und Nachfrage da sind, zeigte sich schon nach wenigen Tagen im Echtbetrieb als die 24 Betten der stationären Rehabilitation bereits voll belegt waren.



V. l.: Krankenhausdirektor Axel F. Janischowski, Dr. Iris Heßelbach und Landrat Klaus Pavel

Ethikkomitee nimmt Arbeit auf

Nach intensiven Vorbereitungen wurde Mitte des Jahres 2012 ein Ethik-Komitee im Ostalb-Klinikum gegründet. Die Mitglieder unter dem Vorsitz von Chefarzt Dr. Karsten Gnauer kommen aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen und werden zukünftig Mitarbeiter wie Patienten und deren Angehörigen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. In Grenzsituationen der stationären Krankenhausbehandlung, bei Fragen des medizinisch machbaren oder sinnvollen, wird hier ein Plenum und Forum zur Diskussion und zum Austausch angeboten.

Invasive Lungenheilkunde als neuer Schwerpunkt

Mit Dr. Martin Edelmann als neuem Oberarzt der medizinischen Klinik I ist ein Lungenspezialist am Ostalb-Klinikum, der den neuen Schwerpunkt Pneumologie aufbauen und etablieren soll. Damit wird die invasive

Lungenheilkunde der Kinderklinik auch in den Erwachsenenbereich ausgeweitet und ausgebaut. In Kooperation mit dem in Aalen niedergelassenen Lungenfacharzt Dr. Albrecht Bezler wird die Patientenversorgung in Aalen dadurch einen spürbaren Auftrieb erhalten. Von der Ausweitung der diagnostischen und therapeutischen Techniken auf dem Gebiet der pneumologischen-endoskopischen Tätigkeit profitieren intern auch die benachbarten Fachkliniken der Allgemeinchirurgie und der Kinderklinik.



2. und 3. Sportmedizinisches Symposium Ostwürttemberg

Nach der erfolgreichen Erstaufgabe im Jahr 2011 mit dem Schwerpunkt Fußball standen bei den Veranstaltungen im Jahr 2012 und 2013 „Handball“ und „Kinder und Sport“ im Mittelpunkt. Chefarzt Privatdozent Dr. Michael Oberst ist es wieder gelungen, eine Reihe hochkarätiger Referenten zu verpflichten, die den eingeladenen Teilnehmer in Vorträgen und Workshops ihr Fachwissen vermitteln konnten.

Auszeichnung im Doppelpack

Im November 2012 konnten die Früchte einer erfolgreichen Arbeit geerntet werden. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) zeichnete das Ostalb-Klinikum Aalen gleich in zwei Kategorien aus. Zum einen gab es eine Ehrung



als besonders behindertenfreundlicher Arbeitgeber. Das Ostalb-Klinikum beschäftigt hier deutlich mehr Menschen mit einer schweren Behinderung als der Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg. Zum Zweiten wurde das Klinikum für sein vorbildliches betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) ausgezeichnet. Dem BEM-Team um Personalleiter Alexander Latzko gelingt es, Langzeit erkrankten Mitarbeitern den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen und zu erleichtern.

Chefärzte als Top-Mediziner ausgezeichnet

Gleich zwei Chefärzte des Ostalb-Klinikums Aalen wurden auf der Ärzteliste der Zeitschrift Focus in den Jahren 2012 und 2013 benannt. Prof. Dr. Joachim Freihorst, Chefarzt der Kinder- und Jugendklinik wird als ein bundesweit ausgewiesener Asthmaexperte benannt und ausgezeichnet. Ebenfalls auf der Liste Deutschlands größter Ärztebewertung stand Dr. Askan Hendrichke, Chefarzt der Psychosomatik. Im Fachgebiet Psychiatrie und Psychosomatik wurde er für das Teilgebiet Essstörungen ausgezeichnet. Diese Veröffentlichungen in den Ärztelisten der Jahre 2012 und 2013 machen wieder einmal deutlich, dass nicht nur in Universitätskliniken und in Großstädten Spitzenmedizin angeboten wird, sondern auch kleinere Krankenhäuser nicht nur breit aufgestellt sind, sondern auch in Spezialgebieten mit höchster Qualität glänzen können.

Sonntagsvorlesungen werden fortgeführt

Die Sonntagsvorlesungen, die das Ostalb-Klinikum bereits im vierten Jahr anbietet, haben sich zur Erfolgsgeschichte entwickelt. Das Konzept, medizinische Themen in einer leicht verständlichen Form für den „Laien“ zu präsentieren, kommt bei der Bevölkerung des Ostalbkreises sehr gut an. Im Jahresdurchschnitt der Jahre 2012 und 2013 besuchten über 100 Personen die „Vorlesungen“, die jeweils sonntags in der Volkshochschule Aalen stattfinden.

Die Rehabilitationsmedizin Ostalb GmbH erhält Qualitätszertifikat

„Endlich aufatmen und den Erfolg feiern“ war das Motto in der Rehabilitationsmedizin Ostalb GmbH im Mai 2013. Die Rehabilitations-

medizin Ostalb GmbH erhielt nach einer intensiven Vorbereitungsphase unter Einbeziehung aller beteiligten Berufsgruppen die Zertifizierung nach DIN ISO 9001 : 2008 und nach dem Qualitätssiegel Geriatrie. Das Zertifizierungsaudit fand am selben Tag statt und wurde durch die i-med-cert GmbH in der Abteilung für Geriatrische Rehabilitation durchgeführt. Damit wurden alle vom Gesetzgeber an eine stationäre geriatrische Rehabilitationseinrichtung geforderten Voraussetzungen erfüllt, die durch zielgerichtete und systematische Verfahren und Maßnahmen zum Ziel haben, die Qualität der Versorgung zu gewährleisten und kontinuierlich zu verbessern.



V. l.: Prof. Dr. Freihorst, Dr. Gnauert und Landrat Klaus Pavel bei der „Schlüsselübergabe“

Einweihung Neubau Frauenklinik und Neonatologie

Am 22. November 2013 wurde der Neubau mit einem Festakt offiziell eröffnet und eingeweiht. Zwei Tage später wurden die Räumlichkeiten bei einem Tag der offenen Tür der Bevölkerung präsentiert. Den rund 3.000 Be-

suchern war das große Interesse am Neubau deutlich anzumerken. Mit dem Umzug der Aalener Frauenklinik und der Kinderklinik wurden die bisherigen Räumlichkeiten aus dem Jahre 1963 zugunsten eines modernen und zeitgemäßen Neubaus aufgegeben. Durch den Umzug wird die Neonatologie zukünftig auch räumlich noch enger mit der Geburtshilfe verbunden sein. So können sich zukünftig die interdisziplinären Teams der Kinder- und der Frauenklinik noch enger und effizienter um die Neugeborenen am Ostalb-Klinikum kümmern. Auch das Zentrallabor zieht um und kann in den neuen Räumen den heutigen technischen und hygienischen Anforderungen optimal entsprechen, und die erstmals am Ostalb-Klinikum vorhandene Laborrohrpost erleichtert den Workflow.

Arbeitgeber Ostalb-Klinikum

Das Ostalb-Klinikum Aalen bietet aktuell ca. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Region einen Arbeitsplatz. Auch in den vergangenen zwei Jahren investierte das Klinikum in zukünftiges Fachpersonal und begrüßte zum jeweiligen Ausbildungsstart im Oktober je 40 neue Auszubildende. Insgesamt wird die beachtliche Zahl von 90 Auszubildenden pro Jahr im Ostalb-Klinikum Aalen auf die Berufswelt vorbereitet.

Auch wenn teilweise über Bedarf ausgebildet wird und nicht alle Absolventen übernommen werden können, soll auch weiterhin dieser Weg mit Engagement begangen werden, um auch in Zukunft auf hochqualifiziertes Personal zugreifen zu können.



ST. ANNA-VIRNGRUND-KLINIK ELLWANGEN

2013 war ein Jubiläumsjahr für die St. Anna-Virngrund-Klinik: Neben dem 30-jährigen Bestehen der Grünen Schwestern, den guten Geistern der Klinik, und dem 40-jährigen Bestehen des Ostalbkreises feierte die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie im selben Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum.

30 Jahre Grüne Schwestern

Den Hilfsdienst, der auch unter dem Namen Grüne Schwestern bekannt ist, gibt es seit 30 Jahren. Aus diesem Anlass würdigte Gerlinde Kretschmann, die Ehefrau des baden-württembergischen Ministerpräsidenten die Tätigkeit des freiwilligen Hilfsdienstes mit einer Festrede bei der Jubiläumsveranstaltung am 7. Oktober. Landrat Klaus Pavel freute sich über die „phänomenale Zahl“ von über 140 Ehrenamtlichen im freiwilligen Hilfsdienst. Besonders bei der Leiterin Annemarie Klauk bedankte sich Pavel für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr enormes Engagement in den vergangenen 30 Jahren. Durch den Besuchsdienst, die Arbeit in der eigens geschaffenen Bibliothek und die allsonntägliche Unterstützung der Kommunionshelferinnen und -helfer nimmt der freiwillige Hilfsdienst positiven Einfluss auf den Klinikaufenthalt der Patienten. Besonders der Kontakt, das offene Ohr und die Fürsorge der Grünen Schwestern werden von den Patienten sehr geschätzt.



10 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie

Ihr 10-jähriges Bestehen feierte die Abteilung für Kinder und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychosomatik an der St. Anna-Virngrund-Klinik ebenfalls im Jahr 2013. Anlässlich des Jubiläums organisierte Dr. Denise Rossaro, die seit 2011 Chefärztin dieser Abteilung ist, ein wissenschaftliches Symposium mit hochkarätigen Referenten. So referierte Professor Schmidt über die Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland. Er begleitet die Abteilung seit Beginn der Planungen: „Es war schön, die Planung und Entwicklung dieser Abteilung mit verfolgen zu können. Nun zeigt sich nach 10-jährigem Betrieb, dass an der St. Anna-Virngrund-Klinik ein für die Versorgung psychisch beeinträchtigter Kinder und Jugendlicher der gesamten Region bedeutendes Versorgungssystem entstanden ist.“ Professor Fegert, Ärztlicher Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm und Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, ging in seinem Vortrag auf traumatisierte Kinder und adäquate Versorgungskonzepte ein.

Danach sprach Hanna Grimm, Diplompsychologin an der St. Anna-Virngrund-Klinik, über die Kinder psychisch erkrankter Eltern. Nach dem wissenschaftlichen Teil des Symposiums stimulierte Frank Fischer, vielfach preisgekrönter Kabarettist, die Lachmuskeln der Teilnehmer. Danach konnten die Gäste bei einem Grillfest mit musikalischer Unterhaltung durch Richie Beaumont das zehnjährige Bestehen gebührend feiern.

40 Jahre Ostalbkreis – Veranstaltungsreihe an der Klinik

Am 1. Januar 2013 feierte der Ostalbkreis sein 40-jähriges Bestehen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „40 Jahre Ostalbkreis“ öffnete die St. Anna-Virngrund-Klinik für zahlreiche Besucher die Pforten. Mit Vorträgen und chef-

arztgeführten Rundgängen wurde über die Arbeit der einzelnen Abteilungen informiert. Landrat Klaus Pavel gab zunächst einen Einblick in die Entwicklung der Krankenhäuser im Ostalbkreis. Anschließend referierten die Chefärzte der St. Anna-Virngrund-Klinik über die Entwicklungen in ihren jeweiligen Abteilungen und skizzierten das vielfältige Leistungsspektrum medizinischer Versorgung auf hohem Niveau. Auch Pflegedirektor Vaas informierte über 120 Gäste in einer Gesprächsrunde mit aktuellen und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Berufsgruppen über ihre ganz persönlichen Eindrücke zu den Veränderungen in den ver-

zum Infoabend am 7. Mai 2013 „Wir alle sind das Krankenhaus - Was gibt es Neues an der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen“. Das Programm war so vielfältig wie die täglich geleistete Arbeit: Neben den medizinischen Besonderheiten und Entwicklungen in der Anästhesie, Intensivmedizin und Schmerztherapie, Palliativmedizin und Gynäkologie präsentierte sich die Klinikküche mit gesunden Häppchen. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie ermöglichte zusätzlich einen Einblick in die Musiktherapie. Ein Film über den Alltag des Intensivkrankenpflegers Bernd Ziegler und der neue Leitende Oberarzt der Unfallchirurgie Dr. Götz Kilburger rundeten einen inter-

OP früher und heute



gangenen 40 Jahren an der St. Anna-Virngrund-Klinik. Abgerundet wurde der Abend durch die Vorstellung der baulichen und strukturellen Entwicklungen der Krankenhausversorgung in Ellwangen durch Wolfgang Mader, ehemals Krankenpfleger und aktueller Einkaufsleiter.

Die Abteilungen präsentieren sich

Zahlreiche Besucher folgten der Einladung des Freundes- und Fördervereins der Klinik

essanten und erfolgreichen Tag ab. Als Fazit des Tages bleibt: Fachkompetenz und Menschlichkeit prägen die Ellwanger Klinik.

Die St. Anna-Virngrund-Klinik zeigt sich in ganz neuer Erscheinung

Für die Klinik ergab sich nach Fertigstellung des 4. Bauabschnitts am 22. Juli 2012 mit einem Tag der Offenen Tür die einmalige Gelegenheit, ihr umfassendes Leistungsangebot einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Mit

einem ökumenischen Gottesdienst wurde der Tag der Offenen Tür feierlich eröffnet. Neben einem vielfältigen Informationsangebot mit Vorträgen, Führungen und Informationsständen, an denen man sich von der Lungenfunktion bis zur Venenmessung durchchecken lassen oder aber auch bei der endoskopischen Entfernung von Gummibärchen aus Körpermodellen selbst Hand anlegen konnte, gab es zudem ein Glücksrad und Kinderschminken und die Besucher wurden mit Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen versorgt. Die



St. Anna-Virngrund-Klinik konnte sich vor einem bemerkenswert hohen Besucherzustrom kaum retten. Die Anzahl der Besucher belegten das große Interesse und die Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer St. Anna-Virngrund-Klinik.

Fertigstellung Bauabschnitt 4 – Neubau der Inneren beendet

Den Höhepunkt des Jahres 2012 bildete die Fertigstellung des Neubaus Innere Medizin

und weitere Funktionsbereiche. Mit der offiziellen Eröffnung durch Sozialministerin Katrin Altpeter und Landrat Klaus Pavel am 20. Juli 2012 kam die klinische Baukonzeption der St. Anna-Virngrund-Klinik nach mehr als 16 Jahren Bauzeit zu einem erfolgreichen Abschluss.

Die Klinik ist funktional und baulich hochmodern aufgestellt und präsentiert sich als modernes Gesundheitszentrum, welches der Bevölkerung eine hochwertige medizinische Versorgung bietet und gleichzeitig mit einer funktionellen und ansprechenden Architektur besticht. Neben der Umgestaltung der Zimmer hat sich auch das medizinische Angebot verbessert. Zum einen entstand 2003 mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein komplett neues Leistungsangebot. Aber auch mit der Inbetriebnahme des neuen Zentral-OP im Jahr 2007 ist jetzt deutlich mehr möglich: große Tumoroperationen, komplizierte Prostata- und Blaseneingriffe, Laserchirurgie und vieles mehr.

Der Neubau links vom Haupteingang ermöglicht, die schnelle Genesung so angenehm wie möglich zu gestalten: Jedes Zimmer ist modern eingerichtet, mit einer Nasszelle ausgestattet und bietet einen Blick auf die historische Altstadt. Zudem liegt heute der Schwerpunkt auf hellen, freundlichen Ein- und Zwei-Bettzimmern. Auch Ärzte und Pflorgeteams profitieren von kurzen Wegen und reibungslos funktionierender Infrastruktur. Aus drei Stationen wurden zwei mit insgesamt 66 Betten,



vier interdisziplinären Betten auf der Intensivstation und neu zusammengestellten, kompetenten Teams. Im Zuge der räumlichen Veränderung wurde das Leistungsspektrum in den Teilbereichen Hämatologie/Onkologie und Gastroenterologie deutlich erweitert.

Der Neubau bietet neben den neuen Räumen zur Behandlung stationärer Patienten internistischer Krankheitsbilder auch anderen Fachabteilungen und Funktionsbereichen ein neues Zuhause. So konnte die Physiotherapie großzügige und funktionell deutlich verbesserte Räume im Neubau beziehen. Das Leistungsangebot in diesem Bereich konnte hierdurch deutlich erweitert werden und bietet auch zukünftig Wachstumspotenziale zur Behandlung stationärer und ambulanter Patienten. Außerdem konnten der Sozialdienst und die medizinischen Kodierfachkräfte ebenfalls neue Räume beziehen. Im Erdgeschoss konnten außerdem zusätzliche Bereitschaftsdienstzimmer etabliert werden. Mit dem Umzug der beiden internistischen Stationen in den neuen Baukörper wurde die bereits Ende des Jahres 2002 fertig gestellte Erwachsenenpsychiatrie frei für ihren eigentlichen Nutzungszweck und konnte nach kleineren Umbaumaßnahmen ebenfalls noch im Dezember 2012 in Betrieb genommen werden.

Start multimodale, stationäre Schmerzbehandlung – Einzigartig im Ostalbkreis



Der Kreistag des Ostalbkreises hat in der Sitzung am 2. Oktober 2012 die Einrichtung von fünf stationären Schmerzbetten in der St. Anna-Virngrund-Klinik freigegeben. Die Betten werden im Rahmen der allgemeinen Planbettenanzahl geführt, sie werden fachlich und organisatorisch der Abteilung für Anästhesie, Intensivmedizin und Schmerztherapie zugeordnet. Die fachliche und organisatorische Leitung erfolgt durch den Leitenden Oberarzt der Abteilung für Anästhesie, Intensivmedizin

und Schmerztherapie, Dr. Edgar Bauderer.

Die überaus positiven Erfahrungen in der bisherigen „komplexen Schmerztherapie“ bestärkten das Team um Oberarzt Dr. Bauderer, die multimodale Schmerzbehandlung weiter auszubauen. Wesentliche Inhalte dieser besonderen Schmerzbehandlung sind Schmerzdiagnostik, Optimierung der Schmerzindikationen und Feststellung der Indikation für invasive Therapieverfahren. Wesentliches Behandlungsziel ist die Verbesserung der Lebensqualität chronischer Schmerzpatientinnen und -patienten durch eine Veränderung der Schmerzwahrnehmung und Schmerzverarbeitung, den Abbau der Hilflosigkeit, Angst und Depression und die Erweiterung der sozialen Aktivitäten mit allen damit verbundenen positiven Begleiterscheinungen. Um allen Patientinnen und Patienten mit einer oft langjährigen Krankheitsgeschichte bestmögliche Behandlungschancen zu bieten, verfolgt die multimodale Schmerzbehandlung einen komplexen interdisziplinären Therapieansatz.

Zeichen der Toleranz und Integration gesetzt – Einweihung Muslimischer Gebetsraum



In der seelsorgerischen Begleitung von Patienten setzte die St. Anna-Virngrund-Klinik mit der Etablierung eines muslimischen Gebetsraumes ein wichtiges Zeichen gelebter Integration und religiöser Toleranz. In einem Festakt mit den Vertretern der Stadt Ellwangen, des deutsch-türkischen Netzwerkes sowie zahlreichen deutschen als auch türkischen Gästen wurde der muslimische Gebetsraum von Landrat Klaus Pavel den Angehörigen der muslimischen Gemeinde nach einer Segnung des Raumes offiziell zur Nutzung übergeben. Die St. Anna-Virngrund-Klinik ist das zweite Krankenhaus im Ostalbkreis, das mit dazu beiträgt, dass sich Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen in Ellwangen und Umgebung

„zu Hause“ fühlen und die eigene Kultur auch in schwierigen Lebenssituationen und Grenzerfahrungen pflegen können.

Ausbau des Kooperationsnetzes Arzt- und Therapie-Zentrum (ATZ)

Der Geschäftsbereich des Arzt- und Therapie-Zentrums (ATZ) wurde durch die Fertigstellung des Neubaus Innere Medizin mit der Eingangsetage erheblich erweitert. Die 700 Quadratmeter umfassende ATZ-Ebene wird die immer wichtiger werdende Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen und die integrierte Versorgung fördern.

Zu den bereits bestehenden Praxisansiedlungen konnte schon im Juli 2012 der Intensivpflege-dienst Lebenswert die neuen Räumlichkeiten beziehen. Im März 2013 nahm schließlich die Dialysepraxis Dres. Kern/Schnizler/Wahl ihren Betrieb auf der ATZ-Ebene auf.

Erweiterung des medizinischen Angebotes am Standort Ellwangen um die Erwachsenenpsychiatrie

Nach den mehrjährigen baubedingten Interimsnutzungszeiten erst durch Chirurgische und anschließend durch die Innere Abteilung begann noch im August nahtlos der Rück- und Umbau für die psychiatrische Nutzung. Gemäß der vom Kreistag im März 2012 beschlossenen Konzeption wurde der Betrieb der Erwachsenenpsychiatrie einschließlich der 45 Planbetten durch das Zentrum für Psychiatrie Klinikum Schloss Winnenden im Dezember 2012 aufgenommen. Die Erwachsenenpsychiatrie stellt als neues Versorgungsangebot einen wichtigen Standortfaktor für die Zukunft dar. Außerdem ermöglicht die Ansiedlung der Erwachsenenpsychiatrie die Erweiterung der konsiliarischen Versorgung und die stärkere Vernetzung zur interdisziplinären Behandlung psychosomatischer Krankheitsbilder. Landrat Klaus Pavel, die Betriebsleitung der Klinik, vertreten durch Klinikdirektor Jürgen Luft und Pflegedirektor Berthold Vaas, sowie Bürgermeister Volker Grab begrüßten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um Chefarzt Dr. Dr. Peter Kaiser, die begeistert von den hellen, freundlichen Räumlichkeiten am 17. Dezember 2012 die Arbeit aufnahmen.

Intensivstation beweist ihre Qualitäten – „Peer Review Intensivmedizin“

Das Netzwerk der Intensivmedizin Baden-Württemberg führt seit 2010 Peer Reviews durch. Dabei geht es dem Netzwerk hauptsächlich um die regionale Umsetzung von aktuellen medizinischen Leitlinien. Besonders auf Intensivstationen müssen Entscheidungen und Maßnahmen sehr kurzfristig getroffen und eingeleitet werden. Hierbei sind hoch standardisierte Arbeitsabläufe und Behandlungen von großer Bedeutung. Klar definierte Handlungsstrukturen und Prozesse helfen dabei die Versorgung der Patienten sicher zu gestalten und den bestmöglichen Behandlungserfolg zu erzielen. In den Peer Reviews werden genau diese Strukturen und Prozesse überprüft. Die St. Anna-Virngrund-Klinik kann sich an den guten Ergebnissen erfreuen: von 420 möglichen Punkten erreichte man 367 Punkte, also fast 90% der maximalen Punktzahl. Um die Versorgung der Patienten auch weiterhin auf hohem Niveau zu halten, wird man sich auch zukünftig in diesem oder ähnlichen Projekten engagieren.

Start Notdienstversorgung in den Räumen der St. Anna-Virngrund-Klinik

Mit der Verlegung der Notdienstpraxis Ellwangen e.V. an die St. Anna-Virngrund-Klinik wurde exakt zum Jahresstart 2012 ein wichtiges sektorenübergreifendes Kooperationsprojekt realisiert. Die niedergelassenen Ärzte leisten entsprechend des von der jeweiligen Kreisärzteschaft aufgestellten Dienstplans den Notfalldienst an Feiertagen und Wochenende nicht mehr in ihrer jeweiligen Praxis, sondern in den Räumlichkeiten der Klinik. Patientenorientiert arbeiten Notdienstpraxis und Notfallambulanz des Krankenhauses in der Klinik praktisch „Tür an Tür“. Für den Patienten gibt es eine klare Anlaufstelle, kurze Wege und abhängig vom Krankheitsbild stehen alle Behandlungsmöglichkeiten zeitnah zur Verfügung. Gleichzeitig arbeiten die niedergelassenen Ärzte und die Klinikärzte trotz klar getrennter Bereiche quasi „Hand in Hand“.

STAUFERKLINIKUM SCHWÄBISCH GMÜND

Trotz widriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat sich das Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd in den Jahren 2012 und 2013 in guter Weise weiterentwickelt. Dies zeigt vor allem die Tatsache, dass die Zahl der Patienten im ambulanten wie auch stationären Bereich deutlich angestiegen ist. Das Klinikum hat sich damit in seiner seit dem Jahr 2010 neu bestehenden Struktur an einem Standort hervorragend bewährt und genießt durch die ca. 1.150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seinem Einzugsgebiet und darüber hinaus einen sehr guten Ruf.

Als eine der wenigen nicht universitären Kliniken ist am Stauferklinikum die Versorgung von Frühgeburten und Risikokindern auf höchstem Niveau (Level 1-Versorgung) möglich. Damit wird nicht nur die Region Ostwürttemberg abgedeckt, auch die überregionale Versorgung der Nachbarlandkreise ist gesichert. Brustzentrum, Gynäkologisches Krebszentrum, das Darmzentrum und das Regionale Traumazentrum sind zertifiziert. Die WHO/UNICEF hat das Stauferklinikum als Babyfreundliches Krankenhaus ausgewiesen. Im Rahmen des Geriatriekonzepts des Landes Baden-Württemberg wurde der Geriatrie

Schwerpunkt des Ostalbkreises am Stauferklinikum eingerichtet. Die Lokale Schlaganfallstation ist zertifiziert.

Als zentrale Einrichtung für die Versorgung der Kliniken des Ostalbkreises mit Arzneimitteln ist die Krankenhausapotheke Ostalb am Stauferklinikum etabliert. Von hier aus werden die Patienten in den Krankenhäusern des Ostalbkreises mit rd. 1.100 Betten und die Rettungsfahrzeuge im Landkreis beliefert. Die regelmäßige und zuverlässige Versorgung der Patienten auf sämtlichen Stationen steht naturgemäß im Vordergrund des Aufgabenspektrums einer Krankenhausapotheke.

Baumaßnahmen

Die wichtigste Baumaßnahme im Jahr 2012 war die Installation eines hochleistungsfähigen neuen Computertomographen der Firma Siemens – Somatom Perspective – in der Radiologischen Abteilung. Erworben hat den neuen CT die Gemeinschaftspraxis für Diagnostische Radiologie und Nuklearmedizin Dres. med. Görner/Nierhoff/Wagner/Amann. Mit diesem CT der neuesten Generation können alle Körperregionen einschließlich des Herzens





Der neue Computertomograph in der Radiologischen Abteilung



Sanierung der Fassade des Bettenbaus

dargestellt werden. Um Betriebseffizienz, Strahlendosis und Bildqualität des Scanners optimal aufeinander abzustimmen, lässt sich über das Bedienfeld die neue Softwarelösung eMode (e steht für efficiency) auswählen. Sie ermittelt die für die jeweilige Untersuchung optimalen Scan-Parameter und stellt sie automatisch so ein, dass der CT mit einer möglichst geringen Belastung betrieben wird, was die Abnutzung minimiert und die Lebensdauer des Geräts erhöht. Aus Sicht des Patienten ist neben einer hohen Bildqualität die geringste mögliche Strahlendosis entscheidend. Eine spezielle Regeltechnik (Care Dose4D) passt den Röntgenröhrenstrom in Echtzeit für den gesamten Scan-Bereich an und stellt dadurch eine gleichmäßig hohe Bildqualität bei möglichst niedriger Dosis für alle Organe und jegliche Patientenanatomie sicher.

Planerisch vorbereitet wurde im Jahr 2012 der Umzug einer Reihe von Verwaltungsbüros, darunter auch das Büro des Krankenhausdirektors, in das 2. Obergeschoss des MediCenters. Die erforderlichen Umbaumaßnahmen begannen im November 2012 und fanden ihren Abschluss in der zweiten Februarwoche 2013. Nach Umzug der Verwaltungsmitarbeiter wurden die ehemaligen Büros für die Nutzung durch den Diabetologischen Schwerpunkt umgebaut. Von August bis November 2013 wurde die Fassade des Bettenbaus Süd an der Süd- und Westseite saniert. Hier traf Klinkerbauweise im Altbau auf die moderne Optik der Aluminiumfassade des Neubaus. Die Maßnahme

war aus energetischer Sicht längst überfällig und leistet durch eine moderne Isolierung einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Erweiterung des medizinischen Leistungsspektrums

Seit Jahren ist der kinderärztliche Notdienst am Margaritenhospital und dann am Stauferklinikum etabliert. Im Februar 2012 nahmen die niedergelassenen Ärzte zusammen mit der Kreisärzteschaft Schwäbisch Gmünd nun auch den hausärztlichen Notfalldienst für erwachsene Patienten am Stauferklinikum auf. Das Klinikum stellte hierfür geeignete Empfangs- und Untersuchungsräume an zentraler Stelle im Erdgeschoss zur Verfügung. Von Beginn an wurde dieses Service-Angebot von den Patienten mittwochnachmittags sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sehr gut angenommen und insbesondere samstags von bis zu 150 Patienten genutzt. Der Vorteil einer zentralen Anlaufstelle für die Patienten ist augenscheinlich, aber auch die niedergelassenen Ärzte profitieren von diesem System. Die Notdienste reduzieren sich für jeden Arzt erheblich, eine absolute win-win-Situation dank der Vernetzung von ambulanten und stationären Strukturen. Schwere Krankheitsfälle können sofort an die zuständige Abteilung des Stauferklinikums weitergeleitet werden. Für nicht transportfähige Patienten steht ein Arzt weiterhin für Hausbesuche zur Verfügung, so dass eine gute Versorgung für alle Patienten sichergestellt ist.



Lungentag



Wirbelsäulen Chirurgie

Thoraxchirurgie und Pneumologie

Mittlerweile bietet das Stauferklinikum im Bereich Thoraxchirurgie und Pneumologie nahezu das gesamte operative Spektrum auch minimal-invasiv an und hat das multimodale Behandlungskonzept stark ausgebaut. Zur besseren ortsnahen Versorgung der Lungenpatienten wurde im Juli 2012 das Lungenetzwerk Ostalb „LuNO“ gegründet. Hier ist es gelungen, im Verbund mit einer Reihe von im Ostalbkreis niedergelassenen Lungenfachärzten sowie der Lungenfachklinik Löwenstein eine Kooperationsgemeinschaft aufzustellen, welche das Ziel hat, betroffene Patienten so weit wie nur möglich am Stauferklinikum – also heimatnah – zu versorgen. In einem Symposium am 13. Juli 2012 konnte in Anwesenheit von Landrat Klaus Pavel der Startschuss gegeben werden. Dem schloss sich ein gut besuchter Lungentag für die Bevölkerung an, der neben Vorträgen zu verschiedenen Lungenerkrankungen auch die Möglichkeit zum kostenlosen Lungenfunktionstest und die Darstellung von Bronchoskopien und Thorakoskopien bot.

Wirbelsäulen Chirurgie

Auch in der Wirbelsäulen Chirurgie ist ein deutlicher Trend zu immer schonenderen, minimal-invasiven Operationsmethoden und Behandlungsverfahren sichtbar. Nicht nur der Patientenkomfort und die geringeren Operationsschmerzen, sondern auch die Wirtschaftlichkeit von kürzerer Krankenhausauf-

enthaltsdauer machen diese Entwicklung unumkehrbar. Das Stauferklinikum versucht, hierbei nicht nur Teil des Trends zu sein, sondern diesen nach Möglichkeit aktiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund arbeiten die Chirurgen derzeit an der Etablierung einer möglichst röntgenfreien Wirbelsäulen Chirurgie. Dies bedeutet gleichzeitig dank Computernavigation eine erleichterte transcutane Durchführung vieler Operationsverfahren.

Perinatalzentrum Level 1

Die Versorgung von Hochrisikoschwangerschaften (Mehrlinge, Präeklampsie, Diabetes in gravidate, Mangelgeburten, vorzeitiger Blasenprung in frühen Wochen, Plazenta prävia u.v.m.) wird inhaltlich von einem multidisziplinären Team (Geburtshelfer mit Schwerpunkt Perinatalmedizin, Neonatologie, neonatologische Intensivfachpflegekräfte, erfahrene Hebammen und Anästhesisten, Mitarbeiter Transfusionsbereitschaft und Erwachsenenintensivstation) 24 Stunden täglich gewährleistet.

Die Voraussetzungen wurden vom MDK geprüft. Die Teilnahme an der Qualitätssicherung ist obligat. Die im GBA-Beschluss festgelegten Mindestmengen (14 Hochrisikokinder pro Jahr) wurden in der Vergangenheit deutlich erreicht. Lediglich in 2012 konnten nur 13 Level 1-Kinder im Stauferklinikum versorgt werden. In 2013 konnte die Mindestmenge sicher überschritten werden. Im November 2013 fand gemeinsam mit der Frauenklinik

und der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des Ostalb-Klinikums Aalen ein Perinatologisches Symposium statt. Eine intensive Zusammenarbeit ist verabredet.

Schmerzambulanz in der Anästhesiologie

Durch Weggang der Schmerztherapeutin im Mai 2011 musste ab Juni 2011 die Arbeit in der Schmerzambulanz auf ein Minimum reduziert werden. Im Januar 2012 nahm der Schmerztherapeut Oberarzt Dr. med. Oliver Betz seine Tätigkeit an der Klinik auf. Trotz geringem Zeitkontingent war der Neuaufbau der Schmerzambulanz äußerst erfolgreich. Neben der entsprechenden positiven Außenwirkung führte eine Verdreifachung des monetären Umsatzes im Vergleich zu den Vorjahren dazu, dass dieser Bereich mehr als kostendeckend geführt werden konnte. Durch Vorträge vor niedergelassenen Kollegen, Patienteninfoveranstaltungen und zahlreiche Schmerzkonsile innerhalb der Klinik hat sich die Schmerztherapie in kürzester Zeit im Leistungsspektrum der Abteilung stark positioniert.

Isolierstation

Die ambulanten und stationären onkologischen Therapien werden am Zentrum für Innere Medizin stetig dem medizinischen Fortschritt angepasst, sodass es immer mehr Patienten gibt, deren Immunsystem durch Behandlungen geschwächt ist. In der Mehrzahl handelt es sich um Patienten, die intensiv wegen bösartiger Erkrankungen des Knochenmarks oder des lymphatischen Systems chemotherapiert werden. Das Immunsystem dieser Patienten wird extrem geschwächt. Die Patienten sind daher für Infektionen durch Umgebungskeime extrem anfällig und in hohem Maße gefährdet. Anders als bei Menschen mit gesundem Immunsystem, bei denen die meisten dieser Infektionen harmlos verlaufen, können bei Hochrisikopatienten Infektionen lebensbedrohlich sein.

Nach den Richtlinien des Robert Koch-Institutes wurde im Herbst 2013 im hinteren Bereich der Station 13 des Stauferklinikums eine Umkehrisolierstation mit vier Patienten-



Landrat Pavel auf der Isolierstation

zimmern und einer Schleuse, die diese Zimmer vom restlichen Teil der Station abtrennt, eingerichtet. Die Patienten werden vor Umgebungskeimen, die normalerweise durch die Luft, Nahrung, Wasser aber auch Mitarbeiter des Klinikums und Besucher übertragen werden, durch spezielle hygienische Maßnahmen und eine besondere Raumluftechnik geschützt. Neben den Patientenzimmern gibt es ein Arzt- und Pflegearbeitsplatz, eine Küche zur sterilen Essensaufbereitung sowie einen Umkleidebereich.

Bauchzentrum

Zum April 2013 wurde am Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd ein Bauchzentrum etabliert. Dies ist ein interdisziplinäres Angebot für alle Patienten mit unklarem Bauchschmerz. Beteiligt sind die medizinischen Fachgebiete des Hauses Pathologie, Radiologie, Innere Medizin (Onkologie, Gastroenterologie), Chirurgie (Viszeralchirurgie, Thoraxchirurgie) und Anästhesiologie (Schmerztherapie, Intensivmedizin) sowie Endokrinologie, vertreten durch Dr. Schöntag, Schwäbisch Gmünd. Bei Patientinnen mit unklarem Bauchschmerz wird ein Gynäkologe zur Differenzialdiagnostik hinzugezogen. Gynäkologische Bauchschmerzpatientinnen werden weiterhin in der Frauenklinik behandelt.

Die Anforderung an Diagnostik und Therapie gastroenterologischer Erkrankungen werden zunehmend komplexer. Das Stauferklinikum verfügt über eine gebündelte Kompetenz in der Diagnostik und interventionellen Therapie im Bereich der Gastroenterologie (Zentrum für Innere Medizin) und ein breites, sehr diversifiziertes chirurgisches Therapieangebot bei der Viszeralchirurgie. Durch die gemeinsame Betreuung der Patienten durch die beiden Fachgebiete ist eine rasche Diagnostik und eine dann anschließende abgestimmte konservative, interventionelle oder chirurgi-

sche Therapie garantiert. Für das Bauchzentrum sind Betten auf der Station 5 fix reserviert.

Interdisziplinäres Zentrum für Intensivmedizin

Zum 1. August 2013 wurde die Trennung von internistischen und anästhesiologischen Intensivpatienten und -betten aufgehoben. Das interdisziplinäre Zentrum für Intensivmedizin (IZI) bekam den Status einer medizinisch eigenständigen Abteilung, jedoch in enger Anbindung an das Zentrum für Innere Medizin und die Abteilung für Anästhesiologie. Das IZI wird von je einem Leitenden Arzt der Anästhesiologie und der Inneren Medizin geleitet. Die Ärzte sind medizinisch weisungsunabhängig. Anlass zu dieser Entscheidung war zum einen das Schaffen von verlässlichen Regelungen zur ärztlichen Zusatzweiterbildung „Spezielle Intensivmedizin“ und zu den Pflichtzeiten in der Facharztweiterbildung und den Common Trunk in der Chirurgie. Andererseits wird eine Optimierung der Organisationsstruktur im Hinblick auf Bettenmanagement, Budgetverantwortung, Ressourcenverteilung der medizinischen Geräte und effektive Steuerung des Medikamenteneinsatzes erwartet.

Tag der offenen Tür

Am 28. April 2013 lud das Stauferklinikum im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40. Geburtstag des Ostalbkreises zu einem Tag der offenen Tür ein. Der Fokus der Veranstaltung lag auf dem breiten medizinischen und pflegerischen Leistungsspektrum, das die Patienten am Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd erwarten dürfen. Im weitläufigen Foyer informierten die chirurgischen Abteilungen Zentrum für Traumatologie und Orthopädische Chirurgie, das Wirbelsäulenzentrum und die Kliniken für Allgemein- und Viszeralchirurgie und für Gefäß- und Thoraxchirurgie über moderne



Landrat Klaus Pavel bei der Demonstration von OP-Techniken

OP-Techniken an Modellen, Dummies und in Videoclips. Unterstützt wurden sie durch die Physiotherapeutische Abteilung und die Stauer-REHA, die Übungen im medizinischen Trainingstherapieangebot.

Die Anästhesiologie, Kardiologie, Diabetologie und der Geriatrie Schwerpunkt stellten ihre Arbeit schwerpunktmäßig vor. Die Fachschule für Gesundheits- und Krankenpflege interessierte junge Menschen für diesen schönen Beruf. Spezialisierte Ambulante Palliativmedizin, Brücken- und Kurzzeitpflege gaben Informationen zur Versorgung kranker bzw. schwerstkranker Menschen nach dem Krankenhausaufenthalt.

Die Abteilungen Gastroenterologie, Pneumologie und Onkologie des Zentrums für Innere Medizin präsentierten Demonstrationen von Magen- und Darmspiegelungen sowie die Möglichkeit einer Lungenfunktionsmessung oder klärten über das Nebenwirkungsmanagement bei Chemotherapien auf. Im Neubau der Frauen- und Kinderklinik wurden die Besucher mit einem vielfältigen Angebot aus Kinderunterhaltung, gründlicher Information, Führungen und Demonstrationen empfangen. Abgerundet wurde das Programm durch medizinische Fachvorträge und die Beiträge vieler Selbsthilfegruppen und Kooperationspartner des Stauferklinikums Schwäbisch Gmünd.

Die Integration und die Betreuung von Migrantinnen und Migranten ist eine Schlüsselaufgabe in der Arbeit der Kreisverwaltung. Sie ist ein wichtiger Baustein für das Miteinander im Ostalbkreis. Im Ostalbkreis (Große Kreisstädte ausgenommen) leben derzeit insgesamt 8.893 ausländische Staatsangehörige. Davon besitzen 4.119 die Unionsbürgerschaft. Neu ist, dass den EU-Bürgern seit Januar 2013 keine Bescheinigung über das gemeinschaftsrechtliche Aufenthaltsrecht (sog. Freizügigkeitsbescheinigung) mehr auszustellen ist. Die Freizügigkeit wird grundsätzlich als vorhanden angenommen und besteht solange fort, bis ggf. bei Wegfall der Voraussetzungen durch die Ausländerbehörde der Verlust festgestellt wird.

Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei, am 1. Januar 2007 Bulgarien und Rumänien. Seit 1. Juli 2013 ist auch Kroatien Mitglied der EU. Diese Erweiterungen der Europäischen Union haben der Ausländerbehörde viel Arbeit beschert. Vor allem der Zuzug aus den osteuropäischen Beitrittsländern hält unvermindert an. Die aus der EU-Erweiterung folgenden und durch die Wirtschaftskrise noch verstärkten Wanderbewegungen spiegeln sich deutlich in den Zuzügen in den Ostalbkreis wider, wie folgende Tabelle zeigt.

EU-Bürger im Ostalbkreis

	EU gesamt	EU „alt“	EU-Beitrittsländer*
2004	2.121	1.881	240
2007	2.339	1.864	475
heute	4119	2.607	1.512

* gemeint sind alle Beitrittsstaaten seit 2004

Ähnlich der Green Card in den USA wurde zum 1. Juli 2012 für hochqualifizierte Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten die EU Blue Card eingeführt, um dem in Deutschland herrschen-

den Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sie stellt einen Aufenthaltstitel dar, dessen Gültigkeit ein bis vier Jahre beträgt. Das Format ist innerhalb der EU einheitlich. Im Ostalbkreis leben derzeit neun Inhaber einer EU Blue Card.

Der allgemeine Anstieg der Asylbewerberzahlen macht sich auch im Ostalbkreis statistisch bemerkbar. Lebten Ende 2008 noch 67 (abgelehnte) Asylbewerber im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde des Ostalbkreises, so beläuft sich deren Zahl aktuell auf 201. Für die Verdreifachung der Zahl innerhalb von fünf Jahren war der Bürgerkrieg in Syrien bislang jedoch überhaupt nicht ausschlaggebend. Lediglich vier aus Syrien stammende Personen befinden sich im laufenden Asylverfahren. Abgelehnte Asylbewerber aus diesem Land sind derzeit gar nicht zu verzeichnen.

Aus humanitären Gründen sowie als Reaktion auf die Flüchtlingsproblematik infolge des syrischen Bürgerkrieges erließ das Innenministerium Baden-Württemberg am 28.8.2013 eine Aufnahmeanordnung, die in Ergänzung zum Kontingent des Bundes, das 5.000 Flüchtlinge umfasst, die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für 500 syrische Flüchtlinge, welche eine Aufnahme durch ihre in Baden-Württemberg rechtmäßig lebenden Verwandten beantragen, ermöglicht. Bedingung für die Aufnahme ist unter anderem, dass die hiesigen Verwandten für den Lebensunterhalt aufkommen und sich diesbezüglich bei der Ausländerbehörde verpflichten. Der Ostalbkreis hat aufgrund der ministeriellen Anordnungen bislang zwei Flüchtlingen aus Syrien eine Zustimmung zur Einreise erteilt.

Praktische Willkommenskultur – Die Einbürgerung

Beste Beweis für eine gute Integration der im Ostalbkreis lebenden ausländischen Mitbürger ist die stetig steigende Zahl der Einbürgerungen. Mit der Entscheidung zur Einbürgerung

bekannt sich der Bewerber zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung und erhält uneingeschränkte Mitwirkungsrechte. Viele Deutsche mit Migrationshintergrund sind in Ehrenämtern aktiv und haben dadurch unser gesellschaftliches und kulturelles Leben bereichert.

Waren es im Jahr 2010 noch 250 ausländische Staatsbürger, welche die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, so stieg die Anzahl in den Jahren 2011 auf 361 und 2012 auf 392 Personen. Auch 2013 konnte die Einbürgerungsbehörde des Landratsamts Ostalbkreis wieder über 300 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit verleihen. 386 Anträge sind noch in Bearbeitung. Diese erfreuliche Entwicklung ist wohl auch auf die vom Landratsamt initiierte Werbekampagne im Frühjahr 2011 zurückzuführen.

Ungefähr ein Drittel (145) aller im Jahr 2012 eingebürgerten Personen stammen aus der Türkei, gefolgt von Bewerbern aus Serbien/

Kosovo (38 Personen), Griechenland (19), Rumänien (14) und Italien (13), die zusammen mit den übrigen EU-Staaten das zweite Drittel ausmachen. 28% der Eingebürgerten sind aus Asien, Afrika und Amerika.

Das Landratsamt ist zuständige Einbürgerungsbehörde für alle Einwohner der Städte und Gemeinden des Ostalbkreises und damit auch für die der Großen Kreisstädte.

Seit diesem Jahr werden monatliche Einbürgerungsfeiern im Landratsamt durch den Dezernenten für Ordnung, Verkehr und Veterinärwesen, Thomas Wagenblast, und die zuständigen Sachbearbeiterinnen in Aalen, Sylvia Egetenmeyer, und in Schwäbisch Gmünd, Christa Geiger, durchgeführt. Durch diesen feierlichen Rahmen wurde die Bedeutung dieses wichtigen Ereignisses für die künftigen deutschen Staatsbürger deutlich aufgewertet.

Bild einer Einbürgerungsfeier im Jahr 2013 mit Dezernent Thomas Wagenblast (ganz links) und den Sachbearbeiterinnen Sylvia Egetenmeyer (Mitte) und Christa Geiger (ganz rechts)



VERANWORTUNGSVOLLEN UMGANG MIT WAFFEN SICHERN

Der Schießsport sowie das Jagdwesen sind im Ostalbkreis breit verankert. Die Aufgabe der Landkreisverwaltung ist es, die Befolgung der strengen Regeln beim Umgang mit Waffen zu überwachen und dafür zu sorgen, dass den Waffenbesitzern auch weiterhin ein verantwortungsbewusstes, behutsames und diszipliniertes Verhalten selbstverständlich bleibt. Im Ostalbkreis waren im Jahr 2013 13.405 Waffen von 2.492 Besitzern registriert, in den Jahren 2012/2013 kamen 1.123 Waffen dazu und 1.012 wurden überlassen.

Weiterhin lag der Schwerpunkt der Arbeit der Waffenbehörde auf der Kontrolle der sicheren Aufbewahrung der Waffen. Hierzu hat die Waffenbehörde in 2012 und 2013 insgesamt 202 Vor-Ort-Kontrollen der Waffenaufbewahrung durchgeführt. Hierbei ergaben sich jedoch selten Beanstandungen der vorgefundenen Aufbewahrung. Weiterhin werden auch Waffen zur Vernichtung abgegeben, in den Jahren 2012 und 2013 waren dies 271.

Ein weiterer Schwerpunkt ergab sich mit der Einführung des Nationalen Waffenregisters zum 1.1.2013. Durch die durch das Register vorgegebene Bezeichnung der Waffen und Kaliber ergab sich ein hoher Aufwand zur Korrektur und Bereinigung des lokalen Datenbestands. Diese Datenbereinigung wird die Waffenbehörde auch noch die nächsten Jahre begleiten.



Eine sichergestellte nicht für den Privatbesitz erlaubte Waffe (Schmeisser Sturmgewehr MP-44 aus dem Zweiten Weltkrieg)

JAGD IM EINKLANG MIT DER NATUR PRAKTIZIEREN

Beispiel einer unzulässigen Fütterung: verbotenes Futtermittel Getreide wurde an einer Jagdeinrichtung platziert.



Die Jäger im Ostalbkreis erfüllen wichtige Aufgaben, wie die Sicherung eines artenreichen und gesunden Wildbestandes, die Pflege und Erhaltung der Lebensgrundlagen des heimischen Wildes oder die Vermeidung oder Verminderung von Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft. Diese große Verantwortung fordert von den Jägerinnen und Jägern genaue Fachkenntnis und ein hohes persönliches Engagement.

Der Geschäftsbereich Sicherheit und Ordnung des Ostalbkreises ist Ansprechpartner für 75 Jagdgenossenschaften und 29 Eigenjagdbezirke mit insgesamt 285 Jagdrevieren, die von 562 Jagdpächtern bejagt werden. Im Frühjahr 2013 wurden vermutlich zum letzten Mal die Abschusspläne für die Jagdbezirke festgesetzt, nachdem ab dem Jahr 2014

zunächst auf freiwilliger Basis der gesamte Ostalbkreis auf das Modellprojekt „Rehwildbewirtschaftung ohne Abschussplan“ umgestellt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Landesjagdgesetzes werden derzeit die Fütterungs- und Kirrvorschriften kontrovers diskutiert. Die Unteren Jagdbehörden prüfen seit mehreren Jahren durch stichprobenartige Kontrollen in 3 bis 5% der Jagdreviere, ob die Fütterungsbestimmungen des Landesjagdgesetzes eingehalten werden. Im Ostalbkreis wurden im Berichtszeitraum 22 Reviere geprüft. In einem Fall musste leider festgestellt werden, dass auch während der Sommermonate Rehwild gefüttert wurde und verdorbene Kirrmittel zum Einsatz kamen.

HEIMAUFSICHT: HOHE QUALITÄT DER ALTEN- UND BEHINDERTENHILFE SICHERN

Stiftung Haus
Lindenhof



Die beim Geschäftsbereich Sicherheit und Ordnung angesiedelte Heimaufsicht des Ostalbkreises prüft zusammen mit dem Geschäftsbereich Gesundheit und externen Pflegefachkräften jährlich die 69 Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen im Ostalbkreis.

Die Pflegelandschaft im Kreis ist entsprechend der demografischen und gesellschaftlichen Änderungen in ständigem Wandel. Ein Paradigmenwechsel von großen Einrichtungen mit zentralen Strukturen und die Tendenz zu umfassender pauschalierter Hilfeleistung hin zu Angeboten mit besonderem Blick auf Individualität, Selbstbestimmung und Selbsthilfe direkt im Gemeinwesen ist deutlich zu erkennen. In Behinderten, wie Altenhilfe nimmt die Zahl der kleinen, in den Kommunen angesiedelten Wohngemeinschaften und Pflegeheime auch in den letzten zwei Jahren deutlich zu. Die großen, „auf der grünen Wiese“ angesiedelten Einrichtungen bauten ihre Platzzahlen deutlich ab bzw. werden diese in den nächsten Jahren zugunsten von Neubauten in zentraler, städtischer Lage auflösen. Diese konzeptionelle Neuausrichtung schlägt sich konsequent bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen nieder. Menschen mit Handicap sollen möglichst dort ihre Unterstützung bekommen, wo sie wohnen, in einem Lebensumfeld das zu ihren persönlichen Bedürfnissen passt und die Bedingungen erfüllt, die die Behin-

derung mit sich bringt. Diese Differenzierung und Verbesserung von Inklusion und Teilhabe der behinderten und pflegebedürftigen Menschen und die überaus positive Konversion von Komplexeinrichtungen führte auch zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Heimaufsicht, die nun allein im Behindertenbereich für 14 Wohn- und Pflegeheime und 33 Außenwohngruppen zuständig ist.

Neben den regulären Nachsichten wurden auch 12 Nachsichten wegen Beschwerden von Angehörigen oder Bewohnern durchgeführt. Häufigste Beschwerdepunkte waren Stürze, unzureichende Betreuung und finanzielle Fragen. Die Heimaufsicht und auch die Träger der Behinderteneinrichtungen und Pflegeheime im Kreis legen größten Wert darauf, alle Probleme einvernehmlich und in guter Zusammenarbeit mit dem Landratsamt zum Wohle der Bewohner zu lösen.

Im Jahr 2014 ist mit der Verabschiedung des neuen Heimrechts in Form des Wohn- und Betreuungsversorgungsvertragsgesetz des Landes Baden-Württemberg zu rechnen. Dieses sieht neue Wohn- und Erprobungsformen vor. Wenn es wie vorgesehen verabschiedet wird, wird sich der Trend zu kleinen, wohnort- und familiennahen Einrichtungen weiterhin fortsetzen.

NEUORGANISATION DES BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZES

Zum 1. März 2013 wurde im Dezernat VII die neue Stabstelle „Brand- und Katastrophenschutz“ eingerichtet, die direkt der Dezernatsleitung zugeordnet ist.

Dienstleister für die Feuerwehren im Ostalbkreis

Zur Arbeit im Landkreis gehört auch die Arbeit für den Brand- und Katastrophenschutz, insbesondere für die knapp 3.427 aktiven Feuerwehrangehörigen im Ostalbkreis. Die Feuerwehr bringt sich – genau wie alle anderen Hilfsdienste – für die Gemeinschaft ein, für ein sicheres, lebenswertes Miteinander. Deshalb ist es dem Ostalbkreis – trotz aller Sparnotwendigkeiten – besonders wichtig, dass die Feuerwehr für die Ausübung ihres Dienstes gute Rahmenbedingungen vorfindet.

Dies betrifft vor allem die Fahrzeuge und Gerätschaften: Nur gut ausgerüstete Hilfsdienste können unsere Sicherheit gewährleisten. So flossen in den Kreis 2012 Fördermittel aus der Feuerwehrförderung des Landes (Z-Feu) in Höhe von 746.000 Euro. In die Projektförderung, beispielsweise in den Bau von Gerätehäusern, flossen in 13 Projekte gut 480.000 Euro. Für die 3.427 aktiven Feuerwehrangehörigen und 874 Jugendfeuerwehrangehörigen kamen 323.000 Euro Fördergelder. Allein im Jahr 2012 konnten 688 Feuerwehrkameradinnen und -kameraden in den verschiedenen Lehrgängen für den Dienst an der Allgemeinheit ausgebildet werden.

Der Kreistag des Ostalbkreises stellte im Oktober 2013 die Finanzierung technisch aufwändiger Sonderfahrzeuge bis ins Jahr 2018 auf eine neue faire Basis: In den kommenden Jahren fließen über 430.000 Euro für Fahrzeuge, die auch für größere und überörtliche Schadensfälle sowie zur Bewältigung von Katastrophenfällen nötig sind.

Katastrophenereignissen gut vorbereitet begegnen

Und die Herausforderungen werden nicht weniger: Neue Verkehrsgefahren durch den Einhorntunnel, zusätzliche Risiken durch moderne Produktionsmethoden mittels Gefahrstoffen in der Wirtschaft, extreme Wetterlagen, wie sie beim Hochwasser im Frühjahr, beim Hagel im Sommer oder beim Tornado am Hammer-schmiedesee in Erscheinung traten.

Die Vorbereitung für Katastrophenereignisse ist zudem eine zentrale Aufgabe der neu gebildeten Stabstelle: Vom 25. bis 27. April 2013 fand eine landesweite Tierseuchenübung statt. Zuvor wurden im Landratsamt bei zwei vorbereitenden Übungsszenarios die Abläufe für diese landesweite Übung geprobt. An zwei Tagen kam im Landratsamt der Verwaltungstab zusammen und entschied theoretisch über die Arbeiten zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Gefordert war vor allem der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, aber auch andere Geschäftsbereiche wurden mit der Stabsarbeit vertraut. Diese Stabsrahmenübung war seit langer Zeit die erste, welche in dieser Größe stattfand.

Das Landratsamt – speziell die Stabstelle für Brand- und Katastrophenschutz – wird sich auch im kommenden Jahr weiter anstrengen: Sei es die Weiterentwicklung der Bevölkerungswarnung, sei es die Optimierung der Ausbildung der Feuerwehr, seien es weitere Investitionen in den Brand- und Katastrophenschutz wie auch die Ertüchtigung der integrierten Leitstelle. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis ist ein zentrale Punkt öffentlicher Daseinsvorsorge.

HERAUSFORDERUNG ZWISCHEN KLEINBETRIEBLICHER, LÄNDLICHER STRUKTUR UND HOCH-TECHNISIERTER HERSTELLUNGS- UND GLOBALER HANDELSPRAXIS

Sicherstellung der menschlichen und tierischen Gesundheit – damit lassen sich die Aufgaben des Geschäftsbereiches Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung prägnant und umfassend in ihrer gesamten Bedeutung beschreiben. Dabei steht der vorbeugende Verbraucherschutz für die Gesundheit von Mensch und Tier im Vordergrund. Die Überwachung vom Stall bis zum Tisch spiegelt sich in folgenden Aufgabengebieten wieder: Tiergesundheit, Tierschutz, Überwachung von Lebensmitteln tierischer und pflanzlicher Herkunft bis zur Überwachung des Verkehrs Tierischer Nebenprodukte und des Arzneimittelverkehrs. Mit Maßnahmen und Sanktionen zur Beseitigung von Verstößen ist das Hauptaugenmerk des Geschäftsbereiches Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung auf den vorbeugenden Verbraucherschutz gerichtet. Voraussetzung für die kompetente Erledigung der Vielzahl verschiedener Dienstgeschäfte ist das fachübergreifende, integrierte Zusammenarbeiten der beschäftigten Lebensmittelkontrolleure, Verwaltungskräfte und Tierärzte des Geschäftsbereiches Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung.

Tiergesundheit – Nur gesunde Tierbestände liefern gesunde Lebensmittel

Im Ostalbkreis gibt es etwa 3.400 Halter von landwirtschaftlichen Nutztieren. Diese Betriebe werden vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung in allen im Bereich Tiergesundheit/Tierseuchenbekämpfung anfallenden Fragestellungen betreut. Das umfasst Registrierung und Dokumentation in seuchenfreien Zeiten sowie Durchführung von Routineüberwachung und Monitoringprogrammen. In Zeiten des ständig globaler werdenden Handelsverkehrs sind diese Aufgaben zusammen mit der Überwachung des Gesundheitsstatus dieser Betriebe unbedingte Voraussetzung für die Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen zum Verbringen von Tieren durch den Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung.

Ein weiterer Schwerpunkt lag 2012/2013 in der Fortführung und Intensivierung der Sanierung der Rinderbestände auf Bovines Herpesvirus (BHV-1). Nachdem Bayern bereits BHV-1-frei ist und weitere freie Bundesländer hinzukommen, nimmt der Druck des Handels an dieser Stelle stetig zu. Bei etwa 1.350 Rinderhaltenden Betrieben im Ostalbkreis stellt die BHV-1-Sanierung eine umfangreiche Tätigkeit dar. Mit dem erreichten Prozentsatz von 99% BHV-1 freien Betrieben Ende 2013 wurden erhebliche Fortschritte auf dem Weg zur BHV-1-Freiheit des Ostalbkreises erzielt. Auch die Bekämpfung der BVD – Bovine Virusdiarrhoe hat in den Jahren 2012/2013 erhebliche Fortschritte gemacht. So wurden die Zahlen der festgestellten Ausscheider des Erregers erheblich reduziert.



Demonstration der Schaumdesinfektion

Regelmäßiges Üben erhöht die Sicherheit für den Ernstfall

Die umfangreichen Aufgaben im Bereich der Tiergesundheit sind Voraussetzung, um im Ernstfall eine strenge und konsequente Bekämpfung von Tierseuchen zu ermöglichen. Um für diesen Fall vorbereitet zu sein, wurde auch im Jahr 2013 wieder eine 3-tägige landesweite Tierseuchenübung durchgeführt. Im Rahmen dieser Übung wurde im Ostalbkreis anhand des Szenarios eines Ausbruchs

der Maul- und Klauenseuche das Logistikzentrum für den Seuchenfall hochgefahren und in Betrieb genommen. Die Kontakte mit im Tierseuchenfall betroffenen Stellen (Katastrophenschutz, THW, Feuerwehr, Bundeswehr etc.) wurden aktualisiert und die Beziehungen u. a. im Rahmen der Gestaltung eines Übungsabends des THW-Ortsverbandes Aalen intensiviert. Die vorhandenen Kommunikationsstrukturen wurden während der Tierseuchenübung in einem realistischen Rahmen getestet.

Einige Erkenntnisse und Problemstellungen, die sich aus der Tierseuchenübung ergeben hatten, wurden im Rahmen einer vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung initiierten Fortbildungsveranstaltung zum Thema Reinigung und Desinfektion im Tierseuchenfall im November 2013 bereits aufgegriffen und damit bestehender Planungs- und Investitionsbedarf herausgearbeitet. Der Ostalbkreis hat sich so mit der ständig drohenden Gefahr des Ausbruchs einer Tierseuche auseinandergesetzt und weitere Schritte zur Beherrschung eines solchen Szenarios unternommen.



Durchführung der Tuberkulinisierung und Messung der Hautfaldendicke

Tuberkulose – eine getilgt geglaubte Krankheit meldet sich zurück

Da die Tuberkulose vom Tier auf den Menschen übertragen werden und beim Menschen zu Todesfällen führen kann, galt dieser Krankheit von jeher eine besondere Aufmerksamkeit. Seit den 1990-er Jahren ist die Tu-

berkulose in Deutschland getilgt und der Status „tuberkulosefrei“ erreicht. Bereits im Jahr 2012 waren Informationen bekannt geworden, dass aus Österreich ein Tuberkulosegeschehen über Kontakte auf Alpenweiden nach Bayern geschwappt sei. Dessen Ausmaß blieb zunächst unbekannt. Zur Überprüfung wurden Tierkontakte und Lieferbeziehungen in betroffene bayerische Gebiete überprüft und verschiedene Risikogruppen von Kontakttieren festgelegt. Dabei ergaben sich im Ostalbkreis insgesamt 94 Kontakttiere in 40 Betrieben. Im Jahr 2013 wurden alle diese Tiere im Ostalbkreis von den Tierärzten des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung mit Hilfe der Tuberkulinisierung – einer Methode, die auf dem Prinzip einer allergischen Reaktion beruht – mit negativem Ergebnis untersucht, sodass zunächst Entwarnung gegeben werden konnte.

Tierschutz

Auch die Sicherstellung der Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben und die Verbesserung des Tierwohls sorgen dafür, dass der Grundstein für die Produktion gesunder einwandfreier Lebensmittel solide gelegt wird. Aus diesem Grund unterliegen alle Betriebe, die Tiere halten und in denen mit Tieren umgegangen wird, grundsätzlich der tierschutzrechtlichen Überwachung durch Tierärzte des Geschäftsbereichs. In den Jahren 2012/2013 waren im Bereich der Schweinehaltung Übergangsfristen ausgelaufen. Zur Verbesserung der Schweinehaltung waren neue Anforderungen zu Beschaffenheit der Liegefläche, Bodengestaltung, Forderung von Beschäftigungsmaterial etc. insbesondere bei den 110 Sauen haltenden Betrieben im Ostalbkreis zu überprüfen.

Neben der klassischen Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere wie Rinder, Schweine, Schafe oder Ziegen sind bestimmte gewerbliche Tierhaltungen wie Reit- und Fahrbetriebe, Zoofachgeschäfte, Hunde- oder Katzenzuchten aber auch Tierpensionen und Tierheime oder tierheimähnliche Einrichtungen tierschutzrechtlich zu überwachen. Für solche Betriebe wurden durch den Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung die nach dem Tierschutzgesetz erforderlichen Erlaubnisse erteilt. Als Voraussetzung dafür wur-

den eine steigende Anzahl an Kontrollen und Sachkundegespräche durchgeführt.

Ein Großteil der Arbeit im Bereich des Tiereschutzes besteht jedoch in der Bearbeitung zahlreicher Einzelfälle und Anzeigen. Diese müssen in ihrer Bedeutung und Tragweite eingeordnet und bearbeitet werden. Im Jahr 2012 wurden 228 und im Jahr 2013 202 Tierschutzanzeigen aufgenommen. In diesen Tierhaltungen fanden zusätzlich zu routinemäßigen Kontrollen anlassgebundene Prüfungen statt. Leider stießen unsere Mitarbeiter dabei auch immer wieder auf schwerwiegende Problemfälle, welche einen sehr hohen Arbeitsaufwand über längere Zeiträume erforderten. In solchen Fällen wurden Tierwagnahmen und soweit erforderlich Tierhalteverbote erlassen. In Nutztierhaltungen des Ostalbkreises wurden im Jahr 2013 888 tierschutzrechtliche Kontrollen durchgeführt.

Zur Beseitigung von Verstößen wurden in den Jahren 2012/2013 160 Verwaltungsverfahren eingeleitet. Gegen Tierhalter, die gegen tierschutzrechtliche Vorschriften verstoßen und dabei den von ihnen gehaltenen Tieren erhebliche Leiden oder Schmerzen zugefügt hatten, wurden 32 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet, zwei Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Zur Sicherstellung der tierschutzrechtlichen Anforderungen an den Tiertransport und bei der Schlachtung wurden im Rahmen von Schwerpunktaktionen auch in den Jahren 2012 und 2013 gemeinsam mit Polizei und Autobahnpolizei Kontrollen von Tiertransporten und in Schlachtbetrieben durchgeführt.

Ein Phänomen, das in den letzten Jahren von den Mitarbeitern des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung zunehmend und mit Sorge beobachtet wird, ist das sogenannte „Animal hoarding“, also das krankhafte, suchartige Sammeln von Tieren, häufig in einer Messie-Umgebung. Leider war in den Jahren 2012/2013 auch eine Zunahme der Fälle verzeichnet worden, in denen Tiere bei der Fahrt in den Urlaub oder bei längeren sonstigen Abwesenheiten unversorgt zurückgelassen wurden. Meist im Notdienst des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung erfolgte dann die Alarmierung des diensthabenden Tierarz-

tes durch Nachbarn, Polizei oder andere aufmerksame Personen. Mit großem Arbeits- und finanziellem Aufwand wurden die Tiere entweder vorübergehend oder dauerhaft anderweitig untergebracht. In den meisten dieser Fälle können die Tierhalter auf Grund problematischer Sozialverhältnisse nicht für die entstehenden Kosten herangezogen werden.

Sichere Lebensmittel durch flächendeckende Lebensmittelüberwachung

Im ländlich strukturierten Ostalbkreis besteht mit etwa 7.500 Lebensmittel produzierenden, verarbeitenden und vermarktenden Betrieben eine besondere Vielzahl an überwachungs-pflichtigen Betrieben. Mit dem seit 2006 geltenden EU-Lebensmittelrecht und daraus resultierenden bundes- und landesrechtlichen Folgeregelungen ist dem Prinzip „Lebensmittelüberwachung – vom Stall bis auf den Tisch“ Rechnung zu tragen. Dementsprechend wurden auch in den Jahren 2012/2013 wieder mehr Betriebe auf allen Stufen der Herstellung, Vermarktung und Abgabe von Lebensmitteln überwacht und beprobt – vom Landwirt über Metzgereien, Gaststätten, Imbisse, bis zum Einzelhandel – auch in Form von Marktständen etc.

Eine Besonderheit des Ostalbkreises sind dabei die Vielzahl an mittelständigen Handwerksbetrieben (v. a. Metzgereien und Bäckereien). Im Jahr 2013 gab es 60 zugelassene selbstschlachtende Metzgereien, 76 Metzgereien ohne Schlachtung und 164 Direktvermarkter im Ostalbkreis. Im Rahmen der Lebensmittelüberwachung wurden die Betriebe überwacht, beraten und regelmäßig einer Risikobeurteilung in Bezug auf Produktart, Produktionsumfang, Hygienestatus, durchgeführter Eigenkontrollen und Zuverlässigkeit des Betreibers unterzogen. Daraus wurde die entsprechende Kontrollfrist für jeden Betrieb abgeleitet.



Die Lebensmittelüberwachung hat aber auch in weiteren verarbeitenden und dienstleistenden Unternehmen durch ihre Kontrolltätigkeit für die Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Dazu zählten im Jahr 2013 391 Großküchen und Kantinen und 1.316 Gaststätten und Imbiss-einrichtungen. Im Jahr 2013 lag ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt in der Überwachung von Großküchen und Küchen der Gemeinschaftsverpflegung. Die Eigenkontrollmaßnahmen und die produkt- und betriebsbezogenen Risikoanalyse waren dabei besonders im Fokus.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in 2012/2013 lag in der Zulassung Wild vermarktender Betriebe. Es wurden acht sogenannter Farmwildbetriebe, also Betriebe, welche Wild in Gehegen halten, zugelassen.

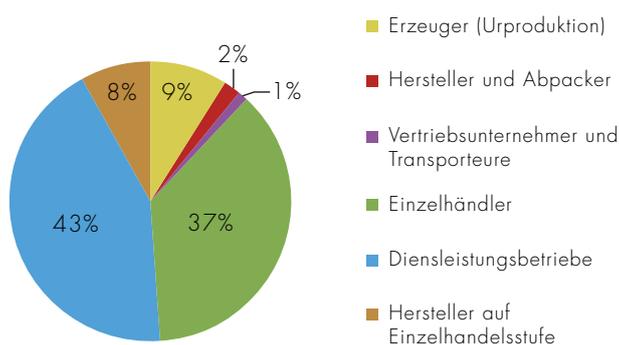
Durch immer globaler werdende Handelsstrukturen in den Bereichen Lebensmittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände ergeben sich weitere Aufgabenfelder des Geschäftsbereichs Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung. So sind im Ostalbkreis Unternehmen ansäs-

sig, die erfolgreich international tätig sind oder sich durch Innovation und Spezialisierung in Nischenbereichen besonders etablieren. Durch die Lebensmittelüberwachungsbehörde des Landratsamtes Ostalbkreis werden im Bereich Lebensmittel und Kosmetika regelmäßig Exportzertifikate für unterschiedliche Produkte ausgestellt. Die Anzahl der angeforderten Zertifikate steigt stetig. So hat sich die Anzahl der Anforderungen im Bereich Kosmetik von 20 im Jahr 2012 auf 72 in 2013 und im Bereich der Lebensmittelzusatzstoffe von 250 im Jahr 2012 auf beinahe 300 im Jahr 2013 gesteigert. Im Vorfeld der Ausstellung erfolgt eine insbesondere bei Erstausstellung aufwändige fachliche und rechtliche Prüfung und Bewertung der Sachverhalte durch den Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung.

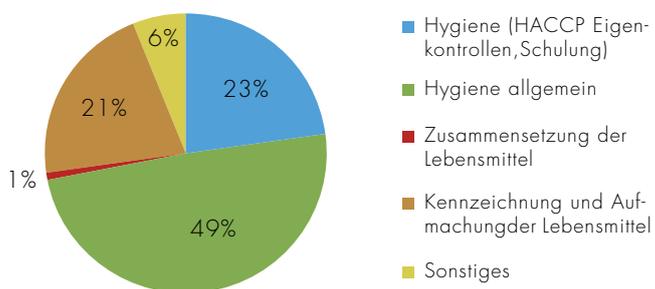
Das Internet eröffnet neue Wege für das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Kosmetika durch Unternehmen. Hieraus ergibt sich ein Tätigkeitsfeld mit neuen Herausforderungen und speziellen rechtlichen Fragestellungen. Zur Überwachung solcher im Ostalbkreis ansässiger Betriebe sind ungewöhnliche Recherche- und Überwachungsstrategien erforderlich, die in den Jahren 2012/2013 verstärkt etabliert wurden.

Auf allen Stufen der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln und in allen Betriebsarten sind die Lebensmittelkontrolleure und Tierärzte vor Ort in den Betrieben tätig. Von Januar 2012 bis Dezember 2013 wurden dabei 7.461 Kontrollen durchgeführt. Bei der überwiegenden Anzahl der kontrollierten Betriebe waren die Mängel geringfügig. In 111 Fällen wurde eine gebührenpflichtige Verwarnung ausgesprochen, in 171 Fällen wurde auf Grund von Feststellungen bei Kontrollen und Probenahmen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet, in sieben Fällen wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Mit Hilfe von 807 Verwaltungsverfahren (Anhörungen und Ordnungsverfügungen) wurde die Beseitigung von Mängeln in Lebensmittelbetrieben durchgesetzt.

Anteil der Betriebsarten an der Gesamtkontrollzahl



Art der festgestellten Verstöße der Lebensmittelüberwachung



Besondere Fälle erfordern besondere Maßnahmen: öffentliche Warnung

Um die Gesundheit der Verbraucher zu schützen, musste 2012 vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung erstmals das Instrument der öffentlichen Warnung eingesetzt werden:

Aufgrund eines Nachweises von Malachitgrün, eines im Bereich der Lebensmittelproduktion verbotenen, krebserregenden Stoffes, in Forellen wurde die Lebensmittelüberwachungsbehörde auf einen Fischzüchter aufmerksam. Dieser hatte lebende Fische abgegeben, in denen der genannte Stoff nachgewiesen wurde. Der Betrieb wurde umgehend aufgesucht und kontrolliert. Es stellte sich heraus, dass er seit Jahren Forellen aufzog und lebend an andere Angelteichbesitzer verkaufte. Im Rahmen der Kontrolle wurde das entsprechende Arzneimittel, ein grünes Pulver, aufgefunden. Durch weitere Probennahmen und Untersuchung des Pulvers konnte nachgewiesen werden, dass die Behandlung der Fische mit Malachitgrün stattgefunden hatte.

Im Rahmen der Rückverfolgung weigerte sich der Fischzüchter beharrlich, die Namen der Abnehmer seiner Fische zu nennen, damit diese entsprechend über die bestehende Gefahr hätten informiert werden können. Da angenommen werden musste, dass sich noch viele gleichartig belastete Fische in Angelteichen befanden, war zur Sicherstellung des Verbraucherschutzes eine öffentliche Warnung über die Presse erforderlich.

Umsetzung neuer EU-Vorgaben in den Bereichen Kosmetikrecht und Zusatzstoffrecht

Der Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird nahezu ausschließlich durch die EU-Gesetzgebung geregelt. Da in diesem Bereich der Fortschritt von Technik und Innovation sehr groß ist, ist die Anpassung der rechtlichen Vorgaben an die sich entwi-

ckelnden Einsatzzwecke und Verfahren insbesondere im Bereich des Zusatzstoff- und Kosmetikrechts erforderlich. In beiden genannten Bereichen gab es im Jahr 2013 umfangreiche Neuregelungen, deren Umsetzung zu planen und organisieren war und die auch in den kommenden Jahren noch einiges an Arbeit mit sich bringen wird.

Risikoorientierte Probenahme = effektiver Verbraucherschutz bei optimalem Ressourceneinsatz

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Sicherstellung der Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen stellt die Entnahme von Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeproben dar. Um dabei die richtigen Proben zu entnehmen, werden die erforderlichen Proben nach dem Modell zur risikoorientierten Probenahme (RIOP Baden-Württemberg) geplant. Im Ostalbkreis werden dabei jährlich über 1.700 Proben entnommen. Diese werden an den Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern untersucht. Die Art der Untersuchung – nach dem oben beschriebenen risikobasierten Ansatz – umfasst mögliche Keimbelastung, Untersuchung auf Rückstände, wie Arzneimittel oder Pestizide, ebenso wie Kennzeichnungsmängel oder zur Täuschung des Verbrauchers geeignete Aussagen. Neben den zu entnehmenden Planproben wurden aber auch anlassbezogene Proben z. B. bei Verbraucherbeschwerden oder Verdachtsfällen von lebensmittelbedingten Erkrankungsfällen erhoben. Für die Entnahme von Bedarfsgegenständen und Kosmetika wurde im Jahr 2013 ein Probenbörsenmodell eingeführt und getestet, dessen Evaluierung noch aussteht.

Information und Beratung

Um langfristig das Niveau der Lebensmittelhygiene und Lebensmittelsicherheit bei Unternehmen, die Lebensmittel in Verkehr bringen und somit den lebensmittelrechtlichen Vorschriften unterliegen, weiter zu entwickeln

und zu verbessern, bedienen sich Tierärzte, Lebensmittelkontrolleure und Verwaltungskräfte des Geschäftsbereiches eines weiteren Instrumentes – der Beratung und Durchführung von Informations- und Schulungsveranstaltungen. Zu diesem Zweck wurden auch in den Jahren 2012/13 wieder zahlreiche Informationsveranstaltungen für verschiedene Interessengruppen durchgeführt. Dabei wurden Vorträge bei Verbänden von Lebensmittelunternehmern, Vereinen und Direktvermarktern zum Thema Lebensmittelhygiene gehalten.

Fleischhygiene

Auch im Bereich der Fleischhygiene waren durch das EU-Lebensmittelhygienepaket weitere Aufgaben zu bewerkstelligen. Durch die dort festgelegte Eigenverantwortlichkeit des Lebensmittelunternehmers bestehen rechtlich festgelegte Verpflichtungen durch betriebliche Eigenkontrollen, z. B. im Bereich der mikrobiologischen Untersuchungen insbesondere bei sensiblen Lebensmitteln, wie z. B. Hackfleisch, Fleischerzeugnissen oder Fleischzubereitungen, die Lebensmittelsicherheit sicherzustellen und zu gewährleisten. In der Vergangenheit waren hierzu etwa 200 Ausnahmegenehmigungen zur Reduktion der Beprobungshäufigkeit nach Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 genehmigt worden. In den Jahren 2012/2013 galt es nun, die Einhaltung der Voraussetzungen hierfür zu überprüfen und ggf. die Maßnahmen zur Einhaltung derselben auf dem Verwaltungswege durchzusetzen.

In der Vorbereitung auf die erforderliche Akkreditierung der Trichinenuntersuchungsstellen nahmen erneut alle acht Trichinenuntersuchungsstellen im Ostalbkreis zur Sicherstellung der Qualität der Untersuchung mit Erfolg an einem Ringversuch teil. Zu den Aufgaben im Bereich der Fleischhygiene gehört im Ostalbkreis auch die Überwachung von zwei für die Versorgung mit Geflügelfleisch überregional bedeutenden Geflügelzerlege- und -verarbeitungsbetrieben.

Cross Compliance – Verknüpfung von Zahlungsansprüchen aus EU-Mitteln mit der Einhaltung von Mindeststandards

Die Zahlungsansprüche von Landwirten aus EU-Mitteln sind daran gekoppelt, dass auf den Betrieben die relevanten gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Zur Überprüfung dieser Verpflichtung werden sogenannte systematische Cross Compliance-Kontrollen durchgeführt. Diese Kontrollen wurden mit Tierkennzeichnung, Tierseuchen, Lebensmittel- und Futtermittelproduktion und Tierschutz zwischenzeitlich auf alle Bereiche ausgedehnt. Die Auswahl und Zuteilung der zu kontrollierenden Betriebe erfolgt dabei anhand einer zentralen Risikoanalyse. Im Rahmen der systematischen Kontrollen wurden dabei vom Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung in den Jahren 2012 und 2013 jeweils über 150 Kontrollen bei Tierhaltern durchgeführt.



Durchführung einer CC-Kontrolle

Neben diesen Stichproben müssen sogenannte „Cross Checks“ durchgeführt werden. Dabei wird in Betrieben die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen überprüft, wenn sich anlässlich anderer Kontrollen oder durch sonstige Informationen Erkenntnisse über Unregelmäßigkeiten ergeben.

Verwaltung im Wandel – Fortführung des Qualitätsmanagementsystems

Mit der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (QMS) in der Veterinärverwaltung



Tierheim Dreherhof

wurden in der Verwaltung neue, innovative Wege eingeschlagen. Mit Hilfe der Instrumente des QMS werden Aufgaben und Prozesse nachvollziehbar abgebildet, um durch die Verbesserung der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit und der Kundenfreundlichkeit eine Optimierung der Abläufe in allen Bereichen zu erreichen. Im Rahmen der Weiterentwicklung des QMS in der Veterinärverwaltung muss nach einem zentralen Auditplan jährlich ein Bereich der Tätigkeit einem Audit unterzogen werden. Im Jahr 2012 wurde im Rahmen eines internen Audits der Bereich Kontrollen im Bereich des Lebensmittelrechts überprüft. 2013 fand im Ostalbkreis ein Musteraudit durch ein Auditorenteam aus Vertretern des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, des Regierungspräsidiums und einer Gruppe externer Qualitätsbeauftragter aus ganz Baden-Württemberg statt. Dabei wurde das Verfahren der Salmonellenuntersuchung einschließlich Probenahme einer Überprüfung unterzogen. Ergänzend dazu arbeitete der Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung beständig am Ausbau der Dokumentation der Geschäftsprozesse.

Neuer Pachtvertrag für das Tierheim Dreherhof

Das Tierheim Dreherhof wurde vom Ostalbkreis in den Jahren 1980 und 1981 erbaut und ist seither an den Tierschutzverein Ostalb e.V. (ehemals Tierschutzverein Schwäbisch Gmünd und Umgebung e.V.) verpachtet. Im Tierheim Dreherhof werden Fundtiere sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdende herrenlose Tiere (hauptsächlich Hunden und Katzen) untergebracht und versorgt. Gleiches gilt auch für durch die Polizeibehörden sichergestellte oder beschlagnahmte Tiere. Der Landkreis und der Tierschutzverein Ostalb e. V. nehmen mit der Unterbringung dieser Tiere auch eine Pflichtaufgabe für die Städte und Gemeinden des Ostalbkreises wahr.

Der Betrieb des Tierheims Dreherhof wird durch den Zuschuss des Ostalbkreises, durch Vermächtnisse, Spenden sowie durch Kostenersatzungen von Kommunen finanziert. Die Aufwendungen für Instandhaltung und Investitionen für das Tierheim trägt der Ostalbkreis. Der aus dem Jahr 1979 bestehende Pachtvertrag zwischen dem Ostalbkreis und dem Tierschutzverein Ostalb e.V. wurde überarbeitet und konnte im Juli 2012 unterzeichnet werden. Wesentliches Element war die Finanzierung des Tierheims.

FÜHRUNG DES LIEGENSCHAFTSKATASTERS

Der Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation hat als Untere Vermessungsbehörde als wichtigste Aufgabe die Führung des Liegenschaftskatasters. Dies beinhaltet zum einen die laufende Fortführung aus Anlass von Liegenschaftsvermessungen, unabhängig ob sie von der Behörde oder von derzeit in Baden-Württemberg zugelassenen 167 öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren (ÖbVI) durchgeführt werden. Zum anderen sind die Daten des Liegenschaftskatasters zu modernisieren und weiter zu entwickeln.



Einführung von ALKIS® in Baden-Württemberg

Das einheitliche Datenmodell für alle amtlichen Geodaten Deutschlands sind die Informationssysteme:

AFIS® – Amtliches Festpunktinformationssystem

ALKIS® – Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem

ATKIS® – Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem.

Mit den drei „A“ realisiert die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) ein bundeseinheitliches Modell. Die seither unabhängig voneinander geführten Daten der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters werden in einem Datenmodell zusammengeführt, das den internationalen Anforderungen und der Stan-

dardisierung genügt. Mit der Umstellung des Liegenschaftskatasters auf das Informationssystem ALKIS® im April 2013 wurde auch im Ostalbkreis ein bundesweit einheitlicher Standard eingeführt, der auf internationalen Normen aufbaut und künftig Erleichterungen bei den Arbeitsprozessen bringen wird. Nichts bleibt, wie es war. Das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem ALKIS® vereint die Buchdaten des Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB) und die Grafikdaten der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) und ist künftig nach Objekten strukturiert. Insbesondere das Datenformat wurde mit der Einführung von ALKIS® gravierend verändert. „Das Liegenschaftskataster spielt im Zusammenspiel mit dem Grundbuch eine wichtige Rolle für die Eigentumssicherung und den Grundstücksverkehr und trägt dazu bei, Grenzstreitigkeiten zu verhindern“, sagte der Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Ministerialdirektor Wolfgang Reimer bei der landesweiten Freischaltung des ALKIS® am 24.6.2013. „Miteinander kommunizieren, Daten offenlegen und diese variabel nutzen zu können, das sind die heutigen Anforderungen an Geodaten. ALKIS® ist ein wichtiger Baustein auf diesem Weg, da Nutzerinnen und Nutzer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen Zugang zu diesen Geodaten bekommen“, zeigte sich Reimer überzeugt. In ALKIS® werden die digitalen Daten des Liegenschaftskatasters geführt und für Auskünfte und Anwendungen bereitgestellt. Alle über acht Millionen Flurstücke Baden-Württembergs sind in ihrer Form und örtlichen Lage hinterlegt, gleiches gilt für fünf Millionen Gebäude sowie die Eigentumsverhältnisse von drei Millionen Eigentümern, die nachrichtlich aus dem Grundbuch übernommen werden. Insgesamt sind 230 Millionen Angaben zu den Liegenschaften in ALKIS gespeichert, darunter Koordinaten von etwa 40 Millionen Grenzpunkten. Die Vermessungsverwaltung ist somit für die Zukunft bestens aufgestellt. Die Daten von ALKIS® sind Teil der Geobasisinformationen der Vermessungsver-

waltung. Über das Geoportal Baden-Württemberg kann somit jeder Nutzer sein digitales Baden-Württemberg auf einfache Weise darstellen lassen.

Weitere Aufgaben des Geschäftsbereichs Vermessung und Geoinformation sind die Durchführung von Liegenschaftsvermessungen

- Katastervermessungen (ab 1.1.2014 nur für Landkreis-Zwecke)
- Grenzfeststellungen
- Baulandumlegungen
- Straßenschlussvermessungen (Verkehrsflächen über 100m Länge)
- Gebäudeaufnahmen und
- Aufnahme der tatsächlichen Nutzung und von topographischen Objekten

Liegenschaftsvermessungen sind an das Geodätische Festpunktfeld anzuschließen. Nach den Durchführungsbestimmungen zur INSPIRE-Richtlinie sind die Geodaten von Annex I (u. a. Flurstücke) ab 2017 in ETRS89/UTM-Koordinaten bereitzustellen. Daher ist vorgesehen, die Bestimmung der identischen Punkte für die landesweite Transformation nach ETRS89/UTM bis Ende 2016 abzuschließen. Im Ostalbkreis sind zur Zeit bereits 17 Gemarkungen mit der "Vollzugserklärung" bearbeitet.

Bearbeitungsstand ETRS89 / UTM

Aktualität: 28. November 2013



Unterstützungsleistungen für andere Geschäftsbereiche

Flurneuordnung und Landentwicklung

Es wurden Arbeiten durchgeführt, die eng mit dem Liegenschaftskataster zusammenhängen. So wurde in verschiedenen Verfahren die Umfangsgrenze bestimmt. In den Flurneuordnungsverfahren Iggingen und Böbingen wurden bedingte Grenzen in bebauten Wohnlagen und vor allem in Waldgebieten festgelegt und aufgemessen. Hier war zum einen großes Verhandlungsgeschick mit den Teilnehmern und zum anderen viel fachliches Können bei der Aufmessung der neuen Grenzen in einem topographisch sehr schwierigen Gebiet gefordert.

Landwirtschaft

Aufgabe war die Bearbeitung und Kontrolle der im "Gemeinsamen Antrag" beantragten Beihilfen landwirtschaftlicher Betriebe über das "Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem" in Baden-Württemberg (InVeKoS). Mit Hilfe des Geografischen Informationssystem Entwicklung Landwirtschaft (GISELa) und anhand des Gemeinsamen Antrags wurden die Vor-Ort-Kontrollen vorbereitet und Widersprüche in den beantragten Schlägen örtlich geklärt. Weitere Tätigkeit war die Bearbeitung der Bruttokulisse. Über Luftbilder wurden landwirtschaftlich nicht nutzbare

Flächen wie Hofräume, Wege, Wald und Gewässer in GISELa ermittelt und von den jeweiligen Flurstücksflächen abgezogen. Verschiedentlich waren hier auch örtliche Einmessungen durchzuführen.

Dritte Aufgabe der Projektgruppe war auf Grund der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung des Landes Baden-Württemberg (SchALVO), in festgelegten Wasserschutzgebieten bei der Untersuchung der Nitratwerte im Boden mitzuwirken.

Straßenbau

Bei allen Baumaßnahmen der Kreisstraßen, für die Grunderwerb notwendig ist, werden die Straßenschlussvermessungen oder auch schon im Vorfeld Vermessungen zum Geodätischen Festpunktfeld und zu der Bestimmung der Grunderwerbsflächen durchgeführt. Unerledigte Veränderungsnachweise werden überprüft.

Wirtschaftsförderung (landkreisweite Breitband-Netzplanung)

Es wurde die Bestandsaufnahme der gesamten Daten, die für die Breitbandversorgung relevant sind, durchgeführt. Im geografischen Informationssystem wurden diese Daten aufbereitet und ausgewertet sowie in kartographischer Form in einem „Breitbandatlas“ dargestellt, der auch Bestandteil des Förderantrags an das Regierungspräsidium war.

Zusammenarbeit mit Grundbuchämtern – Erstdatenerfassung zum Elektronischen Grundbuch (EGB)

Zum Ende des Jahres 2013 endete die jahrzehntelange, erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Vermessungsverwaltung und der Justiz im Projekt Erstdatenerfassung zum Elektronischen Grundbuch. Bereits in den 1990er Jahren begann die Justiz mit der flächendeckenden Einführung des Elektronischen Grundbuchs (EGB). Die Erstdatenerfassung zum Elektronischen Grundbuch gestaltete sich in Baden-Württemberg deutlich aufwändiger als in anderen Bundesländern. Die Aufgabe der Erstdatenerfassung erforderte einigen Sachverstand. Reines Einscannen von Grundbuchblättern genügt mithin nicht; vielmehr setzt die qualifizierte Erfassung Grundbuchsachverstand im Hinblick auf die Beurteilung der aktuellen Grundbuchlage voraus.

Bereits vor der Verwaltungsreform konnte die Vermessungsverwaltung ab dem Jahr 2000 in den verschiedenen Landesteilen Mitarbeiter für die Aufgaben der Justiz im Hinblick auf die Erstdatenerfassung bereitstellen. Das Personal der damals 35 Staatlichen Vermessungsämter war durch die spezifischen Kenntnisse rund um Kataster und Grundbuch für diese Aufgabe nicht nur geeignet, sondern geradezu prädestiniert. Auch nach der Verwaltungsreform konnte die erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt werden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden so in Baden-Württemberg sowohl einzelne Mitarbeiter der Vermessungsverwaltung als auch ganze Erfassungsteams im Projekt Erstdatenerfassung zum Elektronischen Grundbuch eingesetzt.

Das gemeinsame Projekt von Justiz und Landkreistag steht nun vor dem Abschluss, da die Erstdatenerfassung in Württemberg vielerorts abgeschlossen ist und die Personalsituation in der Vermessungsverwaltung keine weitere Personalgestellung mehr erlaubt. Alle Projektbeteiligten betonten nochmals die hervorra-



gende, harmonische und gewinnbringende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten.

Bei der Erstdatenerfassung zum Elektronischen Grundbuch (EGB) waren auch Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Vermessung und Geoinformation beteiligt. Sie hatten die Aufgabe, die Eintragungstexte der Grundbuchblätter manuell zu erfassen und teilweise aus dem Altdeutschen (Sütterlin- oder Cantzley-Schriften) umzuschreiben. Grundlage waren die sogenannten Folianten (Grundbuchhefte ab dem Jahr 1900) und die seit 1969 eingeführten Loseblatt-Grundbücher. Aufgrund ihres Fachwissens und ihrer Erfahrung wurden die Mitarbeiter gegen Ende der Erfassungsarbeiten auch bei der Prüfung des digitalen Datenbestands eingesetzt.

Bearbeitung von gegenstandslosen Rechten nach § 84 GBO und § 1026 BGB

Auf Antragstellung von Notaren oder von Grundstückseigentümern werden die in der Zweiten Abteilung des Grundbuchs eingetragenen Lasten und Beschränkungen (z. B. Geh-, Fahr-, Trepp- und Trapprechte/lasten ...) geprüft, ob diese noch Bestand haben oder gelöscht werden können. Notare führen nur dann eine Löschung im Grundbuch durch, wenn eine amtliche Löschungsbewilligung

(Gegenstandslosigkeitsbescheinigung) ausgestellt wurde. Es bleibt festzustellen, dass diese Anträge immer mehr zunehmen und oftmals mehr Zeitaufwand verursachen, weil auf Angaben des Liegenschaftskatasters bis zur Landesvermessung 1818 – 1849 zurückgegriffen werden muss.

Bearbeitung von „Unerledigten Veränderungsnachweisen“

Bei Veränderungsnachweisen, die nicht innerhalb von zwei Jahren ins Grundbuch übernommen wurden, muss überprüft werden, warum dies noch nicht erfolgt ist. Dies wird für alle Veränderungsnachweise geprüft, insbesondere bei Straßenschlussvermessungen von Kreisstraßen für den Geschäftsbereich Straßenbau. Wird dabei festgestellt, dass ein fehlender Kaufvertrag oder eine fehlende Auffassung nicht zustande kommt, so muss der Veränderungsnachweis in diesen Bereichen aufgehoben und zurückgeführt werden.

Geografisches Informations-System (GIS)

Das bereits seit 2005 beim Landratsamt und bei einigen Kommunen eingesetzte, bereichsübergreifende Geografische Informations-System (GIS) „GeoPortal“ wird ständig weiterentwickelt. Für die Gemeinden wurden neue Themen hinzugefügt, wie zum Beispiel Verpachtungskataster oder Grünflächenkataster. Bedingt durch die neue Datenstruktur „ALKIS“ sind umfangreiche Umstellungsarbeiten notwendig, um die Daten des Liegenschaftskatasters auch weiterhin in gewohntem und praktikablem Umfang präsentieren zu können. Gleichzeitig wird das Geoportal in seiner Benutzeroberfläche auf eine neue, modernere und für zeitgemäße Internetbrowser geeignete Form umgestellt. Die aus dem GeoPortal für alle Internetnutzer entwickelte „ostalbmap“ (www.ostalbmap.de) wird täglich von sehr vielen Bürgerinnen und Bürger im Ostalbkreis als Informationsquelle genutzt.



Das GeoPortal für den Ostalbkreis: www.ostalbmap.de

Originäre Aufgaben des Geschäftsbereichs Straßenbau sind die Planung, der Bau und die Erhaltung der Kreisstraßen. Darüber hinaus führt der Ostalbkreis für 1.040 km Bundes-, Landes- und Kreisstraßen den Betrieb und die Unterhaltung durch. Dazu gehört auch der Winterdienst.

Rekordwinter 2012/2013 verursacht hohe Winterdienst-Kosten im Ostalbkreis

Nach einem relativ milden Winter 2011/2012 mit unterdurchschnittlichen Winterdienstkosten in Höhe von rund 1,6 Mio. Euro musste der Straßenbetriebsdienst des Ostalbkreises im Winter 2012/2013 besondere Herausforderungen bewältigen. Mit ca. 5,2 Mio. Euro betrug die Winterdienstkosten auf den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mehr als das Doppelte des langjährigen Mittels von etwa 2,4 Mio. Euro. Trotz wenig spektakulärer Winterereignisse lagen die Belastungen aufgrund des lang andauernden Winters und den ständigen Einsätzen für die Mitarbeiter der Straßenmeistereien und den Ostalbkreis sowohl personell als auch finanziell an der Grenze des Machbaren.

Ein weiterer Schwerpunkt für den Betriebsdienst war als Folge des letzten starken Winters die Behebung von Frostschäden. Auf den Bundes- aber insbesondere auf den sehr schadhafte und desto anfälligeren Landesstraßen mussten dazu erhebliche Mittel aufgewendet werden. Die Straßenmeistereien stellten durch rasches Flicker von Schlaglöchern mit Kaltmischgut die Verkehrssicherheit wieder her. Im folgenden Frühjahr und Sommer werden die Winterschäden auf den Kreisstraßen beseitigt. Der Aufwand dafür verursachte bei den Kreisstraßen in 2011 noch Kosten von 430.000 Euro. In 2012 betrug der Aufwand rund 417.000 Euro. Im Jahr 2013 reduzierten sich die Kosten auf nur noch 308.000 Euro. Die sinkenden Kosten sind Ergebnis der Belagsprogramme der letzten Jahre, in denen der Ostalbkreis erhebliche Mittel in die Ver-

besserung der Substanz seiner Kreisstraßen investiert hat.

Radverkehrskonzept Ostalbkreis

Der Ostalbkreis weist der Förderung des Radverkehrs unter den Aspekten der Verkehrssicherheit sowie der Mobilitätssicherung, der Bewegungsqualität und den Zielen des Klimaschutzes eine hohe Bedeutung zu. Eine wichtige Grundlage dafür ist ein gut ausgebautes Radverkehrsnetz, das für die Fahrten zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen und zur Freizeitgestaltung möglichst direkte verkehrssichere und befahrbare Wege anbietet. Auf der Basis des Bestands an Radwegen wurde deshalb zur Behebung von Defiziten und als Entscheidungsgrundlage für die Weiterentwicklung für Politik und Verwaltung ein neues Radverkehrskonzept Ostalbkreis entwickelt. Für dieses Radwegenetz wurde ein Wegweisungskonzept entwickelt, das im Herbst 2013 mit den Städten und Gemeinden abgestimmt wurde.

Straßenplanung

Neben der Ausführungsplanung, d.h. der Ausarbeitung der baureifen Pläne für die Maßnahmen

- K 3205 Neubau von der L 1060 zur L 1078 in Kirchheim a. R.
- K 3263 RGW Laubach – Neubronn
- K 3267 RGW Zimmern – Böbingen
- K 3319 Weilermer Kreuz

wurde die Entwurfsplanung zur Erlangung des Baurechts und zur Vorbereitung des Grunderwerbs für die Vorhaben

- K 3204 Restausbau von K 3205 bis zur L 1060 bei Wössingen
- K 3259 RGW Holzhausen – Schechingen
- K 3315 Trochtelfingen – K 3316

begonnen bzw. weiter vorangebracht oder abgeschlossen.

Neu- und Ausbaumaßnahmen, Erhaltungsmaßnahmen

Mit einem umfangreichen Neu- und Ausbauprogramm sowie mit einer Vielzahl von Erhaltungsmaßnahmen konnten der Ausbauzustand und die Substanz des Kreisstraßennetzes weiter wesentlich verbessert werden. Durch die Wahl sparsamer Bauweisen und die Reduzierung des Ausbaustandards konnten die bereit gestellten Mittel sehr wirtschaftlich verwendet und große Wirkung erzielt werden. Dabei kommen insbesondere Verfahren zum Einsatz, bei denen der teerhaltige Fahrbahnaufbau vor Ort aufgefräst und unter Bitumen- und Zementzugabe zu einer starren Tragschicht aufgearbeitet wird (Kaltrecycling). Auf diese starre Tragschicht wird eine Riss überbrückende Splittschicht aufgebracht, die je nach Verkehrsbelastung mit bituminösen Trag-, Binder- und Deckschichten überbaut wird. Das Verfahren stellt sicher, dass teerhaltige Bestandteile nicht mit Wasser in Verbindung gelangen und damit dauerhaft versiegelt sind. Eine Fahrbahn kann so für rund 40 – 50 Euro/m² Instand gesetzt werden. Ein regulärer Vollausbau würde Kosten in Höhe von 80 – 100 Euro/m² verursachen.

Als Neu- und Ausbaumaßnahmen, die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Ostalbkreises finanziert waren, konnten nachstehende Maßnahmen begonnen, weitergeführt oder fertig gestellt werden:

in 2012:

- K 3228 Beseitigung der Bahnübergänge Eichkapelle und Maus in Ellwangen-Rindelbach (fertig gestellt)
- K 3232 zwischen der K 3233 und der L 1075 bei Neuler-Ramsenstrut (fertig gestellt)
- K 3319 Weilermer Kreuz (fertig gestellt)

in 2013:

- K 3205 Neubau von der L 1060 zur L 1078 in Kirchheim a. R. (begonnen)
- K 3263 RGW Laubach – Neubronn (fertig gestellt)
- K 3267 RGW Zimmern – Böbingen (fertig gestellt)

Als Belagsmaßnahmen wurden in den jeweiligen Jahren realisiert:

in 2012:

- K 3207 Unterwilflingen – Geislingen
- K 3214 Halheim – Gerau
- K 3214 OD Halheim (fertig in 2013)
- K 3216 OD Rattstadt
- K 3237 Onatsfeld – Reststück
- K 3249 Wildenhöfle – Mittelbronn 1. BA
- K 3251 Kreisgrenze – Horlachen
- K 3255 Durlangen – Tanau
- K 3255 Hertighofen – Spraitbach
- K 3290 Waldhausen – Simmisweiler
- K 3291 Unterkochen – Vierwegzeiger
- K 3293 Kapfenburg – B 29
- K 3314 OD Schweindorf (fertig in 2013)

in 2013:

- K 3213 Pfahlheim – Walxheim 1. BA
- K 3249 Wildenhöfle – Mittelbronn (Reststück)
- K 3255 Tanau – Hertighofen
- K 3277 L 1161 – Bettringen
- K 3300 Schlossberg – Flochberg
- K 3313 Waldhausen – Weitmars
- K 3316 Utmemmingen – Landesgrenze

Zunehmend an Bedeutung gewinnen die Bauwerksinstandsetzungen. Nur durch eine rechtzeitige fachgerechte Unterhaltung und Sanierung kann die vorgesehene Lebensdauer der Bauwerke erreicht oder verlängert werden. Saniert wurden:

in 2012:

- K 3228 BW 6926 531 Fischbach Dankoltsweiler
- K 3259 BW 7125 576 Stützbauwerk in Schechingen
- K 3260 BW 7125 536 Schwergewichtswand in Schechingen
- K 3260 BW 7125 537 Schwergewichtswand in Schechingen

in 2013:

- K 3206 BW 7028 506 Riedbachbrücke Unterwilflingen
- K 3206 BW 7028 507 Riedbachbrücke Unterwilflingen

Weitere Schwerpunkte

Weiterer Schwerpunkt in den letzten beiden Jahren waren die Begleitung der kreisrelevanten Straßenbauvorhaben des Bundes und des Landes im Rahmen der politischen Diskussion zu den verschiedenen Ausbau- und Erhaltungsprogrammen sowie Priorisierungsverfahren. Zu nennen sind hier

- das Verkehrsforum am 19.3.2012 mit Verkehrsminister Hermann zum Thema der Verkehrsinfrastruktur im Ostalbkreis mit der Diskussion über die Notwendigkeiten und Priorisierungen von Neu- und Ausbauvorhaben an Bundes- und Landesstraßen
- die Priorisierung der Bundesfernstraßenvorhaben
- der Maßnahmenplan für die Landesstraßen zum Generalverkehrsplan des Landes
- die Aufarbeitung der Straßenzustandserfassungen und -bewertung der Bundesstraßen 2011 und der Landesstraßen 2012 durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) und die Aufstellung der Dringlichkeitsreihung der Erhaltungsmaßnahmen an Bundes- und Landesstraßen
- die Anmeldungen von Bundesstraßenvorhaben durch das Landes Baden-Württemberg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans



Tunnelüberwachung

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Tunnelüberwachung des Einhorn隧nells ein. Die Überlegungen des Landratsamtes fanden nicht die Zustimmung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur des Landes. Das daraufhin von dort entwickelte Gegenmodell (3-Säulen-Modell mit den Zuständigkeiten bei Straßenmeisterei, Regionaler Leitstelle und Polizei) hat sich zwischenzeitlich jedoch als nicht praktikabel herausgestellt, da eine wesentliche Säule dieses Modells nicht mehr zur Verfügung steht. Als Folge der Polizeireform sieht sich die Polizei zukünftig nicht in der Lage, die ihr bei der Tunnelüberwachung zugeordneten Aufgaben zu übernehmen. Der Ostalbkreis ist deshalb auf sein ursprüngliches Konzept zurückgekommen. Es sieht vor, die Tunnelüberwachung durch die Integrierte Regionalleitstelle des Deutschen Roten Kreuzes in Aalen durchzuführen. Das Landratsamt hat mit dem DRK Aalen eine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Das Konzept hat bei der ersten Rettungsübung im Einhorn隧nnel am 9. November 2013 seine Tragfähigkeit bewiesen. Es erfüllt die Anforderungen der Tunnelüberwachung in hoch qualitativer und wirtschaftlicher Weise.

Eröffnung des Gmünder
Einhorn隧nells am
25. November 2013

STRASSENVERKEHR

KFZ-ZULASSUNGEN

Weiter steigende Kfz-Zulassungen

Die Zulassung von Kraftfahrzeugen hält im Ostalbkreis unvermindert an. Insgesamt setzt sich damit der seit Jahren anhaltende Zulassungstrend auch in 2012 und 2013 fort.

Zulassungsstatistik für den Ostalbkreis

Fahrzeugklassen	31.12.13	31.12.12	Veränderung in %
 PKW	182.492	180.097	+ 1,33
 Kraftomnibusse	297	300	- 1,00
 Lastkraftwagen	8.771	8.448	+ 3,82
 Zugmaschinen	14.684	14.555	+ 0,89
 Krafträder	19.637	19.033	+ 3,17
 Anhänger	32.206	31.437	+ 2,45
 Sonstige Kraftfahrzeuge + Arbeitsmaschinen (sonstige)	2.242	2.261	- 0,84
Insgesamt	260.329	256.131	+ 1,64

Einführung des Wechselkennzeichens zum 1. Juli 2012

Mit der Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung vom 13.1.2012 wurde zum 1.7.2012 das Wechselkennzeichen eingeführt. Ein Wechselkennzeichen kann für zwei Fahrzeuge zugeeilt werden, sofern diese in die gleiche Fahrzeugklasse fallen und die Kennzeichenschilder

mit gleicher Anzahl und gleichen Abmessungen an den Fahrzeugen verwendet werden können. Vorteile des Wechselkennzeichens sind flexible Nutzung von Fahrzeugen, beispielsweise für kürzere Strecken in der Stadt, oder um eventuell ein umweltfreundlicheres Zweitfahrzeug – etwa ein Elektroauto – zu nutzen. Alternativ zum Saisonkennzeichen ist das Wechselkennzeichen ganzjährig, uneingeschränkt nutzbar.

Im Ostalbkreis wurden bis 31.12.2013 sechs Wechselkennzeichen mit 12 Fahrzeugen (meistens Wohnmobile in Verbindung mit einem PKW) zugelassen.

Wiedereinführung des „historischen Alt-kennzeichens GD“ für den Ostalbkreis

Nachdem zunächst der Bund und danach das Land Baden-Württemberg die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung des „historischen Alt-kennzeichens GD“ geschaffen haben, wurde im Rahmen der Kreistagssitzung vom 6. November 2012 mit großer Mehrheit die Verwaltung damit beauftragt, einen entsprechenden Antrag beim Landesverkehrsministerium über das Regierungspräsidium Stuttgart zur Wiedereinführung zu stellen. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat am 18. Februar 2013 dem Antrag stattgegeben und damit für den Ostalbkreis neben dem gültigen Unterscheidungszeichen „AA“ zusätzlich das weitere Unterscheidungszeichen „GD“ wieder zugelassen.

Am 25. Februar 2013 wurden nach über 40 Jahren wieder „GD-Kennzeichen“ ausgegeben. Die Zulassungsstelle in Schwäbisch Gmünd wurde dafür in der ersten Woche personell aufgestockt und das Serviceangebot mit Sonderöffnungszeiten erweitert. Insgesamt wurden 3.300 private und 1.700 gewerbliche Reservierungen verzeichnet.



Muster eines Wechselkennzeichens



Muster eines GD-Kennzeichens



Landrat Klaus Pavel (r.) überreicht das erste GD-Kennzeichen an den Schwäbisch Gmünder Oberbürgermeister Richard Arnold



Das verstärkte Team der Schwäbisch Gmünder Zulassungsstelle

Umweltzone Schwäbisch Gmünd

Zum 1. März 2008 trat die Umweltzone Schwäbisch Gmünd in Kraft. Seit der Einrichtung der Umweltzone dürfen nur noch Fahrzeuge in die Innenstadt von Schwäbisch Gmünd fahren, die eine Feinstaubplakette zugeteilt bekommen haben oder für die eine Ausnahmeregelung besteht. Seit 1. Januar 2013 dürfen nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette die Umweltzone Schwäbisch Gmünd befahren. Diese Feinstaubplaketten sind erhältlich bei den Zulassungsbehörden, bei den anerkannten Abgasuntersuchungswerkstätten und bei technischen Überwachungsorganen wie TÜV, DEKRA und GTÜ.

Nach § 1 Abs. 2 der 35. BImSchV ist das Landratsamt bei Erteilung von Ausnahmen zuständig. Für Fahrzeuge ohne oder mit roter Plakette konnten Ausnahmegenehmigungen nur bis zum 31.12.2012 erteilt werden. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Neuerteilung oder Verlängerung grundsätzlich nicht mehr möglich. Für Fahrzeuge mit gelber Plakette können auf Antrag Ausnahmegenehmigungen erteilt werden. Ein Endtermin für Ausnahmen für Fahrzeuge mit gelber Plakette wurde bisher noch nicht eingeführt.

Im Jahr 2012 wurden 214 Ausnahmegenehmigungen erteilt; davon 195 gewerbliche und 19 private. Im Jahr 2013 (Stand 4.12.2013) wurden 285 Ausnahmen erteilt; davon 271 gewerbliche und 14 private.

Kfz-Zulassungen im Ostalbkreis vom 25.2. – 31.12.2013

Vorgang	Kennzeichen	
	AA	GD
Neuzulassung	9.522	2.791
Erstzulassung Gebrauchtfahrzeug	1.762	415
Umschreibung außerhalb	14.591	4.598
Umschreibung innerhalb	11.353	2.143
Wiederzulassung	3.631	284
Umkennzeichnung	521	2.280
Vergabe Saisonkennzeichen, Kurzzeitkennzeichen, Ausfuhrkennzeichen	6.699	100
Gesamtzulassungen 2013	48.079	12.611

Plakettenverkauf beim Landratsamt Ostalbkreis

Schadstoffgruppe	2012	30.11.2013
 Schadstoffgruppe 2 rote Plakette	18	6
 Schadstoffgruppe 3 gelbe Plakette	369	14
 Schadstoffgruppe 4 grüne Plakette	20.722	24.941



Kundenbefragungen in der Kfz-Zulassungsbehörde im Jahr 2012 und 2013

Im Jahr 2012 und 2013 wurden in den Kfz-Zulassungsstellen des Ostalbkreises Kundenbefragungen durchgeführt. Allein im Jahr 2013 wurden knapp 2.000 Kundenrückmeldungen ausgewertet. Die Ergebnisse waren für die Kolleginnen und Kollegen sehr erfreulich: 90% der Befragten gaben im Jahr 2013 an, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „sehr freundlich“ gewesen seien, dies stellt ein „Plus“ von 23,4% gegenüber 2012 dar. 91% der Kundinnen und Kunden gaben an, dass die Kolleginnen und Kollegen sehr kompetent seien: Ein „Plus“ von 28,5 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2012.

Das vieldiskutierte Thema der Wartezeiten beantworteten die Befragten mehr als eindeutig: Jeweils über 90 Prozent gaben an, dass die Wartezeiten in den Zulassungsstellen akzeptabel sind. Im Schnitt müssen die Kundinnen und Kunden 10,3 Minuten bis zum Aufruf in der Zulassungsstelle warten. 17,4 Minuten dauert die durchschnittliche Vorgangsbearbeitungszeit in unseren Zulassungsstellen. Insgesamt beträgt also der Aufenthalt in den Zulassungsstellen des Ostalbkreises 27,7 Minuten. Ein guter Wert, wenn man bedenkt, dass man an einer Supermarktkasse in Deutschland im Durchschnitt 6,9 Minuten wartet (Quelle: statista.de) und im Durchschnitt 23 Minuten für

einen Supermarkteinkauf (Quelle: handelsblatt.com) einplanen muss.

Auch mit den Öffnungszeiten sind die Kundinnen und Kunden zufrieden: Im Schnitt mehr als 70 Prozent der Befragten (bis zu knapp 78% in Schwäbisch Gmünd) sind mit den Öffnungszeiten zufrieden.

Insgesamt wurde mit den Kundenbefragungen der Auftakt für ein Controlling-Projekt der Zulassungsstellen im Ostalbkreis gebildet. Neben der Kundenbefragung wurde ein Benchmarking-Projekt mit anderen Zulassungsstellen, eine Fragebogen-Befragung anderer Zulassungsstellen sowie eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Ziel ist es, die Service- und Arbeitsqualität weiter zu steigern.

Gelbe Karte ab dem 1. Januar 2012

In Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Aalen hat das Landratsamt Ostalbkreis zum 1.1.2012 das Modell „Gelbe Karte“ eingeführt. Mit der Aktion sollen auffällig gewordene Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren über mögliche fahrerlaubnisrechtliche Konsequenzen im Wiederholungsfall informiert werden. Es handelt sich hierbei um eine reine Präventionsmaßnahme und darf nicht als rechtliche Maßnahme im Sinne des Fahrerlaubnisrechtes gesehen werden.



Die gelbe Karte

Die „Gelbe Karte“ kann bei alkoholbedingten Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, Handlungen mit hohem Aggressionspotenzial und/oder übermäßigem Alkoholgenuß versandt werden. Von der Fahrerlaubnisbehörde erhalten jugendliche Heranwachsende und junge Erwachsene ein Schreiben („Gelbe Karte“), wenn sie alkoholbedingte Straftaten oder Handlungen mit hohem Aggressionspotenzial begehen oder wenn sie aufgrund übermäßigen Alkoholgenußes zu selbstbestimmtem Verhalten nicht mehr in der Lage sind.

Ziel der Aktion „Gelbe Karte“ ist es, das polizeiliche und behördliche Handeln für die Bürger möglichst transparent zu gestalten, um bereits bei einem auffälligen Verhalten unter der Eingriffsschwelle für fahrerlaubnisrechtliche Maßnahmen mögliche Konsequenzen aufzuzeigen und so zu einem rechtskonformen Handeln anzuhalten. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 83 Polizeiberichte überprüft. In 29 Fällen erging eine „Gelbe Karte“ an die Betroffenen. Im Jahr 2013 wurden bis November insgesamt 50 Polizeiberichte überprüft. In 23 Fällen erging eine „gelbe Karte“ an die Betroffenen.

FÜHRERSCHEINE

Der EU-Führerschein – Geänderte Rechtslage ab 19. Januar 2013

Am 19.1.2013 trat die 3. EU-Führerschein-Richtlinie in Kraft. Mit der Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung wurden Bestimmungen der Europäischen Union in nationales Recht umgesetzt. Anlass ist die Umsetzung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.12.2006 über den Führerschein, die sogenannte 3. Führerscheinrichtlinie. Ziel dieser Richtlinie ist es insbesondere, das Nebeneinander unterschiedlicher nationaler Regelungen und der mehr als 110 verschiedenen Führerscheine in Europa zu beenden. Um die Verkehrssicherheit innerhalb der Europäischen Union zu verbessern, beinhaltet die Richtlinie unter anderem

Schutz gegen Fälschungen, zu ärztlichen Untersuchungen und zu den Mindestvoraussetzungen für die Erteilung einer Fahrerlaubnis.

Für Führerscheininhaber, die vor dem 19.1.2013 ihre Fahrerlaubnis erworben haben, hat der Stichtag keine Bedeutung. Für sie besteht kein Handlungsbedarf. Sie dürfen ihre Fahrerlaubnis weiterhin im bisherigen Umfang nutzen, ein Umtausch des Führerscheindokuments ist nicht erforderlich. Das Verwenden des bisherigen Dokuments ist mit keinem Nachteil verbunden. Allerdings müssen bis spätestens 19.1.2033 alle Führerscheine den Vorgaben der EU-Richtlinie entsprechen und damit umgetauscht werden. Damit ein reibungsloser Umtausch der noch nicht befristeten Führerscheine erfolgen kann, soll rechtzeitig damit begonnen werden (geplant ist bereits ab 2018).

Für die Fahrerlaubnisklassen gelten ab 19.1.2013 folgende wesentliche Änderungen:

- Ab dem 19.1.2013 neu ausgestellte Führerscheine sind auf 15 Jahre befristet. Dies betrifft nur Führerscheindokumente, die seit dem 19.1.2013 nach dem neuen (nur leicht veränderten) Muster des Scheckkartenführerscheins ausgestellt werden. Die Befristung bei den Klassen C und D (LKW und Bus) auf fünf Jahre gilt weiterhin. Nach Ablauf der Befristung wird das Führerscheindokument nur verwaltungsmäßig umgetauscht. Zusätzliche regelmäßige ärztliche Untersuchungen oder sonstige Prüfungen sind damit – wie bisher – nicht verbunden. Sie bestehen auch weiterhin lediglich für bestimmte Berufsgruppen mit besonderer Verantwortung (u. a. für Berufskraftfahrer, Busfahrer).
- Die bisher gültigen Fahrerlaubnisklassen M und S werden durch die Klasse AM ersetzt.
- Die bisher gültigen Definitionen der Fahrerlaubnisklassen A1, A und B wurden den europaweit gültigen Richtlinien angepasst.
- Für Krafträder mit einer Motorleistung

von unter 35 kW wurde die neue, leistungsbeschränkte **Fahrerlaubnisklasse A2** eingeführt.

- Für alle weiteren Zweirad-Fahrerlaubnisklassen gilt eine stufenweise Zugangsregelung, um Fahranfängern einen schrittweisen Erfahrungsaufbau zu ermöglichen.
- Neue **Regelung für Fahrzeugkombinationen – die Anhängerregelungen wurden vereinfacht**. Die zulässigen Gewichte für Fahrzeug und Anhänger wurden für alle Klassen neu geordnet.
- Änderung beim Mindestalter – Für die Klassen C, CE (Lkw) wurde das Mindestalter von 18 auf 21 Jahre angehoben. Ausgenommen mit einem Mindestalter von 18 Jahren sind nur bestimmte Formen der Grundqualifikation nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz.
- Das Mindestalter für die Klassen D1, D1E, D, DE (Bus) ist nunmehr sehr differenziert geregelt zwischen 18 und 24 Jahre.

ZENTRALE BUSSGELDSTELLE

Das Aufgabengebiet der Zentrale Bußgeldstelle der Landkreisverwaltung umfasst die Bearbeitung aller Ordnungswidrigkeiten, die in ihrem Zuständigkeitsbereich zur Anzeige gebracht werden. Nahezu 90% aller Verfahren kommen aus dem Bereich des Straßenverkehrsrechts. Um diese Verfahren zeitgemäß und wirtschaftlich zu bearbeiten, wurde im Jahr 2012 die elektronische Aktenführung umgesetzt.

Verkehrsüberwachung für mehr Verkehrssicherheit

Zur Stationären Geschwindigkeitsmessung stehen dem Landkreis sieben stationäre Messeinheiten zur Verfügung, die abwechselnd in 38 Messplätze eingesetzt werden. Im Jahr 2012/2013 wurde die gesamte Messtechnik auf digitale Fotografie umgerüstet. Hinzu kommt eine Kamera zur Überwachung zweier



Stationärer Messplatz B 29 Bopfingen-Aufhausen

Art der Überwachung	2012	2013
Mobile Geschwindigkeitsmessungen	6.757	7.734
Stationäre Geschwindigkeitsmessungen	18.849	18.757
Überwachung Lichtzeichenanlagen	347	447
Verkehrsverstöße Polizei	4.140	4.443
Unfälle	1.359	1.450
Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr gesamt	31.479	32.831

Lichtsignalanlagen (Rotlichtverstöße), die zwischen vier Messplätzen eingesetzt wird.

In enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden sowie der Polizei wurden ein weiterer Messplatz an der B 29 in Bopfingen-Aufhausen erstellt sowie die Planungen für drei weitere Messstellen im Zuge von Bundesstraßen in Neresheim und Abtsgmünd abgeschlossen.

Im Bereich der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung wurden neben den ständig durchgeführten Kontrollen gemeinsame Schwerpunktaktionen mit der Polizei durchgeführt. Höhepunkt war der bundesweite Blitzmar-

thon, bei dem alle Städte und Landkreise sowie die Polizei innerhalb von 24 Stunden an besonderen „Aufregerstellen“ geblitzt haben.

Um die große Anzahl der Fälle effizient und zeitnah zu bearbeiten, werden die Akten elektronisch geführt und nur noch bei Bedarf eine Papierakte erzeugt.

Sonstige Ordnungswidrigkeiten

Zum Aufgabengebiet der „sonstigen Ordnungswidrigkeiten“ gehören alle ordnungswidrigen Verstöße in anderen Rechtsgebieten, die von der Polizei, den Fachbehörden des Landratsamts oder anderen Behörden zur Anzeige gebracht werden. Im Jahr 2012 wurden 1.564 Fälle und im Jahr 2013 1.386 Fälle bearbeitet. Daneben überwacht die Bußgeldstelle gemeinsam mit dem Bundesamt für Güterverkehr die Einhaltung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr und führt dabei Betriebsrevisionen im gewerblichen Güterverkehr durch. Im Jahr 2012 wurden 445 und im 2013 insgesamt 311 Ordnungswidrigkeitenverfahren bearbeitet.

Abgabe der Ordnungswidrigkeiten an die Amtsgerichte

Durch Einspruch des Betroffenen wird das Bußgeldverfahren in ein Zwischenverfahren übergeleitet. Kann die Bußgeldstelle dem Einspruch nicht abhelfen, werden die Akten zur Entscheidung an das Amtsgericht abgegeben. Im Jahr 2012 wurden 238 Verfahren und im Jahr 2013 242 Verfahren durch amtsgerichtliche Entscheidung abgeschlossen.



Nahverkehrsplan wird aktualisiert

In den Jahren 2012 und 2013 wurde in den Kreistagsgremien und in der Öffentlichkeit die künftige Ausrichtung des ÖPNV auf der Ostalb diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Fortschreibung des Nahverkehrsplans. Mit diesem legt der Ostalbkreis den Rahmen für die Entwicklung des Nahverkehrs in den nächsten Jahren fest. Zudem werden Standards für das Bedienungsniveau gesetzt und eine höhere Wirtschaftlichkeit angestrebt. Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung fanden am 10. November 2012 ein Nahverkehrsforum in Aalen statt und im März 2013 Regionalkonferenzen in Mutlangen, Heubach, Lauchheim und Abtsgmünd. Der Entwurf des Nahverkehrsplans wurde am 29. November 2013 beschlossen.

Neue Ticket-Angebote

Mit der Einführung von MetropolTagesTicket, GästeTicket, FirmenTicket und SemesterTicket im Jahr 2012 konnte die Attraktivität des ÖPNV



erhöht und neue Fahrgastgruppen gewonnen werden. Insbesondere das MetropolTagesTicket und die SemesterTickets erfreuen sich einer weit stärkeren Nachfrage als erwartet und sind sehr erfolgreich.

Durch die Übergangsregelung zwischen OstalbMobil und VVS beim SemesterTicket ist die Tariflücke zwischen den beiden Verbänden für Studierende seit September 2013 geschlossen. Ab 1. Januar 2014 gilt das Ticketangebot des VVS bis zum Bahnhof Lorch und OstalbMobil bis Lorch-Waldhausen. Dadurch wird das Fahren zwischen den Verbänden deutlich vereinfacht und ein lang andauerndes Ärgernis beseitigt.

Mit OstalbMobil haben die Fahrgäste bereits seit über sechs Jahren die Möglichkeit, mit einem Fahrschein die mehr als 100 Linien aller 20 Busunternehmen und der DB Regio AG im gesamten Ostalbkreis zu nutzen. Aufgrund der Vorgaben des Landes Baden-Württemberg besteht die Verpflichtung, OstalbMobil bis Ende 2014 zu einem vollwertigen Tarifverbund weiterzuentwickeln.

Schülerbeförderung

Mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 wurden im Ostalbkreis vier Gemeinschaftsschulen neu eingerichtet. Weitere fünf Gemeinschaftsschulen öffneten zum Schuljahresbeginn 2012/2013. Die Schülerbeförderungskosten der Gemeinschaftsschüler trägt der Ostalbkreis. Einige vorhandene Busverbindungen galt es anzupassen, um die Erreichbarkeit sicherzustellen. Dies war bislang kostenneutral möglich.

Die Fahrschüler, die eine Schule im Ostalbkreis besuchen, fahren in der Regel mit der sogenannten Ostalb-Abo-Fahrkarte zur Schule und wieder nach Hause. Die bisherige kreisweite Netzöffnung des Ostalb-Abos ab 13:30 Uhr konnte in Zusammenarbeit mit

den Busunternehmen zum 1. Februar 2012 auf 12:00 Uhr vorverlegt werden. Somit besteht für Fahrschüler eine sehr freizügige und kostenlose Nutzungsmöglichkeit aller öffentlichen Nahverkehrsmittel im Ostalbkreis an Schultagen ab 12:00 Uhr und an schulfreien Tagen ganztags.



Verkehrssicherheitsaktion „fiftyFifty-Taxi“

Auch 2012/2013 war die Verkehrssicherheitsaktion „fiftyFifty-Taxi“ ein großer Erfolg. 2012 wurden 16.340 Bons und 2013 sogar 17.300 Bons an die Verkaufsstellen ausgegeben. Das „fiftyFifty-Taxi“ ermöglicht es Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter bis zu 25 Jahren, an Freitag- und Samstagabenden und an Abenden vor gesetzlichen Feiertagen im gesamten Ostalbkreis Taxen zum halben Fahrpreis zu benutzen. Zu diesem Zweck werden sogenannte „fiftyFifty-Bons“ im Wert von 10,00 Euro zu einem Preis von 5,00 Euro durch die fast 80 Toto-Lotto-Verkaufsstellen im Ostalbkreis verkauft.

Finanzaufwand

Der Etat von ÖPNV und Schülerbeförderung betrug in den Jahren 2012 und 2013 je ca. 23,5 Mio. Euro mit einem Kreisanteil des Ostalbkreises von ca. 7,3 Mio. Euro.

TOURISMUS BLEIBT IM OSTALBKREIS AUF WACHSTUMSKURS

Das Reiseland Deutschland bleibt weiter auf Erfolgskurs und insbesondere die hervorragende Entwicklung bei den internationalen Übernachtungen sorgt für einen Wachstumsschub. 2012 sind laut Angaben des Statistischen Bundesamtes über 68,8 Millionen ausländische Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit zehn und mehr Betten gezählt worden, ein Plus von 8,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bei den internationalen Ankünften in Deutschland von Januar bis Dezember 2012 konnte ein Plus von 7,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Weltweit lag das Wachstum bei 3,8 Prozent, europaweit konnten 3,3 Prozent verbucht werden.

Tourismusbranche und Tourismusaktivitäten können das Image eines Landkreises oder einer Region regional und überregional steigern und somit auch weiche Standortfaktoren nachhaltig unterstützen. Der Ostalbkreis und die Touristengemeinschaften präsentieren sich mit vernetzten lokalen und regionalen Angeboten unter dem Label „WeltkulTour Schwäbische Alb“ über die Dachorganisation und Dachmarke des Schwäbische Alb Tourismusverbandes. Die Schwäbische Alb hat sich in den letzten Jahren zu einer starken Tourismusdestination in Baden-Württemberg entwickelt. Im Vergleich zu 2011 konnte die Schwäbische Alb ihre Gästeankünfte um 65.500 Personen beziehungsweise 8,3 Prozent steigern. Der Ostalbkreis verfügt durch seine Landschaftsvielfalt und Kulturangebote über Alleinstellungsmerkmale, die als Ziel der Nah- und Ferienerholung über verschiedene Marketingebenen, -initiativen und -maßnahmen für den Reisemarkt zu erschließen und zu bewerben sind. Darüber hinaus hat der Landkreis als dynamischer Wirtschaftsstandort wichtige Gäste- und Übernachtungspotenziale im Geschäftsreiseverkehr, die eine gut ausgebaute und funktionierende Tourismusinfrastruktur erfordern. Die Tourismusbranche im Landkreis trägt damit zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur bei und verstärkt den



Dienstleistungssektor insbesondere in den Bereichen Gastgewerbe, Handel und Verkehr.

Übernachtungen und Ankünfte im Ostalbkreis

	2012	2013
Übernachtungen	707.260	720.310
Ankünfte	311.139	317.529

Neu war 2012 die Änderung des Beherbergungstatistikgesetzes, das seit 1.1.2012 vorsieht, nur noch Betriebe ab zehn Betten in die Statistik einzubeziehen. Da bis dahin vier Hotelbetriebe ab acht Betten in der Statistik erfasst wurden, sinkt die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen statistisch gesehen, obwohl 2012 als eines der Rekordjahre im Tourismus bezeichnet werden kann. Dies kann man auch daran erkennen, dass die aktuellen Statistiken, wenn überhaupt, nur einen geringen Rückgang andeuten. Die

Gesamtjahresstatistiken für Übernachtungen und Ankünfte übertrafen dann sowohl in Baden-Württemberg und der Schwäbischen Alb, als auch im Ostalbkreis die Gesamtjahreszahlen 2011, was letztendlich eine enorme Steigerung der Übernachtungen und Ankünfte bedeutet. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes konnten die Beherbergungsbetriebe in Baden-Württemberg mit mehr als zehn Betten insgesamt 18.609.535 Gäste und damit 4,2 Prozent oder 1 Million Gäste mehr als im Vorjahr begrüßen.

Die Übernachtungszahlen im Ostalbkreis 2012 fielen durchweg positiv aus. Die Monate Januar bis März, Juni, sowie Oktober bis Dezember zählten zu den stärksten, was sich auch mit zahlreichen Sonderveranstaltungen wie beispielsweise der KWF-Tagung in Bopfingen oder dem Jubiläumsjahr in Schwäbisch Gmünd mit der Aufführung der Staufersaga begründen lässt. Die Sommersaison verlief trotz des geringen Rückgangs in der Statistik zufriedenstellend. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 311.139 Ankünfte verzeichnet. Dies sind fast 4.000 Ankünfte mehr als im Vorjahr. Vor allem im März, Juni und November lagen die Ankünfte über dem Durchschnitt und erzielten Rekordergebnisse. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste konnte auf 2,3 Übernachtungen gesteigert werden. Dabei muss einerseits zwischen Geschäftsreiseturismus und „echtem“ Tourismus unterschieden werden. Andererseits ist auch ein Unterschied zur Art der Beherbergung und deren Lage zu berücksichtigen. Ferienwohnungen, Pensionen und Privatzimmer im ländlichen Raum verzeichnen meist eine Aufenthaltsdauer von fünf Tagen und mehr.

Tourismusmarketing

Druckfrisch zur CMT präsentierte der Schwäbische Alb Tourismus mit den Herausgebern die erste Ausgabe des neuen „AlbLust“-Magazins auf der CMT- Pressekonferenz. Das Lifestyle-Magazin greift dabei den Trend der Landmagazine auf. Eine der wichtigsten



Zielgruppen sind dabei Menschen mit einem gesunden und nachhaltigen Lebensstil. Der Trend zum ländlichen Raum, zur Wohnraumgestaltung nach ländlichen Merkmalen und zur gesunden und nachhaltigen Lebenshaltung wird auch in anderen erfolgreichen Magazinen aufgegriffen. Die Schwä-

bische Alb möchte sich mit der Herausgabe des Magazins *Alblust* diesem Trend anschließen und die Leser emotional abholen und für die Schwäbische Alb begeistern.

Gemeinsam mit den drei regionalen Anbietergemeinschaften Ferienring Schwäbische Alb, Erlebniskreis Sigmaringen und Anbietergemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof Ostalb erarbeitete der Schwäbische Alb Tourismus e.V. ein albübergreifendes Magazin mit dem Titel „Lust auf Landgenuss“, in dem die Themen Landurlaub und Landgenuss präsentiert werden.

Produkte

E-Bike

Der Radtourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der in Deutschland pro Jahr rund 9,2 Milliarden Euro Bruttoumsatz erwirtschaftet. Dabei spielen E-Bikes, also Elektrofahrräder oder auch Pedelecs eine immer größere Rolle. Aufgrund der Bedeutung für die innovative Weiterentwicklung des touristischen Angebots und für die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen hat die Förderung des E-Bike-Angebots für den Ostalbkreis als auch für die Landkreise Rems-Murr Kreis, Böblingen, Ludwigsburg, Göppingen und Esslingen einen hohen Stellenwert. Mit dem Projekt „E-Bike-Region Stuttgart“ soll dieses Potenzial weiter ausgebaut und vermarktet werden. Die Projektpartner leisten gemeinsam einen Beitrag zur Weiterentwicklung des sanften, umweltschonenden Tourismus und zur Förderung umweltgerechter Mobilität.

AlpRegio Interaktives Tourenportal

Über das Online-Tourenportal auf der landkreisweiten Tourismushomepage www.weltkultour.de können Interessierte ab sofort Informationen zu Wander- und Fahrradwegen abfragen. Das Portal spricht sowohl Gäste als auch Einheimische an. Zusammen mit den Touristikkommunitäten Erlebnisregion, Ries-Ostalb, Sagenhafter Albuch, Gastliches Härtsfeld und Stauferland werden die Touren des

Portals kontinuierlich ausgebaut. Wandertouren, Radrouten aber auch Loipen, Nordic Walking Touren oder Mountainbikestrecken können in das AlpRegio Portal eingepflegt werden. Bilder zur Tour, ein automatisch erstelltes Höhenprofil, ein beschreibender Text zur Tour und beschreibende Tourenmerkmale runden das Profil ab und bieten Besuchern die Möglichkeit direkt nach einer gewünschten Tour zu suchen. Zusammen mit der Marketing GmbH Baden-Württemberg werden die eingestellten Touren überregional vermarktet und erscheinen auch im Tourenportal der Tourismuswebsite des Landes Baden-Württemberg.

Unterwegs mit Bus und Bahn in Kooperation mit dem Nahverkehr

Die neue Broschüre „Unterwegs mit Bus und Bahn“ soll es Urlaubs- und Erholungssuchenden ermöglichen, auch mal das Auto stehen zu lassen. Die Broschüre richtet sich sowohl an Senioren als auch an Familien mit Kindern und Gästen, die ohne Auto unterwegs sind und den Ostalbkreis mit dem öffentlichen Personennahverkehr erkunden möchten. Sehenswürdigkeiten des Ostalbkreises werden mit den aktuellen Fahrplänen von Bus und Bahn vorgestellt.



Tourismusinformationstafeln



Sieben neue Tourismusschilder machen an den großen Einfahrtsstraßen des Ostalbkreises

zukünftig Besucher und Einheimische auf Sehenswürdigkeiten aufmerksam. 39 attraktive Einrichtungen und Ausflugsziele präsentieren sich auf den neuen Infoschildern, die neben Adressen und Kontaktdaten auch praktische QR-Codes zeigen. So kann jeder Besucher mit seinem internetfähigen Smartphone die QR-Codes scannen und wird direkt auf die Website der Attraktion weitergeleitet. Alle Sehenswürdigkeiten sind anschaulich in einer großen Übersichtskarte dargestellt. Wer sich ausführlicher informieren möchte, erhält außerdem Adressen der Touristinformationen in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd mitsamt Öffnungszeiten. Besucher und Einheimische können sich nun umgehend über die Highlights der Region informieren und auch Besucher, die nur auf der Durchreise oder geschäftlich unterwegs sind und an den zentralen Infopunkten Halt machen, bekommen einen Eindruck von den zahlreichen touristischen Attraktionen der Ostalb.

Highlights

Die KWF-Tagung, die weltgrößte Forsttechnikmesse, öffnete vom 13. bis 16. Juni 2012 ihre Pforten. Über 500 Aussteller zeigten die absoluten Neuheiten rund um das Thema Waldbewirtschaftung. Auch das Tourismusbüro des Ostalbkreises hat während der gesamten Messezeit zusammen mit der Touristengemeinschaft Erlebnisregion auf einem gemeinsamen Infostand über die Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele und Unterkunftsmöglichkeiten im Ostalbkreis Auskunft gegeben. In einem eigenen Pavillon präsentierte sich der Tourismus mit seinen Sehenswürdigkeiten und bot die Gelegenheit, sich direkt über Veranstaltungen und freie Hotelzimmer zu informieren.

Unterwegs. HIER. Ostalbkreis.

In der Wälder der Ostalb
KWF-Tagung die Messe im Wald
Themenfeld Baden-Württemberg
Erdbeerenplan Lauer im Ostalbkreis

13. - 16. Juni 2012
Das weltgrößte Forsttechnik-Event des Jahres

16. KWF Tagung

ForstBW Mit unserer Zukunft

Ostalbkreis

Die Untere Naturschutzbehörde hat die Aufgabe, Eingriffe in Natur und Landschaft – z.B. Baumaßnahmen – auf ihre Zulässigkeit zu prüfen. Eingriffe können nur dann zugelassen werden, wenn sie durch Ausgleichs- und/oder Ersatzmaßnahmen im Sinne des Naturschutzgesetzes kompensiert werden. Es gilt der Grundsatz: der Natur muss das zurückgegeben werden, was ihr an anderer Stelle genommen wird. Das bedeutet, dass derjenige, der einen Eingriff in Natur und/oder Landschaft verursacht, zum Ausgleich eine sinnvolle ökologische Maßnahme durchführen muss, damit sein Eingriff zugelassen werden kann. Und die Untere Naturschutzbehörde muss diesen Ausgleich durchsetzen. Sie hat an dieser Stelle also die Aufgabe, den Naturhaushalt im Gleichgewicht zu halten. Eine wichtige Aufgabe ist aber auch, die Teile der Natur, die gesetzlich geschützt sind, oder bestimmte Arten, vor Zerstörung oder gar dem endgültigen Verschwinden zu bewahren.

So war die Untere Naturschutzbehörde zusammen mit dem Landschaftserhaltungsverband Ostalbkreis unterwegs, um die sogenannten Flachland-Mähwiesen – landläufig: bunte Blumenwiesen, die unter europarechtlichem Schutz stehen – zu erhalten; ihre Mittel waren dabei zunächst Information und unermüdliche Werbung bei den Landwirten über die sachgerechte Bewirtschaftung. Außerdem konnten sie in vielen Fällen den Bewirtschaftern Landschaftspflegeverträge anbieten, die diese wirtschaftlich unterstützen, diese werterhaltende Pflege durchzuführen. In einem weiteren Schritt müssen die Landwirte, die keine Verträge abschließen wollten, mit Mitteln des Verwaltungszwanges zu werterhaltenden (Pflege-)Maßnahmen verpflichtet werden.

Landschaftserhaltungsverband Ostalbkreis (LEV) – Die Zeichen stehen auf Wachstum

Der Landschaftserhaltungsverband Ostalbkreis ist für die kommenden Jahre gut aufge-

stellt. Das Wirtschaftsvolumen für 2013 lag bei über 1,2 Millionen Euro, mit steigender Tendenz. Dank ebenfalls weiter wachsender Aufgaben konnte bereits 2012 Antonia Klein als neue Mitarbeiterin eingestellt werden, die das Team um Ute Erath, Heidi Eßwein und Geschäftsführer Ralf Worm verstärkt und deren Stelle zu 100 Prozent vom Land finanziert wird.

Rund 130 Pflegemaßnahmen und zahlreiche Landschaftspflegeverträge zum Wohle der Ostalblandschaft konnten beauftragt und abgeschlossen werden. Bei der Pflege von Wacholderheiden gab es auch einige Innovationen: tierische, wie die fünfzigköpfige Ziegenherde, die am Gmünd-Degenfelder Eierberg nach aufwändiger Zäunung etabliert wurde, und technische, wie den Einsatz einer ferngesteuerten Mulchraupe am Steilhang bei Heubach-Lautern. In der Nasswiesenpflege fand bereits zum zweiten Mal eine Pistenraupe mit Spezial-Mähhausrüstung ihre Anwendung, mit Schwerpunkten in Bartholomä, Rosenberg und Wört. Das bereits zwölfte Bachrenaturierungsprojekt auf einem Kilometer Länge an der Ellenberger Rot bei Ellwangen-Röhlingen steht kurz vor der Fertigstellung und bei der Heckenpflege wurden rund 3 Kilometer Hecken durch abschnittswise Stockhieb verjüngt, so bei Bopfingen und Oberkochen. Die Zahl der Pflegemaßnahmen auf Steuobstwiesen, einem zunehmend wichtigen Thema beim LEV, wuchs auf sechs Maßnahmen an, mit Schwerpunkten in Essingen und Ellwangen. Unter dem Motto „Uriger Ostalbkreis“ fand die Einrichtung des dritten LEV-Auerochsenprojektes im Landkreis statt, in der Umgebung des Aalener Hirschhofs. Vermutlich wird sich auch dieses Projekt wie die beiden Vorläuferprojekte am Sixenbach im Josefstal und an der Sechta bei Bopfingen nicht nur zum Naturschlager, sondern auch zum Tourismusschlager entwickeln.

Der Erhalt und die Wiederherstellung von Blumenwiesen standen im Mittelpunkt der LEV-Arbeit in den Natura 2000-Gebieten im

Landkreis. Zahlreiche Besuche bei den Flächenbewirtschaftern auf deren Flächen und auch eine Wiesenexkursion bei Heuchlingen für 30 Landwirte und andere Interessierte waren Bestandteil dieser Arbeit. Fast zu einem neuen Geschäftsbereich ist die derzeit umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit des LEV geworden: Mehrere Institutionen und Personen aus ganz Baden-Württemberg haben sich im Jahr 2013 über die erfolgreiche Arbeit des LEV Ostalbkreis informiert, u. a. auch Regierungspräsident Herrmann Strampfer (Tübingen), und hiermit für die Gründung von Landschaftserhaltungsverbänden in anderen Landkreisen geworben. Mehrere Vorträge über die Arbeit des LEV fanden statt, z. B. im November bei der Natura 2000-Tagung des Landesnatur-

schutzverbands in Stuttgart mit 150 Teilnehmern oder im Oktober bei der MLR-Tagung für die hauptamtlichen Naturschutzfachkräfte des Landes Baden-Württemberg in Pforzheim mit rund 150 Teilnehmern sowie in mehreren Landkreisen des Landes. Mehrere Exkursionen und Pressternine wurden durchgeführt. Exkursionshighlight war der Besuch des Landesfachausschusses für Naturschutzfragen im Juni, mit zahlreichen hochrangigen Teilnehmern, die sich über die Landschaftspflegeprojekte des LEV kundig machten. Das Werben für die Gründung von Landschaftserhaltungsverbänden, an dem auch der LEV Ostalbkreis seinen Anteil hat, hat mittlerweile zur Gründung von insgesamt 28 LEV in Baden-Württemberg geführt.



Nach intensiver Entbuschung und jährlicher Nachpflege auf der Birkhofheide bei Aalen war die nahezu verschwundene Bienen-Ragwurz, eine heimische Orchideenart, im Jahr 2013 so zahlreich wie nie zuvor anzutreffen. (Foto: Diebold)



„Hier bin jetzt ich der Chef“, sagt diese Ziege am Degenfelder Eierberg zu Landschaftspfleger Reinhold Krauss, der seinen 65 % steilen Arbeitsplatz jetzt an eine fünfzigköpfige Geißenherde abtritt. (Foto: Wesner)

| BAURECHT UND NATURSCHUTZ

Bild 1: Die steile Heidelandschaft in der Umgebung von Degenfeld.

Bild 2: Die Mähwiesenexkursion von LEV-Mitarbeiterin Antonia Klein (links) fand mit 30 interessierten Teilnehmern regen Anklang. (Foto: Klein)

Bild 3: Die sechzig Teilnehmer an der LEV-Exkursion 2013 bestaunen den Einsatz der ferngesteuerten Mulchraupe von Landschaftspfleger Florian Stütz am Pfaffenberg bei Heubach-Lautern. (Foto: Hügler)

Bild 4: Der Landesfachausschuss für Naturschutzfragen unter Leitung von MLR-Abteilungsleiter Wolfgang Baur (Mitte) informiert sich über die LEV-Pflegeprojekte. (Foto: Bronner)

Bild 5: Tübingens Regierungspräsident Strampfer (4. v. r.) besucht den LEV Ostalbkreis.

Bild 6: Moderne Heckenpflege mit dem Fällgreifer. Dieses Bäumchen wächst nicht dort, sondern wurde kurz zuvor von Landschaftspfleger Franz Dambacher (links, mit Dr. Jürgen Marx) elegant aus der Hecke „gezwickt“. (Foto: Bronner)





Bereits wenige Wochen nach dem „Neubau“ präsentiert sich die Ellenberger Rot bei Rötlen als idyllisch schlängelnder Bach.

Der Schwarzfleckige Heidegrashüpfer gilt als unmittelbar vom Aussterben bedroht. Eine der zwei Populationen im Ostalbkreis konnte sich dank der Pflegearbeiten deutlich vergrößern. (Foto: Döler)



Genehmigungsverfahren im Baurecht

Jahr	Kreisbaumeisterstelle	Aalen	Bopfingen	Ellwangen	Schw. Gmünd	Gesamt
2012	Genehmigungsverfahren Kenntnisgabeverfahren	305	294	264	390	1253
	Bauvoranfragen Befreiungen	71	33	49	72	225
	Insgesamt	376	327	313	462	1478
2013	Genehmigungsverfahren Kenntnisgabeverfahren	307	242	293	366	1208
	Bauvoranfragen Befreiungen	62	39	29	83	213
	Insgesamt	369	281	322	449	1421

Der Trend zu größeren gewerblichen Vorhaben setzt sich insbesondere im Bereich der Kreisbaumeisterstelle Aalen fort.

Bauordnungsrecht

Die im Geschäftsbericht 2010 – 2011 thematisierte Novelle 2010 der Landesbauordnung (LBO) soll zukünftig in Teilen obsolet werden. Die Regierung des Landes Baden-Württemberg hat veranlasst, dass die Landesbauordnung nach sozialen ökologischen Kriterien überarbeitet werden soll. Die geplante Einführung einer Anzeigepflicht für die Teilung von Grundstücken wird ebenfalls ausdrücklich begrüßt. Die alte Rechtslage hatte sich in der Praxis tatsächlich nicht bewährt. Die Baurechtsbehörden hatten von den unzulässigen Grundstücksteilungen, die häufig baurechtswidrige, insbesondere abstandsflächenrelevante Situationen nach sich ziehen, nichts erfahren. Die Anzeigepflicht ermöglicht es der Behörde zu handeln.

Im Entwurf der neuen LBO wird eine neue

Pflicht für Bauherren eingeführt, die die Begrünung und Bepflanzung von Fassaden und Grundstücken vorsieht. Eingeschränkt wird diese Pflicht durch die Maßgabe der wirtschaftlichen Zumutbarkeit. Hier ist zu bedenken, dass zusätzliche Kosten auf die Bauherren zukommen werden.

Die Regelung § 35 LBO sieht vor, dass in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Begründet wird diese Neuregelung mit dem demografischen Wandel. Unstreitig schaffen barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen sowie für Mütter und Kinder, die auf Kinderwagen angewiesen sind, eine Steigerung der Lebensqualität. Es ist jedoch zu bedenken, dass die Maßnahmen zum barrierefreien Bauen eine erhebliche Kostensteigerung im Wohnungsbau nach sich ziehen und den sozialen Wohnungsbau beeinträchtigen werden.

§ 37 LBO beinhaltet zukünftig eine Neueinführung einer Stellplatzpflicht für Fahrräder.

Windenergie

Derzeit sind in vielen Kommunen Flächennutzungspläne in der Aufstellung begriffen. Kommunen müssen Flächennutzungspläne erstellen, um Ausschlussflächen festlegen zu können. Dabei müssen die vom Regionalverband Ostwürttemberg im Teilregionalplan Windenergie festgelegten Vorrangflächen von den Kommunen als Konzentrationszone übernommen werden. Einige Kommunen wollen darüber hinaus zusätzlich Konzentrationszonen ausweisen und die Energiewende positiv begleiten.

Flächennutzungspläne müssen vom Landratsamt als Untere Baurechtsbehörde genehmigt werden. Aber nicht allein wegen der Genehmigungspflicht, sondern insbesondere auch deshalb, weil die Ausweisung von Konzentrationszonen substantiell sein muss, um die übrige Gemeindefläche als Ausschlussfläche festlegen zu können, was Begleitung und Beratung durch die Landkreisverwaltung gefordert. Der Begriff „substantiell“ lässt sich nicht allgemeingültig definieren, sondern ist in jedem Einzelfall neu zu prüfen. Aufgrund dieser schwierigen Situation haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Baurecht und Naturschutz an vielen Besprechungen, Gemeinderatssitzungen und öffentlichen Veranstaltungen mit Bürgern teilgenommen und so die Verfahren zur Aufstellung der Flächennutzungspläne für Windenergie begleitet.



Erneuerbare Energien – Windenergie

Die Energiewende ist derzeit bundesweit in vollem Gange. Der Ausbau der Windenergie ist hierbei im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ein Bestandteil und trägt zur Gewährleistung der zukünftigen Energieversorgung für Privathaushalte und Industrie bei.

Mit Änderung des Landesplanungsgesetzes 2012 zum Ausbau der Windenergie wurden die bisherigen Festlegungen in den Regionalplänen der Regionalverbände, so auch im Regionalplan Ostwürttemberg, von Vorrang- und insbesondere Ausschlussgebieten für regional bedeutsame Windenergieanlagen zum 1.1.2013 gesetzlich aufgehoben. Die Regionalplanung kann nunmehr Festlegungen zu Standorten regional bedeutsamer Windenergieanlagen nur noch in Form von Vorranggebieten treffen. Eine Festlegung von Ausschlussgebieten ist damit nicht mehr möglich. Die Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg für die Nutzung erneuerbarer Energien, in der entsprechende Vorranggebietsstandorte für Windenergieanlagen festgesetzt werden, wurde am 16.10.2013 durch Satzung beschlossen und dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Genehmigung vorgelegt.

Mit der Beschränkung der regionalplanerischen Festlegungen auf Vorranggebiete wurden diese einer kommunalen Steuerung zugänglich. Städte, Gemeinden sowie Gemeindeverwaltungsverbände und Verwaltungsgemeinschaften erhalten damit die Möglichkeit zur eigenen planerischen Steuerung von Windenergieanlagen im Rahmen ihrer Flächennutzungspläne. Der überwiegende Teil der 14 Planungsträger im Ostalbkreis beabsichtigt, von der Möglichkeit zur eigenen planerischen Steuerung von Windenergieanlagen durch Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ Gebrauch zu machen.

Erfolgt eine Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen durch Darstellung sogenannter Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan, stehen einem entsprechenden Vorhaben an anderer Stelle in der Regel öffentliche Belange entgegen. Außerhalb der auf diese Weise bestimmten Konzentrationszonen sind Windenergieanlagen dann grundsätzlich ausgeschlossen. In den Bereichen, in denen weder auf regionaler noch auf kommunaler Ebene eine planerische Steuerung erfolgt, richtet sich die Zulässigkeit von Windenergieanlagen ausschließlich nach den entsprechend dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beachtenden Vorschriften.

Im Rahmen des durchzuführenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind die Genehmigungsvoraussetzung unter Beteiligung aller durch das Vorhaben betroffener Träger öffentlicher Belange sorgfältig zu prüfen.

Im Jahr 2013 wurden beim Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht die Errichtung und der Betrieb von insgesamt 28 Windenergieanlagen beantragt, deren Genehmigungsverfahren derzeit noch anhängig sind. Darüber hinaus wurden von Projektierern zur rechtsverbindlichen Klärung einzelner Genehmigungsvoraussetzungen im Vorfeld von späteren Genehmigungsverfahren auch zwei Anträge auf Erteilung eines Vorbescheids gestellt. Des Weiteren fanden zahlreiche Informationsgespräche im Hinblick auf immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren sowie Vorantragkonferenzen für konkret geplante Vorhaben statt.

Im Hinblick auf die im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg festgelegten Vorrangflächen sowie auf die über Flächennutzungspläne zur Ausweisung beabsichtigten Konzentrationszonen ist seitens des Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht mit weiteren umfangreichen und komplexen Genehmigungsverfahren zu rechnen.

Immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtige Intensivtierhaltungsvorhaben im Außenbereich

Die Zahl der gewerblichen Tierhaltungen wächst derzeit dynamisch. Ein Indiz hierfür ist zum Beispiel der Pro-Kopf-Verbrauch an Geflügelfleischprodukten, der in der Zeit von 2006 bis 2009 in Deutschland um 1,9 kg gestiegen ist. Diese Entwicklung sehen nicht nur Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen sehr kritisch; inzwischen wächst auch bei Gemeinden zunehmend Widerstand gegen neue Tierhaltungsbetriebe im Außenbereich. Mit der Änderung des Baugesetzbuchs vom 20. Juni 2013 hat nun der Gesetzgeber den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, in ihrem Außenbereich die Ansiedlung von gewerblichen Tierhaltungen zu steuern.

Bisher waren diese Anlagen als privilegierte Vorhaben, die wegen ihrer besonderen Anforderungen an die Umgebung, ihrer nachteiligen Wirkung auf die Umwelt oder wegen ihrer besonderen Zweckbestimmung nur im Außenbereich ausgeführt werden sollen, bauplanungsrechtlich zulässig. Diese Privilegierung entfällt nach der Änderung des Baugesetzbuchs nun, wenn aufgrund der geplanten Tierplatzzahlen eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsvorprüfung besteht. Da entsprechend dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) alle Tierhaltungen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu genehmigen sind, auch zumindest einer Vorprüfung nach dem UVPG bedürfen, müssen künftig andere Wege zur bauplanungsrechtlichen Realisierung dieser immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtigen Vorhaben eingeschlagen werden. Einer dieser Wege kann darin bestehen, dass die betroffene Standortgemeinde einen Bebauungsplan für ein Industriegebiet oder ein Sondergebiet „Tierhaltung“ aufstellt und so, mit Hilfe der Bauleitplanung, die Nutzung der Außenbereichsgrundstücke festlegt.

Alternativ hierzu kann auch von einem Investor ein Antrag auf einen vorhabenbezo-



genen Bebauungsplan gestellt werden, wobei der Investor dann gemeinsam mit der Gemeinde die städtebauliche Planung erarbeitet und sich vertraglich zu deren Verwirklichung, einschließlich der Tragung der Planungs- und Erschließungskosten, verpflichtet. Dies hat zur Folge, dass der private Investor seine Wünsche bei der Planung mit einbringen kann und gleichzeitig die Gemeinde im Hinblick auf Planungs- und Erschließungsaufgaben entlastet.

Ob künftig die Gemeinden durch die Ausweisung entsprechender Gebiete diese Lenkungsmöglichkeit für immissionsschutzrechtlich genehmigungspflichtige Betriebe nutzen oder eher die Investoren/Betreiber von Tierhaltungsanlagen aktiv werden, bleibt abzuwarten.

Schwerpunktaufgabe „überwachungsbedürftige Anlagen“

Die Betriebssicherheitsverordnung sieht für überwachungsbedürftige Anlagen regelmäßig wiederkehrende Überprüfungen durch besonders hierfür zugelassene Überwachungsstellen vor. Unter die Kategorie der überwachungsbedürftigen Anlagen fallen hierbei Anlagen, die ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für Beschäftigte oder Dritte aufweisen, wie zum Beispiel Personen- und Lastenaufzüge, Druckgeräte oder Tankstellen. Aufgabe des Landrat-

samts als Überwachungsbehörde ist es, dafür zu sorgen, dass die Prüftermine von den jeweiligen Betreibern eingehalten und neu in Betrieb genommene Anlagen einer Prüfung zugeführt werden. Darüber hinaus hat das Landratsamt auch die entsprechenden Maßnahmen zur Beseitigung sicherheitserheblicher Mängel zu treffen.

Im Ostalbkreis waren im vierten Quartal 2013 folgende Anlagen in Betrieb:

Aufzugsanlagen:	1.670
Dampfkesselanlagen:	64
Druckgeräte:	2.300
Lagerbehälter:	860

In der Fristenüberwachung wird das Landratsamt durch das landeseinheitliche Programm „Anlagenkataster“ unterstützt.

Der TÜV SÜD stellte kürzlich fest, dass bei Aufzugsanlagen die Beanstandungsquote in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Als Ursachen hierfür sind mangelndes Betreiberbewusstsein sowie abnehmende Wartungsqualität und –intensität ebenso zu nennen wie verzögerte oder ausgefallene Prüfungen. Um die Produktsicherheit und den Arbeitnehmerschutz zu gewährleisten, wird der Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht auch künftig den Vollzug der Betriebssicherheitsverordnung sicherstellen.

GEWERBEAUF SICHT

Die Gewerbeaufsicht im Ostalbkreis ist Überwachungs- und technische Fachbehörde für den Bereich des Arbeits- und Umweltschutzes. Sie wird in baurechtlichen, immissionschutzrechtlichen, wasserrechtlichen und in sonstigen Genehmigungsverfahren mit umwelt- und arbeitsschutzrelevanten Problemen zur fachlichen Bewertung der oft komplexen technischen Sachverhalte herangezogen. Vor Ort in den Betrieben überprüft sie die Einhaltung entsprechender Vorschriften und ist zugleich Ansprechpartner für die Betriebe. Bei Nachbarschaftsbeschwerden gegen Betriebe oder Anlagen wegen Lärm, Gerüchen oder anderer Immissionen beurteilt sie den Sachverhalt und schlägt Abhilfemaßnahmen vor. Die Gewerbeaufsicht versteht sich bei ihrer Aufgabenwahrnehmung als Partner für Betriebe, Beschäftigte, Bürger und Behörden und arbeitet an individuellen Lösungen zum Nutzen aller Beteiligten.

Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie – GDA-Arbeitsprogramm

Transport

Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie ist eine von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern gemeinsam getragene, bundesweit geltende Strategie im Bereich der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie bildet die Grundlage für ein abgestimmtes Handeln, um die gemeinsam festgelegten Arbeitsschutzziele, insbesondere eine Reduzierung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen, zu erreichen. Arbeitsschutz soll Innovationen unterstützen, nicht hemmen.

Die Bediensteten der Gewerbeaufsicht haben in insgesamt 41 Betrieben die Erst- und Zweitrevisionen im Rahmen der GDA-Aktion Transport durchgeführt. Dabei erfolgten insgesamt 85 Erhebungen in unterschiedlichen Modulen. Kontrolliert wurden Betriebe aus verschiedenen Leitbranchen und unterschiedlichen Betriebsgrößen. Der Schwerpunkt lag

Tabelle 1: Leitbranche	Kontrollierte Betriebe	Zweitbesuche nötig	in %
1 Chemische Betriebe	2	1	50
2 Metallverarbeitung	5	1	20
4 Entsorgung, Recycling	5	-	0
7 Elektrotechnik	1	-	0
8 Holzbe- und -verarbeitung	3	-	0
9 Metallerzeugung	2	-	0
10 Fahrzeugbau	2	-	0
12 Nahrungs- und Genussmittel	5	4	80
13 Handel	3	1	33
16 Gaststätten, Beherbergung	1	-	0
17 Dienstleistungen	1	1	100
20 Verkehr	3	1	33
22 Versorgung	3	-	0
23 Feinmechanik	1	-	0
24 Maschinenbau	4	-	0
Summe:	41	9	22

Tabelle 2: Module	Erhebungen	Zweitbesuch nötig	in %
1 Flurförderzeuge	33	7	21
6 Andockstationen, Laderampen, Ladebrücken	7	3	43
8 Ladungssicherung	10	4	40
10 Berufskraftfahrer	8	1	13
11 Innerbetrieblicher Verkehr	27	6	22
Summe:	85	21	25

Tabelle 3: Mangel	Anzahl
Fehlende Fachkraft für Arbeitssicherheit	2
Fehlender Betriebsarzt	3
Fehlender Arbeitsschutzausschuss	8
Gefährdungsbeurteilung fehlt bzw. ist nicht angemessen	9
Keine geeignete Arbeitsschutzorganisation vorhanden	3
Kein Angebot zur betriebl. Gesundheitsförderung vorhanden	12

bei kleinen und mittleren Betrieben, es wurden aber auch größere Betriebe aufgesucht. Bei etwa 20 Prozent der Betriebe wurden mehr oder weniger große Defizite festgestellt, die einen Zweitbesuch erforderlich machten.

Die Tabelle 1 zeigt die genaue Aufschlüsselung der im Rahmen der GDA-Aktion Transport kontrollierten Betriebe auf die verschiedenen Leitbranchen.

Die Kontrollen haben gezeigt, dass es in ca. 22 Prozent der Betriebe mehr oder weniger große Mängel im Bereich Transport gibt.

Die Tabelle 2 zeigt die genaue Aufteilung der durchgeführten Erhebungen auf die verschiedenen Module.

In der Tabelle 3 sind die wichtigsten vorgefundenen Mängel aufgeführt.

Sofern gravierende Mängel festgestellt worden sind, wurden die betroffenen Betriebe entsprechend beraten und mit einem Revisions schreiben aufgefordert, diese Defizite umgehend zu beheben. Die Umsetzung wurde dann im Rahmen der Zweitrevision nochmals überprüft. In den meisten Fällen reichte jedoch eine Beratung bzw. mündliche Vereinbarung aus, um den Betrieb auf die vorgefundenen Defizite hinzuweisen und ihm die erforderlichen Verbesserungsmaßnahmen aufzuzeigen



Kälteanlagen, Klimaanlage und Wärmepumpen

Für Betreiber von Kälteanlagen, die das Kältemittel R22 (Chlordifluormethan) oder bestimmte fluorierte Treibhausgase (F-Gase) enthalten, gelten Anforderungen nach der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 und der Chemikalien-Klimaschutzverordnung (F-Gase). Kernpunkte sind die regelmäßige Dichtheitsprüfung in von der Füllmenge abhängigen Intervallen, bei größeren Füllmengen die Installation einer Leckageerkennung sowie die Dokumentation von Kältemittelverlusten.

Im Rahmen einer Jahresaktion wurden im Ostalbkreis 13 Betriebe überprüft. Die kontrollierten Betriebe kamen schwerpunktmäßig aus den Branchen Handel, Lebensmittel, Chemie, Hotel und Gastronomie, Gesundheitswesen, Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau. Es wurde festgestellt, dass in den Anlagen zahlreiche unterschiedliche Kältemittel im Einsatz sind. Am häufigsten werden die F-Gase R410, R404, R407 und R134a sowie R22 verwendet. Als Ersatzstoffe kommen Ammoniak, CO₂, Propan/Butan, Lithiumbromid und Helium zum Einsatz.

Die Überprüfungen erfolgten teilweise unangemeldet, teilweise wurden die Erhebungsbögen vorab an die Betriebe versandt und nach Terminabsprache anschließend mit einem Betriebsverantwortlichen besprochen. Vor Ort wurden dabei die Anlagen besichtigt. Es wurden nur wenige Mängel festgestellt. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen waren bei keinem der überprüften Betriebe erforderlich.

Sicherheit von Flüssiggastankstellen – Anfahrerschutz Lagerbehälter

Bei einem Unfall in Schleswig-Holstein wurde ein Flüssiggaslagerbehälter an einer Tankstelle durch Anfahren so beschädigt, dass es zur Gasfreisetzung kam. Auf Grund dieses Unfallgeschehens hat der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI)

das Thema Anfahrerschutz von Lagerbehältern neu betrachtet, und es fand eine bundesweite Überprüfung von Flüssiggastankstellen statt.

Flüssiggastankstellen sind erlaubnispflichtig nach der Betriebssicherheitsverordnung und unterliegen der wiederkehrenden Überprüfung



durch eine zugelassene Überwachungsstelle (ZÜS). Flüssiggastankstellen mit ihren einzelnen Anlagenteilen müssen so aufgestellt oder gesichert sein, dass sie durch Fahrzeuge nicht angefahren sowie durch Teile von Fahrzeugen nicht beschädigt werden können. Sie dürfen in Verbindung mit oberirdischen Lagerbehältern nur aufgestellt werden, wenn diese gleichermaßen gesichert sind. Die Druckbehälter und ihre Ausrüstungsteile müssen gegen mechanische Einwirkungen von außen, zum Beispiel durch Fahrzeuge, soweit geschützt sein, dass Beschädigungen mit gefährlichen Auswirkungen auf Beschäftigte oder Dritte nicht zu erwarten sind. Ist ein Anfahren durch Fahrzeuge möglich, so ist dieser Gefährdung bei oberirdischen Lagerbehältern und Ausrüstungsteilen zum Beispiel durch Anfahrerschutz, Abschränkungen oder Schutzabstand zu begegnen.

Im Ostalbkreis wurden durch das Sachgebiet Gewerbeaufsicht acht Flüssiggastankstellen überprüft. Die meisten Flüssiggastankstellen hatten keinen ausreichenden und vorschriftskonformen Anfahrerschutz. Die Anlagen mussten alle entsprechend nachgerüstet werden.

GEMEINSAME DIENSTSTELLE FÜR ZWEI KREISE

Geschäftsvolumen

Derzeit werden im Ostalbkreis 13 Flurneuordnungsverfahren bearbeitet, im Landkreis Heidenheim drei. Hiervon sind ca. 4.100 Grundstückseigentümer des Ostalbkreises betroffen. Die bearbeitete Fläche beträgt rund 15.700 Hektar. Durch diese Verfahren wurden und werden ca. 50 Millionen Euro im Ostalbkreis direkt investiert und weitere beträchtliche Investitionen ausgelöst. Der Zuschussanteil aus der Förderrichtlinie des Landes ist nach wie vor beachtlich, er beträgt zwischen 70 und 85 Prozent. Die Flurneuordnungsverfahren weisen unterschiedliche Verfahrensstände auf. Die Graphik unten soll hierzu eine Übersicht geben.

Da im Jahr 2013 fünf Flurneuordnungen abgeschlossen werden konnten, werden derzeit neue Verfahren eingeleitet. In Bearbeitung sind Anträge aus mehreren Gemeinden, die sich teilweise schon im Prozess der intensiven Bürgerbeteiligung befinden, um herauszufinden, ob vor Ort eine tragende Bereitschaft für ein neues Projekt gegeben ist. Gerade die für die Gemeinden immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen aufgrund der schärferen Naturschutzgesetze rufen häufig nach grundlegenden, strukturellen Lösungen. Die enorme Flexibilität des Instruments Flurneuordnung ist besonders geeignet, solche Problemstellungen konstruktiv anzugehen. Der Geschäftsbereich Flurneuordnung und Landentwicklung steht den Kreisgemeinden dabei als starker Partner zur Seite.

Verfahrensname	Verfahrensfläche in ha	Anzahl der Teilnehmer	Anordnungsbeschluss	Genehmigung Wege- und Gewässerplan	Vorläufige Besitzeinweisung	Anhörungstermin (Widerspruchstermin)	Vorzeitige Ausführungsanordnung	Abgabe von Grundbuch und Kataster	Schlussfeststellung	2012/13 erreichte Meilensteine
Lauchheim (B 29)	808	180	11.87	05.94	11.00	04.03	06.06	06.13	07.13	Schlussfeststellung
Bopfingen-Kerkingen/Oberdorf (Sechta-Eger)	1810	317	08.96	02.03	10.09					
Bopfingen-Baldern	581	191	12.98	12.04	08.09	12.13				Anhörungstermin
Kirchheim am Ries	698	180	12.07							
Ellwangen/Rainau (A 7)	2696	643	12.83	12.90	10.02	05.06	09.10			
Neuler	2146	507	12.98	12.04						
Aalen-Beuren	453	64	09.04	08.07						
Ellwangen-Ost (A 7)	2150	531	12.83	11.90	10.02	11.05	09.10	12.11		
Unterschneidheim	1340	232	07.87	10.95	10.03	12.06	12.08	04.10	01.13	Schlussfeststellung
Möggingen (B 29)	1071	435	10.09							
Böbingen an der Rems	884	374	08.06	11.12						Genehmigung Wege- und Gewässerplan
Unterschneidheim-Zöbingen	1064	234	07.87	06.95	10.03	07.04	12.08	12.09	03.13	Schlussfeststellung
Lauchheim-Röttingen	1082	215	04.98	02.02	10.07	02.12				Anhörungstermin
Iggingen	1119	510	04.03	11.06						
Lauchheim-Hülen	788	77	12.05	12.09						
Tannhausen	1465	302	03.92	07.96	10.03	08.06	12.08	12.12	03.13	Schlussfeststellung
Rosenberg-Hummelsweiler	260	89	09.98	02.01	10.05	07.07	08.12			Vorzeitige Ausführungsanordnung
Jagstzell (Radweg)	18	9	10.05	06.06	09.11	08.11	09.11	06.13	06.13	Schlussfeststellung



1



4



2



5



3

Jahrestreffen der Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaften:
Bild 1: in Baldern 2012,
Bild 2: Zöbingen 2013

Bild 3: Wanderung mit Landrat Klaus Pavel in Lauchheim-Hülen

Bild 4: Erster Spatenstich für die Umsetzung der Wege- und Gewässerplanung in Böbingen

Bild 5: Landwirtschaftsstudenten machen im Frühjahr 2013 ein Planungspraktikum in Mögglingen

Öffentlichkeitsarbeit

Da viele Bürgerinnen und Bürger nur wenig über die Möglichkeiten der Flurneuordnung wissen, wird versucht, die Arbeit möglichst transparent in der Öffentlichkeit darzustellen und zu erläutern. Dies geschieht zum einen durch eine offensive Pressearbeit und durch Bürgerversammlungen in den Flurneuordnungsgemeinden, zum anderen wird verschiedenen Interessensgruppen mit besonderen Veranstaltungen die Möglichkeit geboten, sich zu informieren. So etwa beim Jahrestreffen der Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaften in Baldern 2012 und Zöbingen 2013, bei der Wanderung mit Landrat Klaus Pavel in Lauchheim-Hülen und beim ersten Spatenstich für die Umsetzung der Wege- und Gewässerplanung in Böbingen sowie beim Planungspraktikum von Landwirtschaftsstudenten in Mögglingen im Frühjahr 2013.

WASSERVERSORGUNG

Zentrale Enthärtung von Trinkwasser durch Nanofiltration oder Umkehrosmose

In Gebieten mit hartem Trinkwasser werden die Wasserversorgungsunternehmen immer öfter mit dem Wunsch aus der Bevölkerung nach weicherem Wasser konfrontiert. Hartes Wasser hat viele Nachteile: Der Reinigungs- und Wartungsaufwand an technischen Geräten nimmt zu, für die Warmwasserbereitung wird mehr Energie benötigt und der Verbrauch von Waschmittel ist erhöht. Um dem gestiegenen Komfortbedürfnis zu entsprechen, aber auch um die aus Sicht der Hygiene und des Umweltschutzes nicht ganz unkritischen dezentralen Enthärtungsanlagen zu verhindern, wird dann der Bau einer zentralen Aufbereitungsanlage erwogen. In den vergangenen Jahren hat der Einsatz der Membrantechnologie zunehmend an Bedeutung gewonnen. Membranen kommen in der Wasseraufbereitung im Wesentlichen für zwei Aufgabenbereiche zum Einsatz. Die Mikro- und Ultrafiltration wird verwendet, wenn das Rohwasser Partikel, Keime oder Viren enthält. Zur Enthärtung und Entsalzung, insbesondere von Grundwässern, werden hingegen immer häufiger Nanofiltrations- und Umkehrosmoseverfahren eingesetzt.

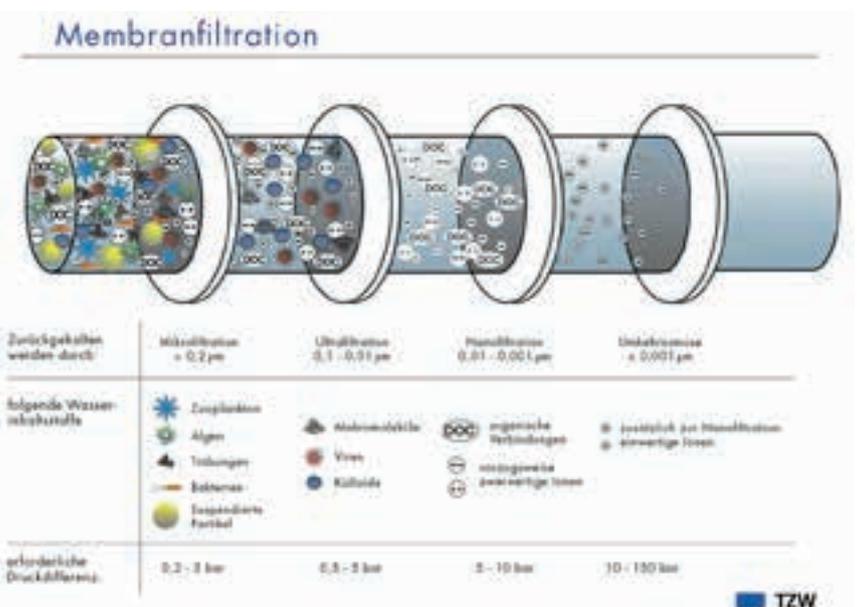
Im Ostalbkreis ist derzeit eine derartige Anlage in Betrieb, zwei weitere sind in Planung. Verfahrenstechnisch wird das Rohwasser unter Druck durch die Membrane gepresst. Die zurückgehaltenen Stoffe fallen auf der Membraninnenseite als Konzentrat an. Bei Überschreitung der Sättigungskonzentration

kommt es zu Ausfällungen der Härtebildner z. B. Calciumcarbonat, die sich als Kruste auf der Membranoberfläche ablagern, dadurch zur Verblockung der Membrane führen und schlussendlich den Durchsatz deutlich verringern. Um dies zu verhindern, wird dem Rohwasser ein zugelassener Wirkstoff zugegeben, der dann mit dem Konzentrat entsorgt werden muss. Je nach verwendetem Wirkstoff kann eine direkte Einleitung in ein kleines, leistungsschwaches Gewässer jedoch problematisch werden. Die fachliche Beurteilung über mögliche negative Auswirkungen auf das Gewässer und dessen Ökosystem ist Aufgabe des Geschäftsbereiches Wasserwirtschaft. Gemeinsam mit dem Wasserversorgungsunternehmen und in enger Abstimmung mit weiteren Fach- und Forschungsstellen konnte bislang immer eine tragfähige Lösung gefunden.

Da mit dem Bau weiterer Anlagen zu rechnen ist, werden im Bereich der Einleitungsstelle, über einen Zeitraum von mehreren Jahren, gewässerökologische Untersuchungen durchgeführt mit dem Ziel, die Ergebnisse auf potentiell neue Anlagenstandorte zu übertragen. Damit können Kosten für umfangreiche Untersuchungen eingespart und lange Verfahrensdauern vermieden werden.

Membranfiltrationsverfahren, Druckbereiche und Porengröße

Quelle: Technologiezentrum Wasser (TZW), Karlsruhe

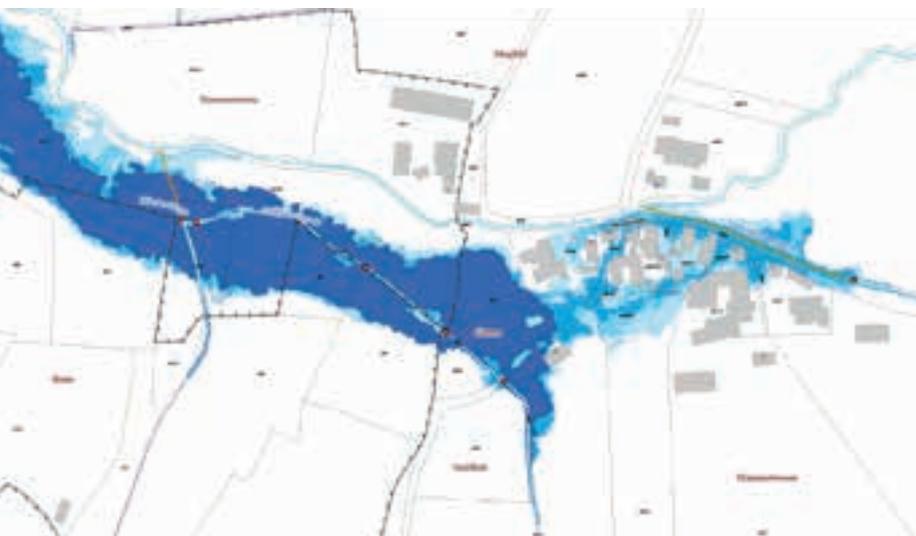


Nachhaltiges Flächenmanagement mit Hochwassergefahrenkarten

Das schwere Hochwasser an der Elbe im Jahr 2002 gab den Anstoß zu einer EU-weiten Hochwasser-Managementplanung. In jedem Einzugsgebiet eines Flusses sollen die Beurteilung der Überschwemmungsgefahr, das Risiko von Hochwasserschäden und das Vorgehen im Hochwasserfall nach einheitlichen Vorgaben zusammengestellt werden. Die Erstellung eines Hochwasserrisikomanagementplanes umfasst drei Phasen:

1. Gefahrenkarten
2. Risikokarten
3. Maßnahmenpläne

Die Mitwirkung bei der Erarbeitung der Hochwassergefahrenkarten war in den Jahren 2012 und 2013 im Geschäftsbereich Wasserwirtschaft ein Arbeitsschwerpunkt. Hochwassergefahrenkarten werden in Baden-Württemberg in einem Gemeinschaftsprojekt zwischen den Kommunen und dem Land Baden-Württemberg erstellt. Sie liefern an ca. 12.500 km Gewässern konkrete Informationen über die mögliche Ausdehnung und Wassertiefe einer Überflutung. Sie bilden darüber hinaus die Grundlage für Maßnahmen der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes.



Auch für die Kommunal- und Regionalplanung spielen die Gefahrenkarten eine zentrale Rolle. Sie ermöglichen es, wichtige Hochwasserrückhalteräume zu schützen und neue Risiken durch zusätzliche Siedlungsflächen zu verhindern. Bereiche, die nach den Gefahrenkarten statistisch einmal in hundert Jahren, das sogenannte HQ100, überflutet werden, sind als Überschwemmungsgebiete gesetzlich geschützt.

Bei der Erstellung der Gefahrenkarten wurde eine stufenweise Vorgehensweise gewählt. Nach einer vorläufigen hydraulischen Berechnung durch externe Ingenieurbüros wurden die Ergebnisse in einem intensiven Abstimmungs- und Anhörungsprozess zwischen dem Geschäftsbereich Wasserwirtschaft und den Kommunen im Ostalbkreis auf Plausibilität hin geprüft. Offensichtlich fehlerhafte Berechnungen oder aktuelle bauliche Veränderungen an den Gewässern, die bei der Berechnung unberücksichtigt blieben, konnten sehr effizient über einen webbasierten Online-Dienst gemeldet werden.

Aktuell wird der zweite Durchgang der hydraulischen Berechnungen auf der Grundlage der Meldungen der Kommunen und dem Geschäftsbereich Wasserwirtschaft durchgeführt. Anschließend werden die Karten öffentlich ausgelegt. Zudem können die Karten über ein Webportal von allen Bürgerinnen und Bürgern eingesehen werden. Im Jahr 2014 werden die Arbeiten dann abgeschlossen sein. Mit den Risikokarten und den Maßnahmenplänen folgen bis zum Jahr 2015 weitere wichtige Bausteine zu einem umfassenden Hochwasserschutzkonzept im Ostalbkreis.

Hochwassergefahrenkarte: Darstellung der räumlichen Ausdehnung von Hochwasserereignissen mit unterschiedlichen Wiederkehrintervallen (HQ10, HQ50, HQ100)

ABWASSERBESEITIGUNG



Erweiterung Kläranlage
Abtsgmünd: Bau des
Belebungsbeckens mit
innenliegender Nach-
klärung

Projektförderung des Landes für kommunale Abwassermaßnahmen

Das Land Baden-Württemberg fördert seit langem Abwasserprojekte als elementare Infrastrukturmaßnahmen nach immer wieder novellierten Förderrichtlinien, wobei gewisse Schwerpunkte gesetzt werden. Seit geraumer Zeit räumt es der Aufgabe kleinerer Kläranlagen und deren Anschluss an größere, leistungsfähigere Einheiten eine erhöhte Priorität ein und stellt gemäß den aktuellen Förderrichtlinien Wasserwirtschaft hierfür vorrangig entsprechende Fördermittel zur Verfügung. Ab einer Gesamtgebührenhöhe für Wasser und Abwasser von 5,90 Euro/m³ sind die Kommunen antragsberechtigt für Wasserversorgungs- und Abwasserprojekte. Diese Schwelle wird derzeit im Ostalbkreis von ca. 20 Kommunen erreicht. Der Mindestfördersatz liegt bei 20 Prozent und steigt je nach Gebührenhöhe bis auf max. 80 Prozent der förderfähigen Aufwendungen.

Im Jahr 2012 lag das Volumen für neun beantragte Maßnahmen bei 9,2 Mio. Euro. Acht Projekte konnten mit insgesamt 5,8 Mio. Euro gefördert werden. Schwerpunkt neben den Zusammenschlüssen von Kläranlagen war die Nachrüstung von Anlagen im Einzugsgebiet des Neckars mit einer Ausbaugröße über 5.000 Einwohnerwerten mit Phosphoreliminationsstufen zur weitergehenden Nährstoffreduzierung im Gewässer.

2013 konnten für elf Maßnahmen im Ostalbkreis bei förderfähigen Aufwendungen von 8,1 Mio. Euro insgesamt 5,37 Mio. Euro Zuschüsse gewährt werden. Bei den für den Regierungsbezirk Stuttgart zur Verfügung stehenden Mitteln von 19,5 Mio. Euro und landesweit von 44,5 Mio. Euro floss damit ein außergewöhnlich hoher Anteil in den Ostalbkreis.

Größte geförderte Projekte im Ostalbkreis sind in diesem Zeitraum die interkommunale Abwassermaßnahme IA³ der Gemeinden Abtsgmünd und Adelmansfelden mit der Erweiterung der Sammelkläranlage Abtsgmünd von 5.000 auf 13.000 Einwohnerwerte und dem Anschluss bzw. der Aufgabe der Kläranlagen Adelmansfelden, Pommertsweiler sowie Fischhaus und Hammerschmiede. Die Gemeinde Neuler ist zusätzlich mit zwei Wohnplätzen beteiligt. Die Gesamtkosten liegen bei 12 Mio. Euro, die Landesförderung beträgt 7,5 Mio. Euro. Mit dem Abschluss des Gesamtprojekts ist 2017 zu rechnen. Der Anschluss der Kläranlage Neuler an die Sammelkläranlage Niederalfingen mit Kosten von ca. 2,3 Mio. Euro wird mit ca. 1,45 Mio. Euro gefördert, wobei der Abschluss der Arbeiten 2015 vorgesehen ist.

Bei allen Projekten ist der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft in technischer und rechtlicher Hinsicht immer erster Ansprechpartner für die Kommunen und die planenden Ingenieurbüros.

Böden erfüllen im Naturhaushalt zahlreiche wichtige Aufgaben. So wirkt der Boden als Wasserspeicher und damit als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, als Filter und Puffer für Schadstoffe, um das Grundwasser vor Gefahren zu schützen, als Klimaregler mit einer bedeutenden Speicherfähigkeit für CO₂, als großflächiger Lebensraum für Bodenflora und -fauna und selbstverständlich auch als landwirtschaftliche Ertragsfläche.

Der tägliche Verlust an Böden durch Versiegelung beträgt im Land bis zu 10 ha und bundesweit über 120 ha. Durch entsprechende gesetzliche Regelungen soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Die Eingriffe in Böden sind möglichst zu vermeiden oder zumindest durch ökologische Aufwertungen an anderer Stelle auszugleichen. Insbesondere bei Maßnahmen mit großen Flächenversiegelungen wie die Ausweisung von Baugebieten, Vorhaben im Außenbereich oder bei Straßenbaumaßnahmen prüft der Geschäftsbereich Wasserwirtschaft, ob mit der in der Planung vorgesehenen Ausgleichsmaßnahme der Eingriff ausreichend kompensiert werden kann.



Entsiegelung auf dem früheren Militärgelände Mutlanger Heide (Pershing-Depot) mit Wiederherstellung des Bodens neben einer Schotterfläche für Reptilien

NACHHALTIGKEIT FÜR DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN

16. KWF-Tagung – Das forstliche Highlight des Jahres 2012

Die 16. KWF-Tagung in Bopfingen vom 13. bis 16. Juni 2012 war eine beeindruckende Leistungsschau der Forstwirtschaft. Rund 55.000 Besucher wollten das weltgrößte Forsttechnik-Event des Jahres auf der Ostalb sehen. Auch die 538 Aussteller aus 26 Ländern und die gebuchte Nettoverkaufsfläche von 75.500m² waren für die KWF-Tagung neue Bestmarken. Die Aussteller boten vier Tage lang viele Innovationen und Neuheiten in allen Bereichen der Forsttechnik – von den Großmaschinen über Körperschutz, Kommunikation bis zu den Kleingeräten und machten die KWF-Tagung einmal mehr zu einer Forsttechnik-Leitmesse. Die Untere Forstbehörde Ostalbkreis, allen voran die Mitarbeiter der Forst-Außenstelle Bopfingen, haben mit ihrem Engagement in besonderem Maße zu diesem Erfolg beigetragen. Das attestierten neben dem KWF auch die Betriebsleitung von ForstBW. Eine Premiere auf einer KWF-Tagung war das „Themendorf Baden-Württemberg“, in dem sich neben dem Ostalbkreis und ForstBW viele weitere Partner aus der baden-württembergischen Forstbranche gemeinsam präsentierten.



jetzt fast ein Drittel des Angebots – war das Ergebnis ebenfalls uneinheitlich. So stieg der Lärchenpreis für 173 Fm auf sagenhafte 347 Euro/Fm wobei für einzelne Lärchen von den Furnierkunden 600 – 900 Euro/Fm geboten wurden. Die Douglasie erreichte mit 204 Euro/Fm nicht das Vorjahresergebnis. Tanne hat sich auf 145 Euro verbessert, während Fichte und Kiefer geringer bewertet wurden als im Vorjahr. Birne, Nuss und Zwetschge erzielten bei mittlerer Qualität oft erstaunliche Preise. Dass die Kirsche sich gegenüber den Vorjahren verbessert hat, ist wohl ein zufälliges Ergebnis und zeigt noch keinen Trend. Die Buche hat wohl ihren Tiefpunkt erreicht. Nur 27 Fm – und dies auf der Schwäbischen Alb, dem Buchenland – wurden aufgelegt. Einige Stämme blieben liegen. Der Durchschnittspreis der verkauften Ware lag bei indiskutablen 118 Euro. Der teuerste Stamm war eine Eiche, für die 3.900 Euro bei 3,8 Fm beboten wurde. Der höchste Preis wurde mit 1.700 Euro/Fm wieder für einen Ahorn erzielt. Mit dem Ergebnis, einem Umsatz von 620.000 Euro und dem Durchschnittspreis über alles von 330 Euro/Fm waren die Lieferforstverwaltungen zufrieden.

18. Bopfinger Wertholz-Submission 2013

Bei einem um ca. 20 Prozent geringerem Angebot (knapp 1.900 Fm) gegenüber 2012 haben die Preise insgesamt etwas nachgegeben. 62 Kunden (Vorjahr 71) aus dem Inland, aus Frankreich, Österreich und Polen gaben insgesamt 6.500 Gebote auf die gesamte Palette von 25 Baumarten ab, nur 1 Prozent blieb unverkauft. Bei der Eiche hat sich der Durchschnittspreis mit 450 Euro/Fm in etwa gehalten, beim Bergahorn auch. Hier war das Angebot mengenmäßig deutlich geringer. Bei beiden Baumarten scheinen die guten Qualitäten und interessanten Dimensionen abzunehmen. Enttäuschend war die Esche. Der Durchschnittspreis sank von 233 Euro (2011) über 197 Euro (2012) auf nur noch 165 Euro/Fm. Beim Nadelholz –

Holzpreise	Fm	€/Fm 2013	€/Fm 2012
Eiche	888	450	459
Esche	235	165	197
Bergahorn	114	316	295
Douglasie	185	204	248
Lärche	173	347	318
Kiefer	92	131	150
Fichte	38	159	194
Buche	27	118	127
Tanne	36	145	134
Linde	14	125	156
Nuss	5	471	466
Kirsche	7	235	170
Birke	2	109	131
Ulme	1	429	367
Elsbeer	5	276	280
Birne	10	256	351
Erle	14	1	46 -

Waldnaturschutz

Im Staatswald des Ostalbkreises wurde 2011 zur Verbesserung des Artenschutzes das Alt- und Totholzkonzept (AuT) eingeführt. Im Rahmen des Konzepts wurden 108 Waldflächen mit zusammen 426 ha als sogenannte „Waldrefugien“ dauerhaft aus der Nutzung genommen. Darüber hinaus weisen die Revierleiter im Zuge der Hiebvorbereitung laufend „Habitatbaumgruppen“ aus, das sind Gruppen mit ca. 15 alten Bäumen, die bis zu ihrem Zerfall stehen bleiben. So wird sichergestellt, dass flächendeckend Lebensräume für eine große Zahl geschützter Arten im Wirtschaftswald erhalten bleiben. 2012 und 2013 wurden im Ostalbkreis 350 Habitatbaumgruppen ausgewiesen. Der aufgelaufene Stand im Staatswald Ende 2013 betrug 566 Stück mit einer rechnerischen Fläche von knapp 115 ha.



Höhlenbäumen des Schwarzspechts

Wald	Betriebsfläche	Kartierte Fläche	Höhlenbäume	Höhlenbäume/km ²	Weitere Habitatbäume
Staatwald Ostalbkreis	22.000 ha	1.850 ha	479	2,2	324
Stadtwald Aalen	1.000 ha	120 ha	12	1,2	49
Stadtwald Schwäbisch Gmünd	1.500 ha	171 ha	20	1,5	34



Als weitere Maßnahme zum Artenschutz im Wald wurde die Kartierung von „Höhlenbäumen des Schwarzspechts“ in Auftrag gegeben. Die Höhlen des Schwarzspechts werden von einer Vielzahl weiterer geschützter Arten im Wald als Brut- und Schlafstätte genutzt und sind daher von herausragender Bedeutung. Die Kartierung und Markierung der Höhlenbäume im Gelände stellt sicher, dass keiner dieser gesetzlich geschützten Bäume bei der Waldbewirtschaftung versehentlich entnommen wird. Die Kartierung dient außerdem als Grundlage und Qualitätsverbesserung für die Ausweisung der Habitatbaumgruppen im Rahmen des AuT-Konzepts. Kartiert wurde in geeigneten Buchen Altholz-Bestände im Staatwald im Stadtwald Aalen und Stadtwald Schwäbisch Gmünd.

Windenergie

Mit dem Windenergieerlass Baden-Württemberg vom 9.5.2012 fiel der Startschuss für den Ausbau der Windenergie auch im Ostalbkreis. Ca. 80 Prozent der geplanten Windanlagenstandorte liegen im Wald. Der Geschäftsbereich Wald und Forstwirtschaft war von Beginn an in die Verfahren zur Festlegung geeigneter Flächen eingebunden und hatte in den Jahren 2012 und 2013 zahlreichen Aufgaben auf diesem Gebiet:

2012 wurden forstpolitische Beiträge und forstfachliche Stellungnahmen gegenüber dem Regionalverband Ostwürttemberg zu nahezu allen Suchräumen und Vorranggebieten sowie zu den Entwürfen der Flächennutzungsplänen der Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften abgegeben.

2013 hat die untere Forstbehörde zu 12 Teilflächennutzungsplänen „Windenergie“ der Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften Stellung genommen.

Flächennutzungspläne Stand 31.12.2013
 Abtsgmünd | GVV Aalen-Essingen-Hüttlingen
 GV Bopfingen | GVV Ellwangen | GVV Kapfenburg | GVV Leintal-Frickenhofer-Höhe | GVV
 Rosenstein | GVV Tannhausen | Königsbronn
 | Lorch | Neresheim | Oberkochen

Parallel dazu fand in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Tübingen, Abt. 8, die Abstimmung mit den Projektierern der Windparks zur Vorbereitung der immissionsschutzrechtlichen und forstrechtlichen Genehmigungen statt. Als Vor-Ort-Vertreter für den Waldbesitzer Land Baden-Württemberg ist der Geschäftsbereich Wald und Forstwirtschaft außerdem in die Vorbereitung der Vermarktung von Staatwaldflächen als Windkraftstandorte eingebunden.

Windparks im Wald Stand 31.12.2013
 Büchle, Oberkochen
 Bühler, Abtsgmünd/Adelmannsfelden
 Büttenbuch, Göggingen
 Brandberg, Neuler/Ellwangen
 Falkenberg, Bartholomä
 Nonnenholz 1, Ellwangen
 Nonnenholz 2, Unterschneidheim
 Ohmenheim, Neresheim
 Virngrund, Ellwangen
 Waldhausen, Aalen/Bopfingen/Lauchheim

Leistungsbilanz des Geschäftsbereichs Wald und Forstwirtschaft

	2012	2013
Waldfläche im Ostalbkreis	59.000 Ha (39% der Gesamtfläche)	
Mitarbeiterzahl (Beamte, Angestellte, Waldarbeiter)	155	
Ausbildung zum Forstwirt	16 besetzte Ausbildungsstellen	15 besetzte Ausbildungsstellen
Holzzuwachs im Ostalbkreis	650.000m ³ im Jahr (Würfel mit 86,6m Kantenlänge) bzw. 1,24m ³ in der Minute (Würfel mit 1,07m Kantenlänge)	
Gesamtumsatz €	20,3 Mio.	
Holzerlös €	Gesamtwald: 23,63 Mio. € Staatswald: 11,78 Mio. €	Gesamtwald: 24,5 Mio. € Staatswald: 12,8 Mio. €
Holzeinschlag, Festmeter	Gesamtwald: 310.960 Staatswald: 168.500	Gesamtwald: 338.800 Staatswald: 175.800
Durchschnittliche Holzerlös €/Fm	76,87 (Staatswald)	
Außerplanmäßige Nutzung	10,5% (Staatswald)	
Beratungsgespräche für Privatwaldbesitzer	1.571	
Förderprogramm „Nachhaltige Waldwirtschaft“	45 Anträge Zuwendungsbetrag Gesamt: 143.463€	48 Anträge Zuwendungsbetrag Gesamt: 92.698€ (Stand Januar 2014)
Veranstaltungen für die Öffentlichkeit	8 Veranstaltungen, darunter Kwf-Tagung mit 55.000 Besuchern	Kalter Markt Ellwangen Tag der offenen Tür am Forststützpunkt Hohenohl
Waldpädagogische Veranstaltungen	183 mit 2.141 Teilnehmern	41 Veranstaltungen mit 953 Teilnehmern 3 Waldpädagogische Fortbildungen mit 69 Teilnehmern Projektstart „Waldmobil Ostalbschwäbischer Wald“
Forstwege im öffentlichen Wald	1.300Km, die auch den Erholungssuchenden zur Verfügung stehen	
Wiederaufforstungen	62.093 Pflanzen auf 52ha Fläche	47.835 Pflanzen auf 33,6ha Fläche
Waldzustand (Schäden durch Umwelteinflüsse)	Ungeschädigte Bäume: 26% Deutlich geschädigte Bäume: 36%	Ungeschädigte Bäume: 33% Deutlich geschädigte Bäume: 35%
Schutzgebietsfläche im Wald	35.000 ha (Flächen teilweise überlagernd)	
Alt- und Totholzkonzept (Nutzungsverzicht im Staatswald)	108 Waldrefugien mit 426ha Fläche 244 neue Habitatbaumgruppen mit 48ha Fläche 469ha Gesamtfläche Nutzungsverzicht	108 Waldrefugien mit 426ha Fläche 106 Neue Habitatbaumgruppen mit 21ha Fläche 490ha Gesamtfläche Nutzungsverzicht
Bodenschutzkalkung (ha)	-	1.032ha 4500t Dolomitkalk 422.000€



OSTALB-LANDWIRTSCHAFT – VIELFÄLTIG, STABIL UND ENTWICKLUNGSFÄHIG



Der Geschäftsbereich Landwirtschaft hat für das Antragsjahr 2013 ca. 22,5 Mio. Euro Ausgleichsleistungen an etwa 2.350 landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe im Ostalbkreis ausgezahlt. Bei diesen Ausgleichsleistungen handelt es sich um EU-Direktzahlungen als Betriebsprämie, den Ausgleich für Agrarumweltmaßnahmen, für die Bewirtschaftung ertragsschwacher Flächen und für Bewirtschaftungsauflagen in Wasserschutzgebieten. Obwohl in den letzten Jahren die Vorgaben an die Kontrollen und die Antragsbearbeitung ständig gestiegen sind, konnten vom Geschäftsbereich Landwirtschaft fast alle Anträge zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausbezahlt werden.

Insgesamt 68 Prozent aller sogenannten Gemeinsamen Anträge wurden 2013 online gestellt. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Immer häufiger ist jedoch festzustellen, dass der erwünschte weitere Ausbau der elektronischen Antragstellung am unzureichenden Netzausbau scheitert. Daher wurden im Geschäftsbereich Landwirtschaft Bildschirmarbeitsplätze für die Online-Antragstellung geschaffen. Dennoch ist nach wie vor in den meisten Fällen eine persönli-

che Beratung im Zusammenhang mit der Abgabe des Gemeinsamen Antrages empfehlenswert. Durch eine frühzeitige Bereinigung von Fehlern werden spätere verwaltungswändige Korrekturen oder gar Rückforderungen vermieden.

Auffallend ist, dass die Zahl der Antragsteller, d.h. landwirtschaftlichen Betriebe, nur um 0,9 Prozent bzw. 22 Betriebe zurückgegangen ist. Der Agrarstrukturwandel hat sich somit verlangsamt. Als Ursache wird beobachtet, dass viele Eigentümer bzw. Hofnachfolger der 67 Prozent Nebenerwerbsbetriebe Freude haben, ihr Land weiter zu bewirtschaften. Auch die Zahl der Anfragen von „Gütesbesitzern“, die sich eine Hobbylandwirtschaft aufbauen wollen, steigt spürbar. Grund für diesen aktuellen Trend zur Landwirtschaft sind weniger die derzeit zufriedenstellenden Erzeugerpreise als vielmehr Freude an der Natur und an einer als besonders sinnvoll erlebten Beschäftigung sowie der Wille, das ererbte Vermögen zu erhalten. Für immer mehr jüngere Nebenerwerbslandwirte ist die Arbeit in der bislang von den Eltern betriebenen Landwirtschaft ein Ausgleich für ihre sehr fordernde Tätigkeit an ihrem außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplatz.

Insbesondere der Naturschutz ist auf die Zusammenarbeit mit diesen Landwirten angewiesen, können doch viele Haupterwerbslandwirte die zeitaufwändige Pflege von Biotopen oft kaum mehr im nötigen Umfang leisten. Folge dieser Entwicklung ist eine spürbar erhöhte Beratungsnachfrage insbesondere auch durch Nebenerwerbslandwirte. Fortbildungsangebote für Nebenerwerbslandwirte haben einen Zulauf wie noch nie. Hinzu kommen komplexe Fragestellungen im Zusammenhang mit der kreisweiten Kartierung der besonders geschützten Flachlandmähwiesen. Nach dem novellierten Pflanzenschutzrecht müssen zudem alle Anwender von Pflanzenschutzmitteln in regelmäßigen Abständen geschult werden. Damit ist in der pflanzlichen

und tierischen Produktionstechnik ein immenser Fortbildungs- und Beratungsbedarf entstanden, der vom Geschäftsbereich Landwirtschaft zu bewältigen ist. Nach einer gewissen Stagnation aufgrund niedriger Erzeugerpreise nimmt die betriebliche Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe derzeit wieder Fahrt auf. Es ist eine verstärkte Investitionstätigkeit zu beobachten. Neben Bestandsaufstockungen oder Maschinen für die Flächenbewirtschaftung wird insbesondere in die Verbesserung der Arbeitsabläufe z. B. im Kälber- oder Jungviehstall, in Maschinen für die Futtermulde oder Roboter zur Reinigung der Spaltenböden investiert. Vereinzelt wollen tierhaltende Betriebe in eine Größe hineinwachsen, die eine aufwändige Beurteilung und Genehmigung der geplanten Anlage nach dem Immissionsschutzrecht erforderlich macht.

In der Milchviehhaltung konnten im Jahr 2013 einzelbetriebliche Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 11,5 Mio. Euro gefördert werden. Das Investitionsvolumen betrug bis zu 3 Mio. Euro je Betrieb. Es wurden 17 Betriebe mit insgesamt 1,8 Mio. Euro gefördert. Mit solchen Investitionssummen stößt die Landwirtschaft in neue Dimensionen vor, die finanziell und arbeitswirtschaftlich erst einmal bewältigt werden müssen. Diese Investitionen dienen nicht nur der Existenzsicherung, sondern sie verbessern auch maßgeblich das Management, die Arbeitsbedingungen sowie die Haltungsbedingungen bzw. das Tierwohl.

Hauswirtschaft – Motor verschiedenster Entwicklungen

Das in Baden-Württemberg einzigartige, beim Fachbereich Hauswirtschaft angesiedelte Kompetenzzentrum Hauswirtschaft und Erziehung hat sich insbesondere mit seinen Angeboten im Bereich Koch- und Gartenworkshops etabliert. In den vergangenen zwei Jahren besuchten insgesamt ca. 1.000 Teilnehmer die verschiedenen Kurse und Veranstaltungen. Dabei ist ein vermehrtes Interesse

von Firmen und Behörden festzustellen. Insbesondere Mitarbeitergruppen wollen sich im Bereich gesunde und an den jeweiligen Arbeitsplatz angepasste Ernährung motivieren und schulen lassen. Mit der Weiterbildung, Organisation und Koordination der Fachfrauen für bewusste Kinderernährung setzt die Ernährungsaufklärung mit großem Erfolg schon bei Kindern an.

Auch die sonstigen Initiativen des Fachbereichs Hauswirtschaft sind außerordentlich erfolgreich. Der Bauernhofbrunch und die Gläserne Produktion haben sich zu einem festen Bestandteil im jährlichen Eventkalender des Ostalbkreises entwickelt. Auf den Bauernmärkten, Hoffesten, dem Tag der Regionen in Aalen und verschiedenen Messen wird, ebenso wie über das vom Fachbereich betreute Regionalvermarkterportal im Internet, über Ernährung und regionale Erzeugung informiert. Die Landesinitiative „Blickpunkt Ernährung“ mit dem Schwerpunktthema „Brot“ werden von Kochworkshops sowie Mühlen- und Bäckereibesichtigungen flankiert. Regelmäßige Hygieneschulungen in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung sind Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Direktvermarktung. Grundlagenschulungen für Landwirte bzw. „Lernort Bauernhof“-Betriebe, die Schulklassen und Kindergärten auf den Höfen empfangen wollen, sollen letztendlich auch dazu beitragen, langfristig einen regionalen Bezug und ein regionales Bewusstsein zu schaffen.

Im Rahmen des Programms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum“ (IMF) wurden zwei 3-tägige Coachings und eine 10-tägige Qualifizierung für Direktvermarkter angeboten. Die Betreuung der Anbietergemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof“ sowie die Zusammenarbeit mit der Touristikkommunität Schwäbische Alb tragen ebenso zum Erfolg von Diversifizierungsmaßnahmen bei.

DIE GOA ALS DIENSTLEISTER

Kreislaufwirtschaftsgesetz setzt europäische Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht um

Am 1. Juni 2012 ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Damit werden die Bestimmungen der europäischen Abfallrahmenrichtlinie von 2008 in nationales Recht umgesetzt. Ziel des neuen Gesetzes ist eine nachhaltige Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Ressourceneffizienz in der Abfallwirtschaft. Insbesondere sollen Abfallvermeidung und das Recycling von Abfällen gestärkt werden. Um das hohe Ressourcenpotenzial werthaltiger Abfälle effizienter zu erschließen, wird die Erreichung einer Recyclingquote von mindestens 65 Prozent der Siedlungsabfälle bis 2020 vorgegeben. Diese Quote wird bei den Haushaltsabfällen im Ostalbkreis bereits jetzt mit 71 Prozent deutlich überschritten.

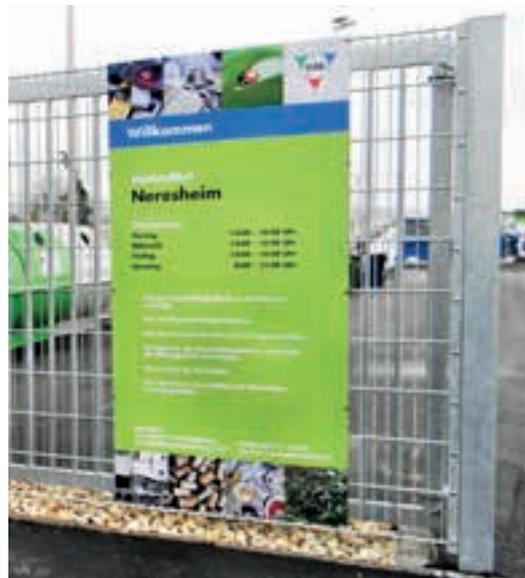
Im wesentlichen Streitpunkt im Gesetzgebungsverfahren zwischen Kommunen und privaten Entsorgern zu den gewerblichen Sammlungen werthaltiger Abfälle aus Haushaltungen wurde die kommunale Seite gestärkt. Diese Abfälle unterliegen nach wie vor der Überlassungspflicht an die öffentlichrechtlichen Entsorger. Gewerbliche Sammlungen müssen angezeigt werden und sind nur zulässig, wenn sie wesentlich leistungsfähiger sind als die angebotene kommunale Sammlung. Damit ist dem vielerorts befürchteten „Rosinenpicken“ in besonders ertragreichen Sammelbereichen ein Riegel vorgeschoben.

Das nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz erwartete Gesetz zur einheitlichen Wertstofffassung („Wertstofftonne“) wurde bisher nicht beschlossen. Fachkreise gehen davon aus, dass dies auch in der nächsten Legislaturperiode des Bundestags nicht erfolgen wird.

Wertstofffassung und -behandlung

Neben den bewährten Holsystemen für Abfälle und Wertstoffe arbeiten Ostalbkreis und

GOA ständig daran, das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger auszuweiten und komfortabler zu gestalten. So wurde im November 2012 ein weiterer moderner Wertstoffhof in Neresheim in Betrieb genommen. Auch dieser Wertstoffhof besitzt eine erweiterte Annahmepalette für alle Wertstoffe, eine benutzergerechte Gestaltung und verlängerte Öffnungszeiten.



Zur Steigerung der Erfassungsmengen von kleinen Elektroaltgeräten, CD/DVD, Haushaltskabeln usw. hat die GOA im Juli 2013 erstmals im Landratsamt Aalen eine Recycling Insel aufgestellt. Viele dieser werthaltigen Kleinabfälle landen noch in der Mülltonne oder verschwinden in Schubladen. Hinter der Recycling Insel steht die Idee, Wege und Anlaufstellen, die der Bürger ohnehin hat, ohne zusätzliche Belastung auch für die Abgabe von sauberen kleinteiligen Wertstoffen zu nutzen. An überwachten Standorten mit starkem Besucherverkehr oder vielen Beschäftigten sollen nach und nach weitere Recycling Inseln aufgestellt werden.

Das entgeltpflichtige Zusatzangebot „Gartentonne“ der GOA zum System der Grünabfallsammlung hat sich auch im Jahr 2012 im Stadtgebiet Heubach bewährt und konnte



V.l.: Jürgen Schneider (GOA), Martin Brandt (Landratsamt Ostalbkreis), Landrat Klaus Pavel und GOA-Geschäftsführer Henry Forster

2013 auf die weiteren Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein und Essingen ausgeweitet werden. Auch hier hat sich eine gute Nachfrage nach den grünen 240 Liter fassenden Tonnen für Gartenabfälle, die von März bis November alle 14 Tage geleert werden, ergeben. Die Flatrate für alle Leerungen in der Saison kostet jährlich 49,95 Euro inkl. 19 Prozent MwSt. Bei durchschnittlich 19 Leerungen bedeutet dies 2,63 Euro je Leerung. Die GOA wird in der Gartensaison 2014 die Gartentonne auch in den Städten und Gemeinden des Altkreises Schwäbisch Gmünd anbieten, in den folgenden Jahren soll das



Angebot dann für den ganzen Ostalbkreis gelten. Seit Anfang 2012 stellt die GOA auf der Erdaushub- und Bauschuttdeponie Herlikofen aus Betonabbruch Recycling-Schotter in verschiedenen Körnungen her. Auch dabei handelt es sich um einen gut nachgefragten Beitrag zur Ressourcenschonung.

Kreisputzete

Die gute Tradition der Kreisputzeten wurde auch in den Jahren 2012 und 2013 fortgesetzt. Die 11. Kreisputzete unter dem Motto „Der Dreck muss weg“ hat am 13.4.2013 stattgefunden. 14.712 Helferinnen und Helfer haben dabei 88 Tonnen Müll (2012: 14.917 Teilnehmer, 81 Tonnen) eingesammelt, den achtlose Zeitgenossen in der Landschaft verstreut hatten. Die Aktion wurde wie in den Vorjahren von der GOA unterstützt und alle Beteiligten haben einen Zuschuss für das obligatorische Abschlussvesper erhalten.

Abfallgebühren

Der Kreistag des Ostalbkreises hat am 22.10.2013 beschlossen, die Jahresgebühren im Jahr 2014 um weitere 5 Prozent zu senken. Zuvor konnten die Gebühren zuletzt 2012 um 8,65 Prozent gesenkt werden, im Jahr 2013 sind sie stabil geblieben. Besonders erfreulich ist neben der Gebührensenkung für 2014, dass dann auch alle Fehlbeträge aus den Vorjahren im Abfallgebührenhaushalt des Ostalbkreises abgedeckt werden können.

Herausgeber

Landratsamt Ostalbkreis
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen
Telefon 07361 503-0
info@ostalbkreis.de
www.ostalbkreis.de

Redaktion

Susanne Dietterle, Pressereferentin

Gestaltungskonzept

www.zoodesign.de

Druck

D_tec.tif GmbH
www.d-tec-tif.de

Bildnachweis

Alle Bilder Landratsamt
Ostalbkreis außer:
Seite 158,174: shutterstock

Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.



 Kreissparkasse
Ostalb

Der Ostalbkreis, seine Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, Kommunen und Vereine zeichnen sich durch außergewöhnliche Qualitäten und Leistungen aus. Die Kreissparkasse Ostalb engagiert sich auch in Zukunft als verlässlicher Partner für die weiterhin positive Entwicklung der Region. **Kreissparkasse Ostalb. Gut für die Region.**

Landratsamt Ostalbkreis
Stuttgarter Straße 41
73430 Aalen
Telefon 07361 503-0
info@ostalbkreis.de
www.ostalbkreis.de